

TÄTIGKEITSBERICHT

der Enquete-Kommission

„Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“

gemäß Beschluß des Landtages vom 17. Mai 1995

- Drucksachen 2/363 und 2/408 -

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	5
Mitglieder der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“	7
Einleitung	8
1. Zusammenfassung - Arbeitsweise der Kommission und Ergebnisse im Überblick	10
1.1 Auftrag, Entstehung und Zusammensetzung der Kommission	10
1.1.1 Einsetzungsbeschluß	10
1.1.2 Änderungsantrag der PDS	12
1.1.3 Zur Zusammensetzung der Kommission	12
1.2 Arbeitsweise der Kommission	13
1.2.1 Geschäftsgrundlage	13
1.2.2 Biographien	13
1.2.3 Programmentwicklung	14
1.2.4 Gutachtenvergabe und Themenspektrum	15
1.2.5 Erste öffentliche Veranstaltungen, Zwischenbericht und Plenarbeschluß	17
1.2.6 Auseinandersetzungen in der Kommission zur Ausstellung „Im Namen des Volkes? - Über die Justiz im Staat der SED“	19
1.2.7 Arbeitsprogramm der Enquete-Kommission nach der Unterbrechung im Frühjahr 1996	22
1.3 Ergebnisse der Kommissionsarbeit	23
2. Zur Situation der Opfer	27
2.1 Arbeitsweise und Positionen der Enquete-Kommission	27
2.2 Möglichkeiten und Initiativen zur Verbesserung der Situation der Opfer	32
3. Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern	36
3.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission	36
3.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen	37
3.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder	48

	Seite
4. Das politische System in der DDR	49
4.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission	49
4.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen	52
4.2.1 Zum politischen System in der DDR	52
4.2.2 Zum Verhältnis von Kirche und Staat	58
4.2.3 Zur Rolle von Oppositionellen und privaten Netzsystemen	63
4.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder	67
5. Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR	70
5.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission	70
5.2 Hauptaussagen der Sachverständigen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen	74
5.2.1 Zur Agrarentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1989	74
5.2.2 Bodenreform und Agrarwirtschaft	83
5.2.3 Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft	85
5.2.4 Maritime Wirtschaft	87
5.2.5 Sozialpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik in der DDR - Voraussetzungen und Wirkungen	89
5.2.6 Soziale Situation in der DDR und in der Wendezeit in Mecklenburg-Vorpommern	91
5.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder	93
6. Bildung/Wissenschaft/Erziehung/Kultur	95
6.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission	95
6.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen sowie aus den Forschungsstudien	99
6.2.1 Zum Bereich Kunst und Kultur	99
6.2.2 Zum Bereich Bildung und Erziehung	102
6.2.3 Zum Bereich Wissenschaft	106
6.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder	113

	Seite
7. Die Geschichte der Wende	115
7.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission	115
7.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen	117
7.2.1 Vorgeschichte und Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR	117
7.2.2 Kirchliche Basisgruppen vor der Wende und die Trägergruppen des politischen Umbruchs in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 1989	123
7.2.3 Die Rolle der Kirchen (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) in Mecklenburg in der Wende	126
7.2.4 Aspekte zur sozialen Situation in Mecklenburg- Vorpommern vor der Wende	129
7.2.5 Zeitzeugenberichte von Trägern der Wende	130
7.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder	137
8. Leben nach 1989	141
8.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission	141
8.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen	142
8.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder	156
Anhang	160

Vorwort

Knapp zwei Jahre nach ihrer Einsetzung legt die Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern termingerecht ihren abschließenden Tätigkeitsbericht vor. Im Einsetzungsbeschluß vom 17. Mai 1995 war vorgesehen, daß die Kommission ihre Tätigkeit bis zur parlamentarischen Sommerpause 1997 beendet und einen Tätigkeitsbericht erstellt. Dieser abschließende Tätigkeitsbericht stellt den Ablauf der Kommissionsarbeit dar und faßt die Hauptaussagen der Sachverständigen- und Zeitzeugenberichte in den öffentlichen Anhörungen und Veranstaltungen der Enquete-Kommission sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen, die durch die Enquete-Kommission in Auftrag gegeben wurden, zusammen. Den jeweiligen Themenschwerpunkten schließt sich die Darlegung der Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder an. Die Diskussionen aller öffentlichen Veranstaltungen sowie die Forschungsstudien und Expertisen sind bzw. werden in den Materialbänden zur Arbeit der Enquete-Kommission im Wortlaut dokumentiert.

Die Arbeit der Enquete-Kommission war geprägt von dem Versuch, einen Dialog über die Aufarbeitung der DDR-Geschichte in den früheren Nordbezirken unter regionalspezifischer Schwerpunktsetzung zu beginnen, der die Anschauungs- und Interessengegensätze in der Kommission und in der Gesellschaft ernst nimmt und sich bemüht, Brücken zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu bauen. Im Verlauf der Kommissionsarbeit konnten einige Schwerter in den Köpfen Beteiligter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden. Andererseits traten manche Unterschiede während der Kommissionsarbeit aber auch deutlicher zutage.

Am Ende der Kommissionsarbeit steht das ehrliche Bemühen um einen differenzierten Blick auf die ausgewählten Themenbereiche der DDR-Geschichte. Diese Sicht auf die zurückliegende deutsche Geschichte - zumal in so kurzem zeitlichen Abstand nach der Wende - stellt für sich selbst ein interessantes historisches Dokument dar. Wir hoffen, daß die Enquete-Kommission mit ihrer Arbeit Anstöße für die weitere Auseinandersetzung mit der Geschichte geben konnte. Wir sind davon überzeugt, daß diese Auseinandersetzung weiterhin notwendig ist und lohnt, da die Versöhnung der gesellschaftlichen Interessengegensätze die wahrheitsgemäße Aufarbeitung voraussetzt. Wir appellieren daher an die Bevölkerung und an alle gesellschaftlichen Gruppierungen, den Prozeß der Aufarbeitung und des Dialogs fortzusetzen, damit weitere Schritte zur Versöhnung möglich werden.

Unser Dank gilt allen Kommissionsmitgliedern - insbesondere den Nichtparlamentariern - für die gute und intensive Zusammenarbeit, die oftmals ein hohes Maß an Toleranz erforderte. Dank und Respekt gelten auch den ausgeschiedenen Kommissionsmitgliedern, die den Dialog so weit bis an ihre Schmerzgrenze mitgetragen haben, wie es ihnen möglich war. Wir danken den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Beteiligung an der Kommissionsarbeit, die das notwendigerweise eingeschränkte Themenspektrum durch vielfältige Aspekte bereichert haben.

Wir danken den Sachverständigen und Zeitzeugen aus den öffentlichen Veranstaltungen und den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Forschungsstudien und Expertisen für die Enquete-Kommission erarbeitet haben. Ohne diesen externen Sachverstand und die persönlichen Zeugnisse wäre die erzielte Qualität der Ergebnisse in den einzelnen Themenschwerpunkten nicht möglich gewesen. Schließlich gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariates für das äußerst intensive Engagement sowie ihrem beispielhaften und vorbildlichen Einsatz bei der inhaltlichen und organisatorischen Begleitung der Arbeit der Enquete-Kommission.

Schwerin, den 01. Oktober 1997

Rainer Prachtl
Vorsitzender

Dr. Manfred Reißmann
Vorsitzender

Die Mitglieder der Enquete-Kommission

Rainer Prachtl, MdL (CDU)

Vorsitzender

Dr. Manfred Reißmann, MdL (SPD)

Vorsitzender

Herbert Helmrich, MdL (CDU)

Horst Voigt, MdL (CDU) - bis 27. August 1997

Heidmarie Beyer, MdL (SPD)

Dr. Gerhard Bartels, MdL (PDS)

Dr. Arnold Schoenenburg, MdL (PDS)

Dr. Elisabeth Frauendorf (Landesverband der F.D.P.) - bis 1. Juni 1996

Heiko Lietz (Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Renate Krüger (benannt durch die CDU) - bis 1. Juni 1996

Jürgen Pohl (benannt durch die CDU) - bis 29. März 1996

Monsignore Reinhold Janiszewski (benannt durch die CDU) - bis 29. März 1996

Hans-Joachim Hacker (benannt durch die SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Heinrich Rathke (benannt durch die SPD)

Dr. Enno Dieckhoff (benannt durch die SPD)

Dr. Christel-Katja Fuchs (benannt durch die PDS)

Elfriede Brückner (benannt durch die PDS)

Dr. Dieter Frielinghaus (benannt durch die PDS)

Im Auftrag der Fraktionen waren als wissenschaftliche Referenten für die Arbeit der Enquete-Kommission tätig:

für die CDU: Katrin Karsten

für die SPD: Steffen Tietze und Sebastian Schröder (zeitweilig)

für die PDS: Dr. sc. Karl-Friedrich Gruel

Sekretariat

Dr. Dagmar Meyer (wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Martin Wrzesinski (wissenschaftlicher Mitarbeiter) - bis 31. August 1997

Sylke Pukatzi (wissenschaftliche Mitarbeiterin, kommissarisch) - bis 03. September 1995

Gaby Preiss

Petra Skalei - 27. November 1995 bis 31. August 1997

Sylke Ewert - bis 24. November 1995

Einleitung

Entsprechend dem Einsetzungsbeschluß vom 17. Mai 1995 hat die Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ einen Tätigkeitsbericht erstellt und beendet damit ihre Arbeit wie vorgesehen bis zur parlamentarischen Sommerpause 1997.

Der Versuch, über eine eigene Enquete-Kommission vom Parlament aus Anstöße zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu geben, ist einzigartig in den neuen Bundesländern. Trotz aller Anschauungs- und Interessengegensätze zwischen den Gruppierungen in der Kommission konnte der Dialog auf einem hohen Niveau geführt werden. Das Prinzip der Einvernehmlichkeit stellte dabei an alle Beteiligten extrem hohe Anforderungen. Die Arbeit der Enquete-Kommission war der Versuch, eine differenzierte Grundlage für erste Schritte zur Versöhnung von „Opfern“ und „Tätern“ zu schaffen. Dabei ist es im Verlauf der Kommissionsarbeit im Rahmen der Sachdiskussion in immer stärkerem Maße gelungen, Brücken zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu bauen. Die Aufgabe bleibt jedoch bestehen, diesen Prozeß fortzuführen.

Versöhnung setzt Aufarbeitung voraus. Daher bemühte sich die Enquete-Kommission um eine umfassende und wahrheitsgemäße Aufarbeitung des Geschehenen, um der Verdrängung entgegenzuwirken. Dabei wurde eine deutliche regionale Schwerpunktsetzung auf Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen, wie sie bisher nicht vorgelegen hat. Dieser Versuch einer umfassenden Aufarbeitung war der wesentliche Beitrag der Enquete-Kommission, auch um den Interessen der Opfer gerecht zu werden. Im Einsetzungsbeschluß war festgehalten worden, daß im Verlauf des offenen Dialogs über die Geschichte in den neuen Ländern in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg das Hauptziel nicht verkannt und außer acht gelassen werden darf, den berechtigten Interessen der Opfer von 40 Jahren SED-Diktatur gerecht zu werden und Regelungsmechanismen zu finden, die ungerechtfertigte Ausgrenzungen vermeiden. Diesen Anspruch zu erfüllen, war auch immer wieder die Absicht während der gesamten Arbeit der Enquete-Kommission. Zum Abschluß der Kommissionsarbeit ist festzustellen, daß dieser Anspruch nur unzureichend erfüllt werden konnte. Deutlich wurde aus den Reaktionen der Betroffenen, daß durch die Arbeit der Enquete-Kommission größere Erwartungen geweckt wurden, als sie erfüllen konnte. Dennoch ist zu hoffen, daß durch ihre Arbeit Anstöße gegeben wurden, die Interessen der Opfer der SED-Diktatur stärker zu berücksichtigen.

Trotz aller notwendigen Einschränkungen und Begrenzungen bei der Festlegung ihres Arbeitsprogramms einigte sie sich auf ein breites Spektrum von Themen für die öffentlichen Veranstaltungen. Der abschließende Tätigkeitsbericht dokumentiert den Verlauf der Arbeit und der Diskussionen. Er bietet eine differenzierte Darstellung der unterschiedlichen Sichtweisen auf die DDR-Realität und das Leben nach 1989. Diese Sichtweisen wurden ohne weitere Bewertung aus den Hauptaussagen der Zeitzeugen und Sachverständigen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen, die die Kommission vergeben hat, zusammengefaßt. Dabei sind die wichtigsten weitergehenden Forschungsfragen festgehalten worden. Der genaue Verlauf des Arbeitsprozesses und die einzelnen Ergebnisse können in den Materialbänden zur Arbeit der Enquete-Kommission nachvollzogen werden.

Hinzuweisen ist darauf, daß die vergebenen Forschungsstudien zum Themenbereich Alltagsleben nur in Teilen öffentlich diskutiert wurden, da die ursprünglich geplante öffentliche Veranstaltung zum Themenbereich „Alltagsleben in der DDR“ nach der Auseinandersetzung um die Ausstellung „Im Namen des Volkes? - Über die Justiz im Staat der SED“ nicht mehr durchgeführt wurde. Dem entsprechend sind diese Studien im abschließenden Tätigkeitsbericht auch nur in Teilen berücksichtigt. Sie sind ebenfalls in den Materialbänden zur Arbeit der Enquete-Kommission dokumentiert.

1. Zusammenfassung - Arbeitsweise der Kommission und Ergebnisse im Überblick

1.1 Auftrag, Entstehung und Zusammensetzung der Kommission

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 17. Mai 1995 auf Antrag der Fraktionen der CDU und SPD die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Titel „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ mit den Stimmen von CDU und SPD bei Gegenstimmen der PDS-Fraktion beschlossen (Drucksache 2/363). Ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zur Leitung der Enquete-Kommission wurde mit den Stimmen der CDU und SPD bei Gegenstimmen der PDS angenommen (Drucksache 2/408). Ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS zu einzelnen inhaltlichen Formulierungen des Antrages auf Einsetzung der Enquete-Kommission wurde bei Gegenstimmen der Fraktionen der CDU und SPD abgelehnt (Drucksache 2/406). Der Einsetzungsbeschluß und der Änderungsantrag der PDS haben folgenden Wortlaut:

1.1.1 Einsetzungsbeschluß

Der Landtag setzt eine Kommission mit dem Titel „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ ein (Enquete-Kommission).

Die Kommission soll einen Beitrag zur Versöhnung der Menschen aus der ehemaligen DDR leisten. Sie wird sich deshalb einer wahrheitsgemäßen Aufarbeitung des Geschehenen widmen und der Verdrängung entgegenwirken.

Ziel ist es, möglichst vielen Bürgern die Teilnahme an der Kommissionsarbeit zu ermöglichen. Deshalb sollen die öffentlichen Veranstaltungen dezentral und bürgernah stattfinden.

1. Zur umfassenden Aufarbeitung gehört alles, was die Bürger des Landes mit dem Geschehenen konfrontiert. Nur dieses gibt dann die Möglichkeit einzusehen, zu bedauern, fehlendes Unrechtsbewußtsein wieder herzustellen. Nur so kann Versöhnung und innerer Frieden zwischen „Tätern und Opfern“ erreicht werden.

Die Kommission soll einen offenen Dialog über die Geschichte in den neuen Ländern in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg führen und eine gesamtgesellschaftliche Diskussion im Land anstoßen. Dieser Dialog könnte zu einer stärkeren gesellschaftlichen und politischen Befriedung im Land beitragen und darüber hinaus vorhandene Wissenslücken über die tatsächliche historische Entwicklung schließen. Dabei darf das Hauptziel nicht verkannt und außer acht gelassen werden, den berechtigten Interessen der Opfer von 40 Jahren SED-Diktatur gerecht zu werden und Regelungsmechanismen zu finden, die ungerechtfertigte Ausgrenzungen vermeiden.

Eine unnötige Polarisierung schadet politischer Kultur. Ziel muß es sein, Brücken zu bauen und nicht Menschen auszugrenzen, die die Zukunft demokratisch und ehrlich mitgestalten möchten. Dazu gehört auch die Klärung des Umgangs mit dem Extremismusbegriff in der politischen Auseinandersetzung.

Die Kommission soll bisherige Arbeiten aufnehmen und den Umgang mit der Vergangenheit auch seit 1989 selbstkritisch reflektieren, um wieder zu einem offeneren Klima in der Gesellschaft zu kommen, das die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit für alle Bürger wahrnehmbar macht und die Toleranz in der Gesellschaft zum Tragen kommen läßt. Hierbei sind die verschiedenen Phasen der DDR und Perspektiven des Lebens in der DDR zu berücksichtigen.

2. Die Kommission wird sich zu Beginn ihrer Tätigkeit Schwerpunktthemen wählen, anhand derer exemplarisch die gesamte Themenstellung bearbeitet werden kann. Soweit dies erforderlich ist, können die Schwerpunktthemen im Verlauf der Arbeit ergänzt oder verändert werden. Die Schwerpunktthemen werden erarbeitet und in einer öffentlichen Auftaktveranstaltung vorgestellt.
3. Die thematischen Veranstaltungen und Sitzungen, wie z. B. Anhörungen, Expertengespräche, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, finden öffentlich und an verschiedenen Orten des Landes statt. Die Arbeit der Kommission wird durch das Sekretariat wissenschaftlich begleitet. Sie kann Anregungen für entsprechende Forschungsvorhaben geben und bezieht externen Sachverstand in ihre Arbeit ein.
4. Die Kommission kann Anregungen und Empfehlungen gegenüber dem Landtag und der Landesregierung aussprechen. Diese sowie alle sonstigen Entscheidungen müssen im Einvernehmen getroffen werden.
5. Die Kommission beendet ihre Tätigkeit bis zu parlamentarischen Sommerpause 1997 und erstellt einen Tätigkeitsbericht, der auf einer Abschlußveranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt wird.
6. Die Kommission setzt sich zusammen aus
 - a) sieben Mitgliedern des Landtages, von denen drei von der Fraktion der CDU und je zwei von den Fraktionen der SPD und PDS benannt werden,
 - b) jeweils einem Vertreter von den Landesverbänden der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder der F.D.P., die bis zum 09. Juni 1995 dem Landtag benannt werden müssen,
 - c) neun weiteren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von denen jede Fraktion des Landtages jeweils drei benennt.

Scheidet ein Mitglied aus der Kommission aus, so bestimmt die Fraktion, die es benannt hat, einen Nachfolger. Für den Fall, daß ein von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder der F.D.P. benanntes Mitglied ausscheidet, so wird der Nachfolger durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bzw. die F.D.P. benannt.

7. Die gemeinsame und gleichberechtigte Leitung der Kommission übernehmen der Präsident und der erste Vizepräsident des Landtages.
8. In den Haushaltsgesetzen für die Jahre 1995 bis 1997 werden entsprechende Mittel für die Arbeit der Kommission bereitgestellt. Es wird für die Dauer der Kommission ein Sekretariat durch die Landtagsverwaltung gebildet.

1.1.2 Änderungsantrag der PDS

Der Landtag möge beschließen:

1. In der Überschrift sowie in Absatz 1 des Antrages werden nach den Worten „Leben nach 1989 -“ die Worte „Aufarbeitung und Versöhnung“ ersetzt durch die Worte „Realitäten, Widersprüche und Chancen für eine neue politische Kultur“.
2. In Absatz 2 des Antrages werden nach den Worten „soll ein Beitrag“ die Worte „zur Versöhnung der Menschen ...“ bis „... der Verdrängung entgegenzuwirken“ ersetzt durch die Worte „zum unvoreingenommenen und sachlichen Umgang mit der DDR-Geschichte, zur Beförderung der Streitkultur sowie zum gegenseitigen Verstehen von Menschen mit unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Biographien und Erfahrungen leisten“.
3. In Ziffer 1 werden nach den Worten „... mit dem Geschehenen konfrontiert“ die Worte „und die Widersprüchlichkeiten des politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Lebens sowie die persönlichen Biographien der Menschen, die in der DDR gelebt haben, ohne Rechthaberei, moralische Zurechtweisung oder Bevormundung erschließt“.

In Ziffer 1 Absatz 2 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.

4. In Ziffer 5 wird nach den Worten „... der Öffentlichkeit vorgestellt wird.“ folgender Satz angefügt „Mitglieder der Kommission haben das Recht, dem Tätigkeitsbericht abweichende Meinungen beizufügen und diese ebenfalls auf der Abschlußveranstaltung der Öffentlichkeit vorzustellen.“
5. In Ziffer 7 werden nach den Worten „Die Fraktionen“ die Worte „von CDU und SPD“ gestrichen.¹

1.1.3 Zur Zusammensetzung der Kommission

Da in der Kommission nicht alle gesellschaftlich relevanten Kräfte und Gruppen des Landes vertreten sein konnten, hat es um den Einsetzungsbeschluß - insbesondere von seiten der Opferverbände - Kritik gegeben. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und das Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus beklagten, daß sie nur durch Benennung seitens der Fraktionen einbezogen seien. Der Landesvorsitzende der VOS, der über die CDU-Gruppierung Sitz und Stimme in der Enquete-Kommission eingeräumt bekam, beanspruchte zwei Kommissionssitze für seinen Verband, während die Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter Kritik daran übte, daß sie gänzlich unberücksichtigt geblieben sei. Die Zusammensetzung der Enquete-Kommission spiegelte ein breites politisches Spektrum wider. Alle Mitglieder waren trotz unterschiedlicher politischer Herkunft um eine aktive und effiziente Arbeit bemüht.

Kommissions-Mitglied Horst Voigt, MdL, wurde nach seinem Fraktionsaustritt am 27.08.1997 von der CDU-Fraktion aus der Enquete-Kommission zurückgezogen.

¹ Der Originaltext in Drucksache 2/363 der Fraktionen von CDU und SPD, auf den sich diese Änderung bezieht, lautet: „Die Fraktionen von CDU und SPD benennen jeweils ein Mitglied der Kommission zur gemeinsamen und gleichberechtigten Leitung.“

1.2 Arbeitsweise der Kommission

1.2.1 Geschäftsgrundlage

Die konstituierende Sitzung fand am 13. Juni 1995 statt. Die Kommission einigte sich darauf, die Regelungen der Geschäftsordnung des Landtages, insbesondere für die Beratung und Beschlußfassung, unter Berücksichtigung der spezifischen Vorgaben des Einsetzungsbeschlusses zugrunde zu legen. Demnach sollten die Beratungssitzungen nicht öffentlich, die thematischen Veranstaltungen, wie z. B. Anhörungen, Expertengespräche, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, öffentlich und an verschiedenen Orten des Landes stattfinden. Problematisiert wurde seit der 3. Kommissionssitzung die Frage der Einvernehmlichkeit von Beschlüssen, wie sie im Einsetzungsbeschluß vorgesehen war. Während die Vertreter der Fraktion der PDS und die von ihr benannten Kommissionsmitglieder die Einvernehmlichkeit als Bedingung für alle Beschlüsse der Kommission interpretierten, waren Vertreter der Fraktionen der CDU und SPD sowie die von ihnen benannten Kommissionsmitglieder² von der Einvernehmlichkeit als Bedingung zunächst nur für die Beschlüsse über Empfehlungen und Anregungen der Kommission an den Landtag oder die Landesregierung ausgegangen. Betont wurde die Möglichkeit für alle im Landtag vertretenen Parteien, Anregungen aus der Kommissionsarbeit - unabhängig vom Einvernehmen in der Kommission - direkt in den Landtag einzubringen, und für die nicht im Landtag vertretenen Parteien die Möglichkeit, dies über entsprechende Initiativen zu unternehmen. Das Prinzip der Einvernehmlichkeit setzte bei einem erwartungsgemäß breiten Meinungsspektrum der Mitglieder mit unterschiedlichem politischen Hintergrund ein sorgfältiges Abwägen und Argumentieren voraus, um Konsens zu erreichen.

1.2.2 Biographien

Übereinstimmend wurde beschlossen, daß sich die Kommissionsmitglieder gegenseitig ihre Biographien zur Kenntnis geben. So könne mehr Verständnis füreinander entstehen, seien unterschiedliche politische Standpunkte und Haltungen besser einzuordnen und nachzuvollziehen, würden die Motive für jeweils typisches Denken und Handeln durchsichtiger, bekomme man einen differenzierteren Zugang zur Persönlichkeit des einzelnen. Dies sollte auch beispielhaft eine Möglichkeit innerhalb des gesellschaftlichen Versöhnungsprozesses sein: unterschiedliche Lebenswege, und hier insbesondere Gründe und Abläufe, die zu verschiedenen Grundpositionen und Entwicklungen geführt hätten, gegenseitig darzulegen, anzuhören, zu reflektieren und nachzuvollziehen, um dadurch über ein besseres Verständnis für bestimmte Grundhaltungen, das eventuell vorhandene emotionale Reserviertheiten abzubauen helfe, zu einem besseren Miteinander zu gelangen.

In den internen Kommissionssitzungen legten jeweils ein bis zwei Mitglieder ihre Lebensgeschichte dar. Die Erfahrungen bestätigten die Erwartungen. Durch Offenlegung der Biographien konnte das Klima innerhalb der Kommission positiv beeinflusst werden, entstand mehr Verständnis füreinander, vermehrten sich gegenseitige Achtung und Respekt.

² künftig aus sprachlichen Gründen jeweils als Vertreter der Gruppierungen der CDU, SPD und PDS bezeichnet

Die bisher zu Wort gekommenen Mitglieder waren bei ihrer biographischen Selbstdarstellung um große Offenheit bemüht und stellten sich anschließenden Zusatz- und Ergänzungsfragen. Dies war insofern bemerkenswert, als der einzelne - obzwar freiwillig - einen tieferen Einblick in seine Gedichte preisgab und hier unterschiedliche Sichtweisen auf sein Leben, mit Toleranz und Fairneß vorgebracht, aushalten mußte. Es galt immer wieder aufs neue, Sachliches und Persönliches, Individuelles und Gesellschaftliches, Objektives und Subjektives auseinanderzuhalten und ein ganzheitliches Bild vom Leben des einzelnen zu gewinnen. Auf Grund der Entwicklung der Arbeit der Enquete-Kommission hatten nicht alle Kommissionsmitglieder Gelegenheit, ihre Biographie darzustellen.

1.2.3 Programmentwicklung

Da die Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ thematisch nicht eingegrenzt war, bedeutete dies die Bearbeitung eines außerordentlich breiten Themenspektrums. Eingedenk des zur Verfügung stehenden kurzen Zeitraumes war ein konzentriertes Arbeitsprogramm notwendig. Die Mitglieder einigten sich auf acht Themenschwerpunkte:

- Die Situation der Opfer
- Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern
- Das politische System in der DDR
- Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR
- Das Alltagsleben der Bürger in den drei Nordbezirken der DDR
- Jugend/Bildung/Erziehung/Wissenschaft/Kultur
- Die Geschichte der Wende in Mecklenburg-Vorpommern und deren Folgen für die Gegenwart
- Das Alltagsleben in Mecklenburg-Vorpommern nach 1989.

Bedeutung und Einfluß der Kirchen auf den Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR bzw. in Mecklenburg-Vorpommern vor und nach der Wende sollten als Querschnittsthemen behandelt und in jeder Veranstaltung spezifisch untersucht werden.

Die Übereinstimmung über diese acht Themen war in der Kommission kompliziert herzustellen und gestaltete sich relativ langwierig. Dies war insofern folgerichtig, als sich die mögliche Themenvielfalt erheblich breiter darstellte, die Schwerpunktsetzung in bezug auf diese und weitere mögliche Themen sehr unterschiedlich gesehen wurde und viele Wünsche und Vorstellungen offen ließ.

Zu vorbereitenden Überlegungen und Beratungen wurde eine Unterkommission „Planung der Kommissionsarbeit“ mit je einem Vertreter der Gruppierungen von CDU, SPD und PDS gebildet. Die Unterkommission beriet in ihren Sitzungen über die unterschiedlichen Vorstellungen der Gruppierungen und bereitete Empfehlungen und Vorschläge für die Entscheidungsfindung in der Enquete-Kommission vor. Der Beschluß zur Bearbeitung der genannten acht Themenschwerpunkte, die eine Konzentration auf das Wesentliche des zu betrachtenden Geschichtsprozesses darstellten, erfolgte in der 6. Kommissionssitzung am 27. Oktober 1995 und wurde in der 7. Sitzung am 17. November 1995 präzisiert.

1.2.4 Gutachtenvergabe und Themenspektrum

Eine Basis für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte bildete in der Kommission die Sacharbeit auf der Grundlage wissenschaftlicher Analysen. Die Mitglieder waren sich darin einig, daß für die Bearbeitung der einzelnen Themenschwerpunkte Sachverständigenurteile und wissenschaftliche Gutachten notwendig seien. Diese sollten von den Ergebnissen her in die Veranstaltungen einfließen, um die entsprechenden Diskussionen auf eine aktuelle, wissenschaftlich fundierte Grundlage zu stellen und so die Kommissionsarbeit zu bereichern. Über die Vergabe von Forschungsstudien und Expertisen konnte anfänglich Konsens in der Kommission hergestellt werden. Entsprechend wurden Aufträge an Sachverständige vergeben, die von den verschiedenen Gruppierungen als Vorschlag benannt worden waren bzw. die sich im Zuge der Diskussion innerhalb der Kommission als Konsensvorschläge herausbilden konnten. Im Fortgang des Diskussionsprozesses wurden jedoch von Seiten der Gruppierungen von CDU und SPD die Bedenken größer, an andere wissenschaftliche Einrichtungen als an Universitäten des Landes Aufträge zu vergeben, um größtmögliche Sacharbeit und Wertneutralität der Analysen zu gewährleisten. Das fand keine Zustimmung durch die PDS-Gruppierung, die diese Qualität auch denjenigen Wissenschaftlern zugebilligt wissen wollte, die nach der Wende „abgewickelt“ und arbeitslos geworden seien, sich inzwischen in verschiedenen neugegründeten Wissenschaftlerinstitutionen formiert hätten und die durchaus als ausgewiesene Wissenschaftlerpersönlichkeiten anzuerkennen seien. In dieser Frage konnte innerhalb der Enquete-Kommission der Dissens letztlich nicht ausgeräumt werden, so daß die für die weitere Vergabe von Gutachten notwendige Einvernehmlichkeit nicht mehr erreicht werden konnte.

Die Frage wurde im folgenden Gegenstand der Landtagsdebatte am 23. Mai 1996. Auf Antrag der Fraktionen der CDU und SPD empfahl der Landtag der Enquete-Kommission, im Rahmen ihres Handlungsauftrages Aufträge für Forschungsstudien und Expertisen an Universitäten und Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern oder an andere deutsche Universitäten und Hochschulen zu vergeben. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß, dem Gebot des Einigungsvertrages folgend, Landtag und Landesregierung seit der Wiedervereinigung erfolgreich daran gearbeitet hätten, die gesetzlichen Grundlagen für die Erneuerung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Sinne einer demokratischen Umgestaltung zu schaffen. Es habe gegolten, 40 Jahre SED-Herrschaft mit all ihren Auswirkungen auf das Hochschul- und Wissenschaftssystem innerhalb weniger Jahre zu überwinden. Es sei gelungen, zentralistische Strukturen aufzulösen und wissenschaftsfremden Einfluß zu beseitigen. Die im Rahmen der Wiederherstellung der Deutschen Einheit notwendig gewordene Demokratisierung habe auch im Hochschulbereich erfolgreich gestaltet werden können. Im Zuge ihrer Verwirklichung sei die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, Forschung und Lehre wiedereingeführt worden. Die Koalitionsfraktionen hätten sich in ihrer Vereinbarung für die zweite Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern dahingehend verständigt, an den Schulen des Landes noch intensiver auf die Vermittlung von DDR-Vergangenheit hinzuwirken, damit ein differenziertes Geschichtsbild entstehe. Da die wissenschaftliche Teildisziplin „Geschichte der DDR / Leben in der DDR“ an den Universitäten und Hochschulen der neuen und alten Bundesländer noch nicht sehr ausgeprägt sei und der tatsächliche Stand der Geschichtsaufarbeitung im auffälligen Kontrast zu den Erfordernissen der Forschung und der politischen Bildung, zumal der Lehrerfort- und -ausbildung stehe, sei es empfehlenswert, entsprechende Aufträge durch die Enquete-Kommission des Landtages an die Universitäten und Hochschulen des Landes zu vergeben (Drucksache 2/1559 vom 08.05.1996).

Die Landtagsdebatte brachte keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte, sondern schrieb die gegensätzlichen Auffassungen fest.³ Da gleichzeitig am Einvernehmlichkeitsprinzip festgehalten werden sollte, wurden - obgleich der Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD auf Drucksache 2/1559 vom Landtag gegen die Stimmen der Fraktion der PDS verabschiedet worden war - über den bis dahin fixierten Rahmen hinaus keine weiteren Forschungsaufträge durch die Enquete-Kommission erteilt. Darüber war in der 16. Kommissionssitzung am 28.03.1996 Einvernehmen hergestellt worden.

Insgesamt waren bis zu diesem Zeitpunkt folgende Aufträge durch die Enquete-Kommission in Auftrag gegeben worden:

1. Forschungsstudie zum Thema „Die Vorgeschichte und Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR anhand regionaler Schwerpunkte“ an Prof. Dr. Werner Müller, Universität Rostock, Fachbereich Geschichtswissenschaften (auf Vorschlag der CDU und der SPD)
2. Forschungsstudie zum Thema „Bildung, Wissenschaft und Kultur in den drei Nordbezirken der DDR“ in Fortführung der Arbeit des verstorbenen Prof. Dr. Lothar Elsner an Dr. Hans Koch (Leiter des Autorenkollektivs), Forum für politische und interkulturelle Bildung e. V. Rostock (auf Vorschlag der PDS)
3. Forschungsstudie zum Thema „Analyse der Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der Ausgangslage in den drei Nordbezirken der DDR“ an Prof. Dr. Günther Wildenhain, Universität Rostock, Fachbereich Mathematik (Vorschlag der SPD auf Empfehlung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages)
4. Forschungsstudie zum Thema „Aufarbeitung und Versöhnung - Zum Umgang von Gesellschaft mit Kultur“ an Georg Lichtenstein, vormals Volkstheater Rostock, derzeit im Ruhestand (Vorschlag der SPD auf Empfehlung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages)
5. Forschungsstudie zum Thema „Die Rolle der Kirchen (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen/ACK) in Mecklenburg-Vorpommern in der Wende unter Einbeziehung der Vorgeschichte“ an Georg Herbstritt, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg, Vertragsnehmer: Präsident des Oberkirchenrates Dr. M. Aden
6. Forschungsstudie zum Thema „Religiöses Brauchtum und kirchliches Leben im Alltag der DDR - zwischen Anfechtung und Behauptung“ an Dr. Georg Diederich (Gesamtredaktion), Vertragsnehmer: Heinrich-Theissing-Institut, Matthias Crone
7. Forschungsstudie zum Thema „Repression gegen die christliche Jugend im Bildungs- und Freizeitbereich“ an Prof. Dr. Jörg Ohlemacher, Universität Greifswald, Theologische Fakultät
8. Forschungsstudie zum Thema „Die Rolle der Kirchen im politischen System der DDR“ an Prof. Dr. Martin Onnasch, vormals Hannah-Arendt-Institut Dresden, jetzt Universität Greifswald, Theologische Fakultät
9. Expertise zum Thema „Die Rolle von kirchlichen Basisgruppen und Netzwerken vor und in der Wende in Mecklenburg-Vorpommern“ an Dr. Lothar Probst, Universität Bremen, Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien

³ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung - Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ (im folgenden verkürzt genannt: Aufarbeitung und Versöhnung), Bd. II Anträge, Debatten, Berichte, herausgegeben vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1996, S. 321-334.

10. Expertise zum Thema „Die Seminare ‘Konkret für den Frieden’ in Schwerin 1985 und Greifswald 1989“ an Philipp Busch, Universität Rostock, Theologische Fakultät, Vertragsnehmer: Prof. Dr. Karl-Heinrich Bieritz
11. Forschungsstudie zum Thema „Wirtschaftliche Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR - Agrarwirtschaft, Agrarpolitik und Lebensverhältnisse auf dem Lande“ an Prof. Dr. Kurt Krumbach (Leiter des Autorenkollektivs), Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. Berlin (auf Vorschlag der PDS)
12. Forschungsstudie zum Thema „Alltagsleben und soziale Situation in der DDR und in der Wendezeit in Mecklenburg-Vorpommern“ an Dr. Dietmar Wittich, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. Berlin (auf Vorschlag der PDS)
13. Forschungsstudie zum Thema „Die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit der Wende - Ausgangsbedingungen, Chancen, Optionen“ an Dr. Heiner Heseler, Büro für Strukturforchung Rostock gGmbH (auf Vorschlag der SPD)
14. Forschungsstudie zum Thema „Bodenreform und Agrarwirtschaft“ an Prof. Dr. Ilona Buchsteiner, Universität Rostock, Fachbereich Geschichtswissenschaften (auf Vorschlag der CDU)
15. Expertise zum Thema „Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft“ an Prof. Dr. Horst Pätzold, vormals Universität Rostock, derzeit im Ruhestand (auf Empfehlung des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Peter Sense)

Darüber hinaus wurde die Drucklegung eines „SED-Bestandsführers“ des Landeshauptarchivs Schwerin, erarbeitet durch Dr. Klaus Schwabe, durch die Kommission unterstützt. Die Vorschläge 5. bis 10. wurden entsprechend einem Beschluß der Kommission nach einem Gespräch der Kommissionsmitglieder Dr. Renate Krüger, Dr. Heinrich Rathke und Heiko Lietz mit Verantwortlichen der evangelischen und katholischen Kirche, der theologischen Fakultäten der Universitäten Rostock und Greifswald, des Heinrich-Theissing-Instituts, des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und einzelner Sachverständiger aus dem Themenbereich in der 10. Sitzung der Enquete-Kommission am 18.12.1995 eingebracht.

1.2.5 Erste öffentliche Veranstaltungen, Zwischenbericht und Plenarbeschluß

Die Mitglieder der Enquete-Kommission waren sich darin einig, daß ein wichtiges Anliegen ihrer Arbeit darin bestehe, im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen den Versuch zur Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte zu beginnen und in diesem Rahmen an verschiedenen Orten des Landes Mecklenburg-Vorpommern den Dialog mit der Bevölkerung zu eröffnen. Die erste öffentliche Veranstaltung fand am 18.09.1995 als Anhörung zur Situation der Opfer im Schwurgerichtssaal des Justizgebäudes am Demmlerplatz in Schwerin statt. Gegen diese Veranstaltung gab es von seiten der PDS-Gruppierung einen Einspruch, der sich nicht gegen die Behandlung dieser Thematik richtete, sondern gegen den Zeitpunkt der Behandlung - als erstes Thema und während der ersten öffentlichen Veranstaltung der Enquete-Kommission. In der Folge wurde der Zwischenbericht der Enquete-Kommission an den Landtag erarbeitet (Drucksache 2/1000), der in der 27. Sitzung des Landtages am 23.11.1995 zur Debatte stand.

Erste Schritte zur Umsetzung der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung am 18.09.1995 führten

- zu einer Beschlußempfehlung der Enquete-Kommission an den Landtag (Drucksache 2/1016) und betrafen die Verlängerung der Antragsfristen im Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz um mindestens zwei Jahre⁴,
- zu einem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD und PDS (Drucksache 2/1023), der die anderen prioritären Forderungen der Enquete-Kommission im Ergebnis der öffentlichen Anhörung vom 18.09.1995, die über die Verlängerung der Antragsfristen hinausgingen, heraushob und die Landesregierung aufforderte, deren Umsetzung durch angemessene Mittel zu verfolgen und dem Landtag darüber einen Bericht bis zum 31.05.1996 vorzulegen⁵.

Eine zweite öffentliche Veranstaltung war dem Thema „Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern“ am 30. November 1995 im Festsaal des Rathauses der Hansestadt Rostock gewidmet.

Beide öffentlichen Veranstaltungen brachten erste wichtige Erfahrungen. Der Anspruch auf Transparenz, Bürgernähe und Öffentlichkeit der Kommissionsarbeit sollte dadurch gewährleistet werden, daß sich die Kommission auf eine Arbeitsweise einigte, die öffentliche Anhörungen und öffentliche Veranstaltungen in wechselnder Folge, jeweils im Monatsabstand, vorsah. Dieser Rhythmus wurde in der 10. Sitzung am 18.12.1995 festgelegt, nachdem sich die Kommission auf ihr inhaltliches Arbeitsprogramm verständigt hatte.

Es wurde allgemein als unzureichend befunden, daß für die Erörterung der Situation der Opfer des SED-Regimes sowie für die Behandlung des Themas „Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern“ jeweils nur eine öffentliche Veranstaltung anberaumt worden war. Die Kommissionsmitglieder meldeten zusätzlichen Beratungs- und Handlungsbedarf an und legten dafür den Rahmen einer öffentlichen Anhörung für jedes der folgenden Themen fest. Für diese Anhörungen, die immer im Plenarsaal des Landtages stattfinden sollten, habe zwar zum einen die Öffentlichkeit Zutritt, biete sich aber zum anderen für die Kommissionsmitglieder ausreichend Gelegenheit, in konzentrierten Gesprächen mit Sachverständigen und Wissenschaftlern ihre spezifische Sicht auf die zur Debatte stehenden Ereignisse zu erörtern. Dabei komme das breite Spektrum unterschiedlicher politischer Meinungen zur Geltung, könne das jeweilige Thema in der Differenziertheit seiner einzelnen Facetten, auch als fundierte Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung unter Einbeziehung des Publikums, ausgiebig behandelt werden.

Nach der Auswertung der öffentlichen Anhörungen durch die Kommission sollte dann jeweils eine öffentliche Veranstaltung stattfinden, um das Publikum mit seinen Auffassungen, Wertungen und Meinungen einzubeziehen. Die öffentlichen Veranstaltungen sollten an unterschiedlichen Orten Mecklenburg-Vorpommerns durchgeführt werden und den Bürgern aus allen Teilen des Landes Gelegenheit geben, sich persönlich in die Arbeit der Enquete-Kommission einzubringen.

⁴ Abgedruckt ebenda, S. 134 - 135.

⁵ Abgedruckt ebenda, S. 136.

Diesen Vorstellungen folgend wurde das Thema „Das politische System in der DDR“ in zwei Veranstaltungen öffentlich erörtert:

- am 29. Januar 1996 als öffentliche Anhörung im Plenarsaal des Schweriner Schlosses
- am 24. Februar 1996 als öffentliche Veranstaltung im Bürohaus in Pasewalk.

Das Thema „Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR“ wurde am 29. März 1996 Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Plenarsaal, Schloß Schwerin und sollte im April 1996 in einer öffentlichen Veranstaltung in Wismar oder Stralsund behandelt werden. Zu der April-Veranstaltung ist es nicht mehr gekommen. In Folge der in der Kommission intern ausgetragenen kontroversen Debatte um die Absicht, die Ausstellung „Im Namen des Volkes? - Über die Justiz im Staat der SED“ durch die Enquete-Kommission nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, wurde der gerade begonnene Rhythmus unterbrochen und in der Folgezeit nicht wieder aufgenommen. Es kam zu neuen Festlegungen über das weitere Arbeitsprogramm (siehe Abschnitt 1.2.7).

1.2.6 Auseinandersetzungen in der Kommission zur Ausstellung „Im Namen des Volkes? - Über die Justiz im Staat der SED“

In der 16. Kommissionssitzung am 28.03.1996 war die Frage aufgeworfen worden, ob auf Betreiben der Enquete-Kommission die Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz „Im Namen des Volkes? - Über die Justiz im Staat der SED“ nach Mecklenburg-Vorpommern geholt werden solle. Die Gruppierungen der CDU und SPD sowie der Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützten dieses Ansinnen sehr nachdrücklich, da die Ausstellung das festgeschriebene Arbeitsprogramm der Kommission aus ihrer Sicht thematisch sinnvoll hätte ergänzen können und zudem der Bevölkerung mit dieser Ausstellung ausführliche Aufklärung über das repressive DDR-System hätte zuteil werden können. Insbesondere sei man dies den Opfern der DDR schuldig, so die Meinung dieser Gruppierungen. Die Mitglieder der PDS-Gruppierung lehnten es hingegen geschlossen ab, diese Ausstellung auf Betreiben der Enquete-Kommission ins Land zu holen. Sie wiesen die Ausstellung als einseitige Darstellung der DDR als „Unrechtsstaat“ zurück und waren nicht bereit, dem ihrer Meinung nach erkennbaren Anliegen der Exposition auf Delegitimierung der DDR zu folgen. Den Darlegungen zu Anliegen, Inhalt und Methode dieser Ausstellung folgte eine kontroverse Debatte, an der sich alle Kommissionsmitglieder beteiligten. Der Appell, geschehenes politisches Unrecht heute endlich beim Namen zu nennen und damit einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Aufarbeitung und Versöhnung zu leisten - auch in bezug auf jeden einzelnen, der damals davon betroffen gewesen sei und zum Teil bis heute an den Folgen zu tragen habe - stand im Mittelpunkt der politischen Überlegungen.

Im Verlauf der Diskussion kam es dazu, daß der Landesvorsitzende der VOS in Mecklenburg-Vorpommern, Kommissionsmitglied Jürgen Pohl, der selbst durch die DDR-Justiz an Gesundheit und Freiheit schweren Schaden genommen hat, mit dem Ausdruck starker Betroffenheit und unter Anführung politischer Gründe die Kommission verließ. Er erklärte während der 16. Kommissionssitzung am 28.03.1996, daß er von der VOS autorisiert sei, in der Enquete-Kommission zu unterstreichen, daß diese Ausstellung außerordentlich wichtig sei und im Land gezeigt werden müsse, daß sie ein unverzichtbarer, begleitender Bestandteil der Arbeit der Enquete-Kommission sein müsse und daß, wenn sie nicht realisiert werde, die VOS ihr Mandat in dieser Kommission zurückziehe. Er wolle anknüpfen an die Äußerung von Seiten der PDS-Fraktion in der Landtagsdebatte zur Einsetzung der Kommission, derzufolge es keine Vergangenheitsaufarbeitung geben könne, ohne der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. In diesem Zusammenhang meine er, daß es nicht ausreiche, für ein einzelnes Opfer Trauer zu empfinden. Man müsse über das Unrecht in der DDR aufklären, das durch Stasi, Polizei und Justiz verursacht worden sei und Hunderttausende Opfer gefordert habe, und man müsse die politische und inhumane Justiz, das politische Strafrecht der DDR, das im Mittelpunkt der Ausstellung stehe, jedermann offen zugänglich machen. Die Vertreter der Gruppierung der PDS sollten nicht den Menschen die Möglichkeit nehmen, diese Ausstellung sehen zu können. Vielleicht gebe es ja auch in ihren eigenen Reihen viele, die sie zu Vergleichszwecken und zur Aufklärung, zum Wissen über die DDR sehen wollten. Wer diese Ausstellung ablehne, sei antiaufklärerisch tätig. Für ihn sei es ein Prüfstein des wirklichen Willens zur Aufarbeitung in der Enquete-Kommission. Wenn er die Statements der PDS anhören müsse, wisse er eines genau: daß er in die Freiheit müsse, daß hier nichts sei, was ihn noch sichere. Mit diesen Worten beendete er seine Tätigkeit in der Kommission.

Dem Austritt von Kommissionsmitglied Jürgen Pohl folgte die Niederlegung der Mitgliedschaft von Kommissionsmitglied Monsignore Reinhold Janiszewski in der 17. Sitzung am 29. März 1996. Er erklärte, daß es für ihn ein Punkt sei: Wenn derjenige, der hier einen wesentlichen Beitrag zu leisten habe, nicht mehr komme - was er verstehen könne -, dann sehe er in der Sache keinen Sinn mehr und wolle seine Mitgliedschaft ebenfalls niederlegen.

Vor diesem Hintergrund wurde in der 38. Sitzung des Landtages am 25.04.1996 der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD (Drucksache 2/1460) behandelt, die Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz „Im Namen des Volkes? - Über die Justiz im Staat der SED“ auf Initiative des Landesjustizministers den Bürgern Mecklenburg-Vorpommerns zugänglich zu machen⁶. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD bei Gegenstimmen der Fraktionen der PDS und zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der PDS angenommen.

Den beiden Austritten während der 16. und 17. Sitzung der Enquete-Kommission folgten in der 20. Sitzung am 1. Juni 1996 die Austritte von Kommissionsmitglied Dr. Renate Krüger und Kommissionsmitglied Dr. Elisabeth Frauendorf.

⁶ Abgedruckt ebenda, S. 320.

Kommissionsmitglied Dr. Renate Krüger legte ihre Mitgliedschaft mit der Begründung nieder, daß es ihr nicht möglich sei weiterzuarbeiten, als sei nichts geschehen, nachdem zwei Mitglieder mit gewichtigen Gründen aus der Kommission ausgeschieden seien. Sie wolle nochmals Bezug zur Ausstellung „Im Namen des Volkes?“ nehmen, die zwar nun stattfinden werde, nicht aber im Auftrag dieser Kommission, deren genuine Aufgabe dies gewesen wäre. Sie selbst müsse für sich auch ein Stück Bilanz ziehen und feststellen, daß es nur ganz selten dazu gekommen sei, daß sie sich in den Expertisen, Gutachten und den Themenerörterungen der Enquete-Kommission mit ihren eigenen 40jährigen DDR-Erfahrungen habe wiederfinden können. Deshalb wolle auch sie ihren Austritt aus der Kommission erklären. Dies geschehe nicht nur mit negativen Gefühlen. Sie meine, daß ihr die Arbeit in der Enquete-Kommission sowohl im Hinblick auf die Sensibilisierung der interessierten Bevölkerung als auch in der differenzierten Betrachtung vieler Phänomene Gewinn gebracht habe. Sie meine jedoch, daß darüber hinaus keine wesentliche Effizienz erzielt werden könne. Es sei noch nicht an der Zeit, eine solche Aufarbeitung zu betreiben. Dies werde die Aufgabe für spätere Generationen sein. Eine Aufarbeitung unter das Zeichen der Versöhnung zu stellen, halte sie für ganz ausgeschlossen, obwohl das auch ein Motiv gewesen sei, weshalb sie der Arbeit dieser Kommission ursprünglich zugestimmt habe. Wenn sie jedoch daran festhalte, trage sie dazu bei, daß der Versöhnungsbegriff noch inflationärer und unklarer werde, als er ohnehin schon sei.

Kommissionsmitglied Dr. Elisabeth Frauendorf führte zur Niederlegung ihres Mandats in der Kommission aus, daß sie als Vertreterin einer kleinen Partei delegiert worden sei, mit der sie sich bezüglich ihrer heutigen Erklärung verständigt habe. Sie sei enttäuscht und traurig darüber, daß es der Kommission nicht gelungen sei, die Opferverbände an den Tisch zurückzuholen. Es sei der Kommission auch nicht gelungen, den Vertreter der katholischen Kirche in die Kommission zurückzuholen. Das bedeute, daß letztlich die Kommission, so wie sie vom Landtag einberufen worden sei, in ihrer Zusammensetzung nicht mehr vollständig existiere. Sie müsse darüber ihrem tiefsten Bedauern Ausdruck verleihen. Es sei ihr und auch ihrer Partei nicht möglich, da auch der Geschäftsordnungspunkt „Einvernehmlichkeit“ bestehen bleibe, weiterzuarbeiten, wenn zwei so wesentliche Personengruppen nicht mehr vertreten seien. Sie wisse nicht, wie jetzt noch objektiv aufgearbeitet werden solle, wenn der Vertreter der katholischen Kirche nicht mehr dabei sei. Allen Kommissionsmitgliedern sei bekannt, und sie selbst habe es in ihrer Biographie ausführlich dargestellt, welchen Repressionen die evangelische und die katholische Kirche in der DDR ausgesetzt gewesen seien. Darüber würden bei der Aufarbeitung konkrete Auskünfte gebraucht. Sie wolle die PDS in Zukunft bitten, den Mut zu haben, einmal Entschuldigung zu sagen. Das könne vielleicht schon viele Brücken schlagen. Sie als Liberale wolle jedoch keine andere Partei in die Ecke stellen, auch in Zukunft nicht. Sie schätze alle, die in dieser Kommission vertreten seien. Aber es sei ihr persönlich nicht mehr möglich, weiterhin mitzuarbeiten, unabhängig von dem Votum des Landesverbandes ihrer Partei. Das Thema „Aufarbeitung und Versöhnung“ sei für sie persönlich und für ihre Partei nicht vom Tisch. Im Gegenteil, sie habe hier in der Kommission während des letzten dreiviertel Jahres die Wichtigkeit eines solchen Anliegens und das Ausmaß der dafür zu leistenden Arbeit ermessen können. In dem Sinne wolle sie an alle Kommissionsmitglieder den Appell richten, dieses Thema nicht zu negieren. Sie habe persönlich das Gefühl, daß die Kommission noch oft und viel darüber diskutieren werde, vielleicht auch einmal in einer anderen Zusammensetzung. Es sei schade für sie, daß es jetzt an diesem Punkt gescheitert sei.

Bedingt durch den Austritt der vier Mitglieder setzte die Kommission in der Folgezeit ihre Arbeit aus, da in den Gruppierungen von CDU und SPD grundlegender Beratungsbedarf entstanden war. In diesem Zusammenhang stand auch das Prinzip der Einvernehmlichkeit erneut auf dem Prüfstand. Die Kommissionsarbeit ruhte während der Monate April und Mai 1996. Sie wurde im Juni 1996 mit nunmehr reduzierter Mitgliederzahl fortgesetzt und hielt mit ausdrücklicher Zustimmung der Gruppierungen der CDU, SPD und PDS und nicht ausdrücklichem Widerspruch des Vertreters von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Einsetzungsbeschluß des Landtages und am Einvernehmlichkeitsprinzip fest. Dies wurde damit begründet, daß insbesondere der Prozeß des Austragens und Aushaltens widersprüchlicher politischer Meinungen und Auffassungen in der Kommission Priorität besitze. Gerade dies sei unumgänglicher und wichtiger Bestandteil der Kommissionsarbeit, wenn sie eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer politischen Streitkultur im Land übernehmen und dabei Maßstäbe auf dem Weg zu Recht und Gerechtigkeit befördern wolle und solle. Daran hielt sich die Kommission, als sie sich in der 21. Sitzung am 17.06.1996 auf die Fortsetzung ihrer Arbeit und das weitere Arbeitsprogramm unter den eingetretenen geänderten Bedingungen einigte.

1.2.7 Arbeitsprogramm der Enquete-Kommission nach der Unterbrechung im Frühjahr 1996

Die Unterbrechung der Kommissionsarbeit im Frühjahr 1996 war von den Gruppierungen und den Fraktionen im Landtag dazu genutzt worden, sich Klarheit über die verbleibenden Möglichkeiten zur Erfüllung des Arbeitsauftrages des Landtages zu verschaffen. In der Abstimmung wurde festgelegt, daß die öffentlichen Veranstaltungen zu den verschiedenen Themenbereichen im Herbst 1996 zu beenden seien und im Frühjahr mit dem abschließenden Tätigkeitsbericht an den Landtag herangetreten werden solle, daß durch die Unterbrechung der Arbeit Einschränkungen im zeitlichen Rahmen für die öffentliche Erörterung der festgelegten Themenabfolge notwendig seien. Es wurde festgelegt, daß bis zum Jahresende 1996 drei weitere öffentliche Veranstaltungen stattfinden sollten, und zwar zu den Themen:

- Bildung/Wissenschaft/Erziehung/Kultur
- Die Geschichte der Wende
- Leben nach 1989.

Der festgelegte Rhythmus in der Abfolge von öffentlicher Anhörung und darauffolgender öffentlicher Veranstaltung sei zu unterbrechen. Künftig solle nur noch die öffentliche Behandlung der drei abgestimmten Themen unter Einbeziehung des Publikums in öffentlichen Veranstaltungen durchgeführt werden. In bezug auf die Behandlung des Themas „Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR“ solle es bei der Sachverständigenanhörung bleiben, und die Behandlung des ursprünglich vorgesehenen Themas „Alltagsleben in der DDR“ als eigenständiges Thema ausgesetzt werden. Die Mitglieder äußerten die Hoffnung, daß wichtige Aspekte des zuletzt genannten Themas in die Erörterung der noch verbleibenden drei Themenschwerpunkte einfließen könnten.

Nach der parlamentarischen Sommerpause wurden die drei vereinbarten Themenerörterungen in öffentlichen Veranstaltungen realisiert:

- in der 24. Sitzung am 28.09.1996 in der Aula der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald zum Thema „Bildung / Wissenschaft / Erziehung / Kultur“
- in der 25. Sitzung am 25.10.1996 im Plenarsaal des Rathauses Neubrandenburg zum Thema „Geschichte der Wende“
- in der 26. Sitzung am 07.12.1996 im Festsaal des Schlosses in Güstrow zum Thema „Leben nach 1989“.

1.3 Ergebnisse der Kommissionsarbeit

Die Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ stellte ein erstes Bemühen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern um Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit dar. Der Versuch, vom Parlament aus Anstöße zur Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte im Osten unseres Landes zu geben, blieb bisher einzigartig in den neuen Bundesländern. Als Beitrag zur Versöhnung der Menschen aus der ehemaligen DDR widmete sich die Kommission einer umfassenden und wahrheitsgemäßen Aufarbeitung des Geschehenen und unternahm so einen ersten Versuch, der Verdrängung entgegenzuwirken. Es ging vor allem darum, die gesellschaftlichen und politischen Strukturen herauszuarbeiten sowie die sozialen und psychologischen Mechanismen des Lebens in der DDR zu erörtern. Persönliche Blickwinkel setzten neben wissenschaftliche Analysen Mosaikstein an Mosaikstein und veranschaulichten, wie das politische System der DDR funktionierte und wie es von den Bürgern erlebt und empfunden wurde. Wichtig war, den öffentlichen Diskurs von seiten der Politik in Gang zu setzen und wahrheitsgetreue Dokumente an alle Außenstehenden sowie an künftige Generationen zu übergeben, die ihnen helfen können, das Funktionieren dieses Systems nachzuzeichnen. Auf Grund der engen zeitlichen Möglichkeiten der Kommission war nur ein eingegrenztes Themenfeld zu bearbeiten. Betrachtet man, alles in allem, die zurückliegende Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“, so ist zu erkennen, daß die Behandlung des Themenbereiches „Leben in der DDR“ erheblich mehr Aufmerksamkeit erfahren hat als die zum Thema „Leben nach 1989“.

Ein wichtiges Ergebnis der Kommissionsarbeit stellte die Aufarbeitung von DDR-Geschichte anhand sachlich-analytischer wissenschaftlicher Betrachtungen dar. Zu diesem Zweck sind Sachverständige für mündliche und schriftliche Expertenurteile in die Kommissionsarbeit einbezogen worden. In öffentlichen Anhörungen und in öffentlichen Veranstaltungen nahmen die Kommissionsmitglieder darauf Bezug und betrachteten den historischen Prozeß entsprechend den politischen Grundauffassungen ihrer Gruppierung. Dadurch wurden unterschiedliche Darstellungen und Wertungen zur DDR-Geschichte artikuliert und kontroverse Auseinandersetzungen in der Kommission ausgetragen. Im Ergebnis der Kommissionsarbeit stellte die wissenschaftliche Analyse der DDR-Geschichte einen unverzichtbaren Bestandteil dar.

Die sachlichen Analysen wurden durch Zeitzeugenberichte ergänzt und bereichert. Dadurch gestaltete sich die Arbeit der Enquete-Kommission lebensnah und bezogen auf die konkreten historischen Ereignisse. Sie kam so ihrem Ziel der wahrheitsgetreuen Aufarbeitung des Geschehenen erheblich näher und konnte zugleich Tendenzen der Verdrängung und Verklärung entgegenwirken. Aus Sicht der Kommission war dies eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Menschen mit unterschiedlichen sozialen Erfahrungen, mit zum Teil gegensätzlicher politischer Herkunft und mit abweichenden Haltungen und Meinungen - auch über die sozialen und politischen Ereignisse nach 1989 - miteinander ins Gespräch kamen. Im Ergebnis dieser sehr persönlichen Beiträge der Zeitzeugen in den öffentlichen Veranstaltungen wurde es möglich, Verantwortung und Betroffenheit konkret zu hinterfragen und begangenes Unrecht anzusprechen. Diese Versuche gelangen nicht immer, aber sie wurden dann eher möglich, wenn es um die Schilderung von Einzelschicksalen ging. In einem Fall konnte erreicht werden, den Anstoß für die bisher ausstehende Rehabilitierung und die Ehrenmitgliedschaft in der F.D.P. des in der DDR zu unrecht politisch verfolgten Zeitzeugen Wolf-Heinrich Dieterich zu geben (siehe auch Kapitel 4).

Ergebnis der Arbeit der Kommission war das mehr oder weniger gute Gelingen im Herstellen von Konsens, wenn es darum ging, einstmals unversöhnliche Gruppen dazu zu bringen miteinander das Gespräch zu führen und gegenseitige Blockierung durch pauschale Vorverurteilung und oberflächliche Rechthaberei abzubauen. Die Bereitschaft, einander zuzuhören, unterschiedliche Auffassungen „auszuhalten“ und unter Umständen sogar Verständnis füreinander aufzubringen, hat oftmals viel persönliche Kraft erfordert. Das hatte sowohl für die Kommission als auch für das Publikum Gültigkeit, konnte aber nicht immer hergestellt werden. Im Fall der ersten öffentlichen Anhörung zur Situation der Opfer kam es zu einer stark emotional geprägten Auseinandersetzung während des Statements eines durch die PDS benannten Sachverständigen und die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Im Namen des Volkes?“ zeigte innerhalb der Enquete-Kommission selbst dieselben Schwierigkeiten im Umgang mit unterschiedlichen politischen Positionen. Darin wurden immer wieder die subjektiven Grenzen von Aufarbeitung und Versöhnung deutlich. Dennoch gelang es trotz aller Anschauungs- und Interessengegensätze, den Dialog auf einem hohen Niveau zu führen. In den öffentlichen Veranstaltungen war mit dem Fortschreiten der Arbeit eine immer stärkere Versachlichung und zumindest ein immer besseres Aushalten und gefaßteres Zuhören bei unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Auffassungen und Schilderungen - ebenso wie in der Arbeit der Kommission selbst - festzustellen, auch wenn dies bis zum Schluß nicht für alle Fragen und Bereiche gelungen ist. Das Prinzip der Einvernehmlichkeit stellte innerhalb der Kommissionsarbeit an alle Beteiligten enorm hohe Anforderungen und bewirkte, daß eine Reihe von Anliegen einzelner Gruppierungen und breit mehrheitsfähige Anregungen für zusätzliche Aktivitäten der Kommission nicht realisiert werden konnten. Es war aber durchaus möglich, in vielen Bereichen Annäherungen oder jedenfalls Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen zu erzielen und sich auch bei extrem weit auseinanderliegenden Auffassungen, sehr sensiblen oder sehr emotionalen Fragen gegenseitig zumindest zu tolerieren.

Es ist der Enquete-Kommission gelungen, die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns in ihre Arbeit einzubeziehen. Alle von der Kommission beschlossenen Themen sind in öffentlichen Foren erörtert worden. Sachverständige, Zeitzeugen und Kommissionsmitglieder stellten sich mit ihren Urteilen und Meinungen dem Publikum und führten mit ihm gemeinsam den Dialog. Dabei erwies sich das Zusammenspiel von sachlicher Analyse, politischer Wertung und emotionaler Schilderung des Erlebten als eine wirksame Methode im Versuch um Geschichtsaufarbeitung. Die Enquete-Kommission fungierte gewissermaßen als Impulsgeber im Prozeß um Aufarbeitung und Versöhnung. Psychologische Mechanismen der Bewältigung und Bewertung der eigenen Geschichte setzten hier allerdings objektive Grenzen. Leben in der DDR war durch vielfältige Widersprüche geprägt. Aber wie widersprüchlich es auch war, es war ein Stück eigener Identität und von daher für jeden einzelnen von hohem Wert. Aufarbeitung und Versöhnung bedeutete insofern auch die persönliche Reflexion der eigenen Vergangenheit, es erforderte die schonungslose subjektive Aufarbeitung der zurückliegenden Ereignisse - und zwar unter jetzt grundlegend gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen. Dabei wurden nicht selten Biographiebrüche, Veränderungen von Lebensoptionen, Entwertung individueller Lebenserfahrungen hinterfragt. Die Aufarbeitung bleibt individuell zu leisten, ihre Meisterung ist sicher zu wesentlichen Teilen auch eine Frage der Zeit. Die Arbeit der Enquete-Kommission konnte diesen Prozeß anstoßen und politisch unterstützen. Insofern bewahrheitete sich, daß bereits der Weg das Ziel war.

Transparenz und Bürgernähe der Arbeit der Kommission konnten durch fortlaufende Publikationen der öffentlichen Anhörungen und Veranstaltungen in den Materialbänden zur Arbeit der Enquete-Kommission hergestellt werden, herausgegeben vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Darin veröffentlichte die Kommission prozeßbegleitend Anträge, Debatten und Berichte zu ihrer Arbeit. Bereits im März 1996 wurde der erste Materialband in der Publikationsreihe veröffentlicht, der großes Interesse bei der Bevölkerung gefunden hat. Bis März 1997 wurden 4.000 Exemplare verteilt, und der Verteiler umfaßte im September 1997 bereits ca. 800 Einzelinteressenten. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Anfragen von Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie politischen Institutionen über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns und auch Deutschlands hinaus, u. a. aus Dänemark, Polen, England, der Schweiz, den USA und Japan. Daran wird deutlich, daß der Versuch einer Aufarbeitung der Geschichte vom Landtag aus auch überregionale und internationale Beachtung gefunden hat. Es soll unterstrichen werden, daß die Edition der Aufarbeitungsbeiträge in den Materialbänden das Erinnern an Vergangenes unterstützen soll und auch einen starken und nicht im einzelnen quantifizierbaren Multiplikationseffekt in bezug auf den Anstoß zu weiteren Diskussionen in der Bevölkerung, der Politik und der Wissenschaft geben will. Diese Darstellung und dieses Erinnern ist insbesondere gegenüber den Opfern des SED-Unrechts notwendig. Bis Dezember 1996 wurden zwei weitere Materialbände herausgegeben, die die öffentlichen Veranstaltungen der Enquete-Kommission und die Landtagsdebatten, die die Arbeit der Kommission betrafen, dokumentieren. Die Dokumentation fand in einem vierten Band, erschienen im September 1997, ihren Abschluß. In Materialband IV ist zugleich eine Auswahl von Bürgerzuschriften zur Arbeit der Enquete-Kommission abgedruckt. Die Mitglieder waren sich darin einig, daß auch die in Auftrag gegebenen Forschungsstudien und Expertisen der Bevölkerung zugänglich zu machen seien - was für die Bände V bis IX der Publikationsreihe „Aufarbeitung und Versöhnung - Zur Arbeit der Enquete-Kommission“ unter der Rubrik „Forschungsstudien und Expertisen“ vorgesehen wurde.

Folgende Themen werden dort behandelt:

- „Wirtschaft und Alltagsleben“ (Band V)
- „Kultur und religiöses Brauchtum (Band VI)
- „Kirche und Staat“ (Band VII)
- „Bildung und Wissenschaft“ (Band VIII)
- „Geschichte der Wende“ (Band IX).

Der abschließende Materialband X enthält die Dokumentation des abschließenden Tätigkeitsberichtes und die dazu stattfindende Landtagsdebatte.

Auch der Umstand, daß sich immer mehr Menschen mit ihrem persönlichen Anliegen an die Kommission um Rat und Unterstützung wandten, ihre Arbeit werteten, Anregungen gaben und sich selbst aktiv einbringen wollten, zeugte von der Bürgernähe der Kommissionsarbeit und war Teil des Dialogprozesses, den die Kommission angestoßen hat. Dies war als Bestätigung dafür zu werten, daß die Arbeit der Enquete-Kommission ein wichtiger politischer Schritt in die richtige Richtung der Vergangenheitsbewältigung war. Damit konnten die Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auch über seine Grenzen hinaus, zu einer politischen Streitkultur, zur persönlichen und gesellschaftlichen Verarbeitung durchlebter eigener Geschichte angeregt und ermutigt werden. Insgesamt sind im Sekretariat fast 100 schriftliche Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern zur Arbeit der Enquete-Kommission mit einem Gesamtumfang von mehr als 600 Seiten eingegangen, die in einer Auswahl - wie bereits erwähnt - in Materialband IV dokumentiert worden sind.

Die Arbeit der Enquete-Kommission hat schließlich die Richtigkeit unter Beweis gestellt, Vergangenheitsaufarbeitung auch in einen konkreten regionalen Rahmen zu stellen. Sowohl die öffentlichen Veranstaltungen als auch die durch die Kommission in Auftrag gegebenen Expertisen und Forschungsstudien verfolgten das Ziel, die zurückliegende jüngste Geschichte unter regionalspezifischer Fragestellung zu analysieren. Die Besonderheiten der drei Nordbezirke der DDR schrieben ihre eigene politische, soziale und ökonomische Geschichte und beeinflussten so das Denken und Handeln der Menschen in dieser Region in spezifischer Weise.

Dieser Ansatz wurde in besonderer Weise unterstützt und bekräftigt durch den Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages, der die Bedeutung regionalspezifischer Aufarbeitung unterstrich. Auf der Ebene der Vorsitzenden der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und der Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern hat ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch stattgefunden. Dabei wurde deutlich, daß die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages die Arbeit der Landtags-Enquete-Kommission als eine sinnvolle und notwendige Ergänzung ihrer Arbeit wertete.

2. Zur Situation der Opfer⁷

2.1 Arbeitsweise und Positionen der Enquete-Kommission

Nach dem Einsetzungsbeschluß des Landtages Mecklenburg-Vorpommern sollte die Enquete-Kommission einen Beitrag zur Versöhnung der Menschen aus der damaligen DDR leisten. Sie sollte sich deshalb einer wahrheitsgemäßen Aufarbeitung des Geschehenen widmen und der Verdrängung entgegenwirken. Zur umfassenden Aufarbeitung gehöre alles, was die Bürger des Landes mit dem Geschehenen konfrontierte. Nur dieses gebe dann die Möglichkeit einzusehen, zu bedauern, fehlendes Unrechtsbewußtsein wiederherzustellen. Nur so könne Versöhnung und innerer Frieden zwischen „Tätern und Opfern“ erreicht werden. Die Kommission sollte dazu einen offenen Dialog über die Geschichte in den neuen Ländern in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg führen und eine gesamtgesellschaftliche Diskussion im Land anstoßen. Dieser Dialog könne zu einer stärkeren gesellschaftlichen und politischen Befriedung im Lande beitragen und darüber hinaus vorhandene Wissenslücken über die tatsächliche historische Entwicklung schließen. Dabei dürfe das Hauptziel der Arbeit der Kommission nicht verkannt und außer acht gelassen werden, den berechtigten Interessen der Opfer von 40 Jahren SED-Diktatur gerecht zu werden und Regelungsmechanismen zu finden, die ungerechtfertigte Ausgrenzungen vermeiden. Um sich gleich zu Beginn ihrer Arbeit diesem Anliegen zu widmen, beschloß die Enquete-Kommission auf Initiative der Gruppierungen von CDU und SPD, die erste öffentliche Veranstaltung als Anhörung zur Situation der Opfer des SED-Unrechts durchzuführen. Eine besondere Priorität wurde dieser Thematik von seiten der Kommissionsmitglieder auch deshalb eingeräumt, da die Situation der Opfer des SED-Unrechts unmittelbaren Handlungsbedarf signalisierte, und zwar sowohl im Hinblick auf erlittenes Unrecht und dessen zum Teil lebenslange Folgen, die auf den Opfern lasteten, als auch im Hinblick auf den Zeitfaktor, weil am 31. Dezember 1995 die Antragsfristen für das Erste und Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes ausliefen. Gleichzeitig war der Enquete-Kommission klar, daß dieses Thema mit der ersten Veranstaltung nicht abgeschlossen sei. Vielmehr sollte sich die Opfer-Täter-Problematik durch die gesamte Arbeit der Kommission ziehen.

Die öffentliche Veranstaltung zur Situation der Opfer wurde am 18. September 1995 als Anhörung im Justizgebäude am Demmlerplatz in Schwerin durchgeführt. Mit der Wahl des Ortes sollte bereits ein Stück Aufarbeitung und Versöhnung herbeigeführt werden. Von diesem Gebäude waren in der Vergangenheit Leid und Schrecken ausgegangen. In diesem Gebäude sollte daher damit begonnen werden, die Geschichte aufzuarbeiten und sachlich über das Geschehene von damals miteinander ins Gespräch zu kommen. Das bedeutete, zunächst die Situation der Opfer zu beleuchten - und zwar im Hinblick darauf, wie sie sich zum aktuellen Zeitpunkt darstellte, aber auch mit Blick darauf, wie sie in der DDR war. Zu Beginn der Veranstaltung war darauf hingewiesen worden, daß es nur wenige gewesen seien, die bis zu diesem Zeitpunkt die Kraft und wohl auch den Mut gefunden hätten, sich diesem Gespräch zu stellen. Die Anhörung sollte unter der Rücksicht geschehen, Verbesserungsmöglichkeiten der Situation der Opfer auf Bundes- und Landesebene zu erörtern sowie Defizite, Verlängerungsmöglichkeiten für die Antragsfristen und weitere Novellierungsvorschläge für das Erste und Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu diskutieren. Die PDS-Gruppierung in der Kommission meldete bereits bei der Festlegung des Themenschwerpunktes Bedenken gegen den Zeitpunkt der Behandlung, nicht aber gegen die Behandlung selbst an.

⁷ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. I Anträge, Debatten, Berichte (1996), S. 59-127.

Nach ihrer Auffassung hätte die Kommission zunächst den Begriff „Opfer“ definieren müssen. Auch in der heutigen Gesellschaft seien wieder Opfer zu beklagen. Es dürfe daher keine Reduzierung des Opferbegriffs auf die Opfer des SED-Unrechts geben. Nach Auffassung von Abgeordnetem Dr. Arnold Schoenburg hätten zudem die Formulierungen der Themenschwerpunkte in der Einladung zur Anhörung nicht den Verabredungen während der dritten Kommissionssitzung entsprochen, in der die Anhörung vorbereitet worden sei. Nach Meinung der PDS hätten nicht in erster Linie die Vorschläge zur Gesetzesänderung im Mittelpunkt der Anhörung stehen sollen, sondern die Möglichkeit für die Teilnehmer, über das eigene Erleben zu sprechen sowie darüber, wie sie die Situation der Opfer und die Täter-Opfer-Problematik sehen.

Für die Anhörung benannten die Vertreter der Fraktionen Betroffene, Zeitzeugen, Experten und sachverständige Institutionen entsprechend dem Stärkeverhältnis im Landtag. Aufgrund der parlamentarischen Regeln erhielten die Fraktionen von CDU, SPD und PDS und auch die in der Kommission vertretenen Parteien F.D.P. und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die nicht dem Landtag angehören, die Möglichkeit, in eigener Verantwortung die Anzuhörenden zu benennen, die ihnen dafür geeignet erschienen. Bereits unmittelbar nach der dritten Kommissionssitzung hatte Kommissionsmitglied Jürgen Pohl seinen in der Sitzung geäußerten Protest gegen die Möglichkeit, daß die PDS zur Anhörung am 18. September 1995 drei Sachverständige habe nominieren können, schriftlich wiederholt. Aus seiner Sicht sei es der Wille der Kommission gewesen, durch die Anhörung von Opfern und Vertretern von Opferverbänden des Landes Anregungen für Gesetzesnovellierungen aufzugreifen, um den Opfern, Widerständlern und Betroffenen in der kommunistischen Gewaltherrschaft der SBZ und DDR von 1945 bis 1989 die Gerechtigkeit herzustellen, die durch die existierenden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bisher nicht befriedigend geregelt und erreicht worden seien. Dabei ginge es um Würdigung und um materiell-rechtliche Wiedergutmachung all derer, die in der ehemaligen SBZ und DDR politisch verfolgt, inhaftiert und auf vielfältigste Art benachteiligt worden seien. Diese intendierte Zielstellung der Aufarbeitung von SBZ- und DDR-Unrecht in der geplanten Opferanhörung stehe jedoch von Beginn an in Gefahr, zur Farce zu werden, wenn in diesem Rahmen die verursachende Partei der Vergangenheit, mutiert wie zum Beispiel in „Interessenvertretungen für ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe“ u. a., als Opferorganisation zu dieser Anhörung zugelassen werde. Die Zuweisung von drei Sachverständigen-Nominierungen an die PDS sei an dieser Stelle nicht zu verstehen. Denn die Benennung derartiger anzuhörender Opfervertreter und Betroffener sei keine Frage von Parteienproporz, sondern eine Frage politischer Verantwortung. Daher sollten von vornherein wirklich nur diejenigen gehört werden, die zweifelsfrei Opfer von Repressions- und Zwangsmaßnahmen in der ehemaligen SBZ und DDR geworden seien. Ansonsten riskierten die Veranstalter den Eklat. Kommissionsmitglied Jürgen Pohl forderte die Vorsitzenden der Enquete-Kommission auf, sich nochmals zu überlegen, ob sie, trotz der von ihm aufgezeigten Gegenargumente, einer aktiven Beteiligung von sogenannten „Opferverbänden“, die aus seiner Sicht unter der festgesetzten Themenstellung nichts zu suchen hätten, bei dieser Veranstaltung weiterhin zustimmen wollten. Er stellte den Antrag, zu der am 18. September 1995 geplanten Opfer- und Sachverständigenanhörung nur diejenigen Personen und Verbände zuzulassen, die tatsächlich die Opfer des SED-Unrechts vertreten würden und die nicht im Umfeld des ehemaligen Machtapparates der SED tätig gewesen seien.

Dieser Antrag habe aus der Sicht von Kommissionsmitglied Jürgen Pohl keiner Abstimmung der Kommission bedurft, da deren erklärtes Ziel für diesen Tag die Anhörung zur Geschichte und zur sozialen Situation von Opfern, Widerständlern und Betroffenen als Zeitzeugen staatlichen Zwangs und der Repression der ehemaligen SBZ und DDR sowie von Sachverständigen hierzu habe sein sollen und, daraus folgend, mögliche Novellierungen der bestehenden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hätten erarbeitet werden sollen.

Die Vorsitzenden der Kommission Rainer Prachtl und Dr. Manfred Reißmann wiesen Kommissionsmitglied Jürgen Pohl schriftlich darauf hin, daß der Kreis der Anzuhörenden für die Veranstaltung am 18. September 1995 von der Kommission in ihrer Sitzung am 23. August 1995 beschlossen worden sei. An diesen Beschluß seien sie als Vorsitzende gebunden. Daher könnten sie auch nicht nachträglich davon abweichen. Sie wiesen darüber hinaus darauf hin, daß es sich bei der Enquete-Kommission um ein parlamentarisches Gremium handele, in dem u. a. alle im Parlament vertretenen Fraktionen mitarbeiteten. Diese hätten nach den Regeln des Parlamentsrechtes entsprechend ihrem Stärkeverhältnis die Möglichkeit, Anzuhörende für eine öffentliche Anhörung vorzuschlagen.

Folgende Institutionen, Sachverständige und Zeitzeugen wurden für die öffentliche Anhörung am 18.09.1995 in Schwerin benannt:

- Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung, Schwerin
Amtsleiter Hans-Peter Voß
- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, Neubrandenburg
Kurt Groth
- Inge Bennewitz, freie Journalistin, Berlin
- Detlev Borchardt, Schwerin
- Bund der Stalinistisch Verfolgten, Berlin
Rita Alliger
- Klaus Eichholz, Schwerin
- Siegfried Felgner, Schwerin
- Förderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.
Vorsitzender Dipl.-Ing. Helmut Ebel, Pampow
- Heinrich-Theissing-Institut, Schwerin
Kuratoriumsvorsitzender Dr. Georg Diederich
- Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern
Staatssekretär Joachim Babendreyer
- Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus
Burghard Wiechert, Gresse
- Oberst a. D. Erich Kupsch, Schwerin
- Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Schwerin
Peter Sense
- Hans-Jürgen Leupold, Duvendiek
- Wilfried Linke, Jena
- Dr. Dietrich Richter, Stralsund
- Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit e. V. (UVA) , Rostock
Vorsitzender Reinhardt Thomas

- Verband der Opfer des Stalinismus/Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge e. V. (VOS), Bonn
Bundesvorsitzender Klaus Schmidt
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
Prof. Dr. Gerhard Meinel, Bad Doberan.

Während des Beitrages des von der PDS benannten Sachverständigen Erich Kupsch gab es aus dem Publikum Zwischenrufe und aus dem Kreis der Kommissionsmitglieder eine Anzahl von Anträgen zur Geschäftsordnung, die darauf abzielten, in den Beiträgen nur die Situation der Opfer und Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lage und der entsprechenden Gesetzgebung zur Sprache kommen zu lassen. Dagegen wurde von seiten der Gruppierung der PDS die Notwendigkeit betont, bei der Erörterung der Situation der Opfer auch denen das Wort zu geben, die als Vertreter der Sicherheitsorgane der DDR die andere Seite verkörpert hätten, damit unterschiedliche Standpunkte zum Ausdruck kämen. Während der Geschäftsordnungsdebatte verließ der Sachverständige Erich Kupsch den Saal. Nach weiteren Anträgen zur Geschäftsordnung wurde die Anhörung unterbrochen, da die Vertreter der PDS Beratungsbedarf anmeldeten. Nach der Unterbrechung erklärte Abgeordneter Dr. Arnold Schoenburg, daß die Vertreter der PDS die Anhörung verlassen würden, da es offensichtlich an diesem Tag nicht möglich sei, daß sich Leute aus unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Lagern von unterschiedlichen Positionen aus miteinander aussprächen und einander zuhörten. Damit habe die Sitzung für die Vertreter der PDS keinen Sinn mehr. Die beiden anderen von der PDS benannten Sachverständigen Dr. Dietrich Richter und Siegfried Felgner hatten die Anhörung ebenfalls bereits verlassen. Danach wurde die öffentliche Anhörung programmgemäß fortgesetzt. Nachdem alle verbliebenen Betroffenen und Sachverständigen ihre Statements abgegeben hatten, wurden in einer allgemeinen Diskussion mit den Kommissionsmitgliedern einzelne Novellierungsvorschläge für die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze diskutiert.

In der 5. Kommissionssitzung, die sich direkt an die öffentliche Anhörung am 18. September 1995 anschloß, wurden erste Schritte zur Umsetzung der Ergebnisse der Anhörung diskutiert. Die Kommission beschloß, daß in einem ersten Schritt eine Zusammenstellung der Vorschläge durch das Sekretariat vorzunehmen sei, in einem zweiten Schritt diese Zusammenstellung der Vorschläge durch die Mitglieder der Enquete-Kommission an die Fraktionen weitergeleitet werden solle, damit diese über eventuelle parlamentarische Initiativen auf Fraktionsebene entscheiden und diese ggf. in den Landtag einbringen könnten, und in einem dritten Schritt die Anhörung in einer Kommissionssitzung im Oktober inhaltlich ausgewertet werden könne.

Die Debatte ergab, daß die Zusammenstellung der Forderungen in Auswertung der öffentlichen Anhörung zur Situation der Opfer mit dem Wortprotokoll der Anhörung in einem Zwischenbericht der Enquete-Kommission an den Landtag zusammengefaßt werden sollte. Zusätzlich zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission verabschiedete die Enquete-Kommission eine Beschlußempfehlung an den Landtag (Drucksache 2/1016), derzufolge der Landtag beschließen möge, daß die Landesregierung aufgefordert werde, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß eine Verlängerung der Antragsfristen im Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz um mindestens zwei Jahre vorgesehen werde.

Ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD und PDS zu dieser Beschlußempfehlung der Enquete-Kommission (DRUCKSACHE 2/1023) forderte den Landtag zu einem weitergehenden Beschluß auf. Danach sollte der Landtag den Zwischenbericht der Enquete-Kommission zustimmend zur Kenntnis nehmen und die Landesregierung auffordern, hierin dokumentierte Forderungen bezüglich der Situation der Opfer in geeigneter Form aufzugreifen und deren Umsetzung durch angemessene Mittel zu verfolgen. Die Forderungen, die sich aus der öffentlichen Anhörung ergeben hätten und denen Priorität einzuräumen sei, sollten seitens der Landesregierung im Rahmen einer Bundesratsinitiative besonders berücksichtigt werden. Über die eingeleiteten Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse sei dem Landtag bis zum 31. Mai 1996 ein Bericht vorzulegen. Die Beschlußempfehlung der Enquete-Kommission wurde vom Landtag am 23. November 1995 in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrages bei vier Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion angenommen.

Die Landesregierung legte mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei am 29. Mai 1996 dem Landtag einen Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen und erzielten Ergebnisse zur Umsetzung der Forderungen der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ vor (Drucksache 2/1621). Die Kommission führte in ihrer 22. Sitzung am 16. August 1996 eine kontroverse Debatte auf der Grundlage des Berichtes der Landesregierung. Von Vertretern der Gruppierung der SPD wurde kritisiert, daß der Landtag durch den Bericht der Landesregierung kein befriedigendes Ergebnis erreicht habe. Es wurde angeregt, daß der Landtag eine Initiative starten solle, die Aktivitäten zur Verbesserung der Situation der Opfer im Bundestag zu unterstützen. Von seiten der Gruppierung der CDU wurde eingewandt, daß verschiedene gesetzgebende Versammlungen, an der Spitze der Deutsche Bundestag, Verbesserungen der Rehabilitierungen und Entschädigungen von Opfern der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR entwickeln würden. Einer Gesetzesnovellierung solle durch die Enquete-Kommission nicht vorgegriffen werden. Vielmehr solle ein Kompromiß von SPD und CDU im Bundestag abgewartet werden, der dann auch bei der entsprechenden Abstimmung im Bundesrat die Unterstützung durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern erfahren könne. Natürlich setze sich auch die Gruppierung der CDU für eine Verbesserung der Situation der Opfer ein. Die PDS-Gruppierung brachte zum Ausdruck, daß sie Aktivitäten zur Verbesserung der Situation der Opfer aufgeschlossen gegenüberstehe und entsprechende Vorschläge von CDU und SPD mittragen werde, wobei das im einzelnen auch eine Frage der Formulierung sei.

Die Kommission legte fest, daß in der nächsten nichtöffentlichen Sitzung am 18. September 1996 auf der Grundlage eines konkreten Arbeitspapiers die weitere Beratung der Situation der Opfer erfolgen solle, basierend auf einen Entwurf, von der SPD-Gruppierung erarbeitet, der vor der endgültigen Behandlung in der Kommission durch die Unterkommission „Planung der Kommissionsarbeit“ vorzubereiten sei. Eine abschließende Beratung war in der 23. Sitzung am 18. September 1996 nicht möglich, da die Erstellung einer Vorlage zum Thema wegen ausstehender weiterer Gespräche zur Vorbereitung noch nicht erfolgt war. Da im Anschluß keine weiteren internen Kommissionssitzungen vereinbart und nur noch die letzten drei öffentlichen Veranstaltungen am 28.09., 25.10. und 07.12.1996 durchgeführt wurden, konnte bis zum Abschluß der Kommissionsarbeit keine Verständigung über dieses Thema herbeigeführt werden.

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, nahm die letzte öffentliche Veranstaltung der Enquete-Kommission am 07.12.1996 in Güstrow zum Anlaß, seine Enttäuschung darüber zu äußern, daß die Kommission ihrem Anspruch nicht gerecht geworden sei, sich über den Zwischenbericht hinaus mit konkreten Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Opfer an den Landtag und an die Landesregierung zu wenden.

2.2 Möglichkeiten und Initiativen zur Verbesserung der Situation der Opfer

In Auswertung der öffentlichen Anhörung zur Situation der Opfer am 18.09.1995 in Schwerin wurden die Forderungen zur Verbesserung der Situation der Opfer aufgelistet. Diese Zusammenstellung wurde im Zwischenbericht der Enquete-Kommission an den Landtag abgedruckt (Drucksache 2/1000)⁸. Die Einführung ging von generellen Bemerkungen zur Situation der Opfer des SED-Unrechts aus. Danach stehe die Rehabilitierung aller Opfer aus der Sicht aller Fraktionen außer Frage. Die Erwartungen an die beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hätten sich nicht erfüllt. Das gesellschaftliche Klima müsse zugunsten derjenigen, die in der DDR aktiv Widerstand geleistet hätten, verbessert werden. Dabei sei Widerstand gegen das politische System der DDR rechtlich anzuerkennen und in der Behandlung dem Widerstand gegen das NS-System gleichzustellen. Denkbar sei die entsprechende Verankerung der öffentlichen Anerkennung und materiellen Entschädigung im Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Die moralische Würdigung der Opfer und ihre öffentliche Rehabilitierung müsse in stärkerem Maße als bisher zum Ausdruck kommen. Opfern und Verfolgten müsse bei der Antragstellung ein sensiblerer Umgang sowie mehr Hilfestellung und Erleichterung zuteil werden. Auf eine zügige Bearbeitung der Anträge sei zu dringen, vor allem bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen. Die Sprechstage zur Information über Rehabilitierungsmöglichkeiten seien zu erweitern.

Neben einer Vielzahl von Forderungen und Anregungen zum Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurden die folgenden Forderungen zusammengestellt, denen in Auswertung der öffentlichen Anhörung Priorität einzuräumen sei. Danach sei eine Verlängerung der Antragsfrist für das Erste und Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz um mindestens zwei Jahre dringend zu empfehlen, um einem größeren Personenkreis die Möglichkeit der Rehabilitierung zu geben.

Der Deutsche Bundestag hat am 23.11.1995 eine Verlängerung der Antragsfristen bis zum 31.12.1997 beschlossen. Auch der Bundesrat hat der entsprechenden Gesetzesänderung am 15. Dezember 1995 zugestimmt, so daß eine der wesentlichen Forderungen der öffentlichen Anhörung zur Situation der Opfer des SED-Unrechts erfüllt worden ist.

In der Auflistung der Kommission wurde hervorgehoben, daß hinsichtlich der Kapitalentschädigung eine generelle Anhebung der sozialen Ausgleichsleistungen bis zu 720,00 DM (maximale Forderung im Statement des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern während der öffentlichen Anhörung) angeraten sei, um damit die unterschiedliche Höhe der Ansprüche nach § 17 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes auf einen Gleichheitssatz zu heben.

⁸ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. I Anträge, Debatten, Berichte (1996), S. 43-133.

Die Vererblichkeit von Leistungen für noch lebende Ehepartner oder Lebensgefährten, für deren Kinder und Eltern vor dem Stichtag 18. September 1990 sei bisher im Gesetz nicht ausreichend geregelt und signalisiere Novellierungsbedarf.

Bezüglich Artikel 1 und 2 im Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz würden Verfahrenserleichterungen angemahnt. Ebenfalls werde auf Verfahrenserleichterungen bei erlittenen gesundheitlichen Schäden gedrungen, die zukünftig nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) statt wie bisher nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) geregelt werden sollten. Dabei sei eine Erweiterung der gesundheitlichen Schäden nach § 3 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz auf psychische Schäden zu erwirken.

Die Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche von Zwangsausgesiedelten sei nachbesserungsbedürftig und solle künftig nicht mehr auf der Grundlage des Vermögensgesetzes vorgenommen werden.

Vertriebenen solle Bodenreformland zurückerkannt werden, wenn Sie nicht inzwischen rechtsbeständig eine andere neue Bauernstelle erhalten hätten.

Es werde dringend ersucht, den Gestaltungsrahmen der beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze auf ehemalige politische Häftlinge und Zwangsverschleppte auszudehnen, die vor dem 08. Mai 1945 durch die Sowjetische Administration verhaftet worden seien - d. h. zwar noch auf damaligem Reichsgebiet, aber nicht in der SBZ als dem räumlichen Geltungsbereich für beide Gesetze.

Die Stiftungsmittel zugunsten Zwangsverschleppter seien zu erhöhen und für diejenigen zu eröffnen, die in der Sowjetunion Haft- und Arbeitslager hätten erdulden müssen und die bisher in keiner rechtlichen Regelung berücksichtigt worden seien.

Diese Problemfelder sollten nach dem Landtagsbeschluß vom 23. November 1995 (Drucksache 2/1023) durch die Landesregierung besonders aufgegriffen werden. Durch angemessene Mittel sollte deren Umsetzung verfolgt werden.

Auf Drucksache 2/1621 vom 29. Mai 1996 legte die Landesregierung ihren Bericht über die eingeleiteten Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse bezüglich der Forderungen der Enquete-Kommission zur Verbesserung der Situation der Opfer vor. Die Landesregierung habe registriert, daß das Erste und Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz bei Betroffenen und Opferverbänden auf Kritik gestoßen sei. Sie teile die Auffassung des Landtages, daß die an die beiden Gesetze gerichteten Erwartungen nicht erfüllt worden seien.

Diese Meinung hatte Staatssekretär Joachim Babendreyer vom Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern bereits bei der öffentlichen Anhörung am 18.09.1995 vorgetragen. Vor allem die Erwartungen der Betroffenen auf Wiedergutmachung an das Erste und Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz seien nicht erfüllt worden. Nach den Angaben von Staatssekretär Joachim Babendreyer seien beim Amt für Rehabilitierung von 1992, seitdem das Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft getreten sei, bis zum 31. August 1995 insgesamt 11.231 Anträge eingegangen. Hierbei sei in 7.766 Fällen eine Kapitalentschädigung begehrt worden und in 3.465 Fällen Kostenerstattung für die vorher genannten Umstände geleistet worden. Im Zeitraum 1992 bis zum 30. Juni 1995 seien insgesamt 45,15 Millionen DM an Entschädigung bzw. Erstattungsleistungen erbracht worden.

Von den genannten Anträgen seien bis zum Zeitpunkt der Anhörung 8.781 Anträge abschließend bearbeitet worden. Die Antragszahl pro Monat sei nach wie vor nicht zurückgegangen. Mit dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz gebe es weitaus weniger Erfahrungen. Bis zum 18. September 1995 hätten insgesamt 1.558 Anträge auf verwaltungsrechtliche Rehabilitation vorgelegen, davon allein 670, die sich mit Zwangsaussiedlungsfragen befaßten. Nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz seien bis zu diesem Zeitpunkt 2.891 Anträge, davon 95 Anträge von Schülern, gestellt worden. Damit hätten nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz bis zu diesem Datum 4.449 Anträge vorgelegen. Nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz seien 324 Bescheide und nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz 168 Bescheide ergangen.

Die Landesregierung begrüßte in ihrem Bericht an den Landtag, daß alle Fraktionen des Deutschen Bundestages der Förderung der Opfer des SED-Regimes eine besondere Bedeutung zumessen würden. Sie sei sich mit der Bundesregierung darüber hinaus einig, daß über die Defizite der beiden Gesetze nachgedacht werden müsse. Trotz der Defizite in beiden Gesetzen habe einiges bereits verändert werden können. So sei am 15. Dezember 1995 das von der Bundesregierung initiierte Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes in Kraft getreten, dem Mecklenburg-Vorpommern bei seiner Behandlung im Bundesrat zugestimmt habe. Somit hätten immerhin die Antragsfristen um zwei Jahre bis zum 31.12.1997 verlängert werden können. Die Landesregierung sei damit der entsprechenden Forderung des Landtages auf Drucksache 2/1000 vom 21.11.1995 gefolgt.

Im März 1996 sei aus der Mitte des Bundestages ein Gesetzentwurf zur Verbesserung rehabilitierungs- und häftlingsrechtlicher Vorschriften eingebracht worden. Der Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion sei von Vertretern der Ministerien in den neuen Bundesländern, die mit Rehabilitierungsfragen befaßt seien, mehreren Bundestagsabgeordneten und dem Verein „Gegen Vergessen - für Demokratie“ erarbeitet worden. Ein Vertreter des Justizministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern habe regelmäßig an den Gesprächen teilgenommen. Da der Gesetzentwurf allerdings sehr kostenträchtig sei, könne zum Zeitpunkt der Berichterstattung an den Landtag über seine Erfolgsaussichten nicht geurteilt werden.

Bereits im September 1995 habe das Land Berlin den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes und der Rentenüberleitung in den Bundesrat eingebracht. Am 18. April 1996 habe der federführende Ausschuß für Arbeit und Soziales eine Einbringung gegen die Stimme Mecklenburg-Vorpommerns abgelehnt. Es sei aus der Sicht der Landesregierung absehbar, daß dieser Gesetzentwurf bereits in den Ausschüssen scheitern werde. Anknüpfend an den im Rahmen des Bundesratsplenums am 03. Mai 1996 auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes habe die Landesregierung einen Plenarantrag vorgelegt, in dem die Bundesregierung und der Bundestag gebeten würden, in das weitere Gesetzgebungsverfahren die Vorschläge zur Änderung des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes aus dem Berliner Gesetzentwurf einzubeziehen, die u. a. die moralische Rehabilitation einforderten. Die Landesregierung räume in Anbetracht des zur Zeit nicht absehbaren Spielraums zur Leistungsverbesserung für Opfer des SED-Regimes dem Entwurf aus der Mitte des Bundestages die besten Erfolgschancen ein und verzichte deshalb auf eine eigene Bundesratsinitiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Sie folge damit einer Verständigung der Vertreter der Länder, die an der Erarbeitung des erwähnten Gesetzentwurfs teilgenommen hätten.

Einige der Forderungen des Landtages, denen Priorität einzuräumen sei, seien durch den Bundesrat, z. B. Verlängerung der Antragsfristen, erfüllt worden oder sollten aus der Mitte des Deutschen Bundestages initiiert werden (Anhebung der Kapitalentschädigung, Vererblichkeit von Leistungen, Erweiterung der Möglichkeiten einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, verbesserte Anerkennung gesundheitlicher Haftschäden). Aus der Rehabilitierung zwangsausgesiedelter Neubauern folge ein gesetzlicher Anspruch auf Rückgabe der verlorenen Bodenreformstelle in der Rechtsform, die dem entzogenen Bodenreformigentum am ehesten entspreche. Eine Klärung wichtiger Auslegungsfragen sei durch die höchstrichterliche Rechtsprechung in absehbarer Zeit zu erwarten. Scheide eine Rückgabe der verlorenen Bodenreformstelle aus, bestehe in der Regel ein Anspruch auf Entschädigung in Geld. Die Forderung der Enquete-Kommission sei also bereits im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen erfüllt.

Schwierig würden sich aus Sicht der Landesregierung auch die Forderungen der Zwangsausgesiedelten nach einer einmaligen Entschädigung in Höhe von 4.000,00 DM gestalten. Die Bundesregierung habe in einem Schreiben an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages darauf hingewiesen, daß eine generelle Besserstellung des Personenkreises der Zwangsausgesiedelten wegen des Gleichbehandlungsgebotes des Artikels 3 des Grundgesetzes nicht in Frage komme. Anders als andere Opfer des SED-Regimes hätten sie die Möglichkeit, ihr Eigentum nach dem Vermögensgesetz zurückzuerhalten. Für berufliche Diskriminierungen infolge einer Zwangsausiedlung stehe den Zwangsausgesiedelten das Berufliche Rehabilitierungsgesetz zur Verfügung.

Die Landesregierung sei bemüht, die Zugangsvoraussetzungen zum öffentlichen Dienst für rehabilitierte Bürgerinnen und Bürger zu erweitern. Dazu bedürfe es keiner gesetzlichen Modifizierung der Zugangsvoraussetzungen. Vielmehr sei schon aufgrund der verfassungsrechtlich gebotenen Einzelfallgerechtigkeit der Aspekt der beruflichen Rehabilitierung ein bedeutsames Entscheidungsmerkmal im Rahmen der hierzu einschlägigen Vorschriften des Dienstrechts.

Im Bereich der Hochschulen bestehe nach § 62 LHG die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, denen es zu DDR-Zeiten verwehrt gewesen sei, das Abitur an einer EOS zu erwerben, ein Hochschulstudium auch ohne diese erforderliche Qualifikation nach Bestehen einer Zugangsprüfung aufzunehmen.

Beim Landesversorgungsamt Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin sei eine besondere Arbeitsgruppe - bestehend aus einer Ärztin und einem Sachbearbeiter - gebildet worden, die im Hinblick auf die Sensibilität des zu betreuenden Personenkreises Anträge auf Entschädigung bei haftbedingten Gesundheitsschäden prüfe und Entscheidungen treffe. Bis Ende April 1996 seien 321 Anträge gestellt worden, von denen 201 hätten erledigt werden können. Unerledigt seien noch 120 Anträge. In 17 Fällen würden monatliche Rentenzahlungen gewährt (Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 v. H.).

Die Landesregierung erinnerte zum Abschluß ihres Berichtes daran, daß bei aller Anerkennung zugefügten Unrechts und persönlich erlittenen Leides eine Totalrevision von 40 Jahren erlittenen Unrechts nicht möglich sei. Eine entsprechende materielle Wiedergutmachung vorzunehmen, müsse den Rahmen des Möglichen sprengen. Sie bedauere zugleich, daß die dramatische Situation der öffentlichen Haushalte den politischen Handlungsspielraum zur Finanzierung weiterer Leistungen für die Opfer des SED-Regimes stark einschränke. Es sei gegenwärtig nicht damit zu rechnen, daß vor eindeutigen Erfolgen der Haushaltskonsolidierungen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Opfer des SED-Regimes durch Bundesgesetze eingeleitet würden. Die Landesregierung werde dennoch nichts unversucht lassen, die Anliegen der Opfer zur Geltung zu bringen. Sie begrüße alle Bestrebungen, das Geschehene aufzuarbeiten und vor dem Vergessen zu bewahren, und erinnere in diesem Zusammenhang an ihr Vorhaben, ein Dokumentationszentrum zur Zeitgeschichte im Land einzurichten.

Zusätzlich zu den im Zwischenbericht an den Landtag vorgeschlagenen Möglichkeiten und Initiativen zur Verbesserung der Situation der Opfer des SED-Unrechts befaßte sich die Enquete-Kommission mit Überlegungen, Gruppen und Verbände in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen, die sich für die Belange der Opfer des SED-Unrechts einsetzten. Diese Überlegungen konnten vor dem Hintergrund des reduzierten Arbeitsprogramms der Enquete-Kommission nicht abschließend beraten werden.

3. Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern⁹

3.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission

In ihrem ersten historischen Fragekomplex befaßte sich die Enquete-Kommission mit der Entstehungsgeschichte der DDR bis 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern. Das Hauptaugenmerk galt der Herausbildung des politischen Systems der DDR. Dabei sollten folgende Fragen untersucht werden:

Welchen Einfluß übte die UdSSR auf diesen Prozeß aus?

Welche Rolle spielte die sowjetische Besatzungsmacht beim Aufbau des politischen Systems?

Wie sahen die Inhalte der SMAD-Befehle im Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1949 aus, und welche Wirkung hatten sie?

Dominierte die KPD den Prozeß von 1945 an?

Welche Ursachen und Wirkungen hatte die Eigenstaatlichkeit zweier deutscher Staaten?

Einen eigenen Schwerpunkt sollte die Frage nach der Vereinigung von KPD und SPD im damaligen Mecklenburg-Vorpommern bilden.

⁹ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. I Anträge, Debatten, Berichte (1996), S. 169-258.

Bearbeitung des Themenschwerpunktes:

Zur Bearbeitung dieser Fragen wurde am 30.11.1995 in Rostock im Festsaal des Rathauses eine öffentliche Veranstaltung mit Sachverständigen und Zeitzeugen mit folgender inhaltlicher Gestaltung durchgeführt:

Prof. Dr. Stefan Doernberg

Anliegen und Ziele der SMAD. Formen der Zusammenarbeit zwischen SMA und Selbstverwaltungsorganen

Prof. Dr. Wolfgang Leonhard

Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetzone. Erinnerung eines Zeitzeugen - Einschätzung eines Historikers

Prof. Dr. Werner Müller

Mecklenburg-Vorpommern zwischen sowjetischer Besatzung und Gründung der DDR

Zeitzeugenberichte:

Peter Schulz

Gottfried Hamacher

Forschungsstand zur KPD-SPD-Vereinigung

Dr. Klaus Schwabe

Dr. Ernst-Joachim Krüger

3.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen

Prof. Dr. Stefan Doernberg beschrieb als Sachverständiger und Zeitzeuge die SMA-Politik aus seinen Erfahrungen als Referent beim Chef der SMA in Mecklenburg-Vorpommern von Juli 1945 bis Anfang 1947. Bei der Einschätzung der Politik der SMA seien die internationalen Rahmenbedingungen wie auch der Einfluß der Entwicklung in ganz Deutschland zu berücksichtigen. Es gelte, sowohl die Geschichte der DDR wie die der Bundesrepublik aufzuarbeiten. Die Besatzungspolitik aller alliierten Mächte, auch der UdSSR und der von ihr eingesetzten Sowjetischen Militäradministration, habe sich als Folge des von Deutschland entfesselten Raubkrieges ergeben. Die Existenz der ganzen menschlichen Zivilisation habe auf dem Spiel gestanden. Es habe der Rückfall in die Barbarei gedroht. Priorität für die SMA-Politik habe daher in den ersten Monaten nach dem Mai 1945 die Überwindung und Ausschaltung dieser Gefahr gehabt. Im Mittelpunkt habe die Durchsetzung der gemeinsam beschlossenen drei „D“ gestanden: Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung. Jeder der Alliierten habe mit diesen drei „D“ seine eigenen Wertvorstellungen und Maßstäbe verbunden. Für alle, auch für die UdSSR, sei es nicht nur um eine antifaschistische Haltung, sondern ebenso um die Durchsetzung eigener nationaler Interessen gegangen. Dabei hätten auch imperiale Vorstellungen zur Stärkung der eigenen Macht im gesamteuropäischen und internationalen Rahmen eine Rolle gespielt.

Die UdSSR habe im Mai 1945 nicht über eine detailliert ausgearbeitete Konzeption ihrer Besatzungspolitik verfügt. In der Sowjetunion seien unter den harten Kriegsbedingungen keine Fachkräfte verfügbar gewesen, die imstande gewesen wären, eine solche Konzeption zu erarbeiten. Alle Anstrengungen seien auf die Beendigung des Krieges, den militärischen Sieg konzentriert gewesen. Das Fehlen einer Konzeption habe sich aber auch als Folge des überzentralisierten Systems unter Stalin ergeben. Ohne Anweisung von Stalin habe es niemand gewagt, selbst den Entwurf einer Konzeption auszuarbeiten. So sei bei der Gründung der SMA im Juni 1945 nur eine bestimmte Grundlinie mit einigen Prioritäten erkennbar gewesen. Sie hätten Sicherheitsvorstellungen betroffen, wobei diese sowjetischerseits breit gefächert gewesen seien. Ebenso hätten die Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen, einschließlich einer Normalisierung der einfachsten Lebensbedingungen und die Bildung von deutschen Selbstverwaltungsorganen dazugehört. Vorrangig sei auch die Überwindung nazistischen und militärischen Denkens gewesen. Eine weitere Priorität sei die Wiedergutmachung für den im Krieg erlittenen Schaden gewesen, also Demontagen und Reparationen.

Ebenso unerwartet wie die schnelle Bildung von deutschen Selbstverwaltungsorganen sei aus deutscher Sicht der Befehl Nr. 2 der SMA gewesen, mit dem bereits einen Monat nach Kriegsende politische Parteien und Gewerkschaften zugelassen worden seien. Zum allgemeinen Verständnis habe es 1945 gehört, daß sich Deutschland als eine parlamentarisch-demokratische Republik entwickeln solle. Von einer Sowjetisierung oder dem Aufbau des Sozialismus in Deutschland habe damals niemand in der SMA gesprochen. Seitens der KPD habe man aber zweifellos am Sozialismus als einem fernerem Ziel festgehalten und damit auch an der Übernahme von sowjetischen Erfahrungen. Die Errichtung einer gesamtdeutschen parlamentarisch-demokratischen Republik habe in Anlehnung an die Erfahrungen der Weimarer Republik erfolgen sollen. Dabei hätten die positiven Seiten ausgebaut und die Mängel und Unterlassungen nicht zugelassen werden sollen. Die wichtigsten gesellschaftspolitischen Veränderungen nach 1945 seien in ihren Grundzügen bereits vorher durch Arbeitsgruppen der KPD entworfen worden, z. B. die Überlegungen für eine Bodenreform, eine Schulreform oder die Enteignung der Kriegsschuldigen und Profiteure des Krieges. Die Durchführung selbst sei dann nicht nur unter Kontrolle der SMA geschehen, sondern in all ihren Details auch von der Kremlführung abgesehnet worden.

Es gebe gemeinsame Berichte der vier alliierten Mächte, so den Bericht des alliierten Kontrollrates an die Moskauer Außenministerkonferenz von 1947, daß solche Reformen den Vereinbarungen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition entsprochen hätten. Mit dem Bericht seien auch Bemerkungen über einen bestimmten Nachholbedarf in den westlichen Besatzungszonen verbunden gewesen. 1945 habe es eindeutig eine Befreiungstat aller alliierten Staaten gegeben. Auch die schnell einsetzenden Bemühungen der SMA zur Überwindung der Folgen von Krieg und Faschismus in Deutschland bewiesen das. Doch habe sich die SMA nicht primär von deutschen, sondern von sowjetischen Interessen leiten lassen, was durchaus nicht bedeuten müssen, daß sich hier unüberbrückbare Widersprüche aufgetan hätten. Gerade weil die Wahrung der sowjetischen Interessen das Primäre gewesen sei, habe es auch keinen Kurs auf eine „Sowjetisierung“, weder für ganz Deutschland - das wäre mehr als realitätsfern gewesen - noch für die sowjetische Besatzungszone gegeben.

In der Zusammenarbeit mit der Landesverwaltung und dessen Präsidenten sowie den Leitungen der Parteien seien viele Mitarbeiter der SMA ehrlich bestrebt gewesen, auf die deutsche Mentalität, auf Gewohnheiten und Erfahrungen der deutschen Geschichte Rücksicht zu nehmen. Manche Mitarbeiter der SMA seien mehr auf die Beachtung deutscher Mentalitäten orientiert gewesen als mitunter Vertreter der KPD oder dann der SED oder anderer Parteien, die, aus welchen Gründen auch immer, gern nach dem Mund der Besatzungsoffiziere geredet hätten. So sei bei der Durchführung der Bodenreform seitens der SMA sehr darauf geachtet worden, daß die Bodenanteile den Bauern als Eigentum übergeben worden seien. Deutscherseits habe es dagegen auch Vorschläge gegeben, zur Schaffung von Kollektivwirtschaften überzugehen. Die Zusammenarbeit der SMA mit den unterschiedlichen deutschen Stellen sei eine enge, meist kameradschaftliche gewesen. Sie habe sich auf grundsätzliche wie auf viele kleinere Fragen erstreckt und sei damals als etwas Natürliches und Nützliches betrachtet worden. Es habe weniger direkte Eingriffe in die Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane gegeben, sondern eher Hinweise, die aber problemlos befolgt worden seien. Es sei auch nicht - wie z. B. in der amerikanischen Zone beim Verbot der Durchführung von Beschlüssen des hessischen Volksentscheides - mit ausdrücklichen Verboten die bestehende oberste Gewalt der Besatzungsmacht demonstriert worden.

Die SMA habe eine bestimmte Dominanz der KPD insofern gefördert, als gerade Kommunisten mit bestimmten Schlüsselpositionen in der neuen Verwaltung beauftragt worden seien. Bei den realen Machtverhältnissen in der damaligen Zeit unter den Bedingungen des Besatzungsregimes solle dies aber nicht überbewertet werden. Die Dominanz habe sich zweifellos aus der Rolle ergeben, die die KPD und ihre Anhänger im antifaschistischen Widerstand gespielt hätten. Ein weiterer Punkt sei die politische und ideologische Nähe zwischen Funktionären der KPD und Mitarbeitern der SMA gewesen. Hinzu sei gekommen, daß die KPD damals die einzige Partei gewesen sei, die eine ausgereifte programmatische Vorstellung gehabt habe, wie sich die deutsche Entwicklung nach 1945 vollziehen solle.

Nach 1948 seien Veränderungen eingetreten, die sowohl unter dem Einfluß des Kalten Krieges gestanden hätten als auch solche, die vornehmlich durch die stalinistischen Entartungen und Deformationen und das damit verbundene Übergewicht eines Zentralismus und antidemokratisch autoritärer Züge geprägt gewesen seien. Viele Entwicklungen nach 1948 hätten nicht im Einklang mit den Vorstellungen gestanden, die 1945 propagiert und auch praktiziert worden seien. Dagegen habe die UdSSR an ihren Zielen und Vorstellungen, die Einheit Deutschlands zu bewahren bzw. herzustellen, festgehalten. Veröffentlichungen der letzten Jahre hätten das bestätigt. Auch dieser Politik hätten in erster Linie sowjetische Interessen zugrunde gelegen. Stalin und seine Umgebung hätten so Einfluß auf ganz Deutschland ausüben wollen und nicht seinen größeren Teil allein dem Einfluß der Westalliierten überlassen wollen.

Prof. Dr. Wolfgang Leonhard berichtete als Historiker und Zeitzeuge über die Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetzone. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, am 6. Februar 1944, sei in Moskau eine zwanzigköpfige Arbeitsgruppe, u. a. mit Pieck und Ulbricht, gebildet worden. Dort sei der Begriff „Block der kämpferischen Demokratie“ geprägt worden. Dies habe eine breite antifaschistische Massenorganisation sein sollen. Am 15. Februar 1945 sei das Ulbricht-Dokument über den Aufbau der kommunistischen Parteiorganisation gefolgt. Auch darin sei eine sozialistische Einheitspartei nicht erwähnt worden. Auch noch im Mai 1945, als die Gruppe Ulbricht in Berlin zunächst für den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Bezirksverwaltungen in Berlin tätig gewesen sei, sei niemals eine zukünftige Einheitspartei erwähnt worden. In den Bezirksverwaltungen hätten die entscheidenden Funktionen den Kommunisten obliegen.

Am 4. Juni sei Walter Ulbricht mit anderen zu einer Sitzung des sowjetischen Politbüros unter Teilnahme Stalins nach Moskau geflogen. Dort sei beschlossen worden, daß es sehr bald in der Sowjetzone politische Parteien geben solle, darunter vor allem eine kommunistische Partei. In der Nacht vom 5. zum 6. Juni 1945 sei Anton Ackermann beauftragt worden, den Gründungsauftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands zu verfassen. Der entscheidende Satz darin habe gelautet: „Die Kommunisten treten ein für eine parlamentarisch-demokratische Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk!“ Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei am 17. Juni 1945 gegründet worden. Während Sozialdemokraten wie Gustav Dahrendorf sich zu dieser Zeit für eine einheitliche sozialistische gemeinsame Partei ausgesprochen hätten, habe dies Walter Ulbricht noch am 25. Juni 1945 abgelehnt. Im Juli habe die Tätigkeit der neugegründeten Parteien im Rahmen des antifaschistisch-demokratischen Blocks begonnen.

Vom Juni bis November 1945 hätten sich die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verändert. Der ursprüngliche Wunsch, nach der Hitlererfahrung eine Einheitspartei zu bilden, habe sich immer mehr abgeschwächt. Bei den Sozialdemokraten hätten dabei verschiedene Faktoren eine Rolle gespielt. Die materiellen Möglichkeiten der KPD seien erheblich größer als die der SPD gewesen. Bei der Besetzung der Verwaltungsstellen seien vielfach Sozialdemokraten ausgeschaltet und Kommunisten einseitig bevorzugt worden. Hinzu sei die Zensur wichtiger sozialdemokratischer Reden und Erklärungen gekommen. Schließlich sei der Funktionärsapparat der KPD viel größer gewesen. Umgekehrt habe es auch bei den Kommunisten herbe Enttäuschungen gegeben, vor allem darüber, daß die SPD schneller gewachsen sei und die KPD in ihrer Mitgliederzahl schon bald übertroffen habe.

Der nächste entscheidende Schritt sei Anfang November 1945 erfolgt, als bekanntgemacht worden sei, daß im Laufe des Jahres 1946 auf Anordnung der alliierten Besatzungsmächte Gemeinde- und Landtagswahlen stattfinden würden. Wilhelm Pieck habe vorgeschlagen, daß es für diese Wahlen gemeinsame Wahlprogramme der KPD und SPD geben solle, ebenso wie gemeinsame Listen der KPD und SPD. In diesem Zusammenhang habe er sich für das Ziel einer Vereinigung in einer einheitlichen Arbeiterpartei ausgesprochen. Dem gegenüber habe Otto Grotewohl betont, daß die Einheit der Arbeiterparteien nicht auf eine Besatzungszone beschränkt bleiben, sondern nur in ganz Deutschland stattfinden könne. Die Einheit müsse ein Akt der Selbstbestimmung sein, niemals das Ergebnis eines Drucks. Aus der Sicht Piecks habe sich Grotewohl damit eindeutig als Gegner der Einheit erwiesen. Die Rede von Grotewohl sei in keiner Zeitung der sowjetischen Zone veröffentlicht worden.

In den Kreisen der KPD-Führung habe es nun eine zunehmende doppelte Furcht gegeben, einmal davor, daß die SPD stärker werde, zum anderen aber vor der immer deutlicher werdenden Verselbständigungstendenz. Darin sei das Bestreben begründet gewesen, möglichst schnell eine Einheitspartei zu schaffen, vor allem nach den Niederlagen der kommunistischen Parteien in Österreich im November und im sowjetisch besetzten Ungarn.

Bei der Kampagne zur Schaffung dieser Einheitspartei werde häufig von Zwangsvereinigung gesprochen. Es habe selbstverständlich in großem Ausmaß Zwang, Druck und Einschüchterung gegeben, aber nicht nur. Auch die ideologisch-politischen Konzessionen seien zu erwähnen, die damals viele Sozialdemokraten irregeführt hätten. So hätten die Sozialdemokraten während der 60er Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 einige bemerkenswerte Konzessionen erhalten. Bei der großen Feier anlässlich des 70. Geburtstages von Wilhelm Pieck am 3. Januar 1946 habe der berühmte Händedruck von Pieck und Grotewohl die plötzliche Wandlung Grotewohls zugunsten der Einheitspartei ausgedrückt. In der letzten Januarwoche 1946 sei Walter Ulbricht nach Moskau gefahren. Dort sei er vom Politbüro und von Stalin empfangen worden. Stalin habe Ulbricht damals bedeutet, daß die Vereinigung von SPD und KPD bis zum 1. Mai 1946 erfolgen solle. Am Tag nach der Rückkehr Ulbrichts sei diese Direktive Stalins allen Kommandanten der sowjetischen Zone übermittelt worden, so daß seit Anfang Februar 1946 die Kommandanten härter und deutlicher die Vereinigung vorangetrieben hätten.

Der Druck habe sich zunehmend verstärkt. Es habe wiederholt verlogene Versprechungen gegeben. Bespitzelungen seien zu registrieren gewesen. Es habe den Bruch von Vereinbarungen und auch Geheimmitglieder der KPD in anderen Parteien gegeben. Hinzu sei die Methode des Drucks von unten gekommen, die Behauptung, die Vereinigung werde von der Basis vorangetrieben. In Wirklichkeit sei es so gewesen, daß in den Gemeinden und kleinen Städten die sowjetischen Kommandanten größere Möglichkeiten gehabt hätten, ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen, als die SPD-Zentrale in Berlin. Das Ergebnis der Urabstimmung der Sozialdemokraten in West-Berlin vom März 1946 habe gezeigt, daß es keine freiwillige Vereinigung gewesen sei. Die Urabstimmung sei in Ost-Berlin und in der Sowjetzone verboten worden. Aber auch bei den Kommunisten habe es während der Vereinigungskampagne 1945/46 unterschiedliche Typen, Meinungen und Auffassungen gegeben. Die Vereinigung von SPD und KPD habe sich sehr unterschiedlich in den Gemeinden, Orten und Städten vollzogen.

Es bleibe festzuhalten, daß die SED nach eigenen Erklärungen bei der Gründung im April 1946 eine deutsche sozialistische Partei habe sein sollen, die unabhängig von Ost und West die Interessen Deutschlands habe vertreten sollen. Die SED habe durch einen demokratischen Aufbau charakterisiert sein sollen, gestützt auf die paritätische Zusammensetzung aller Gremien durch Sozialdemokraten und Kommunisten, von der Gemeinde bis zur Zentrale. Die SED habe nach eigenen Worten den Weg zur sozialistischen Gesellschaft über die soziale Demokratie verwirklichen wollen. Bei den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 habe die SED 47,6 % der Stimmen erhalten. Es sei offensichtlich gewesen, daß die Sozialdemokraten, die gegen die Vereinigung gewesen seien, für die LDPD gestimmt hätten, die 24,6 % erreicht habe. Bei den Wahlen in Groß-Berlin habe allerdings die SPD mit 48,7 % der Wählerstimmen siegen und die SED nur 19,8 % erreichen können. Die Wahlen in Berlin hätten das wirkliche Bild widerspiegelt. Im Frühjahr 1947 habe es von seiten der SMA Überlegungen gegeben, wieder eine SPD in der sowjetisch besetzten Zone zuzulassen. Dieses Vorhaben sei nach drei Monaten geplatzt.

Nach der plötzlichen Ablehnung des Marshallplanes durch die Stalin-Führung Ende 1947 sei eine drastische Verhärtung des Kurses erfolgt. Für die Sowjetzone habe dies die Umwandlung der SED zur marxistisch-leninistischen Partei bedeutet.

Der Begriff „Zwangsvereinigung“ sei zu eng und darum abzulehnen. Es habe sehr viel mehr als Zwang gegeben. Daher sei der Begriff „diktatorische Vereinigung“ vorzuziehen, denn es sei von oben bestimmt worden, wann was stattzufinden habe. Dies sei mit unterschiedlichsten Maßnahmen durchgesetzt worden, wobei Stalin sogar den Termin der Vereinigung bestimmt habe. Alle Versprechungen vom Gründungsparteitag der SED seien von 1946 bis 1949 zunichte gemacht worden. Die bei der Vereinigung angewandten Methoden seien später weiter ausgebaut worden und hätten die weitere Entwicklung der SED bestimmt. Es komme heute darauf an, entgegen jeder Beschönigung, möglichst sachlich und objektiv und vor allem differenziert die Entwicklung zu schildern. Nicht alle Kommunisten seien gleich gewesen und auch nicht alle Sozialdemokraten. Es komme darauf an zu erkennen, wie die Menschen damals reagiert hätten und aus welchen Beweggründen. Der Prozeß sei widersprüchlich gewesen und habe sich in den verschiedenen Gemeinden, Kreisen und Städten unterschiedlich vollzogen.

Prof. Dr. Werner Müller führte in seinem Sachverständigenbeitrag aus, daß die sowjetische Besatzungspolitik ab Mitte 1947 rigider als vorher auf die inneren Verhältnisse der Sowjetischen Besatzungszone zugegriffen und offen die Umformung zu einem diktatorischen System befördert habe. Die westalliierte Besatzungspolitik habe das genaue Gegenteil getan. Die Sowjetische Militäradministration und die in ihrem Windschatten Tätigen hätten eine Reihe von Emigranten und einen ganzen Troß umgeschulter früherer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion mitgebracht, die für die Politik der sowjetischen Besatzungsbehörden loyal gearbeitet hätten. Dies sei ebenfalls eine Sache, die in den westalliierten Besatzungszonen keine Parallele finde. Die Entwicklung sei ab 1947 vor allem deshalb problematisch geworden, weil die Sowjetunion bis zum Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im April 1947 habe erwarten können, Reparationen aus ganz Deutschland zu erhalten. Auf dieses Ziel habe sie all ihre Kräfte gerichtet. Zu den Demokratievorstellungen der KPD sei zu bemerken, daß mit dem Bekenntnis zur Demokratie im Gründungsprogramm im Grunde die alten Differenzen ausgeräumt schienen. Die KPD habe sich aber nur in einem sehr speziellen Sinne zur Demokratie bekannt. Ihr Programm sei als das einzige angesehen und angegeben worden, das realistisch gewesen sei. Demokrat sei nur gewesen, wer sich zu diesem KPD-Programm bekannt habe. Demokratie habe nicht Parteienwettbewerb, unterschiedliche Meinungen, Meinungsfreiheit oder gar den Wechsel von Mehrheit zu Minderheit, sondern die Zustimmung zu diesem Programm bedeutet. Der Hintergrund für die Überlegungen im April 1947, die SPD in der sowjetisch besetzten Zone wieder zuzulassen, sei gewesen, daß die SED-Führung brennend daran interessiert gewesen sei, die SED in ganz Deutschland zu etablieren. Allerdings sei mit keinem westdeutschen Sozialdemokraten nach der SED-Gründung mehr über die Frage der Vereinigung zu diskutieren gewesen.

Beim Neuaufbau der Verwaltungen habe im Schatten der Sowjetarmee die Gruppe Sobottka, eine Initiativgruppe des ZK der KPD, häufig personelle Prädispositionen geschaffen, die später auch durch Wahlergebnisse nicht hätten korrigiert werden können. Zu untersuchen seien Ausmaß, Anleitung und Kontrolle der SMA gegenüber den Deutschen. Es sei bekannt, daß die SMA alle möglichen Bereiche des öffentlichen Lebens durch Befehle, schriftliche Anordnungen und mündliche Weisungen geregelt habe. Zum Teil seien die Sowjettruppen mit außerordentlicher Brutalität gegenüber den Deutschen vorgegangen. Zu berücksichtigen für das Verhältnis der sowjetischen Besatzung und der Deutschen sei die Tätigkeit sowjetischer Sicherheitsorgane, z. B. im Lager Fünfeichen. Diese Seite der sowjetischen Besatzungspolitik sei einzigartig. Sie habe sich schlimm auf die positiven Ziele der Besatzungspolitik insgesamt ausgewirkt. Auf westlicher Seite habe es das nicht gegeben. Das bis zum Dezember 1946 in der SBZ regierende Kabinett unter Wilhelm Höcker sei von der Sowjetischen Militäradministration und Vertretern der Gruppe Sobottka zusammengestellt worden. Die Zuständigkeit für das Monopol legitimer staatlicher Gewalt, für die strukturverändernden Bereiche und für die Volksbildung hätten bei den Kommunisten gelegen.

Zu klären sei ferner das Verhältnis von Militärverwaltung und Parteizentralen auf der einen und den Landesregierungen auf der anderen Seite. Zu prüfen sei der Prozeß der Zentralisierung, der die Kompetenzen der Landesregierung und analog dazu auch der Landtage ausgehöhlt habe. Die Verfassung des Landes Mecklenburg sei am 16. Februar 1947 in Kraft getreten. Sie sei sehr schnell erarbeitet und einstimmig vom Landtag angenommen worden. Sie habe einen ausgiebigen Katalog von Grundrechten, der alle klassischen Freiheitsrechte umfaßt habe, und eine Reihe von sozialen Grundrechten aufgenommen. Ausführungsgesetze und Klagewege habe es nicht gegeben. Verfassungsverstöße habe es beim Wahlzyklus der Gemeinde- und der Landtagswahlen gegeben. Näher zu untersuchen seien die Tendenzen von Funktionsverlagerungen und Funktionsverlusten der Landtage, bis sie sich 1949 zu reinen Akklamationsgremien entwickelt hätten.

Bei den Wahlen im Oktober 1946 habe die SED mit 49,5 % der Stimmen im Vergleich aller Länder der Sowjetischen Besatzungszone ihr bestes Ergebnis erzielt. Freilich sei auch das noch weit hinter den Erwartungen der Parteiführung zurückgeblieben. Die CDU habe 34,1 %, die LDP 12,5 % der Stimmen erhalten. Dieses Wahlergebnis habe den beiden bürgerlichen Parteien einen immensen Auftrieb gegeben und ihren Widerstandswillen und ihre Eigenständigkeit betont. An die Realisierung des immer offener vorgetragenen Führungsanspruches der SED sei unter diesen Voraussetzungen im Landtag nicht zu denken gewesen. Die SED habe daraufhin ein vielfältiges Instrumentarium genutzt, um das faktische Machtgleichgewicht im Landtag aufzulösen. Dabei hätten die Besetzung der Ausschüsse und die Präsenz der SMA in allen Landtagssitzungen eine entscheidende Rolle gespielt. Darüber hinaus habe die SED versucht, das Instrument des Blocks zu aktivieren, um Plenumsdebatten zu umgehen. Bei der Entwicklung der SED seien die mittlere Ebene, die Durchsetzung ihres Führungsanspruches, und das Verhältnis zum Stalinismus genauer zu erforschen. Näher zu untersuchen seien auch die Entwicklung der Parteien und Massenorganisationen, der schleichende Verfassungswandel im Zusammenhang mit der Bodenreform und der Entwicklung der Industrie sowie die Herausbildung neuer Eliten.

Zusammenfassend sei festzustellen, daß Besatzungsmacht und politische Parteien 1945 einhellig mit dem Versprechen angetreten seien, parlamentarisch-demokratische Verhältnisse zu schaffen. Die Diktatur in jeder Form, auch in der einer Diktatur des Proletariats, habe jenseits dessen gelegen, was für Deutschland habe aktuell sein sollen. Dies habe zunächst einmal den außerordentlich hohen Grad an Konsens in der deutschen politischen Öffentlichkeit erklärt. KPD und später SED hätten diesen Konsens aufgekündigt und seien ausgebrochen, um ihre eigenen Ziele zum Leitbild zu machen: die führende Rolle der SED. Zugleich aber seien sie beständig gezwungen gewesen, diesen Umformungs- und Transformationsprozeß als demokratisch zu deklarieren und zu legitimieren. Das Ergebnis sei ein stalinistisches System gewesen. Dessen Hauptträger, Hauptförderer und Hauptverantwortliche seien SMAD und SED gewesen. Stalinismus sei nicht das Resultat eines historischen Zufalls, sondern beruhe auf bewußter Gestaltung, freilich auch unter Einfluß von Gegenkräften und Eigengesetzlichkeiten. Dies müsse als ein widersprüchlicher und komplizierter Prozeß erforscht werden. Dabei dürften Opposition und Widerstand, Selbstbehauptungswille und Treue zu demokratischen Positionen nicht übersehen werden. Sie seien das notwendige komplementäre Element zur Etablierung der Diktatur.

Als Zeitzeuge beschrieb **Peter Schulz** das sozialdemokratische Milieu nach Kriegsende in Rostock. Es sei ein sehr geschlossenes Geflecht von Stimmungen, Meinungen, Gefühlen und Empfindungen gewesen - eine eigene Welt, auch abgegrenzt zu anderen Welten, und daher auch relativ leicht überschaubar. Alle Sozialdemokraten hätten das Ende der Nazizeit herbeigesehnt, aber niemand habe den Wunsch gehabt, von der Sowjetunion befreit zu werden, wenn eine Befreiung durch die Engländer und Amerikaner möglich gewesen wäre. Im Gefühl der Sozialdemokraten habe die Tatsache gegolten, daß ein Teil der Arbeiterschaft in der Weimarer Republik nicht der SPD gefolgt sei, sondern einen eigenen kommunistischen Weg gegangen sei, als Spaltung der Arbeiterbewegung und durchaus als Stachel im Fleisch. Zu diesem Grundgefühl habe auch die Überzeugung gehört, daß ohne eine solche Abspaltung die Weimarer Republik demokratischer und sozialer hätte ausgestaltet werden können und die Nazis vielleicht hätten verhindert werden können. Die Sozialdemokraten hätten die Schuld für die Spaltung bei denen gesehen, die sich abgespalten hätten.

Die ersten Erfahrungen mit der Praxis der sowjetischen Besatzungsmacht und mit der Praxis der neugegründeten kommunistischen Partei seien nicht dazu angetan gewesen, diese Grundhaltung zu verändern. Allerdings habe es auch einige Aspekte gegeben, die zu einer positiveren Einschätzung hätten führen können und bei einigen Sozialdemokraten auch geführt hätten, z. B. der Gründungsaufruf der KPD. Es sei schwer abzuschätzen, wie groß die Zahl der Sozialdemokraten gewesen sei, die solchen neuen Tönen geglaubt hätten. Nach der Zulassung der Parteien habe es deutliche Unterschiede in der Behandlung durch die russische Besatzungsmacht und durch die von ihr installierten deutschen Verwaltungen gegeben. Die Kommunisten seien massiv gefördert und die Sozialdemokraten massiv benachteiligt worden. Die Kommunisten hätten sehr zielstrebig wichtige Positionen in der zivilen Verwaltung besetzt. Diese Positionen hätten ein Mehrfaches dessen dargestellt, was ihrer Mitgliederstärke entsprochen hätte.

Die Wende in der kommunistischen Haltung zur Frage der Einheitspartei sei im September/Oktober 1945 zu beobachten gewesen, als klar gewesen sei, daß es nicht die große kommunistische Partei geben würde, die eine kleine sozialdemokratische Blockpartei an der Leine führen könnte. Ablesbar sei der Grund für die Wende aus der Entwicklung der Mitgliederzahlen gewesen. Dann habe die Kampagne begonnen. Die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD hätten sehr schnell Druck gemacht. Auch in Rostock sei mit einem gewissen Erfolg der Versuch unternommen worden, einen Volkswillen in Richtung auf Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu organisieren. Das Ergebnis der Kampagne sei ein allgemeines Klima der Verunsicherung und der Angst gewesen. Es sei allmählich klar geworden, daß die Selbständigkeit der SPD nur noch im Widerstand gegen die Besatzungsmacht zu erhalten gewesen sei. Es habe ein getarnter Abwehrkampf begonnen. Dabei habe die Zauberformel der versuchten Gegenwehr gelautet: Urabstimmung im Reichsmaßstab. Die Rostocker SPD habe Anfang 1946 für eine reichseinheitliche Urabstimmung plädiert, was die Ablehnung der Vereinigung bedeutet habe, da klar gewesen sei, daß die westdeutsche Sozialdemokratie 1946 eine sofortige Vereinigung ablehne. Die sowjetische Besatzungsmacht habe sofort unmißverständlich klar gemacht, und zwar in jedem kleinen Ortsverein, daß sie eine Urabstimmung nicht zulassen werde. Die Gegner der Vereinigung in der SPD hätten daraufhin versucht, die eigenen Leute zusammenzuhalten, eine größere Mitgliederzahl zu erreichen und auf bessere Zeiten zu hoffen. Der Landesparteitag der SPD Anfang April 1946 mit der offenen Abstimmung über die Vereinigung sei eine Farce gewesen, da es keine Entscheidungsalternativen gegeben habe und in der Mehrzahl der Ortsvereine die Vereinigung schon zuvor - ebenfalls nach offener Abstimmung - in Mitgliederversammlungen erfolgt sei.

Die Praxis der dann folgenden Zeit habe die Angst bestätigt, die den Widerstand gegen die Zwangsvereinigung gebrochen habe. Die Kommunisten hätten sehr sorgfältig registriert, wer sich ihren Plänen besonders hartnäckig widersetzt habe. Sie hätten zugeschlagen, nachdem die Beute eingebracht gewesen sei. Einheitsgegner wie Willi Jesse und Albert Schulz seien verhaftet und zu teilweise langen Haftstrafen verurteilt worden. Als Resümee sei zu ziehen, daß kein Sozialdemokrat die Partei gewollt habe, die als SED später legal existiert habe. Druck und Angst seien die entscheidenden Geburtshelfer für die Vereinigung gewesen. Die Sozialdemokraten, die ohne Druck und Zwang guten Glaubens zugestimmt hätten, seien Opfer politischen Betruges gewesen.

Gottfried Hamacher beschrieb als Zeitzeuge die Arbeit des Nationalkomitees Freies Deutschland beim Aufbau der Selbstverwaltungsorgane im damaligen Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar nach Kriegsende 1945. Die grundsätzliche Direktive für die Arbeit unter der deutschen Bevölkerung sei gewesen, die Bevölkerung im Sinne der politischen Linie der Bewegung Freies Deutschland zu erziehen. Die Arbeit der KPD habe sich bis auf weiteres auf der Plattform des Nationalkomitees bewegt. Es sei keine kommunistische Propaganda zu betreiben gewesen. Die Hauptaufgabe gegenüber der Zivilbevölkerung sei es gewesen zu helfen. Die Bevölkerung sei mit den bestehenden Befehlen der Roten Armee bekannt zu machen gewesen. Weitere wichtige Aufgaben hätten darin bestanden, die Ernährung zu sichern, das Gesundheitswesen aufzubauen, Baracken und Behelfsheime zu errichten, Volksausschüsse zu bilden und geeignete Männer für die Verwaltung einzusetzen. Die erste deutsche Selbstverwaltung habe ein schweres Erbe angetreten. Das Chaos, das das faschistische Regime in diesem Landstrich Deutschlands hinterlassen habe, habe zu überwinden werden müssen, um das Leben der Menschen erträglicher zu gestalten.

Im damaligen Mecklenburg-Vorpommern seien die Selbstverwaltungsorgane zu Beginn nur durch die Rote Armee eingesetzt worden und nicht durch die Exilleitung der KPD, da die Gruppe Sobottka erst am 06. Mai in Stargard eingetroffen sei. Die Gruppe Sobottka habe eine weitere Einschränkung dadurch erfahren, daß Westmecklenburg bis Juli 1945 von amerikanischen Truppen besetzt gewesen sei. Insgesamt habe nach Kriegsende die Bewältigung der Alltagsprobleme im Vordergrund gestanden, wobei sich der Bevölkerungszustrom durch Flüchtlinge besonders erschwerend ausgewirkt habe.

Dr. Klaus Schwabe berichtete als Sachverständiger über den Forschungsstand zur KPD-SPD-Vereinigung. Die Ergebnisse der Erforschung der Vereinigung von KPD und SPD zur SED in Mecklenburg-Vorpommern seien insgesamt in einer recht erfreulichen Anzahl von Publikationen vorhanden, die auf unterschiedlichen Ebenen und zu verschiedenen Zeiten entstanden seien. Dabei ergäben sich die größten Defizite in der historischen Forschung nach der Wende. Bis zur Wende im Jahre 1989 habe die KPD-SPD-Vereinigung zu den Standardthemen vieler Historiker in den drei Nordbezirken gehört. Die SED-Geschichtsschreibung, nach der die Vereinigung ein Akt historischer Notwendigkeit gewesen sei, sei unrealistisch. Die Erfahrungen der SPD mit der KPD hätten gegen eine Vereinigung gesprochen. Zudem könne von Freiwilligkeit keine Rede sein, da etliche Versammlungen auf unterer Ebene die Vereinigung abgelehnt hätten. Die Bedingungen und Folgen der Vereinigung müßten bei der Frage nach dem Zwang analysiert werden. Die Rolle der Besatzungsmacht als oberste Regierungsgewalt habe impliziert, daß alles, was von grundsätzlicher Bedeutung gewesen sei, von ihrem Willen abhängig gewesen sei und der SMA zur Genehmigung habe vorgelegt werden müssen. Die KPD habe in der Vereinigung die Chance gesehen, ihr Streben nach Vorherrschaft zu verwirklichen. Der Einfluß der Sowjetunion auf diesen Prozeß müsse anhand der Akten der SMAD und der KPdSU näher untersucht werden.

Alles, was sich dem Streben nach Vereinigung in den Weg gestellt habe, sei rigoros beseitigt worden. Der Widerstand in der KPD sei mit der Parteidisziplin unterdrückt worden, und der Widerstand in der Sozialdemokratie mit Zugeständnissen an bereitwillige Funktionäre oder durch Einschüchterung, Desinformation, Verhaftung oder Manipulation. Dennoch habe es in allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns Sozialdemokraten gegeben, die sich dem Vereinigungsverlangen widersetzt hätten. Ein Teil der SPD-Mitglieder habe sich im April 1946 der in den Medien und der Öffentlichkeit vorherrschenden Auffassung zur Vereinigung angepaßt. Diese Anpassung sei dem Instinkt des möglichst gefahrlosen Überlebens oder der mangelnden Information bzw. gezielten Desinformation geschuldet gewesen. Der Repressionsapparat der SED habe anschließend in einer Weise funktioniert, daß es bis 1989 zu keiner einheitlichen oppositionellen Kraft gekommen sei. Die Mehrheit der Bevölkerung habe das Herrschaftssystem geduldet, während eine Minderheit es aktiv unterstützt habe. Nur ein relativ geringer Teil sei zu Widerspruch, Auflehnung und Ablehnung des Systems bereit gewesen. Hierzu habe auch die sogenannte Republikflucht als Ausdruck des Protestes gehört. Zu jenen, die am schärfsten bekämpft worden seien, hätten seit der Vereinigung die Sozialdemokraten gehört. Mit dem Prinzip des demokratischen Zentralismus habe die SED ein Herrschaftssystem errichtet, das Freiheit und Demokratie nicht zugelassen habe. Die Blockparteien und Massenorganisationen hätten als Transmissionsinstrumente der SED funktioniert. Sie hätten, zumindest ab 1952, den Führungsanspruch der SED anerkannt. Mit der Vereinigung von KPD und SPD sei der Grundstein für die Durchsetzung des Führungsanspruchs der Kommunisten gelegt worden. Forschungen über lokale Auswirkungen dieses Prozesses seien notwendig.

Dr. Ernst-Joachim Krüger gab in seinem Sachverständigenbeitrag die Einschätzung, daß es nicht ein bloßer Betriebsunfall der Geschichte sein könne, daß Deutschland innerhalb eines halben Jahrhunderts zwei große Kriege zu verantworten habe. Dies müsse Ursachen haben. Insgesamt sei eine differenziertere Auseinandersetzung notwendig. Berichte und Meinungen von Antifaschisten seien 1945 insbesondere für junge Menschen Blicköffnungen auf gesellschaftliche Strukturen gewesen. Die Propaganda über die bevorstehende Rache von Russen oder Polen habe sich nicht bestätigt. Zwar habe mancher nach dem Krieg vieles verloren und harte Entbehungen durchstehen müssen. Dennoch sei nach kurzer Zeit zu fühlen gewesen, daß das, was vorgelogen worden sei, nicht so stattgefunden habe. Es sei ein kleiner Funke Hoffnung in das deutsche Volk gekommen. Quellen belegten, daß die Bevölkerung zuerst herzlich gestimmt gewesen sei, als der Krieg zu Ende und die Rote Armee dagewesen sei. Übergriffe hätten zu einer gewissen Abneigung geführt. Korrektes Verhalten habe zu einer besseren Stimmung geführt. Weder Sozialdemokraten mit Erfahrung und Mut noch Kommunisten, die in der Roten Armee Verbündete und Freunde gesehen hätten, hätten verschwiegen, was sie bewegt habe. Die Kommunisten hätten in Mecklenburg-Vorpommern Einfluß erhalten wollen, gerade weil sie so wenige gewesen seien. Diesen Einfluß habe man nicht nur durch Kommandos oder durch Diktatur bekommen können, sondern dadurch, daß man etwas für die Menschen getan habe.

Auseinandersetzungen früherer Kommunisten und Sozialdemokraten hätten sich noch in den 50er und 60er Jahren auf die Fragen bezogen, welche Fehler begangen worden seien, in deren Folge es zum Faschismus habe kommen können. Diese Motivationen seien bei der Bewertung der KPD-SPD-Vereinigung zu berücksichtigen. Eines der schwierigsten Probleme 1945/46, das einen Einfluß auf den Prozeß der Annäherung von Mitgliedern beider Parteien gehabt habe, seien die Internierungen durch das NKWD gewesen, das eine Sonderrolle gegenüber der SMA gespielt habe. Die Ursachen der Internierungen seien noch näher zu untersuchen. Dabei sei zu fragen, was die Deutschen im Krieg angerichtet hätten und was in dieser ersten Zeit nach Beendigung des Krieges nun auf sie zurückgeschlagen sei. Die revolutionären Veränderungen und Reformen der Jahre 1945/46 seien aufgrund sowjetischer oder auch alliierter Beschlüsse im europäischen Zusammenhang zu sehen. Dabei sei bei Verstaatlichungen und bei der Kooperation linker Parteien bis etwa 1947 ein allgemeiner Linksruck festzustellen gewesen. Zum Problem Urabstimmung oder Reichsparteitag sei darauf hinzuweisen, daß spätestens im Dezember 1945 klar gewesen sei, daß von seiten Kurt Schumachers keinerlei Zustimmung zu einem Reichsparteitag kommen würde. Es sei festzustellen, daß ein Teil der Verantwortung für den Druck, das Tempo, die unlauteren Methoden, die vielfach gegenüber sozialdemokratischen Mitgliedern oder auch anderen angewandt worden seien, auf die Mitglieder der KPD gefallen sei.

3.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder

Bei den Nachfragen an die Sachverständigen und Zeitzeugen und bei der Auswertung der öffentlichen Veranstaltung durch die Kommissionsmitglieder in der internen 11. Sitzung am 12.01.1996 wurde deutlich, daß zur differenzierten Betrachtung der Entstehungsgeschichte der DDR im damaligen Mecklenburg-Vorpommern verschiedene Fragen weiter bearbeitet werden müßten.

So seien Formen des Drucks und der Repression in der Zeit von 1945 bis 1949 genauer zu untersuchen. Insbesondere die Opfer des Systems müßten dabei in den Blick genommen werden. Einzelne Aspekte könnten sein:

- Geheimmitglieder der KPD in anderen Parteien
- Hungertod als Methode der Diktatur während der SMAD-Zeit
- Rolle der politischen Kommissare und des NKWD
- Geschichte von Fünfeichen.

Ein weiterer Fragekomplex richte sich auf regionale Beispiele der KPD-SPD-Vereinigung in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei sollten Zwang und Freiwilligkeit sowie die unterschiedlichen Motivationen der Beteiligten untersucht werden. Ein interessanter Aspekt sei die Geschichte der Co-Vorsitzenden nach der KPD-SPD-Vereinigung.

Über diese gemeinsamen Einschätzungen hinaus vertraten die Kommissionsmitglieder folgende Ansichten.

Kommissionsmitglied Jürgen Pohl erklärte, daß innerhalb der Phase von 1945 bis 1949 die KPD-SPD-Vereinigung das zentrale Thema gewesen sei. Es sei beinahe ein Kampftema gewesen. Dabei habe er etliche Widersprüche in den Aussagen von Prof. Doernberg gesehen, während der Vortrag von Prof. Müller stringent gewesen sei. In der Nachberichterstattung über die Veranstaltung sei teilweise vor allem die freie Entscheidung bei der KPD-SPD-Vereinigung betont worden. Hier sehe er eine Tendenz zur Verschleierung. Die Kommission müsse sich weiter darum bemühen, Licht in die Frage des Zwangs bei der KPD-SPD-Vereinigung zu bringen. Bei der Behandlung des Themas „Besatzungsmacht“ dürfe die von ihm angesprochene Frage des Drucks, der Repression, der weiterinstallierten Konzentrationslager und der Toten nicht fehlen. Dies sei eine Frage der Ehrlichkeit. Insgesamt sei zweifelhaft, ob tatsächlich Aufarbeitung oder nur die Unterstützung der eigenen Legitimationsbasen gewollt sei. Zur Frage des Einflusses der Alliierten sei zu betonen, daß die Amerikaner und Briten mit deutschen Zivilorganen nichts zu tun gehabt hätten. Eine differenzierte Darstellung der historischen Abläufe sei zu begrüßen. Dabei müsse jedoch eine Schiefelage bei der Behandlung des Themas „Opfer, Gewalt, Druck“ verhindert werden, wie sie bei der öffentlichen Veranstaltung bestanden habe.

Vorsitzender Rainer Prachtl beschrieb als wichtige Erfahrung der öffentlichen Veranstaltung, daß eine Differenzierung bei der Themenbearbeitung notwendig sei. Es sei genau zu untersuchen, welche Menschen was getan hätten. Eine Forschung zum Thema „Zwang und/oder Freiwilligkeit“ solle Ursachen und Wirkungen berücksichtigen.

Kommissionsmitglied Heiko Lietz äußerte seinen positiven Gesamteindruck von der Veranstaltung. Es seien gute Informationen durch authentische Zeitzeugen gegeben worden, wodurch eine lebendige Vielschichtigkeit deutlich geworden sei. Nachzuarbeiten sei die Gründung der SED, die Programmatik des Vereinigungsparteitages sowie das offizielle und interne Verhalten der KPD bei der Durchsetzung der eigenen Machtinteressen.

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, sprach sich dafür aus, die angesprochenen Themen mit der weiteren Erörterung zur Situation der Opfer des SED-Unrechts zu verbinden.

Abgeordneter Dr. Gerhard Bartels stimmte zu, daß die Themenbereiche Zwang und Opfer nicht ausgeblendet werden dürften. Aber auch andere Fragen seien zu behandeln, denn es habe auch andere Erfahrungen als Zwang bei der KPD-SPD-Vereinigung gegeben. Eine entsprechende Differenzierung sei nötig.

Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke erklärte, daß neben dem Thema Fünfeichen auch andere Repressionsbereiche zu behandeln seien. Eine Verbindung dieser Fragen mit den Forderungen zur Situation der Opfer des SED-Unrechts sei notwendig, auch bei der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Für Abgeordneten Dr. Arnold Schoenenburg waren weitere wichtige Fragen die Rolle des Kalten Krieges ab 1947, der Einfluß der Westalliierten auf diesen Prozeß und die Wirkung der Entwicklung in beiden deutschen Staaten auf die Entstehungsgeschichte der DDR. Berücksichtigung finden solle auch die Geschichte des Arbeitsausschusses von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, der schon am 19.07.1945 zusammengetreten sei.

Für Vorsitzenden Dr. Manfred Reißmann ergab sich für die aktuelle politische Situation aus der Bewertung der KPD-SPD-Vereinigung die Frage nach dem Umgang mit der SED-Nachfolgepartei.

Ein wichtiger Aspekt aus der öffentlichen Diskussion während der Veranstaltung war die Frage nach der Rolle der Frauen im Prozeß der KPD-SPD-Vereinigung, denen es vorrangig um Überlebensfragen nach dem Ende des Krieges gegangen sei, die aber auch aktiv am Vereinigungsprozeß teilgenommen hätten.

4. Das politische System in der DDR

4.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission

Die Kommission wählte für die Bearbeitung des Themenschwerpunktes „Das politische System in der DDR“ folgende Fragestellungen aus:

1. Hierarchische Strukturen
2. Spezifik der „mittleren Leitungsebene“
3. Entwicklung der Parteien und Massenorganisationen
 - Blockbildung
 - Nationale Front
4. Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften
5. Rolle von Oppositionellen und privaten Netzsystemen

Bearbeitung des Themenschwerpunktes:

Der Themenschwerpunkt „Das politische System der DDR“ wurde als öffentliche Anhörung in der 12. Sitzung am 29.01.1996 im Plenarsaal des Landtages in Schwerin erörtert sowie in der 14. Sitzung am 24.02.1996 als öffentliche Veranstaltung im Bürohaus in Pasewalk.

Die öffentliche Anhörung am 29.01.1996¹⁰ wurde unter folgenden inhaltlichen Fragestellungen durchgeführt:

Prof. Dr. Werner Müller

Entwicklung der Parteien und Massenorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der „mittleren“ Leitungsebene

Dr. Wolfgang Donner

„Demokratischer Block“ und Ideologie im politischen System der DDR

Dr. Hans Watzek

Die Nationale Front als Massenbewegung - Rolle und Funktion im politischen System der DDR. Erfahrungen aus dem Bezirk Neubrandenburg

Prof. Dr. Martin Onnasch

Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften, auch als Mitbeförderer der Wende

Dr. Lothar Probst

Rolle von Oppositionellen und privaten Netzsystemen

Die öffentliche Veranstaltung am 24.02.1996¹¹ hatte folgende inhaltliche Gestaltung:

Prof. Dr. Manfred Wilke

Die SED und der sozialistische Staat

Hannelore Pietzner

Funktion der Staatsorgane im Kreis

- ein Zeitzeugenbericht

Wolf-Heinrich Dieterich

Partei und Staat im Umgang mit Oppositionellen und Andersdenkenden

- ein Zeitzeugenbericht

Prof. Dr. Martin Onnasch

Die Rolle der Kirchen im politischen System der DDR

Moritz Klemt

Zum Verhältnis von Staatsapparat und Kirchenvertretern

¹⁰ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. II Anträge, Debatten, Bericht (1996), S. 9 - 77.

¹¹ Ebenda, S. 79 - 230.

- ein Zeitzeugenbericht

Dr. Wolfgang Donner

„Demokratischer Block“ und Ideologie im politischen System der DDR

Wilhelm Czypull

Mit so viel Hoffnung fingen wir an - Die CDU im „Demokratischen Block“

- ein Zeitzeugenbericht

Von der Kommission vergebene Forschungstudien und Expertisen zum vorliegenden Themenschwerpunkt (es werden nur die für diesen Themenschwerpunkt relevanten Gliederungspunkte einbezogen):

1. Religiöses Brauchtum und kirchliches Leben im Alltag der DDR - zwischen Anfechtung und Behauptung¹²

Erarbeitet vom Heinrich-Theissing-Institut Schwerin unter Mitwirkung von Bernd Schäfer, Georg Diederich, Renate Krüger, Martin Henschel, Felicitas Koppke, Roland Fischer, Endredaktion: Georg Diederich

1. Die KPD/SED und ihr Umgang mit religiösem Brauchtum und kirchlichem Leben im Alltag von SBZ und DDR - unter besonderer Berücksichtigung Mecklenburg-Vorpommerns bzw. der ehemaligen drei Nordbezirke (Bernd Schäfer)
 - 1.1 Zur Haltung der KPD zu Religion und Kirchen von 1945
 - 1.2 Zur Kirchenpolitik der KPD/SED in der SBZ/DDR 1945 bis 1953
 - 1.3 Ideologische Offensiven zur Beschleunigung „kirchlichen Absterbens“ und Herbeiführung „weltanschaulicher Klarheit“ in der SED
 - 1.4 Tendenzen und Inhalte von atheistischer Propaganda und wissenschaftlichem Atheismus 1957 bis 1989
 - 1.5 Beispiele taktischen Agierens von Partei und Staat im weltanschaulichen Konfliktfall 1980 bis 1989
 - 1.5.1 Versuchtes Verbot des Hirtenbriefes der „Berliner Bischofskonferenz“ am 08. März 1981
 - 1.5.2 Verhandlungen über eine staatliche Erklärung zur Freiwilligkeit der Jugendweihe
 - 1.5.3 Zur Gründung des Freidenkerverbandes 1988/89

2. Die Rolle der Kirchen (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) in Mecklenburg in der Wende unter Einbeziehung der Vorgeschichte¹³

Autor: Georg Herbstritt

1. Die kirchliche Standortsuche der 70er und 80er Jahre als Vorgeschichte der Wende 1989/90
 - 1.1 Vom „Obrigkeitsstreit“ zur Gründung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“
 - 1.2 Die Formel „Kirche im Sozialismus“
 - 1.3 Der mecklenburgische Weg: Kirche für andere

¹² Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VI Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 155 - 194.

¹³ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. IX Expertisen und Forschungsstudien (1997, in Druck).

1.4 „Visionen liegen bereit“: Gottesdienst und Weltverantwortung (1984 bis 1990)

3. Die Rolle der Kirchen im politischen System der DDR¹⁴

Autor: Prof. Dr. Martin Onnasch

1. Zum Stand der Forschung und der Erschließung der Quellen
2. Stellenwert der Kirchen im politischen System der DDR
3. Wahrnehmungsmuster - eine Zwischenüberlegung
4. Konfliktfelder
5. Kooperationsfelder
6. Ergebnis

4. Die Rolle kirchlicher Basisgruppen und Netzwerke in den 80er Jahren in Mecklenburg-Vorpommern¹⁵

Autor: Dr. Lothar Probst

1. Vorbemerkung
2. Arbeitsweise, Struktur und Selbstverständnis kirchlicher Friedens- und Umweltgruppen in Mecklenburg-Vorpommern
3. Zum Konfliktverhältnis Kirche und Basisgruppen in Mecklenburg-Vorpommern
4. Die Bedeutung kirchlicher Netzwerke am Beispiel der „Arbeitsgruppe Frieden“ (AGF) in der mecklenburgischen evangelischen Landeskirche
5. Die Basisgruppen im Fadenkreuz der Staatssicherheit

4.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen

4.2.1 Zum politischen System in der DDR

Der Sachverständigenbeitrag von **Prof. Dr. Manfred Wilke** ging davon aus, daß der SED-Staat - gemäß der Einschätzung des Deutschen Bundestages - von seiner historischen und ideologischen Grundlage her eine Diktatur gewesen sei. Bei dem politischen System der DDR habe es sich um ein totalitäres System gehandelt. Die Geschichte der DDR sei eine Geschichte der Macht. Der Machtanspruch sei definiert gewesen durch die „führende Rolle der Partei“, der sich auf alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erstreckt habe und durch staatliche Lenkungsinstrumente bis hin zum MfS durchgesetzt worden sei. Die Geschichtsaufarbeitung der DDR sei daher eine Aufgabe, in der es vorrangig um die kommunistische Diktatur und den sowjetischen Herrschaftseinfluß gehe. Voraussetzung für die Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht in Deutschland sei die weltpolitische Stärke der Sowjetunion gewesen. Aufbau, Stabilisierung und Niedergang der DDR seien bestimmt gewesen durch die sowjetische Politik. Daraus leite sich die Einschätzung der DDR als Staat mit begrenzter Souveränität ab. Auf Nachfrage räumte er ein, daß auch die Bundesrepublik Deutschland-Alt nicht souverän gewesen sei, daß aber die Einmischung Amerikas in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik nicht so weit gegangen sei, daß man den Kanzler ins Weiße Haus einbestellt habe, um ihn aus dieser Funktion abzusetzen - wie 1971 in Moskau mit Walter Ulbricht geschehen. Auch das Grenzregime der DDR sei in

¹⁴ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VII Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 9-100.

¹⁵ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. IX Expertisen und Forschungsstudien (1997, in Druck).

Abstimmung mit den Sowjets organisiert worden. Die Schlüsselfrage habe in der SED stets darauf abgezielt, welche Linie in Moskau vertreten werde.

Für die Entwicklung der DDR seien fünf Phasen zu unterscheiden:

1. 1945 bis 1947

Bestimmend sei für diesen Zeitraum der Vier-Mächte-Status der Siegermächte im Ausgang des Zweiten Weltkrieges gewesen. In der SBZ sei es um die Sicherung der politischen Macht der KPD gegangen. Es habe aber Möglichkeiten für Nichtkommunisten gegeben, sich politisch zu betätigen.

2. 1947 bis 1949

Während dieser Phase sei es zum Bruch zwischen der Sowjetunion und den Westmächten gekommen, die SBZ habe unter der Vorherrschaft der SMAD gestanden. Die SED habe ihren offenen Führungsanspruch gegenüber anderen Parteien angemeldet und durchgesetzt. Sie habe sich zur „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der KPdSU entwickelt. Diese Phase charakterisiere den Weg in die Teilung Deutschlands.

3. 1949 bis 1961

Diese Phase sei charakterisiert durch die Staatsgründung der DDR, durch den Kalten Krieg, durch den Volksaufstand am 17. Juni 1953 im Anschluß an die Verkündung des neuen Kurses der SED, durch die danach einsetzende Massenflucht und durch den Versuch der Lösung des West-Berlin-Problems mittels „Befestigung der Staatsgrenze“ durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Diese Phase kennzeichne den Aufbau des Sozialismus.

4. 1962 bis 1985

Während dieser Zeit sei die weltweite Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat erfolgt. Die DDR sei in die UNO eingezogen, und auch die BRD habe die DDR anerkannt. In diese Zeit falle der Führungswechsel 1971 von Walter Ulbricht, der durch Breshnew in Moskau entthront worden sei, zu Erich Honecker. Das Verhältnis zwischen Sowjetunion und DDR sei unangefochten klar geblieben, durch den Machtwechsel in keiner Weise verändert worden und durch die „unverbrüchliche Freundschaft“ charakterisiert. In diese Phase fielen die Ereignisse des Prager Frühlings 1968, der gewaltsam durch die sozialistische Staatengemeinschaft - mit DDR-Beteiligung - unterdrückt worden sei, sowie die Gründung von Solidarnosc in Polen 1980/81, in der Polen seine nationale Selbstbestimmung eingefordert habe. Beide Ereignisse habe die DDR als Bedrohung für ihre Existenz gewertet. Diese Zeitspanne charakterisiere die Stabilisierung der DDR und sei als Phase der geborgten Souveränität zu bezeichnen.

5. 1985 bis 1989

Der Machtantritt Gorbatschows habe dazu geführt, daß die SU die Breshnew-Doktrin revidiert habe und somit Selbstständigkeitsambitionen für die sozialistischen Staaten, auch für die DDR und die SED, möglich geworden seien. In diese Zeit falle auch der Rücktritt Erich Honeckers 1989. Diese Phase kennzeichne die Endphase der DDR.

Das Staatsverständnis der DDR habe sich durch die SED und ihre „führende Rolle“, die die ungeteilte Macht über den Staat beansprucht habe, definiert. Dies sei in der DDR-Verfassung festgeschrieben gewesen. Diesen Anspruch habe sie über das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ durchgesetzt. Das habe bedeutet, daß

- alle Beschlüsse durch die Partei oder unter ihrer Anleitung gefaßt,
- die Kontrolle durch die Partei erfolgt,
- die Vorgaben für personalpolitische Entscheidungen von der Partei vorgenommen und
- die strukturellen Vorgaben durch die Partei festgelegt worden seien.

Damit sei staatliches Handeln die administrative Umsetzung von Parteibefehlen und des Parteiwillens gewesen.

Die SED habe das Recht als Instrument in den Händen der herrschenden Klasse verstanden. Dies habe eingeschlossen, daß es zum Nachteil „feindlicher Klassen“ bis hin zu deren völliger Entrechtung und offenem Terror ausgelegt worden sei. Die Diktatur der SED sei eine „Herrschaft durch Kader“ gewesen. Die Aufgabe von Partei- und Staatsfunktionären habe darin bestanden, die Politik der Parteiführung zu organisieren, sie gegenüber der Bevölkerung zu vertreten und sie erforderlichenfalls auch mit Zwangsmitteln durchzusetzen. Es habe eine Funktionärsschicht von circa 350.000 bis 400.000 politischen Funktionären gegeben. Das habe etwa 3% der DDR-Bevölkerung entsprochen. SED-Kader seien aktiv gewesen in der SED selbst, in den Blockparteien, in den Massenorganisationen, in der Nationalen Volksarmee und im Ministerium für Staatssicherheit. Das habe bedeutet, daß alle Bereiche von Staat und Gesellschaft mit den Organisationsstrukturen der SED durchdrungen gewesen seien.

Die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse und das Machtzentrum der SED-Diktatur sei durch den Generalsekretär, das Politbüro und die ZK-Sekretariate gebildet worden. Daraus habe sich ein totaler Machtanspruch der Partei realisieren lassen. Strukturelle Elemente des Machtmonopols der SED seien gewesen

1. die Parteiideologie als inhaltliche Determinante
2. der Parteiapparat in der Sicherung der Organisationsstrukturen zur Durchsetzung der Ideologie
3. der Wirtschaftsapparat als zentralgeleitete Planwirtschaft zum Zwecke der Parteinstrumentalisierung
4. Armee und Polizei, durch die SED beherrscht
5. die Medien als Agitations- und Propagandamittel der SED
6. die Massenorganisationen zur möglichen totalen Organisierung der Bevölkerung
7. das Ministerium für Staatssicherheit zur allumfassenden Kontrolle und Verfolgung von Abweichungen.

Der Sachverständigenbeitrag von **Prof. Dr. Werner Müller** führte aus, daß die hierarchische Struktur des politischen Systems der DDR folgende Merkmale getragen habe:

- Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ sei für Partei und Staat verbindlich und im Statut der SED von 1952 festgeschrieben gewesen. Es sei rigide angewandt worden, habe aber gewisse Spielräume ermöglicht. Dadurch sei das Durchstellen der zentralen Beschlüsse ermöglicht worden.
- Die „führende Rolle“ der SED sei auf den unterschiedlichen Ebenen in Anspruch genommen worden und habe das alleinige Recht, Beschlüsse für staatliches Handeln zu fassen, umfaßt; die alleinige Kompetenz, Beschlüsse anzuleiten und deren Ausführung zu kontrollieren; ferner das alleinige Recht, alle wichtige Positionen entsprechend dem Nomenklaturprinzip der SED zu besetzen, und zwar in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Blockparteien sowie Massenorganisationen.
- Das Umsetzen der Politik der SED sei mittels Durchstellen der Politik der Parteiführung erfolgt. Die hierarchische Abfolge sei von der Parteiführung (ZK) über die Bezirke (Bezirksleitungen der SED) in die Kreise (Kreisleitungen der SED) bis hinein in die Betriebe (Grundorganisationen der SED) und in die Wohngebiete (Wohngebietsparteiorganisationen) erfolgt.
- Die Blockparteien/„befreundeten Parteien“ hätten dem Führungsanspruch der SED unterlegen und dies auch in ihren Statuten seit 1952 festgeschrieben. Sie seien als Transmissionsorganisationen zu verstehen um abzusichern, daß die SED auch diejenigen Bevölkerungsschichten erreichen könne, die ihr sonst nicht zugänglich gewesen seien.
- Die Massenorganisationen seien der „führenden Rolle“ der Partei ebenso verpflichtet gewesen und hätten das Durchstellen der politischen Ziele der Partei abzusichern gehabt.

Forschungsbedarf bestehe dahingehend, daß die Frage nach den Einflußfaktoren im Umsetzungsprozeß selbst noch offen sei und auf die Rolle der „mittleren Leitungsebene“ sehr wesentlich verwiesen werde. Dieselbe habe einerseits in der Pflicht gestanden, die politischen Ziele von oben nach unten durchzustellen, habe aber andererseits der Aufgabe unterlegen, die spezifischen Probleme vor Ort zu berücksichtigen, sie von unten nach oben zur Geltung zu bringen. Als Hypothese könne formuliert werden, daß die Bezirksleitungen der SED und die Vorsitzenden der Räte der Bezirke zwischen einem weitgehenden Loyalitätserfordernis von oben und einer gewissen Erwartungshaltung und Interessenvertretung von unten gestanden hätten. Daraus leite sich die Frage ab, welche Eigenständigkeiten und Freiräume zu nutzen gewesen seien und in welchem Maße die Möglichkeit bestanden habe, die regionalen Belange ins Bewußtsein der zentralen Ebene zu bringen. Für Mecklenburg-Vorpommern hieße das, für eine Reihe von Politikfeldern zu prüfen, wie Versorgung, Verbesserung der Infrastruktur, der Wirtschaft, Investitionen im ländlichen Bereich, aber eben auch der Sektor Tourismus und Fremdenverkehr - für die drei Nordbezirke von beachtlichem Gewicht - geleitet gewesen seien.

Weiterhin seien Entscheidungsstruktur und Arbeitsweise der „mittleren Ebene“ zu prüfen und die Frage zu klären, ob das Verhältnis von SED-Bezirksleitung und Rat des Bezirkes eine Einbahnstraße gewesen sei, oder ob vielmehr Gegenseitigkeit in der Entscheidungsfindung charakteristisch gewesen sei, ob es einen zeitlichen Wandel über die vier Jahrzehnte des politischen Systems der DDR gegeben habe und welchen Einfluß der subjektive Faktor über die Leitungspersönlichkeiten haben spielen könne. Ferner stehe die Frage nach Kontinuität und Wandel der leitenden Funktionen und Personen in den Leitungspositionen noch zur Klärung an.

Im Ergebnis und in der Beantwortung dieser bisher offenen Fragen könne die Differenziertheit im bisherigen Bild von Herrschaftsordnung und Herrschaftsrealität zutage treten, die möglicherweise in der Rivalität zentralistischer Gestaltungs- und Leitungsinteressen mit regionalen Bedürfnissen und Erwartungen, im Abschleiß und in der Verlangsamung zentraler Weisungen unter Artikulation regionaler Interessen zum Ausdruck kommen könne.

Der Beitrag von **Dr. Wolfgang Donner** wies aus, daß das politische System der DDR durch die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder beeinflußt und bestimmt gewesen sei. Dies habe seinen Niederschlag gefunden in der allgegenwärtigen Wahrheit: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“. Allerdings habe es gewisse Eigenständigkeiten im politischen System der DDR gegeben. So sei das Fünf-Parteien-System dem Ein-Parteien-System der KPdSU gegenüberzusetzen, wobei eine Gleichsetzung der SED mit den Blockparteien unhaltbar sei. Dennoch dürfe nicht übersehen werden, daß die Blockparteien auch in politischer Hinsicht eine Bedeutung gehabt hätten, die ihnen heute im nachhinein oft abgesprochen werde - und zwar innen- wie außenpolitisch. Damit trügen die Blockparteien mit Verantwortung für das politische System der DDR, und der PDS komme heute nicht das alleinige Privileg zu, über die Geschichte der SED und das politische System der DDR Auskunft zu geben.

Das Verhältnis von SED und Blockparteien sei dadurch gekennzeichnet gewesen,

- daß in den Blockparteien das politische Schulungssystem sowie auch die innerparteiliche Disziplinierung nach dem Vorbild der SED funktioniert habe,
- daß es Abstimmungsrunden der SED mit den Blockparteien auf oberster Ebene bis hinein in die Bezirksebene seit dem VIII. Parteitag gegeben habe, und zwar im Hinblick auf politische Positionen ebenso wie auf kaderpolitische Entscheidungen.

Innerhalb der SED habe es keine Opposition gegeben. Eine Wende in der Politik der SED sei 1971 auf dem VIII. Parteitag beim Übergang von der Ulbricht- zur Honecker-Ära zu konstatieren gewesen. Diese habe sich gezeigt

- in der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa, die eine zunehmende Gefahr signalisiert habe und zu zunehmender Verhandlungsbereitschaft der DDR geführt habe,
- in der Abkehr von der Breshnew-Doktrin und
- im Beginn des inneren Reformkurses der KPdSU unter Gorbatschow.

Dies habe schließlich Hoffnungen unter oppositionellen Gruppen und Reformern in der DDR bewirkt und ihnen Auftrieb gegeben. Gegen Ende der 80er Jahre habe es sogar im Innern der SED Reformbedürfnisse gegeben, die von der Parteispitze verboten worden seien. Die politische Realität habe sich damit zunehmend von den Interessen ihrer Mitglieder entfernt. Er sei persönlich dafür ein Beispiel. Während er sich in der DDR nicht habe öffentlich äußern können, sei dies jetzt uneingeschränkt möglich. Er habe mit den Idealen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR eine andere DDR anstreben wollen, was ihm unter damaligen Verhältnissen jedoch nicht möglich gewesen sei.

Der Sachverständigenbeitrag von **Dr. Hans Watzek**, der sich zugleich als Aussage eines Akteurs und Zeitzeugen verstanden wissen wollte, brachte zum Ausdruck, daß die Nationale Front im Verständnis der SED ebenfalls als Transmission der Ideologie und Politik der Partei bis hinein in alle Schichten der Bevölkerung gewirkt habe. Sie sei keine Mitgliederbewegung gewesen. Träger der Nationalen Front seien die fünf Parteien mit eindeutiger Dominanz der SED gewesen. Als Bezirks- und Kreissekretäre sowie als hauptamtliche Kräfte der Nationalen Front seien immer SED-Mitglieder eingesetzt worden. Über den hauptamtlichen Apparat habe sich die SED so den Einfluß auf die Nationale Front gesichert. Die Nationale Front sei in Vorbereitung der Gründung der DDR aus der Volkskongreßbewegung heraus entstanden und zu Beginn des Jahres 1950 durch Konstituierung des Nationalrates und, darauf basierend, der Ausschüsse auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene gegründet worden. Während sie in den 50er Jahren vor allem auf dem Gebiet der Ideologie habe wirken sollen und in ihrer Arbeit gesamtdeutsche Probleme behandelt habe, sei in den 60er Jahren ein immer stärkerer Richtungswechsel hin zu ökonomischen Bereichen der DDR erfolgt. Bis Ende der 60er Jahre hätten sich die Ausschüsse des Nationalrates bis in die Gemeinden auf der Basis von Wahlen gebildet. Danach sei dieses Prinzip jedoch verlassen worden, und es habe in den letzten Jahren nur noch eine Delegation in die jeweiligen Ausschüsse durch die Parteien und Organisationen gegeben. Damit sei deren Legitimierung immer brüchiger geworden.

Die Nationale Front habe im Alltagsleben der Bürger der DDR bei der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt, sei als ein Weg zur Bürgerbeteiligung für die Verbesserung der Lebensbedingungen verstanden worden und dürfe auch im nachhinein nicht unterschätzt werden. Er wolle an das „Nationale Aufbauwerk“, an die Bewegung „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ sowie an die Arbeit in zahllosen Hausgemeinschaften erinnern, die den Gemeinsinn, die Solidarität und die Nachbarschaftshilfe unter den Bürgern gefördert hätten. Allerdings müsse er einräumen, daß in den 80er Jahren Rituale und Formalismen ein beachtliches Ausmaß angenommen hätten. Insgesamt sei die Ambivalenz kennzeichnend gewesen. Einerseits sei diese Bewegung aus ökonomischer Sicht so gewollt worden, weil die politischen Probleme und Schwierigkeiten sich auch ökonomisch niedergeschlagen hätten und Engpässe zutage getreten seien, die dann durch solche Initiativen mit überwunden werden sollten. Andererseits hätten Tausende von Bürgern engagiert mitgewirkt, um so die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern. Für die Dörfer habe diese Gemeinschaftsarbeit die Entwicklung einer sozialen und kulturellen Infrastruktur des gesellschaftlichen Lebens befördert.

Die Nationale Front sei auch Träger der Wahlbewegung gewesen, indem der Nationalrat den Wahlauf Ruf zu den jeweiligen Wahlen beraten und beschlossen habe und die jeweiligen Ausschüsse Kandidatenlisten bestätigt hätten, die zuvor in den Block-Sitzungen, bei kaum veränderter Mandatsverteilung zwischen den Parteien, positiv beschieden worden seien. Die Bestätigung habe den Charakter eines mehr oder weniger formalen Aktes getragen. Leider müsse er zugleich aber feststellen, daß die Möglichkeiten des Wahlgesetzes der DDR zur spezifischen Prüfung von Kandidaten im Arbeitskollektiv und in den Ausschüssen der Nationalen Front nur ungenügend genutzt worden seien. Auf Nachfragen hinsichtlich der Wahlfälschungen führte er aus, daß die Nationale Front nur formal als der Träger fungiert habe, die konkrete Ausführung im einzelnen aber immer den Wahlausschüssen obliegen hätte. Er bestätigte eine gewissermaßen erzwungene Wahlbeteiligung, die darauf abgezielt habe, die Zustimmung zur Politik der SED zu demonstrieren. Er persönlich als Vorsitzender der Nationalen Front Neubrandenburg habe keiner Berichtspflicht unterlegen, weder gegenüber der SED noch gegenüber anderen Stellen.

Zum Schluß seiner Ausführungen warnte er vor einseitigen Bewertungen und davor, die Vergangenheit nach dem Raster von Tätern, Opfern und Mitläufern zu bewerten. Er wolle daran erinnern, daß es Tausende und Abertausende von Menschen gegeben habe, die sich in der DDR engagiert hätten. Ihre Biographien dürften nicht negiert werden, wenn es gelingen solle, noch vorhandene Gräben zwischen Ost und West zu schließen und die Gefahr politischer und sozialer Verwerfungen zu bannen.

4.2.2 Zum Verhältnis von Kirche und Staat

Der Sachverständigenbeitrag von **Prof. Dr. Martin Onnasch** führte das Verhältnis von Kirche und Staat aus. Ausschlaggebend dafür sei gewesen, daß die SED-Führung seit 1948 die Entwicklung hin zur sozialistischen Gesellschaft betrieben habe, das heißt zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, welches den Klassenkampf impliziert habe, in die die Kirchen einbezogen gewesen seien. Die Kirchen hätten im politischen System der DDR ihren eigenen Stellenwert als Großinstitution gehabt. Es sei nicht gelungen, sie den politischen Zielen der SED zu unterwerfen. Auch ihre Entfernung sei nicht gelungen. Im Umgang mit den Kirchen habe der Staat doppelgleisige Strategien verfolgt: einerseits habe er die Kirchen der offenen Kritik unter repressiver Einflußnahme ausgesetzt, andererseits habe er verschwiegene Übereinkünfte und Stillhalteabkommen praktiziert.

Die Rolle der Kirchen im politischen System sei in den verschiedenen Zeitabschnitten unterschiedlich gewesen. Zum einen sei der Zeitabschnitt vor 1960 zu berücksichtigen, für den typisch gewesen sei, daß die Deutschlandpolitik noch auf Wiedervereinigung orientiert habe, obwohl sich bereits in den 50er Jahren abgezeichnet habe, daß damit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu rechnen sei. Weiterhin sei für diese Phase typisch gewesen, daß von seiten des Staates und der Partei der Kampf gegen die Jungen Gemeinden und die Studentengemeinden geführt worden sei und daß es eine ausgesprochene Konfliktphase gegeben habe, um die Jugendweihe alternativ zur Konfirmation als staatliche Weihehandlung für junge Menschen durchzusetzen. Dadurch seien Familien in systematische Bedrängnis geraten und Karriereverläufe restriktiv in Frage gestellt gewesen. Die Strategie der Partei habe darin bestanden, den Einfluß der Kirchen zurückzudrängen. Einen zweiten Zeitabschnitt wolle er für die Jahre nach 1960 benennen. Während dieser Phase sei es darum gegangen, die Arbeit der evangelischen und katholischen Kirche einzuengen. In diese Phase falle das Anwachsen der Friedensbewegung unter dem Dach der Kirchen in den späten 70er und 80er Jahren als Gegenreaktion auf die Einführung des Wehrkundeunterrichts in den Schulen mit Karriereverzicht als Konsequenz für Verweigerung sowie die Stationierung von Mittelstreckenraketen. In diese Phase fielen auch deutlich zunehmende Aktionen im Schutz der Friedensgruppen und im Rahmen der Ausreisebewegung. Die Kirche habe sich in dieser Zeit auch für diejenigen geöffnet, denen anderswo Wortverbot auferlegt gewesen sei, das heißt die Kirche sei zum Ort für Diskussionen um eine menschlichere und gerechtere Gesellschaft geworden. Zu berücksichtigen sei für diesen Zeitabschnitt auch, daß es ab 1968 eine gesamtdeutsche Kirche nicht mehr gegeben habe. Ab Ende der 70er Jahre sei zu konstatieren, daß zunehmend Konsens zwischen Kirche und Staat gesucht worden sei. Das Übereinkommen zwischen Kirche und Staatsführung habe zuerst die evangelische Kirche, später aber zunehmend auch die katholische Kirche in ihrem Verhältnis zum Staat verändert.

Das Verhältnis von Staat und Kirchen sei dadurch charakterisiert gewesen, daß der Staat versucht habe, die Bindungen von Christen an die Gemeinden zu lockern. Dabei sei eine prinzipielle Gegnerschaft gegenüber den Kirchen stets geleugnet worden. Es sei darum gegangen, die Glaubwürdigkeit der Kirchen mit Hilfe der wissenschaftlich begründeten Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, der dem christlichen Glauben grundsätzlich als überlegen gegenübergestellt worden sei, in Frage zu stellen. Es sei um die Verdrängung des kirchlichen Brauchtums aus dem Lebensalltag gegangen. 1954 habe es erstmals ein kirchenpolitisches Konzept der SED gegeben, in dem zum Ausdruck gekommen sei, daß die Kirche die stärkste legale Position der imperialistischen Kräfte - und damit des Klassenfeindes - sei. Es habe sich dabei um eine offene politische Diskriminierung gehandelt. Theologie habe der historischen Mission der Arbeiterklasse im Wege gestanden. Es sei beabsichtigt gewesen, Loyalitätseinforderungen gegenüber dem Staat einzufordern. Die Jugendweihe sei dabei zum Gradmesser hochstilisiert worden. Es sei darum gegangen, staatliche Rituale zur Verdrängung religiöser Traditionen einzusetzen. Anlässe wie die Jugendweihe, Namens- und Eheweihen, Bestattungsfeiern hätten die Stelle kirchlicher Feierlichkeiten übernehmen sollen. Dies sei jedoch nur in Grenzen gelungen. Auch die Christenlehre sei seit 1958 vollständig aus den Schulräumen verbannt gewesen und damit aus der Volksbildung ausgegrenzt worden. Die Kirche habe eine Reihe von Schikanen im Hinblick auf ihre Genehmigungsverfahren um Erholungs- und Rüstzeitheime an der Ostseeküste und im Grenzgebiet hinnehmen müssen sowie sonstige Verzögerungen in der Bearbeitung von Antragstellungen zu akzeptieren gehabt. Die MfS-Verstrickung auf allen Amtsebenen der Kirche habe zugenommen. In der nachträglichen Betrachtung und in der Diskussion um die damaligen Verhältnisse seien Wahrnehmungsbeschränkungen im Raster der Vergangenheitswahrnehmung einzuräumen und Respekt für die Vielzahl von beschädigten Biographien anzumahnen, die sich in ihrem Glauben nicht hätten beirren lassen. Es sei festzustellen, daß die evangelische Kirche bezüglich der Jugendweihe seit 1958 eine Niederlage habe hinnehmen müssen und daß seit den 70er Jahren ein ständiger Mitgliederschwund zu verzeichnen gewesen sei.

Die Forschungsstudie des Heinrich-Theissing-Instituts Schwerin in der Endredaktion von **Dr. Georg Diederich** stellte fest, daß aus der Sicht des Marxismus-Leninismus Religion als „Opium fürs Volk“, als institutionalisierter Aberglaube gegolten habe und die Kirchen als Verbündete der bürgerlichen Reaktion betrachtet worden seien. Dies sei schon für die Kommunisten während der Weimarer Republik typisch gewesen. Während des Faschismus sei die KPD um die Einbeziehung der Kirchen in die antifaschistische Einheitsfront und Volksfrontpolitik unter kommunistischer Führung bemüht gewesen. Für die ersten Nachkriegsjahre - etwa bis 1947 - sei eine hoffnungsvolle Phase zu beobachten gewesen, die auf gegenseitige Toleranz habe hoffen lassen. Dies sei jedoch als taktische Variante des antifaschistischen Kampfes in den ersten Nachkriegsjahren zu verstehen gewesen und habe nicht bedeutet, daß eine gleichberechtigte ideologische Koexistenz entstehen werde. Die Kirchen seien durch ihre alternative Existenz und ihre faktischen Freiräume immer als ein politisch negativer Faktor in der sozialistischen Gesellschaft behandelt worden. Seit den 50er Jahren hätten ideologische Offensiven zur Beschleunigung des „kirchlichen Absterbens“ und der Herbeiführung von weltanschaulicher Klarheit in der SED auf der Tagesordnung gestanden. Im Gefolge der Ereignisse des 17. Juni 1953 habe die SED unter anderem ihre institutionellen Einrichtungen zur Kirchenpolitik umstrukturiert und den Schwerpunkt von der administrativen Verfolgung der Kirchen auf die öffentliche „materielle Propaganda“ verlegt.

Mit der Einführung der Jugendweihe habe sich dieser zunehmend auf die für den Sozialismus zu gewinnende junge Generation konzentriert. Der Kampf um die Jugendweihe sei seit 1954 verstärkt geführt worden und habe auch die CDU einbezogen und instrumentalisiert. Die Jugendweihe sei als eine gesamtstaatliche Aufgabe angesehen worden. Im ersten Jugendweihejahr 1955 sei eine Beteiligung von 18,9% zu beobachten gewesen, die in den Folgejahren deutlich gesteigert worden sei. Bereits 1958 habe die Beteiligung bei 44,1%, 1959 bei 80,4%, 1969 zwischen 88,9% und 90,5% gelegen, die sich in den Folgejahren konstant zwischen 96% und 98% habe einpegeln können. Die Jugendweihe habe sich für Nichtchristen als ein Äquivalent für christliches Brauchtum entwickelt. Ebenso sei dies für die Namensgebung, Eheschließung und Bestattung von Bürgern versucht worden, habe aber nicht annähernd einen ähnlichen Zuspruch erfahren. In der Frage der Jugendweihe hätten irreversible Fakten geschaffen und kirchliche Einflüsse minimiert werden können. Es sei massiver Druck auf Lehrer, Eltern und Schüler ausgeübt worden, um dieses Ziel durchzusetzen. Ebenso sei staatlicherseits Druck ausgeübt worden, um Kirchenaustritte zu bewirken. Der Einfluß hätte sich auf Mitglieder der evangelischen Kirche wirksamer gestaltet als auf Mitglieder der katholischen Kirche. Nach der Einführung der Jugendweihe sei diese für die katholischen Ordinarien bis 1989 ein Gegenstand der bewußten und selektiven Abgrenzung gegenüber der Politik der DDR geblieben. Die Beteiligung der katholischen Kinder an der Jugendweihe habe sich 1958 auf etwa 11% - 12% belaufen, sei 1959 auf 37,8% angestiegen und habe 1960 43,6% erreicht. Nach 1963 habe sich die Jugendweihe zunehmend zu einem staatsbürgerlichen Pflichtritual entwickelt, das in der Regel Voraussetzung für bestimmte Ausbildungs- und Berufswege und damit auch ein Indiz gesellschaftlicher Diskriminierung christlicher Bürger gewesen sei. Dem hätten sich viele christliche Familien auf Dauer nicht zu widersetzen vermocht.

Die atheistische Propaganda habe in den 60er Jahren nachgelassen. Nachdem die Kollektivierung der Landwirtschaft abgeschlossen gewesen sei und der Aufbau des Sozialismus habe fortschreiten können, sei in der Folge von seiten der CDU und des Staatsapparates eine „Begegnung progressiver Christen“ unterstützt worden. In den 60er Jahren habe sich auch eine Wende in den Methoden der atheistischen Propaganda angedeutet, die unter anderem darin zum Ausdruck gekommen sei, daß sie auf wissenschaftlicher Ebene geführt worden sei. 1963 sei der Lehrstuhl für „Wissenschaftlichen Atheismus“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingerichtet und mit Prof. Olof Klohr besetzt worden. Die Forschungen zum wissenschaftlichen Atheismus in Jena hätten eindeutig auf Absterbeforschung orientiert, die mit soziologischen Grundlagen die atheistische Propaganda und den Weltanschauungskampf gegen die allmählich zu überwindende Religion qualitativ habe verbessern sollen. Mit wissenschaftlichen Methoden sei kämpferisch für die Zurückdrängung der Kirchen agitiert worden. Dies sei für die 60er und 70er Jahre typisch gewesen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre habe sich jedoch ein Theoriwechsel von der bis dahin verfochtenen Absterbetheorie gezeigt, der in Richtung einer Rückläufigkeit kirchlicher Lebensäußerungen in der DDR gewiesen habe. Es sei darum gegangen nachzuweisen, daß der aktive Kern der Christen im Schwinden begriffen sei und nur noch 15% der Bevölkerung ausmache (1979). Datenmaterial sei aus der evangelischen Kirche relativ einfach zu beschaffen gewesen, habe aber im Bereich der katholischen Kirche nur ungenügend zur Verfügung gestanden. Insgesamt hätten Religionsgemeinschaften im Jahr 1985 in den drei Nordbezirken etwa 25% der gesamten Wohnbevölkerung ausgemacht. Unter dem Druck von Partei und Staat sei eine Situation erreicht worden, in der sich das kirchliche Leben im allgemeinen nur schwach entwickelt gezeigt habe.

Die SED und der Staatsapparat hätten sich letztlich in keinem weltanschaulichen Konfliktfall in der Konsequenz tolerant und gegenüber den Kirchen dialogfähig erwiesen, sondern hätten - das Machtmonopol im Blick - stets situationsbezogen taktisch agiert. Dies sei auch noch in den 80er Jahren deutlich geworden, z. B. als versucht worden sei, den Hirtenbrief der Berliner Bischofskonferenz vom 08. März 1981 zur Jugendweihe zu verbieten, obwohl die DDR in diesem Jahrzehnt innenpolitisch schwächer und damit konzessionsbereiter gewesen sei als in den Dekaden zuvor.

In der Forschungsstudie von **Georg Herbstritt** wurde der kirchlichen Standortsuche während der 70er und 80er Jahre nachgegangen. Ausgangspunkt der Überlegungen sei der Standpunkt von Bischof Dibelius gewesen, der einen Staat als totalitär ausweise, der über seine Kompetenzen hinaus in das gesellschaftliche Leben eingreife. Das treffe auf die DDR ebenso zu wie in den Jahren davor auf die NS-Diktatur. Dibelius habe der Kirche im totalitären Staat ein „Wächteramt“ zugewiesen. Dieser Standpunkt sei innerhalb der Kirche selbst umstritten gewesen und habe bei dem Versuch einer kirchlichen Standortbestimmung einen eher konfrontativen Standpunkt bezeichnet. Nach dem Mauerbau 1961 sei eine Neuorientierung erforderlich gewesen. Die evangelischen Kirchen in der DDR hätten ein gemeinsames Wort erarbeitet, das sie 1963 als die „Zehn Artikel von Freiheit und Dienst der Kirche“ vorgelegt hätten. Anknüpfend an die Barmer Theologische Erklärung von 1934 und die Erfahrungen der „Bekennenden Kirche“ sei hier versucht worden, die dem Christen in einem sozialistischen Staat möglichen Handlungsspielräume aufzuzeigen. Seit Ende der 60er Jahre sei wiederum eine weitere grundlegende Veränderung eingetreten. 1968 sei es zur Gründung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ (BEK) und damit zur Loslösung der östlichen Landeskirchen von der bis dahin gesamtdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gekommen. Dabei sei vor allem bedeutsam gewesen, daß die Abspaltung von der EKD, die nach jahrelangem massiven Druck durch die SED erfolgt sei, nicht mit einer Loyalitätserklärung zum sozialistischen Staat einhergegangen sei.

Die kirchliche Standortbestimmung der 50er und frühen 60er Jahre habe im Kontrast dieser Veränderung (Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit und Voranschreiten der „sozialistischen Umgestaltung“ in der DDR) neu bedacht werden müssen. Diese Entwicklung habe sich in den 70er Jahren fortgesetzt. Als die Bundessynode im Mai 1973 in Schwerin getagt habe, sei zum ersten Mal der Begriff „Kirche im Sozialismus“ gefallen. Im Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen habe es damals geheißen, daß Kirche im Sozialismus eine Kirche sei, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde helfen würde, einen Weg in der Freiheit und Bindung des Glaubens innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zu finden und ihn in dem Bemühen zu stärken, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen. Mit dieser Standortbestimmung habe man kirchlicherseits verhindern können, sich als Kirche *für* den Sozialismus zu bezeichnen. Das „für“ sei bereits 1971 durch Landesbischof Heinrich Rathke als „Kirche für andere“ definiert worden. Heinrich Rathke habe seine Gedanken zu einer „Kirche für andere“ 1971 in Eisenach vorgestellt. Er habe dort auf der dritten Tagung der ersten Synode der BEK das Hauptreferat gehalten, das überschrieben gewesen sei mit „Kirche für andere - Zeugnis und Dienst der Gemeinde“. Darin habe er nach den Aufgaben und Möglichkeiten der Kirche in ihrer konkreten Situation gefragt, habe versucht, Denkanstöße, Anregungen und Antworten zu geben, wobei er dem einzelnen Christen nicht die Aufgabe habe abnehmen wollen, selbst darüber zu befinden, wo das Zentrum seines Glaubens liege. In seinem Referat sei von Jesus als „dem Menschen für andere“ die Rede gewesen.

Damit sei begründet worden, weshalb das ganze Wesen der Kirche in ihrem Dasein für andere bestimmt sei. Er habe davor gewarnt, eine Kirche gegen andere zu sein, eine Kirche ohne die anderen zu sein, eine Kirche wie die anderen zu sein. In dieser Ortsbestimmung habe gleichzeitig die Aufforderung gelegen, sich in die Wende einzumischen. Heinrich Rathke habe dazu ermuntert, sich bis zum letzten Risiko auf diese Welt einzulassen. Er habe damit auch ein Konfliktfeld zwischen Staat und Kirche in der DDR angedeutet. Er habe zum Ausdruck bringen wollen, daß eine „Kirche für andere“ nicht selbst Partei werden könne, und daß sie auch nicht für eine politische Seite Partei ergreifen werde. Das Bild einer „Kirche für andere“ sei nicht nur der Versuch, eine Ortsbestimmung für die Kirche im Sozialismus vorzunehmen, sondern stelle gleichzeitig auch eine Alternative zur Formel „Kirche im Sozialismus“ dar. Vor diesem Hintergrund lasse sich die These ableiten, daß die Kirche in Mecklenburg schon lange vor der Wende ein Selbstverständnis entwickelt habe, das ihr dann in der Wendezeit zugute gekommen sei. Heinrich Rathke habe sich im folgenden gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre gegen eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, auch an den Schulen, eingesetzt und dagegen Einspruch erhoben. Er habe sich für bedrängte Oberschüler eingesetzt und sich dagegen gewehrt, daß Lehrverträge rückgängig gemacht würden, nur weil Jugendliche sich geweigert hätten, eine Ausbildung an der Waffe mitzumachen. An anderer Stelle habe er das Grenzregime der DDR und die Praxis des Freikaufs von Häftlingen durch die Bundesrepublik angegriffen. Immer wieder habe er mehr Offenheit eingefordert, in der Kirche ebenso wie in der Gesellschaft. Er habe vor der Landessynode auf die Folgen von Zensur, Bespitzelung und allgemein geförderter Unaufrichtigkeit hingewiesen.

Die mecklenburgische Landeskirche habe in der DDR einen stetigen Mitgliederschwund hinnehmen müssen. Habe sie 1950 noch rund 1,2 Millionen Mitglieder gehabt, so sei die Zahl zu Beginn der 70er Jahre auf 860.000 abgesunken und habe sich in den Folgejahren bis 1988 weiter auf 450.000 halbiert. Ebenso sei auch die Entwicklung der Pfarrstellen in der Landeskirche rückläufig gewesen. In Neubaugebieten sei kirchliche Arbeit nur unter größten Schwierigkeiten möglich gewesen, Kirchenbauten hätten nicht errichtet werden dürfen. Die traditionell ländlich geprägten Kirchenstrukturen seien schwächer geworden, die Kirche sei „städtischer“ geworden. Damit habe sich in den 80er Jahren die mecklenburgische Landeskirche zur Minderheitenkirche entwickelt und sich von der früheren Volkskirche deutlich unterschieden. Das habe auch Vorteile gehabt. So sei es jetzt möglich gewesen, wesentlich freier zu agieren und der Radikalität der biblischen Überlieferung mitunter deutlich näher zu kommen, als es zur gleichen Zeit beispielsweise die etablierten Kirchen im Westen Deutschlands hätten tun können.

Die Nachfolge von Heinrich Rathke sei durch Christoph Stier angetreten worden, der in vieler Hinsicht die Linie seines Vorgängers fortgesetzt habe. In den Berichten, die Bischof Stier jährlich der Landessynode vorgelegt habe, habe der Gesichtspunkt einer sehr offenen und gesellschaftlich engagierten Kirche eine große Rolle gespielt. Allerdings habe er immer wieder auf die Grundlagen kirchlichen und christlichen Handelns verwiesen. Nur aus einer Position des Glaubens heraus sei für ihn gesellschaftliches Engagement denkbar gewesen. Opposition aus politischen und anderen Motiven habe er ausdrücklich ausgeschlossen. Für Christoph Stier habe sich die mecklenburgische Landeskirche in den Jahren vor der Wende als eine Kirche zwischen Aufbruch, Umbruch und Zusammenbruch dargestellt. Er habe die sozial-ethisch orientierten Gruppen unter dem Dach der Kirche unterstützt und sie als willkommene Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Landeskirche betrachtet.

In seinen Berichten an die Landessynode im März 1988 habe er den Problemstau in der Gesellschaft ebenso zur Sprache gebracht wie die kirchliche Haltung zur Ausreiseproblematik. Zum einen habe er eine klare Option für das Hierbleiben zum Ausdruck gebracht, zum anderen habe er die kirchliche Aufforderung an den Staat wiederholt, die Ursachen für den zunehmenden Ausreisedruck gründlich zu analysieren und zu beseitigen. Das bedeute, daß die Kirche die Rolle vorweggenommen habe, die im Herbst 1989 für kurze Zeit das Neue Forum innegehabt habe. Staatlicherseits sei z.B. der Bericht von 1987 als Zündstoff gewertet worden, der zu einer Konfrontation mit dem Staat hätte führen können. Die Kirchen hätten sich als „loyale Opposition“ verstanden, die die Existenz der DDR nicht grundsätzlich in Frage stellen würden. Auch in der mecklenburgischen Landeskirche sei es vor allem darum gegangen, gesellschaftliche Defizite zu benennen, nicht aber darum, das Land grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Freiheit der Kirche, ihre Unabhängigkeit unbeirrt dazu zu nutzen, offene Diskussionen auch über gesellschaftliche und politische Fragen zu führen, habe die staatliche Seite bereits als provozierend empfunden und gewertet. In bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit sei die Position sowohl von Heinrich Rathke als auch von Christoph Stier dadurch getragen gewesen, daß sie eine Zusammenarbeit generell abgelehnt hätten. Gerade weil sie für eine offene Gesellschaft eingetreten seien, habe ihnen ein Geheimdienst zuwider sein müssen. Zu dieser Haltung hätten sie sich dadurch veranlaßt gesehen, daß zunehmender Druck durch das MfS auf kirchliche Mitarbeiter und Laienchristen ausgeübt worden sei. Bischof Stier habe die Arbeit der Staatssicherheit als nicht geeignet charakterisiert, Vertrauen zwischen Staat und Kirche zu schaffen. In diesen Äußerungen sei die mecklenburgische Landeskirche im Vergleich mit der Greifswalder Kirche wesentlich offener gewesen, habe stärker gesellschaftspolitisch relevante Probleme thematisiert, obgleich der Staat mit völliger Ignoranz reagiert habe. Staatlicherseits habe eingeschätzt werden müssen, daß die „Politik der Differenzierung“ und der „Prozeß der Polarisierung“ - so die interne Bezeichnung für die staatliche Kirchenpolitik - gescheitert seien. Die staatsloyalen Kräfte innerhalb der mecklenburgischen Landeskirche hätten sich letztlich nicht durchsetzen können.

4.2.3 Zur Rolle von Oppositionellen und privaten Netzsystemen

Zur Rolle von Oppositionellen und privaten Netzsystemen im politischen System der DDR sprach **Dr. Lothar Probst**. Er gab der Meinung Ausdruck, daß die Kirchen parteiseitig als Objekt der Infiltration des Staates betrachtet worden seien. Auf die Kirchen sei restriktiver politischer Druck ausgeübt worden. Die Reaktion der Kirche darauf sei differenziert erfolgt:

- ein Teil habe sich formiert als „Kirche für Sozialismus“ und sich entsprechend staatstragend verhalten, wie z.B. viele Vertreter der Christlichen Friedenskonferenz,
- ein weiterer Teil habe sich formiert als „Kirche im Sozialismus“ und dies gewissermaßen als Ortsbezeichnung und als Arrangement mit dem Staat verstanden,
- ein weiterer Teil sei schließlich mit dem Selbstverständnis von Kirche als Sand im Getriebe der realsozialistischen Gesellschaft aktiv gewesen.

Für die letzere Gruppe sei das Verhältnis zu den Kirchenleitungen auf den verschiedenen Ebenen nicht konfliktfrei gewesen. Sie habe sich als kritisches Potential der Gesellschaft unter dem Dach der Kirche gesammelt. Das Themenspektrum sei breit gefächert gewesen und habe Themen wie Frieden, Friedensfähigkeit des Staates, innergesellschaftliche Militarisierung, Ökologie, Probleme im Verhältnis der Geschlechter zueinander, soziale Gerechtigkeit u. ä. umfaßt. Die Anzahl dieser Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern sei auf eine Größenordnung zwischen 12 und 25 zu veranschlagen. Ihre Funktion sei darin zu sehen, die Bedeutung von Basisgruppen angenommen zu haben. Ihre Ziele hätten darin bestanden,

- sich gesellschaftlich tabuisierten Themen gegenüber zu öffnen,
- die Kirche nach außen zu öffnen und als Transmission in die Gesellschaft hineinzuwirken, über weltanschauliche und religiöse Grenzen hinweg den Dialog unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte zu befördern,
- landesweite Vernetzungen herzustellen, z. B. das Netzwerk „Frieden konkret“, das 140 verschiedene Basisgruppen in sich vereinigt habe und sich der Strategiediskussion über Reformprozesse innerhalb der Gesellschaft gewidmet habe, wodurch darüber hinaus persönliche Netzwerke entstanden seien,
- sozialisierende Wirkungen zu erreichen, die Ich-Bewußtsein beförderten und zu demokratischeren Verhaltensweisen, zu mehr Mündigkeit und zum Ablegen der gesellschaftsweit verbreiteten Doppelzüngigkeit ermutigt hätten,
- die Spaltung von Stadt und Land zu überwinden durch gemeinsame Friedensgottesdienste, Baumpflanzaktionen, Friedensgebete, Familiennachmittage u. a. m.,
- internationale Beziehungen zu befördern, die Teilnahme von Vertretern anderer Nationen als etwas Selbstverständliches anzusehen und einzubeziehen in die Arbeit.

Die Bedeutung dieser Aktionen sei nicht unter quantitativen Aspekten zu betrachten, abgesehen davon, daß auch hier regionale Unterschiede existiert hätten. In der Evangelischen Landeskirche Greifswald seien die Spielräume sehr viel enger ausgefallen als in der Evangelischen Landeskirche Mecklenburg, von der erhebliche Ermutigung ausgegangen sei. Es sei vielmehr ein qualitativer Aspekt, der der Entwicklung einer sozialen und politischen Gegenkultur im politischen System der DDR entgegengestanden habe. Basisgruppen seien darauf orientiert gewesen, die politische Diktatur gegen mehr Demokratie einzutauschen, was ihnen letztlich in der Wende auch gelungen sei, und plurale Vorstellungen über die gesellschaftliche und soziale Entwicklung der DDR zu verbreiten.

Diese Grundsatzaussagen der Sachverständigenbeiträge sind durch die Zeitzeugenberichte von Hannelore Pietzner, Wolf-Heinrich Dieterich, Moritz Klemt, Wilhelm Czypull und Wilhelm Sprick ergänzt worden.

Hannelore Pietzner, ehemals Vorsitzende des Rates des Kreises Wolgast, berief sich darauf, daß die Grundlage ihrer Arbeit die Gesetze des Ministerrates und der Volkskammer gewesen seien. Insofern habe sie es als natürlich angesehen, daß sie eine doppelte Unterstellung gehabt habe: gegenüber dem Rat des Bezirkes und gegenüber der Kreisleitung der Partei, deren Mitglied sie als Vorsitzende des Rates des Kreises selbstverständlich gewesen sei. Die führende Rolle der Partei, die sie in ihrem Amt durchzusetzen gehabt habe, erachte sie aus heutiger Sicht als falsch, weil sie Verkrustungen, Fehleinschätzungen, der Selbstherrlichkeit einzelner Vorschub geleistet habe. Es sei schlimm und auch schädlich gewesen, weil zu keiner Zeit per Gesetz über die führende Rolle einer Partei befunden werden könne. Von staatlicher Leitung könne nicht die Rede gewesen sein, vielmehr habe es sich um ein Verwalten gehandelt, das in der Entgegennahme und in der Weitergabe von Beschlüssen bestanden habe. Dabei sei Spielraum zu menschlicher Nutzung möglich gewesen. Ihr Aufgabenspektrum sei breit gewesen und habe von der Beschaffung von Wohnraum für die Bevölkerung, über die Sicherung von Vollbeschäftigung als soziale Leistung, der Garantie von Kinderbetreuungsplätzen in Kinderkrippen und Kindergärten, der Arbeit der Jugendhilfe bis hin zur Betreuung von Senioren bestanden, sei über die Wahrnehmung kultureller Verantwortung, z.B. bei der Organisation des Usedomer Kultursommers, zu realisieren gewesen, habe das Zusammenwirken mit den Geistesschaffenden ebenso einbezogen wie die Sicherstellung der Erholung für die Werktätigen der gesamten Republik an der Ostseeküste. Bezüglich der Grenzsicherung führte sie auf Nachfrage aus, daß es in ihrem Grenzabschnitt keine Toten gegeben habe, daß sie jedoch die Toten an der Grenze für tragisch halte. Andererseits sei jedem DDR-Bürger klar gewesen, was die Nichtrespektierung einer Grenze bedeutet habe, welche Folgen für ihn daraus erwachsen würden. Jeder habe die Gefahren und die Grenzsicherungsmaßnahmen gekannt. Sie habe sich auch diesbezüglich immer an die gesetzlichen Grundlagen halten müssen und gehalten. Ihre Bilanz in der Rückschau sei Nachdenken, das sie für sich noch nicht abgeschlossen habe. Mit Blick auf die heutige Situation wolle sie davor warnen, Menschen ohne Obdach zu belassen, jungen Menschen keine Perspektive zu geben, steigende Kriminalität in Kauf zu nehmen. Wenn Schlimmes geschehe, so seien nicht nur diejenigen schuldig, die es täten, sondern auch die, die es schweigend geschehen ließen.

Wolf-Heinrich Dieterich berichtete über seine Erfahrungen als Oberschüler im Umgang mit der politischen Macht in der DDR. Als Schüler sei er Teilnehmer des Deutschlandtreffens 1950 in Berlin gewesen. Dort habe er mit seinen Güstrower Freunden ehemalige Güstrower besucht, die zu der Zeit in Westberlin gelebt und der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KGU) angehört hätten. Dieser Besuch sei rein privater Natur gewesen, habe aber dazu geführt, daß am Schluß des Besuches Schriftmaterial der KGU ihnen mit auf dem Weg gegeben worden sei. Dieses Materials habe er sich bereits in der S-Bahn entledigt. Später sei er deswegen in einen Prozeß verwickelt worden, der am 27.09.1950 in Güstrow als Schauprozeß durchgeführt worden und den Anweisungen Erich Mielkes für dieses Verfahren gefolgt sei. Im Rahmen dieses Schauprozesses seien gegen acht Jugendliche insgesamt 87 Jahre Zuchthaus verhängt worden. Es sei darum gegangen, daß Flugblätter der KGU in Güstrow in Umlauf gebracht worden seien. Der Sachverhalt des Schauprozesses sei so zusammenzufassen, daß diejenigen, die Flugblätter geklebt hätten, zu 15 Jahren Haft verurteilt worden seien, diejenigen, die davon gewußt hätten, zu 10 Jahren, und diejenigen, die davon hätten wissen können, zu 5 Jahren. Er selbst sei ohne strafrechtlichen Tatbestand zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Seine Erfahrungen im Zuchthaus seien prägend für sein Leben gewesen. Er habe im nachhinein den Eindruck, daß die Kirchen zu wenig für die Strafgefangenen getan hätten, wobei die katholische Kirche noch aktiver gewesen sei als die evangelische.

Als einziger der acht Verurteilten sei er im Anschluß an die verbüßte Haft in der DDR geblieben und habe durch Fürsprache auf Umwegen eine gute Ausbildung absolvieren können, die ihn zum international anerkannten Lupinenzüchter gemacht habe. Ihm sei es gelungen, in einer ökologischen Nische im Kreis Waren all die Jahre zu leben. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spreche er erstmals über seine Erlebnisse, die er bisher weitgehend verdrängt habe. Auch im Rahmen seiner Familie habe er all die Jahre zu diesen Erinnerungen geschwiegen. Geblieben sei bis heute die Angst, irgendwie in Gefahr zu sein. Im Zusammenhang mit seiner Verurteilung sei er, damals Mitglied der LDPD, 1950 aus dieser Partei entfernt worden, und habe bis jetzt keine Rehabilitierung erfahren. Im Nachgang dieser Veranstaltung der Enquete-Kommission in Pasewalk ist der F.D.P.-Bundesvorstand aktiv geworden und hat inzwischen erfolgreich die Rehabilitierung und die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Wolf-Heinrich Dieterich in der F.D.P. vollzogen.

Moritz Klemt, ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Schwerin, Referat Kirchenfragen, legte Zeugnis über das Verhältnis des Staates zu Kirchenvertretern im Bereich Schwerin während der Jahre 1977 bis 1981 ab. Er räumte Defizite im politischen System der DDR ein, die er in seiner Arbeit gespürt habe. Dies seien mangelnder Respekt vor der Individualität, Grenzen der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Grenzen der Bewegungsfreiheit der Bürger der DDR gewesen. Aus seiner Sicht habe es eine objektive Basis für ein konstruktives Miteinander zwischen Staat und Kirche gegeben. Die Aufgabe seiner Arbeit in seiner damaligen staatlichen Funktion habe darin bestanden, auf ein loyales Verhalten der Kirchenvertreter gegenüber dem Staat Einfluß zu nehmen. Dies sei über die Zustimmung der Kirchenvertreter zur Politik der Friedenssicherung und der Anerkennung der DDR, deren positive Positionen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Rechtsordnung der DDR zu erreichen gewesen. Dabei habe die Notwendigkeit zu einem differenzierten Herangehen bestanden, wobei die Hauptform des Umgangs das Gespräch gewesen sei - sowohl Einzel- als auch Gruppengespräche mit Vertretern der Kirchenleitungen. In seinem Verhältnis zu Vertretern der Kirchen habe er sich auch als Ansprechpartner in Sachfragen für Kirchenvertreter gesehen. Diese seien insbesondere gegenüber der Militärpolitik der DDR, der Einseitigkeit von Abrüstungsfragen, der Intoleranz des Erziehungssystems der DDR, der Benachteiligung gläubiger Bürger, der Beschränkung der Freizügigkeit sowie der Vernachlässigung ökologischer Erfordernisse artikuliert worden. Er sei als Vertreter des Staates um Klärung dieser Fragen bemüht gewesen und habe darauf geachtet, daß den Kirchenvertretern aus der Äußerung ihrer kritischen Sicht keine Nachteile erwüchsen. Für ihn habe es keine Tabus gegeben, die Gespräche seien offen und vertrauensvoll geführt worden. Er habe die Kirche gewissermaßen als kritisches Korrektiv verstanden und darum auf Nutzung seines persönlichen Spielraums bestanden. Staatlicherseits sei auch verbreitet gewesen, die Kirche als notwendiges Übel zu betrachten, die das konstruktive Element im gegenseitigen Umgang vermissen ließe. Diese Position habe er während seiner Amtszeit nicht teilen können. Er sehe den Trend, daß im Verhältnis von Staat und Kirche immer mehr gegensätzliche Positionen den Kurs bestimmt hätten.

Wilhelm Czypull, Mitbegründer der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, erinnerte sich an seine damaligen politischen Erfahrungen. Die Gründung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der CDU sei am 05.07.1945 in Schwerin erfolgt. Ihr habe die Erlaubnis zur Gründung der Partei durch die sowjetische Besatzungsmacht vom Juni 1945 zugrunde gelegen. Nach der Gründung des Landesverbandes seien sofort Aktivitäten zur Gründung von Kreis- und Bezirksverbänden in Gang gesetzt worden. Dies sei auch notwendig gewesen, um günstige Voraussetzungen für die Teilnahme an den Kommunalwahlen vom 15.09.1946 sowie an den Landtagswahlen vom 20.10.1946 zu sichern. Die Teilnahme habe nach Bestätigung durch die Kreiskommandantur erfolgen können, wobei auf Dominanz der SED geachtet worden sei. Alle wichtigen Positionen seien an die SED gegangen, z.B. bei der Aufteilung der Ministerien hätten die SED-Vertreter das Innenministerium, das Kultusministerium sowie das Justizministerium in ihre Verantwortung bekommen, während die CDU das Wirtschafts- und das Sozialministerium, die LDP das Finanzministerium und die VdgB das Landwirtschaftsministerium erhalten hätten. Seit 1947 sei eine Gleichschaltung mit der SED erfolgt. Er schilderte die psychologischen Umgangsformen der Einflußnahme auf die Vertreter der Parteien von seiten der Kommandantur, wobei bereits damals politischer Machtdruck unverhohlen zum Ausdruck gekommen sei.

Auch der Zeitzeugenbericht von **Wilhelm Sprick**, der in schriftlicher Form vorlag, gab ein Beispiel für den politischen Druck, für massive Ausgrenzung und schikanösen Umgang durch staatliche Organe wegen seiner politisch unbequemen Haltung, die in sein künstlerisches Schaffen, seine materielle Existenz und sein Recht auf Wohnen ganz elementar eingegriffen habe.

4.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, unterstrich die regionalen und zeitlichen Differenzierungen im politischen System der DDR. Er hob noch einmal hervor, daß die Stellung der führenden Kader in den Blockparteien sehr wesentlich vor dem Hintergrund der Kaderpolitik der SED zu sehen sei. Ferner sei es auch notwendig, die Persönlichkeitsbilder der Funktionäre einzubeziehen, da innerhalb der engen Grenzen dennoch in jedem Fall Spielräume möglich gewesen seien, die, entsprechend der unterschiedlichen Persönlichkeitsstruktur der Funktionäre, unterschiedlich genutzt worden seien. In diesem Zusammenhang wolle er auch das persönliche Verantwortungsbewußtsein von Frau Pietzner als damalige Funktions- und Entscheidungsträgerin hinterfragen, das sie bezüglich der Ausreiseanträge, der Wahlmanipulationen und des Umgangs mit Oppositionellen für sich ausgemacht habe. Bezug nehmend auf das Programm der SED stelle sich ihm die Frage nach dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der SED in bezug auf Toleranz, Gerechtigkeit und Demokratie in der Gesellschaft und innerhalb der Partei. Er sehe - damals ebenso wie auch heute - ein erhebliches Auseinanderfallen von dem, was programmatisch habe erreicht werden sollen, und dem, was real passiert sei. Er bestätigte und unterstrich in diesem Zusammenhang auch die Selbstverständlichkeit, mit der Machtfragen in der SED unter Bezug auf die Entscheidungen im Moskauer Kreml entschieden worden seien. Bei der Frage nach dem Grenzregime, dessen Ablehnung für ihn außer Frage stehe, dränge sich ihm die Frage nach dem Umgang mit den Zwangsausgesiedelten heute auf.

Diese seien Opfer der politischen Unterdrückung durch SED und Staatssicherheitsdienst und müßten heute unbedingt Berücksichtigung finden in der Nachbesserung der Rehabilitierungsgesetze der Opfer des SED-Regimes. In der CDU als Blockpartei im politischen System der DDR sehe er das Trojanische Pferd der SED, das sie dazu benutzt habe, Einfluß auf Kirchen- und Gemeinderäte zu gewinnen, und dessen sie sich zur Spaltung der Kirchen bedient habe, um den Führungsanspruch der SED zu sichern.

Kommissionsmitglied Jürgen Pohl regte an, den Begriff „Transmission“ durch den Begriff „Gleichschaltung“ zu ersetzen, da dies in der DDR immer stärker zur politischen Realität geworden sei. Bezug nehmend auf die geäußerten möglichen Spielräume wolle er einwenden, daß dies, wiewohl unbestreitbar, zugleich nur als Terrain für vorgegebene erlaubte Felder bestanden habe und damit also eine Farce gewesen sei. Auch hierüber habe seiner Auffassung nach die Stasi sehr sorgfältig gewacht. Dennoch sei es wichtig, bei weiteren Forschungen auch diesen subjektiven Faktor stärker ins Kalkül zu ziehen. Im Hinblick auf die Nationale Front verwies er darauf, daß diese ein arbeitsteiliger Helfer der Disziplinierung in der Gesellschaft gewesen sei und zusammen mit den Organen der Staatssicherheit, der Polizei und der Armee gewirkt habe. Die Nationale Front sei auch dazu benutzt worden, über ihre gesamtdeutschen Kontakte den Versuch zur Einflußnahme auf Personen und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen. Die SED habe ihre Dominanz im Zusammenwirken mit der Staatsanwaltschaft, mit dem Ministerium für Staatssicherheit, mit der Abteilung „Inneres“ der Räte der Bezirke und Kreise genutzt, wovon die Blockparteien insgesamt ausgeschlossen gewesen seien. Zur Jugendweihe wolle er unterstreichen, daß dies ein Versuch der Vereinnahmung des Staates gewesen sei, der Versuch, die Jugend auf seine Rituale einzuschwören und sie seinem Programm zu verpflichten.

Abgeordneter Dr. Arnold Schoenenburg äußerte, daß innerhalb des politischen Systems der DDR das Zusammenwirken von Partei und Staat, z.B. von Armee, Polizei, Staatssicherheit und anderen Organen, außer Frage stehe bei der Erforschung dieser Thematik. Im Hinblick auf die reale Ausgestaltung innerhalb der verschiedenen Ebenen dieses Zusammenwirkens empfahl er die Einbeziehung der Ergebnisse früherer DDR-Forschung an der Rostocker Universität, die ihm sinnvoll erscheine. Ihm sei bekannt, daß es umfängliche Forschungsleistungen zur FDJ gebe. Ferner meinte er, daß ein Strukturvergleich von SED und den etablierten West-Parteien sinnvoll sei, die heute im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern die dominierende Rolle spielten. Die Charakterisierung der „eingeschränkten Souveränität“ schein ihm für beide deutsche Staaten Gültigkeit zu haben und Produkt des Krieges, der Nachkriegsentwicklung und des Willens der Besatzungsmächte zu sein. Unter Bezug auf die Blockparteien brachte er zum Ausdruck, daß die Ursache für die Mitgliedschaft in Blockparteien, begründet dadurch, daß man dem Werbedruck der SED habe entgegen wollen, ihm als Legende erscheine und ihm so nicht bekannt sei. Die Jugendweihe sei aus seiner Sicht ein legitimer staatlicher Versuch zum Aufbau von Traditionen gewesen, der bis heute großen Anklang bei der Bevölkerung finde, was ja wohl kaum auf den ausgeübten Zwang in der DDR zurückgeführt werden könne. In bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche gab er seinem Unverständnis über die Darstellungen Ausdruck und stellte die Frage, was denn wohl die Kirchen von diesem Staat DDR erwartet hätten, angesichts der langen Tradition der Verquickung der Kirchen mit dem feudalen und dann dem bürgerlichen Staat. Sollten die Kirchen erwartet haben, daß sie ganz besonders gehätschelt würden in der DDR?

Auf diese zuletzt gestellte Frage äußerte Kommissionsmitglied Monsignore Reinhold Janiszewski, daß die Kirche erwartet habe, daß die DDR ein demokratisches Land sei, welches die Menschenrechte achte und die Gesetze respektiere.

Abgeordnete Heidemarie Beyer ergänzte, daß die Kirchen erwartet hätten, daß die DDR demokratische Wahlen garantiere, daß sie sich nicht einmische in Kirchenangelegenheiten sowie in das persönliche Leben ihrer Bürger und daß sie ehrlich umgehe mit ihrem eigenen Anspruch, ihn in eine angemessene Realität umsetze.

Abgeordneter Herbert Helmrich erinnerte daran, daß die DDR ein Staat gewesen sei, der eine Mauer habe errichten müssen, damit ihm seine Bürger nicht wegliefen, wohingegen die Bundesrepublik Deutschland keine Mauer gebraucht habe, weil die Menschen dort nicht hätten weglaufen wollen. Er erinnerte auch an die Restriktionen, denen Handwerker in der DDR ausgesetzt gewesen seien und die sie in breitem Umfang ihrer Existenz und ihres Gewerbes beraubt hätten.

Kommissionsmitglied Heiko Lietz unterstrich die Notwendigkeit zur Erforschung der „mittleren Ebene“, um auch den Zusammenhang der SED-Bezirksleitungen zu den Organen der Justiz zweifelsfrei herzustellen. Die Machtverhältnisse im Staat seien eindeutig gewesen. In dieser Hinsicht habe er beobachtet, daß viele Menschen sich für eine Mitgliedschaft in einer Blockpartei entschieden hätten, um dem Werbedruck der SED zu entgehen und sich zugleich keinen Karrierehindernissen auszusetzen. Seiner Auffassung nach müsse auch für die SED-Mitglieder geklärt werden, in welcher Weise ihre Einbeziehung in die gesellschaftlichen Belange real möglich gewesen sei. Er sehe hierin einen verbalen Anspruch der SED, dem sie in keiner Weise nachgekommen sei. Anders könne er sich nicht erklären, wie es möglich gewesen sei, daß nach 1989 so viele Genossen parteimüde gewesen seien und die Partei sofort verlassen hätten. Er unterstrich, daß unter dem Dach der Kirche die Friedensbewegung in Gang gekommen sei und daß der Olof-Palme-Friedensmarsch 1987 als erster Aufbruch zur unabhängigen Bürgerbewegung gewertet werden müsse. Der Anspruch der SED im politischen System der DDR sei auch in bezug auf die durchgeführten Wahlen unredlich gewesen - dies wurde durch Äußerungen der Abgeordneten Heidemarie Beyer und Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke bekräftigt. Zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche führte er ferner aus, daß die Machtverhältnisse eindeutig, klar, stabil und ohne Alternative gewesen seien - gestreng nach dem Motto „teile und herrsche“. In Kirchenkreisen habe es eine Vielzahl von IM's gegeben, was davon zeuge, daß die Stasi bis hinein in Kirchenkreise habe wirken können. So sei seines Wissens die Christliche Friedenskonferenz durch die Stasi vorsätzlich mißbraucht und instrumentalisiert worden.

Kommissionsmitglied Dr. Renate Krüger erinnerte daran, daß die Führer der Blockparteien und die SED-Bezirksleitung ständige Kontakte für ihre Abstimmung gehabt hätten. Ihr sei beispielsweise bekannt, daß der Antrag auf Mitgliedschaft in der CDU und in der LDPD der Zustimmung und Genehmigung durch die SED-Bezirksleitung bedurft habe. Auch die Einsetzung von Kadern der Blockparteien habe der Genehmigungspflicht der SED-Bezirksleitung obliegen. Dies sei ein Ausdruck für die Gleichschaltung der Blockparteien, die öffentlich als sogenannte befreundete Parteien bezeichnet worden seien, was sie noch nachträglich als Anmaßung erlebe. Sie sehe auch die Praxis der restriktiven Einengung der Kirchen durch die SED, die durch Aktenmaterial belegt werden könne. Die Einmischung in Leitungsfragen der mecklenburgischen Landeskirche sei so inzwischen zweifelsfrei erwiesen.

Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke führte aus, daß das Durchstellen der politischen Linie der SED innerhalb der verschiedenen Strukturebenen von oben nach unten und unter Einbeziehung des Staatssicherheitsdienstes erfolgt sei. Daraus leite sich für ihn die Frage nach der Rolle der Abteilung Inneres bei den Räten der Bezirke ab, die in der Forschung beleuchtet werden müsse. Hier stehe auch die Frage nach dem Zusammenwirken mit den Offizieren im besonderen Einsatz (OIBE) und den inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des Staatssicherheitsdienstes. Bezug nehmend auf das Zusammenwirken von Staat und Kirche wolle er an interne Parteibeschlüsse sowie an einen Ministerratsbeschluß erinnern, der sämtliche Kirchenarbeit in Neubaugebieten untersagt und restriktive Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen vorgesehen habe. Auch dies müsse in zukünftigen Forschungen berücksichtigt werden, ebenso die Frage, wie mit dem zerstörten Vertrauen in den Köpfen der Menschen, das einem Trümmerhaufen gleiche, in Zukunft umzugehen sei.

Kommissionsmitglied Dr. Dieter Frielinghaus hob hervor, daß die Kirche an dem beklagenswerten Zustand der DDR Mitschuld trage. Unter Bezug auf die zunehmende Militarisierung der DDR erinnerte er daran, daß die Kirchen der DDR darauf verwiesen hätten, daß die Verweigerung des Waffendienstes das deutlichere Zeichen sei, das der Christ der Gesellschaft geben könne. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland hätten dies nicht getan. Er sehe darin einen Zusammenhang dahingehend, daß die DDR und der Warschauer Pakt auf die Option für den Ersteinsatz atomarer Waffen verzichtet hätten. Der Umgang staatlicher Vertreter mit kirchlichen Amtsträgern sei aus seiner Erfahrung in aller Regel freundlich, kollegial und menschlich gewesen. Er sehe seinerseits die Kirche in der Pflicht und müsse feststellen, daß die Kirche für Forderungen der Arbeiterklasse oft verständnislos geblieben sei In Beziehung zu dem Verhältnis von Ost und West müsse er feststellen, daß der Widerstand in der BRD durch Institutionen wie die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ organisiert und in Gang gehalten worden sei, was unstrittig zur Folge gehabt habe, daß die Beteiligten von DDR-Seite verfolgt und verurteilt worden seien, womit wiederum sogenannte Vorzeigebispiele des repressiven Drucks der DDR geschaffen worden seien.

5. Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR¹⁶

5.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission

In ihrer Programmplanung legte die Kommission fest, daß das wirtschaftliche System der DDR unter den Aspekten Agrarwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie bearbeitet werden sollte. Bei der Entwicklung der Landwirtschaft sollten insbesondere die Bodenreform und die Lebensverhältnisse auf dem Lande vor und nach der Wende berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk sollte auch der Zerschlagung des Mittelstandes gelten. Das Thema „Das soziale System der DDR“ verfolgte die Schwerpunkte soziale Sicherheit, Stellenwert der Arbeit und Situation vor der Wende.

¹⁶ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. II Anträge, Debatten, Berichte (1996), S. 231 - 284.

Bearbeitung des Themenschwerpunktes:

Der Themenschwerpunkt „Das Wirtschafts- und Sozialsystem“ wurde in einer Anhörung mit Sachverständigen am 29. März 1996 behandelt. Die ursprünglich vorgesehene öffentliche Veranstaltung wurde nicht durchgeführt (vgl. Abschnitt 1.2.5 - 1.2.7).

Für die Anhörung am 29. März 1996 wurde die Erörterung von drei Themen festgelegt: Agrarwirtschaft, Maritime Wirtschaft und Sozialpolitik. Die Entwicklung von Handel und Handwerk sowie die Entwicklung der Industrie außerhalb des Werftenbereichs wurden nicht gesondert behandelt.

Die Anhörung war inhaltlich wie folgt gestaltet:

Prof. Dr. Siegfried Kuntsche
Zur Agrarentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 1945 - 1989

Prof. Dr. Ilona Buchsteiner
Bodenreform und Agrarwirtschaft

Prof. Dr. Horst Pätzold
Mittel und Methoden zur Durchsetzung der Kollektivierung der Landwirtschaft

Dr. Heiner Heseler
Die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit der Wende - Ausgangsbedingungen, Chancen, Optionen

Dr. Peter Hübner
Sozialpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik in der DDR - Voraussetzungen und Wirkungen

Von der Kommission vergebene Forschungsstudien und Expertisen zum vorliegenden Themenschwerpunkt (es werden nur die für diesen Themenschwerpunkt relevanten Gliederungspunkte einbezogen):

1. Bodenreform und Agrarwirtschaft der DDR¹⁷

Autorin: Prof. Dr. Ilona Buchsteiner

- I. Die Bodenreform
- II. Agrarpolitische Entwicklungsprobleme Ende der 1940er Jahre
- III. Die Phase der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft
- IV. Entwicklungsetappen und -probleme der sozialistischen Agrarentwicklung
- V. Zusammenfassung

2. Wirtschaftliche Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR - Agrarwirtschaft, Agrarpolitik und Lebensverhältnisse auf dem Lande¹⁸

Unter der Leitung von Prof. Dr. Kurt Krambach

- Teil I Agrarwirtschaftlicher und sozialer Wandel durch Bodenreform und LPG-Bildung (Autor: Prof. Dr. Siegfried Kuntsche)
- Teil II Agrarpolitik, Landwirtschaft und Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen [60er bis 80er Jahre] (Autor: Dr. Hans Watzek)
- Teil III Umbrüche der Sozialstruktur und Lebensverhältnisse von den 80er zu den 90er Jahren (Autor: Prof. Dr. Kurt Krambach)

3. Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft¹⁹

Autor: Prof. Dr. Horst Pätzold

- 0. Einleitung
- 1. Die Ausgangsbasis nach der Bodenreform
- 2. Der Beginn der Kollektivierung
- 3. Die Durchführung
- 4. Reaktionen der Mittel- und Großbauern
- 5. Die Justiz im Dienst des Klassenkampfes
- 6. Das Ergebnis
- 7. Zusammenfassung

Literatur

¹⁷ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. V Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 9 - 61.

¹⁸ Abgedruckt ebenda, S. 63 - 161.

¹⁹ Abgedruckt ebenda, S. 163 - 200.

4. Ausgangsbedingungen, Chancen, Optionen - Die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit der Wende²⁰

Autor: Dr. Heiner Heseler

Vorbemerkung

- I. Ausgangsbedingungen
Die maritime Wirtschaft - ein Schlüsselsektor in Mecklenburg-Vorpommern
Rostock - das maritime Zentrum
- II. Optionen und Chancen
Der DDR-Schiffbau
Hafenwirtschaft im Umbruch
Schifffahrt
Fischwirtschaft im Strukturwandel

Resümee

Literatur

5. Alltagsleben und soziale Situation in der DDR und in der Wendezeit in Mecklenburg-Vorpommern²¹

Autor: Dr. Dietmar Wittich

Einleitung

- 1. Sozialstruktur, soziale Situation, soziale Beziehungen und Zufriedenheit
 - 1.1 Einige Aspekte der sozialen und demographischen Struktur
 - 1.2 Soziale Situation
 - 1.3 Ausgewählte Aspekte der familialen und sozialen Kommunikation
 - 1.4 Zufriedenheit mit Aspekten der sozialen Situation

²⁰ Abgedruckt ebenda, S. 201 - 231.

²¹ Abgedruckt ebenda, S. 233 - 283.

5.2 Hauptaussagen der Sachverständigen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen

5.2.1 Zur Agrarentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1989

Prof. Dr. Siegfried Kuntsche führte in seinem Sachverständigenbeitrag bei der öffentlichen Anhörung am 29. März 1996 und in seinem Teil der Forschungsstudie unter der Leitung von Prof. Dr. Kurt Krambach die Politikziele der staatlich initiierten und realisierten Umformung der Agrarpolitik aus. Diese Ziele seien gewesen:

- Eliminierung der bisherigen agrarischen Eliten und Fundierung der neuen Machtverhältnisse
- Umformung der kapitalistischen und privatbäuerlichen zu einer staatssozialistischen und kollektivwirtschaftlichen Landwirtschaft
- Einordnung der Landwirtschaft in die zentrale Verwaltungswirtschaft und Übergang zur Großproduktion
- Erreichen einer weitgehenden Autarkie bei Agrarprodukten
- Überwindung der historischen Rückständigkeit des Dorfes und Angleichung der Lebensverhältnisse an die fortgeschrittenen Lebensverhältnisse der Stadt.

Zum Erreichen dieser Ziele seien zunächst die Bodenreform und der Wiederaufbau der Agrarwirtschaft bis 1952 erfolgt. Aufgrund seiner eigentümlichen Agrarstruktur habe Mecklenburg-Vorpommern von allen Ländern den tiefsten Strukturwandel erfahren. 54 % der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche hätten den Besitzer gewechselt. Zwei von drei Bauernstellen über fünf Hektar seien erst durch die Bodenreform entstanden. Ein Drittel des zonalen Bodenfonds sei in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert gewesen. Die Flächen seien zu 76 % aus dem privaten Großgrundbesitz (Betriebe mit mehr als 100 ha) gekommen. Die Bodenreform sei mit der gänzlichen Vertreibung der Besitzerfamilien aus den Gutsdörfern verbunden gewesen, wobei die Familien weitestgehend auch ihr persönliches Hab und Gut verloren hätten. Die meisten hätten Zuflucht in den Westzonen gesucht. Die Vertreibung, die Aussiedlung und das Seßhaftwerden zahlreicher Umsiedlerfamilien hätten einen totalen Umbruch im Gutsdorf bedingt. Schätzungsweise seien zwei Drittel der ländlichen Siedlungen von der Agrarreform berührt gewesen. Das Unrechtskapitel der Verdrängungs- und Vertreibungspolitik gegenüber den Großbauern müsse für Mecklenburg-Vorpommern noch spezifisch erhellt werden.

Besondere betriebswirtschaftliche Schwierigkeiten hätten für die Neubauern bestanden. Trotz Aufbietens aller Ressourcen der Mecklenburgischen Landwirtschaft und trotz Vieheinfuhr aus anderen Ländern der Zone und Zuweisung von Baumaterial für das Neubauernprogramm sei die betriebswirtschaftliche Situation der meisten Neubauern über Jahre hinweg unzulänglich geblieben. In Mecklenburg-Vorpommern sei mit besonderer Schärfe hervorgetreten, daß das primär von politischen Zielen geprägte Bodenreformkonzept den wirtschaftlichen Bedingungen einer Aufsiedlung kaum Rechnung getragen habe. Hinzu sei als zunächst nicht zu kalkulierender Faktor gekommen, daß die langjährigen Reparationspflichten der Zone bzw. der DDR die Bereitstellung der für die Einrichtung der neuen Bauernstellen erforderlichen Investitionsgüter aus Industrie und Bauwirtschaft weitgehend ausgeschlossen hätten.

Der Bodenreform habe sich die Kollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Aufbau von Genossenschaften von 1952 bis 1960/61 angeschlossen. Dabei seien Neubauern und Landarbeiter die Schrittmacher der Genossenschaftsbildung gewesen. In der LPG-Bildung hätten sie den Weg gesehen, die Agrarproduktion rascher zu erhöhen, Prozessen eines sozialen Abstiegs im Dorf entgegenzuwirken und die dörflichen Lebensverhältnisse aus der Zurückgebliebenheit herauszuführen. Die Genossenschaftsbildung sei ein obrigkeitsstaatlich inaugrierter und vorangetriebener Prozeß gewesen. Dabei seien insbesondere vor dem 17. Juni 1953 und ab 1959 politische und wirtschaftspolitische Druckmittel eingesetzt worden. Ansonsten hätten zumeist betriebliche Schwierigkeiten zum Anschluß an die Genossenschaft geführt. Die sogenannte Vollgenossenschaftlichkeit ab Winter 1960 sei mit politischem Druck erreicht worden. Dabei hätten allerdings diverse Motive eine Rolle gespielt. Einige Bauern hätten sich angepaßt, andere hätten auf Vorteile durch gemeinsames Wirtschaften gehofft, wieder andere seien durch Zwangsmaßnahmen zum Eintritt in die Genossenschaften gedrängt worden. Insgesamt sei der Prozeß sehr komplex gewesen. Der Begriff „Zwangskollektivierung“ treffe daher nur ein Element des Prozesses. Ein interessanter Aspekt in der Schlußphase der Kollektivierung, der noch näher untersucht werden müsse, sei die Rolle von Funktionären der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands gewesen, die als Multiplikatoren sachkundiger aufgetreten seien als die in die Dörfer geschickten SED-Funktionäre. Auch in diesem Zusammenhang werde deutlich, daß nicht alle Bauern in der Schlußphase der Kollektivierung in die LPG gedrängt worden seien, sondern daß es auch Entscheidungen aus innerem Antrieb gegeben habe.

Zur sozialen Differenzierung im Dorf bis zum Ende der Kollektivierung sei festzustellen, daß die Mehrzahl der Neubauernstellen instabil geblieben sei. Es habe sich in rascher Folge ein Wechsel der Besitzer ergeben, und eine wachsende Zahl zurückgegebener Neubauernstellen habe nicht mehr neu vergeben werden können. Dies und die Politik der Vertreibung von Großbauern habe in Mecklenburg zunehmend sogenannte freie Flächen entstehen lassen, die dann größtenteils über die Zwischenstufe des Örtlichen Landschaftsbetriebes (ÖLB) in den Genossenschaftssektor gelangt seien. Seit Beginn der Kampagne gegen die Großbauern hätten Bauern den Ausweg aus ihren persönlichen Schwierigkeiten in der Flucht aus der DDR gesehen. Dies habe insbesondere für Neubauern gegolten. Altbauern habe es in der Regel dann vom Hof getrieben, wenn im Zusammenhang mit Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Ablieferungssolls Verhaftung und strafrechtliche Verfolgung gedroht hätten. Zahlreiche zur Hofaufgabe gezwungene Großbauern seien geflohen. Insgesamt hätten von 1952 bis 1960 130 000 Personen aus bäuerlichen Berufen die DDR verlassen. Im Kontrast zu dieser Negativtendenz könne festgestellt werden, daß die Mehrzahl der Altbauern mit klein- oder mittelbäuerlichem Besitz, aber auch viele Neubauern ab Mitte der 50er Jahre ihre Wirtschaften durch den Verkauf sogenannter freier Spitzen aus der intensivierten Tierhaltung hätten festigen können. Fast alle Bauern mit wirtschaftsstabilen Höfen hätten beinahe bis zuletzt einen LPG-Beitritt nicht für nötig gehalten. Sie hätten auf die weitere Förderung des bäuerlichen Familienbetriebes, auf einen Abbau der staatlichen Reglementierung und auf Möglichkeiten zum Maschinenkauf gesetzt. Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln und die erzielten Geldeinnahmen hätten vielen Bauern in der zweiten Hälfte der 50er Jahre einen im Vergleich zu Industriearbeitern vorteilhaften Lebensstandard ermöglicht - allerdings zumeist um den Preis eines hohen Maßes an Selbstausbeutung und unter Inkaufnahme gesundheitlicher Schäden. Mit einem erheblichen Niveauunterschied gegenüber den Südbezirken, aber auch mit Unterschieden zwischen den Bezirken seien in den Dörfern bis Ende der 50er Jahre staatliche Maßnahmen zur Hebung der ländlichen Lebensverhältnisse wirksam geworden. Beispiele seien die Einführung

der mehrstufigen Schule, der Aufbau eines Netzes von Gemeindeschwesternstationen und Landambulatorien sowie der Ausbau der Einkaufsmöglichkeiten.

Die weiteren Phasen der Agrarpolitik, der Landwirtschaft und der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen von den 60ern bis in die 80er Jahre beschrieb **Dr. Hans Watzek** in seinem Beitrag zur Studie unter Leitung von Prof. Dr. Kurt Krambach. Ausgangspunkt der Agrarentwicklung sei die Einschätzung gewesen, daß Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie die strukturbestimmenden Wirtschaftsbereiche der drei Nordbezirke gebildet hätten, da sie infolge der historischen Entwicklung sowie der natürlichen und ökonomischen Standortbedingungen die typischen Agrarbezirke der DDR gewesen seien. Obwohl in der Strukturpolitik ursprünglich das Ziel vertreten worden sei, eine Industrialisierung des Nordens zu erreichen, sei die Schwerpunktsetzung bei der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie geblieben. Aus der Wirtschaftsstruktur habe resultiert, daß die Entwicklung der Lebensbedingungen auf dem Lande und die Überwindung der Rückständigkeit der Dörfer in den Nordbezirken engstens mit der Intensivierung und Modernisierung der Landwirtschaft verbunden gewesen sei. Die überstürzte, vielfach mit politischem Druck verbundene Kampagne der SED-Führung im Winter 1960 zur durchgängigen Genossenschaftsbildung habe zu drastischen Produktionsausfällen und Effektivitätsverlusten geführt. Hingegen sei die zweite Hälfte der 60er Jahre - wie in der DDR insgesamt - auch in den Nordbezirken der erfolgreichste Abschnitt in der Entwicklung der Landwirtschaft gewesen. Die 1959 begonnene Übergabe bzw. der Kauf der Traktoren und Maschinen an die LPG sei bis 1963 zum Abschluß gebracht worden. Die Zusammenführung der Produktionsfaktoren Arbeitskraft, Boden, Tier und Technik unter einer Leitung habe einen rationelleren Einsatz ermöglicht. Die Verbesserung der materiellen Produktionsgrundlagen habe maßgebliche Voraussetzungen für einen raschen Leistungsanstieg entstehen lassen. Damit hätten sowohl Rückstände der Ausstattung mit modernen Produktionsmitteln aufgeholt als auch die Arbeits- und Lebensbedingungen wirksam verbessert werden sollen. Mit dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“ der Volkswirtschaft ab Sommer 1963 sei die Administration abgebaut worden. Es seien verstärkt ökonomische Mittel bei der Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses zur Anwendung gelangt. Dies habe eigenverantwortliche Entscheidungen und Initiativen gefördert. 1963 seien einheitliche Erzeugerkreise für pflanzliche Produkte eingeführt worden, verbunden mit einem Prämiensystem für den Produktionszuwachs vor allem in der Tierproduktion. Auf Vertragsbasis seien Regelungen zur Gestaltung landwirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Landwirtschaftsbetrieben einerseits und den Aufkaufs- und Verarbeitungsbetrieben, den Zulieferbetrieben der Industrie und des Bauwesens andererseits wirksam geworden. Im Ergebnis einer erweiterten Fondszuführung, der veränderten staatlichen Planung und Leitung und der Verbesserung der Betriebswirtschaft sei es zu einem raschen Produktions- und Effektivitätszuwachs gekommen. Besondere Aspekte hierbei seien das Qualifikationsniveau der Genossenschaftsmitglieder, der Anstieg beim Einkommen der Genossenschaftsbauern, die verbesserten Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen oder auch der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Einzelhandelsgeschäften gewesen. Diese spürbaren Fortschritte hätten dazu beigetragen, daß die negativen Erfahrungen aus der Kampagne zur genossenschaftlichen Umgestaltung immer mehr in den Hintergrund getreten seien. Zunehmend hätten sich Bäuerinnen und Bauern mit ihrer Genossenschaft identifiziert. Aus der Gemeinschaftsarbeit sei Gemeinschaftssinn gewachsen.

Die positiven Entwicklungstrends seien bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre durch administrative Entscheidungen zur beschleunigten Konzentration und Spezialisierung der Produktion gehemmt und negativ beeinflusst worden. Der VI. Parteitag der SED (1963) habe darauf orientiert, die landwirtschaftliche Produktion zu spezialisieren, zwischen den Betrieben Kooperationsbeziehungen zu entwickeln und schrittweise zu industriemäßigen Produktionsmethoden überzugehen. Im Februar 1968 habe das Sekretariat des Zentralkomitees der SED einen Beschluß zum Aufbau industriemäßiger Anlagen der Tierproduktion gefaßt. Ende der 60er Jahre seien die ersten „Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion“ (KAP) entstanden. Damit sei die betriebliche Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion eingeleitet worden. Die Maßnahmen, die der effektiveren Nutzung verfügbarer Produktionsmittel mittels Kooperation hätten dienen sollen, hätten wegen ihres überspitzten Charakters und ihrer kampagnemäßigen, administrativen Durchsetzung in erheblichem Umfang negative Wirkungen gehabt. Das betriebliche Trennen von Pflanzen- und Tierproduktion habe zu einer extremen Spezialisierung und zu Produktionseinheiten geführt, deren Größenordnungen das Maß für ein rationelles Wirtschaften überschritten hätten. Der Aufbau industriemäßiger Anlagen der Tierproduktion habe dazu geführt, daß der überwiegende Teil der Bau- und Ausrüstungskapazität in der Landwirtschaft für diese Aufgabe eingesetzt worden sei. Die industriemäßigen Anlagen hätten allerdings auch deutliche Fortschritte in den Arbeitsbedingungen für die Bäuerinnen und Bauern gebracht. Mechanisierung und Teilautomatisierung der Arbeitsprozesse hätten die körperliche Arbeit erleichtert. Allerdings habe es auch neue Formen von Monotonie und hoher psychischer Belastung in den einzelnen Arbeitsgängen gegeben. Die optimale soziale Betreuung habe besonders für Frauen wesentliche Verbesserungen ergeben. Ebenso habe der in den 70er Jahren vollzogene Generationswechsel der Technik in der Pflanzenproduktion weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bewirkt.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre hätten sich in immer stärkerem Maße die Widersprüche und Schwierigkeiten in der Wirtschaft der DDR mit negativen Wirkungen auf die weitere Modernisierung der Landwirtschaft gezeigt. Die Orientierung auf das Sozialprogramm und die Konzentration der Investitionen auf die sogenannten Schwerpunktaufgaben hätten zu drastischen Kürzungen der Investitionen für die Landwirtschaft geführt. 1977 sei der Bau industriemäßiger Anlagen der Tierproduktion eingestellt worden. Die begrenzt verfügbaren Investitionen für die Tierproduktion seien wieder vorrangig der Rationalisierung vorhandener Stallanlagen zugute gekommen. Die veränderte Investitionspolitik habe sich stark hemmend auf die technische Modernisierung der Pflanzenproduktion ausgewirkt. Insbesondere habe die Überalterung der Technik stark zugenommen.

Zu Beginn der 80er Jahre sei es zu einer Reihe von Korrekturen in der Agrarpolitik gekommen, die die gesellschaftliche Entwicklung in den LPG und Dörfern beeinflusst hätten. Sie hätten eine Minderung der zentralistischen Reglementierung der LPG, eine verstärkte Einbeziehung der Genossenschaftsmitglieder und Beschäftigten in Entscheidungen zur Intensivierung und Produktionsentwicklung ihrer Betriebe, eine wirksamere inhaltliche Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen und auch Schritte zur Wiederherstellung der Einheit von Produktionsstandort und Dorf beinhaltet. Das einheitliche Bildungssystem habe der DDR bereits in den 70er Jahren für die Dorfbewohner gleiche Bildungschancen wie in der Stadt gebracht.

Auch die mit der genossenschaftlichen Entwicklung verbundenen sozialen Bedingungen hätten eine breite berufliche Weiterbildung ermöglicht. Sowohl die Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik des Staates als auch die ständig steigenden finanziellen und materiellen Möglichkeiten der Landwirtschaftsbetriebe hätten eine Erweiterung der dörflichen Infrastruktur und eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen bewirkt. So hätten die Nordbezirke bei der Betreuung der Kinder in Kindergärten und Schulhorten einen Vorsprung erreicht. Die LPG und VEG seien nicht nur Produktionsbetriebe, sondern auch soziale Einheiten auf dem Lande gewesen. Sie seien dort häufig wichtigste Arbeitgeber und damit eine wesentliche Grundlage der Entwicklung des ländlichen Raumes gewesen. Die Betriebe hätten ein hohes Maß sozialer Sicherheit durch die Arbeitsplatzgarantie gewährleistet. Sie hätten in zunehmendem Maße die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Dörfern und die dafür erforderliche soziale und kulturelle Infrastruktur gesichert. Insgesamt hätten sich in vielen Dörfern Lebensbedingungen herausgebildet, die denen der Stadt kaum nachgestanden und zugleich die positiven Seiten des ländlichen Lebens bewahrt hätten. Nicht zu übersehen sei allerdings die wachsende Differenzierung zwischen größeren und kleineren Dörfern gewesen.

Zusammenfassend ergebe sich für die Zeit der 60er bis 80er Jahre, daß die Landwirtschaft als integrierter Bestandteil der Volkswirtschaft mit allen Zwängen, Problemen, Unzulänglichkeiten und Fehlern der Entwicklung in der DDR konfrontiert und belastet gewesen sei. Über lange Zeiträume habe die Agrarpolitik in besonderem Maße willkürlichen Entscheidungen der SED-Führung unterlegen und sei zudem durch Aktionismus belastet worden. Übereifer örtlicher Leitungsorgane habe dies noch verschärft. Infolge der Dominanz des genossenschaftlichen Eigentums hätten die Genossenschaftsbauern es jedoch vermocht, auch unter den Bedingungen zentralistischer Leitung und Planung ein gewisses Maß an Eigenständigkeit und Flexibilität in ihren Betrieben zu wahren. In den Genossenschaften sei durch die Besonderheit der Eigentumsform eine wirksamere Mitbestimmung und Mitgestaltung von Entwicklungsprozessen möglich gewesen als in den volkseigenen Betrieben. Der genossenschaftliche Weg in der Landwirtschaft habe trotz Deformierungen und der der allgemeinen Wirtschaftslage geschuldeten Produktivitätsrückstände positive Resultate erbracht. Die Bevölkerung der DDR habe auf wachsendem Niveau stabil mit Nahrungsgütern weitgehend aus dem eigenen Land - durch Ausschöpfung der inneren Reserven - versorgt werden können. Die Bauern hätten soziale Sicherheit und soziale Gleichstellung mit anderen Wirtschaftsbereichen erlangt. Sie hätten sich materielle Quellen für die Modernisierung ihrer Betriebe und der Dörfer erschlossen. Es habe sich ein Wertesystem, das von Gemeinschaftssinn und Solidarität geprägt gewesen sei, entwickelt. Diese Ergebnisse und sozialen Erfahrungen seien ausschlaggebend dafür gewesen, daß sich auch in Mecklenburg-Vorpommern die Mehrheit der Bauern nach 1990 für die Weiterführung gemeinschaftlicher Formen der Produktion und Arbeit entschieden habe.

Umbrüche der Sozialstruktur und der Lebensverhältnisse von den 80er zu den 90er Jahren auf dem Lande wurden in der Studie von **Prof. Dr. Kurt Krambach** analysiert. So habe sich in den 80er Jahren, agrarpolitisch gewollt und gefördert, die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft der drei Nordbezirke der DDR um etwa 9 % erhöht. Nicht nur der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften sei hoch gewesen, sondern auch der Anteil der LPG-Beschäftigten außerhalb der unmittelbaren landwirtschaftlichen Primärproduktion sei beträchtlich gewesen. Allein in den Bereichen Instandhaltung, Technik und Baubrigaden sei die Zahl der Arbeitskräfte in den 80er Jahren um fast 40 % gewachsen.

Von maßgeblicher Bedeutung für die Entwicklung der Sozialstruktur sei Anfang der 80er Jahre die politische Korrektur von Maßnahmen gewesen, die in den 70er Jahren mit dem Ziel eingeleitet worden seien, nach dem Beispiel der Sowjetunion die LPG faktisch in staatliche Betriebe und die Genossenschaftsbauern in Arbeiter zu verwandeln. Dabei sei das gesellschaftliche Ansehen der Genossenschaftsbauern öffentlich wiederhergestellt worden und die Wertschätzung guter bäuerlicher Traditionen habe eine Wiederbelebung erfahren. In den 80er Jahren sei eine verstärkte Ausbildung von Lehrlingen in den LPG und VEG erfolgt. Dies habe zu einer Erhöhung des Anteils der Jugendlichen bis 25 Jahre auf 14 % der Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben geführt. Eine Besonderheit der Sozialstruktur der Landwirtschaft der Nordbezirke sei ein überdurchschnittlicher Anteil von Landarbeitern gewesen. Dazu sei mit den landwirtschaftlichen Großbetrieben auch eine neue landwirtschaftliche Intelligenz herangewachsen, deren Besonderheit u. a. darin bestanden habe, daß viele von ihnen zugleich Spezialisten und Leitungskräfte gewesen seien.

In den 80er Jahren hätten die damaligen Bezirke Rostock und Schwerin einen beachtlichen Industrieanteil entwickelt und seien deshalb auch als Agrarindustriebezirke bezeichnet worden. Allerdings seien die bezirkstypischen Industrien vor allem in den größeren Städten konzentriert gewesen. Bis Ende der 80er Jahre hätten die nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiche einen Anteil von mehr als 80 % erreicht. Entsprechend hätten in der Sozialstruktur die Arbeiter und Angestellten dominiert. Diese Zahl mache deutlich, daß für einen zunehmenden Teil der Landbevölkerung der Zugang zu nichtlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit im eigenen Land (Bezirk) möglich geworden sei. Demzufolge seien auch in der ländlichen Sozialstruktur, d. h. der Wohnbevölkerung auf dem Lande, die Arbeiter und Angestellten zur größte sozialen Gruppe geworden.

Arbeitsauspendler aus den ländlichen Gemeinden seien in den 80er Jahren ein wirtschaftlich und sozial bedeutsames Element der Sozialstruktur gewesen. Die Pendelwanderung sei in der DDR generell ein bedeutender Faktor des regionalen Ausgleichs zwischen dem Angebot von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen ohne Wohnortwechsel gewesen. Fast ein Drittel der Erwerbstätigen seien Pendler gewesen. Die soziale Bedeutung habe sich vor allem daraus ergeben, daß das Arbeitsauspendeln aus den Dörfern - im Unterschied zur Migration (Abwanderung) - ein bedeutender Faktor der zahlenmäßigen Stabilisierung der ländlichen Wohnbevölkerung und somit der (relativen) sozialen Stabilität vieler Dörfer geworden sei. Ebenso habe das Arbeitsauspendeln zu einer qualitativen Bereicherung der ländlichen Sozialstruktur geführt.

Im Vergleich zu den 80er Jahren habe sich von 1989 bis 1992/93 - nach der Öffnung der Mauer und nach der Währungsunion im Sommer 1990 - ein totaler Umbruch der ländlichen Sozialstruktur vollzogen. Der schlagartige Übergang zur Marktwirtschaft durch die Währungsunion, der die ostdeutsche Landwirtschaft dem westdeutschen und westeuropäischen Agrarmarkt schutzlos ausgeliefert und traditionelle Exportlinien nach dem Osten abgeschnitten habe, habe zu einem faktischen Zusammenbruch der Landwirtschaft der DDR geführt. Bis 1991 habe sich die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gegenüber 1989 mehr als halbiert. Sie sei von 158.000 auf 71.000 gesunken und habe sich von 1991 bis 1992 nochmals auf 36.000 halbiert. In keinem anderen Wirtschaftsbereich sei ein so rasanter Rückgang zu verzeichnen gewesen. Die Tierbestände seien gegenüber 1989 drastisch reduziert worden (Rinderbestände um 50 %, Schweinebestände um 80 %).

Desgleichen habe eine starke Reduzierung der Anbauflächen arbeitsintensiver Kulturen (Kartoffeln und Zuckerrüben) stattgefunden. Seit 1990 hätten sich auch Richtung, Struktur und Umfang der Pendlerbewegung wesentlich verändert. Besonders deutlich hätten die Pendlerströme über die Landesgrenzen und dabei vorrangig in die alten Bundesländer zugenommen. Andererseits sei das Auspendeln aus Dörfern in die Industrie und andere Wirtschaftsbereiche zumindest in dem Maße zurückgegangen, wie Deindustrialisierung stattgefunden habe und in diesem Bereich ebenfalls viele Arbeitsplätze abgebaut worden seien. Dennoch werde die Pendlerbewegung für den ländlichen Raum und die Dörfer ihre bleibende Bedeutung behalten, da für die kleineren dörflichen Siedlungen die Möglichkeiten begrenzt seien, durch lokale Gewerbe ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen zu schaffen.

Wie in allen neuen Bundesländern habe in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 mit historisch einmaliger Dynamik ein Strukturumbruch stattgefunden, der einen drastischen Abbau von Arbeitsplätzen und eine strukturelle Verschiebung zwischen den Wirtschaftsbereichen nach sich gezogen habe. In Mecklenburg-Vorpommern sei dieser Prozeß maßgeblich durch den ursprünglich relativ hohen Anteil der Landwirtschaft und den dort extrem starken Rückgang der Arbeitsplätze geprägt gewesen. Der Arbeitsplatzabbau habe zu einer derart hochgradigen Arbeitslosigkeit geführt, daß die Sozialstruktur auf dem Lande seit 1990 - zumal sich dort überdurchschnittlich hohe Dauerarbeitslosigkeit mit einem hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen abgezeichnet habe - maßgeblich durch eine „neue“ soziale Gruppe geprägt werde: die (zeitweilig oder dauerhaft) nicht mehr Erwerbstätigen im Erwerbsalter.

Neue soziale Strukturen und Chancen für den ländlichen Raum hätten sich angesichts der tiefgreifenden Umbrüche und krisenhaften Erscheinungen der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ergeben. Nach wie vor behalte die Landwirtschaft - wenn auch in deutlich verkleinertem Maßstab - für die Wertschöpfung und das Arbeitsangebot in ländlichem Raum Bedeutung. Überwiegend aus den Genossenschaftsbauern hervorgegangen, habe sich eine sozialstrukturell im Grunde neue und in sich dual differenzierte Bauernschaft herausgebildet. Bäuerliche Familienbetriebe seien nur in geringem Maße neu oder wieder eingerichtet worden. In verschiedenen juristischen Formen, die als Nachfolgebetriebe der LPG entstanden seien, sei in Mecklenburg-Vorpommern eine Gruppe von ca. 20.000 Beschäftigten (1994), die überwiegend ehemals Genossenschaftsbauern gewesen seien, bestehen geblieben. Für die meisten Mitglieder dieser Gruppe sei in einer neuen, gemeinschaftlichen Form, insbesondere in den Agrargenossenschaften, die traditionelle bäuerliche Identität von Eigentümer und Produzent wiederhergestellt worden.

Die weiterhin bestimmenden großbetrieblichen Strukturen seien im EU-Wettbewerb als konkurrenzfähig einzuschätzen. Darüber hinaus sei für die Entwicklung der Wirtschafts- und Erwerbsstrukturen und die Möglichkeiten neuer Arbeitsplätze in den strukturschwachen ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns der nichtlandwirtschaftliche Bereich von maßgeblicher Bedeutung. Dabei müßten die Möglichkeiten für lokale Klein- und Mittelunternehmen des Handwerks, des Handels und der Dienstleistung, traditioneller dörflicher Gewerke sowie neue ökologische und Sozialunternehmen entwickelt und ausgeschöpft werden. Für die Lebensfähigkeit der Dörfer erscheine künftig eine möglichst vielschichtige Sozialstruktur als günstig: Landwirte der unterschiedlichen Betriebsformen, Selbständige in Klein- und Mittelunternehmen, Arbeiter und Angestellte in der lokalen Ökonomie und als Auspendler.

Hinsichtlich der Einkommensverhältnisse habe in der DDR eine nominell weitgehende Verminderung der traditionellen Disparität zwischen Stadt und Land stattgefunden. Insgesamt sei jedoch ein Gefälle im Einkommensniveau zwischen Stadt- und Landbevölkerung bestehen geblieben. In den Dörfern hätten die Einkommenshöhen wesentlich niedriger gelegen als in den Großstädten. Faktisch seien Differenzen zwischen Nettoeinkommen von Arbeitern und Angestellten einerseits und Genossenschaftsbauern andererseits relevant geblieben. Aufgrund der tiefgreifenden wirtschaftlichen Einbrüche und sozialstrukturellen Umbrüche hätten sich - bei allgemeiner Erhöhung der Einkommen - wesentliche Verschiebungen in den Einkommensstrukturen auf dem Lande ergeben. Die Einkommensstruktur mit den ihr innewohnenden Polarisierungstendenzen sei zu einer wesentlichen Quelle des Aufbrechens bzw. der Vertiefung sozialer Ungleichheit geworden. So sei die Einkommensdisparität zwischen Stadt und Land seit 1989 größer geworden. Zudem zeige der Vergleich zwischen den unterschiedlich strukturierten ländlichen Regionen, daß die Landbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern zu den einkommensschwächsten regionalen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik gehöre.

Die wirtschaftlichen und sozialen Struktureinbrüche infolge des unvermittelten Übergangs zur Marktwirtschaft hätten die Entwicklung der Dörfer zusätzlich besonders getroffen, weil die bis dahin tragende Rolle der LPG und VEG für das soziale und kulturelle Leben im Dorf schlagartig weggefallen sei und andere zahlreiche Einrichtungen der dörflichen Infrastruktur (Konsumverkaufsstelle, Post, teilweise auch Gaststätten und Kindergärten) vor allem aus den kleineren Dörfern verschwunden seien, weil sie für die marktwirtschaftlichen Verhältnisse uneffizient geworden seien.

Hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse habe der ländliche Raum bereits in der DDR ein beachtliches Niveau aufgewiesen, das teilweise das städtische übertroffen habe, allerdings in und zwischen den Dörfern, u. a. durch teilweise überalterte Bausubstanz bedingt, sehr differenziert gewesen sei. Dem relativ hohen Niveau der Wohnungsbedingungen und der Haushaltsausstattung in den Dörfern habe in der DDR und auch nach 1990 eine im allgemeinen in den Dörfern höhere Wohnungszufriedenheit als in der Stadt entsprochen.

In der DDR seien bei der angezielten Verringerung sozialer Disparitäten zwischen Stadt und Land die Möglichkeiten, die infrastrukturelle Entwicklung in den Dörfern bzw. ihre Erreichbarkeit zu fördern, in den verschiedenen Phasen unterschiedlich genutzt worden. Nur auf einigen Gebieten seien nachhaltige Annäherungen an das Niveau der Stadt erreicht worden. Das habe vor allem Kindertagesstätten und den Zugang zu allgemeinbildenden Schulen betroffen. Auf anderen Gebieten seien Rückstände erhalten geblieben bzw. hätten sich in den 80er Jahren durch räumliche Konzentration von Einrichtungen und Einschränkung der Verkehrsanbindung vieler Dörfer vertieft. Hinsichtlich der Einrichtungen der Kinderbetreuung habe sich die Situation in den Dörfern nach 1989 verschlechtert. Zum einen seien viele Einzeleinrichtungen geschlossen bzw. zu Kindertagesstätten zusammengeschlossen worden. Zum anderen sei damit eine Zentralisierung der Einrichtungen auf wenige Dörfer, also eine Verschlechterung der Erreichbarkeit für viele Familien aus kleineren Dörfern erfolgt.

Die medizinische Betreuung habe sich, wenn man von der gestiegenen Zahl der niedergelassenen Ärzte ausgehe, seit 1991 verbessert. Dies sei jedoch zumindest dahingehend zu relativieren, als in der DDR das System der Polikliniken und Landambulatorien die für Dorfbewohner besonders günstigen Möglichkeiten geboten hätten, den Besuch verschiedener Fachärzte räumlich und zeitlich zu koordinieren.

Was den Zugang der Dorfbewohner zur Versorgung mit Lebensmitteln betreffe, habe sich das Verhältnis von lokaler und überörtlicher Erreichbarkeit teilweise umgekehrt. Seit Beginn der 90er Jahre seien großenteils die örtlichen Verkaufsstellen verschwunden, und die Eigenversorgung der Dorfbewohner sei rapide zurückgegangen. Demgegenüber sei eine Vielzahl von überörtlich erreichbaren Einkaufszentren entstanden, die zwar nicht täglich besucht würden und selten mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar seien, dafür aber ein faktisch unbegrenztes Warenangebot bereitstellten. Daher bestünden soziale Disparitäten im Zugang zur täglichen Versorgung heute stärker und in der Tendenz zunehmend. Dies betreffe in erster Linie ältere, kranke und alleinstehende Dorfbewohner. Ähnlich verhalte es sich auch mit der Erreichbarkeit von Dienstleistungen und in der gastronomischen Versorgung.

Das Problem der Erreichbarkeit spiele im ländlichen Raum eine besondere Rolle. Hinsichtlich der Entfernungen der Gemeinden zu zentralen Orten mit ober- bzw. mittelzentralen Funktionen sei der Anteil der Gemeinden mit großen Entfernungen in Mecklenburg-Vorpommern extrem hoch.

Zielvorstellungen und Möglichkeiten für die Dorfentwicklung müßte die Vitalität der einzelnen Dörfer sein. Diese jedoch bedinge eine soziale Stabilität. Die wichtigsten Faktoren für diese Stabilisierung seien die Entwicklung der lokalen Ökonomie des Dorfes, eine lokale infrastrukturelle Mindestausstattung, ausreichend soziales Potential für das dörfliche Leben, die Förderung traditioneller und neuer Formen der Dorfgemeinschaft und die Erhaltung der lokalen Identität, Individualität und Attraktivität des jeweiligen Dorfes.

Wertorientierungen und Verhaltensweisen der Landbevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns hätten in den 80er Jahren eine Reihe wesentlicher Gemeinsamkeiten und auch deutliche Besonderheiten im Vergleich zur Stadtbevölkerung aufgewiesen. Nach den gesellschaftlichen Umbrüchen 1989/90 hätten sich die Differenzierungen gegenüber der Stadt weiter vertieft. Wie in der Stadt hätten nach 1990 die Fragen nach Arbeit - in dem konkreten Sinn, einen sicheren und bezahlten Arbeitsplatz zu haben - und nach der Verfügung über ausreichend Geld im Vordergrund gestanden, während in den Jahren zuvor Erfolg, Entfaltungsmöglichkeit und Anerkennung im Beruf wichtiger gewesen seien. In den 80er Jahren hätten generell in Stadt und Land die sozialen Beziehungen einen hohen Stellenwert gehabt. Gleichermäßen wichtig sei für die meisten das Umfeld des Lebens (saubere Umwelt, schöner Wohnort, Einrichtung der Wohnung) gewesen.

Interessanterweise hätten auch nach dem gesellschaftlichen Umbruch die sozialen Beziehungen (Freundschaft, Partnerschaft, Familie) einen vorderen Stellenwert eingenommen. Soziologische Untersuchungen in LPG (1990/91) und deren Nachfolgeeinrichtungen (1993) hätten ergeben, daß bei dem Wunsch der meisten ehemaligen Genossenschaftsbauern, auch nach der Umstrukturierung der LPG wieder in einer gemeinschaftlichen Form wirtschaften zu wollen, das gewachsene Gemeinschaftsbedürfnis und die Gewohnheit der Gemeinschaftsbeziehungen dominante Beweggründe gewesen seien. Auffallend sei gewesen, daß (1993) - im scheinbaren Gegensatz zu der seit 1989 rapide gesunkenen Geburtenrate - der soziale Wert „Kinder zu haben“ unter den Mecklenburger Dorfbewohnern nach wie vor einen hohen Rang eingenommen habe. Typisch sei auch in den Dörfern die nach 1989 stark gewachsene - inzwischen allerdings anscheinend bei vielen Menschen wieder gedämpfte - Hoffnung darauf gewesen, das Leben nach eigenen Maßstäben gestalten zu können. Geblieben sei die stark ausgeprägte allgemeine Wohnungszufriedenheit.

Das persönliche Ansehen und der gute Ruf, denen überall ein hoher Wert beigemessen werde, habe sich traditionsgemäß für die Dorfbewohner als sehr wichtig erwiesen. In den Dörfern seien mit den Beziehungen zwischen den Einwohnern etwa 90 % mehr oder weniger zufrieden gewesen. Dem entspreche allerdings auch ein höheres Maß an sozialer Kontrolle. Dorftypisch erscheine auch die geringere Toleranz gegenüber Fremdem und Andersartigem. Deutlich geringer ausgeprägt als in den Städten seien geistig-kulturelle und sportliche Aktivitäten. Demgegenüber seien Formen der Geselligkeit in vielen Dörfern eher stärker als in Städten ausgeprägt. Seit 1990 habe gerade in den Dörfern die Vereinstätigkeit auf diesem Gebiet an Bedeutung gewonnen. Deutliche Veränderungen gebe es auch in den politischen Wertvorstellungen. Dorftypisch sei die relativ höhere Teilnahme an kommunalpolitischen Aktivitäten. Hingegen scheine sich bei vielen noch mehr das Gefühl durchzusetzen, Objekt der „großen Politik“ zu sein.

5.2.2 Bodenreform und Agrarwirtschaft

Die Bodenreform von 1945 sei nach den Aussagen im Sachverständigenbeitrag und in der Forschungsstudie von **Prof. Dr. Ilona Buchsteiner** aus verschiedenen Gründen notwendig gewesen. Zum einen habe sie einer uralten bäuerlichen Forderung entsprochen. Zum anderen hätten auch wirtschaftliche Gründe dafür gesprochen. Zu große Betriebe einerseits hätten viel zu kleinen Bauernwirtschaften andererseits gegenübergestanden. Zudem sei die Bodenreform für die wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen notwendig gewesen. Darüber hinaus habe die politische, ökonomische und militärische Mitverantwortung der Großgrundbesitzer für den Nationalsozialismus und den Krieg geahndet werden müssen. Bei alledem habe die Mindestversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gesichert werden müssen. Nach ersten Vorstellungen habe das Bodenreformland aus dem Land von gerichtlich Verurteilten, aus Notabgaben größerer Besitzer, aus Flächen, die durch die Nationalsozialisten beschlagnahmt worden seien, und aus freiwilligen Bodenspenden von Großgrundbesitzern entstehen sollen. Diese Vorstellungen seien bereits im Sommer 1945 verlassen worden, so daß alle Bodenbesitzer mit mehr als 100 Hektar enteignet worden seien. Dieser Prozeß müsse noch näher untersucht werden, insbesondere auch die Rolle der Besatzungsmacht sowie der Einfluß der hohen Flüchtlingszahl auf den Prozeß. Insgesamt sei die Bodenreform ein notwendiger Prozeß gewesen, der jedoch mit neuen Ungerechtigkeiten, Ausgrenzung, Standeshaftung und Ausweisung verbunden gewesen sei. Die positiven Ergebnisse seien die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und die Möglichkeit für eine breite Gruppe von Landbewohnern gewesen, eigenen Boden zu bewirtschaften.

In der weiteren Entwicklung bis 1952 habe sich bei den Altbauern eine beachtliche Wirtschafts- und Finanzkraft entwickelt - bei gleichzeitig zunehmenden Schwierigkeiten der Neubauernwirtschaften. Seit 1948 sei mit dem Aufbau der Maschinenausleihstationen (MAS) eine neue Agrarkonzeption verfolgt worden. Der Kauf landwirtschaftlicher Großmaschinen durch Private sei nicht mehr möglich gewesen, womit der Kollektivierungsprozeß begonnen habe. Ab 1952 sei das Ziel der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft verstärkt verfolgt worden. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) seien bei Drangsalierung der Großbauern aufgebaut worden. Während zunächst die LPG Typ 1 mit gemeinsamer Ackerwirtschaft den Schwerpunkt gebildet habe, sei später auf die komplette Kollektivierung abgezielt worden. Da die Lebensmittelversorgung in Folge dieser Politik weitgehend rationiert geblieben sei, sei 1956 von Kurt Vieweg u. a. der Versuch einer Reformierung der Agrarstruktur unternommen worden.

Dabei hätten Vorstellungen bestanden, wirtschaftsschwache LPG aufzulösen und einzelne bäuerliche Betriebe zu stärken. Diese Vorstellungen seien jedoch gescheitert. Die Vertreter dieser Politik seien entweder zu langen Haftstrafen verurteilt worden oder hätten ihre Funktionen verloren. Dennoch seien Ansätze für Korrekturen und Verbesserungen, z. B. bei der Verstärkung des LPG Typ 1, bei der Förderung der Pacht durch Einzelbauern, bei der Verringerung der Sollabgaben und bei der Verbesserung der Voraussetzungen für die Großproduktion gefolgt. Daraus hätten ein Aufschwung der Landwirtschaftsproduktion und die Verbesserung der dörflichen Infrastruktur resultiert. Ab 1958 sei ein erhöhter Anteil von Altbauern in den LPG festzustellen gewesen.

Der Abschluß des Umgestaltungsprozesses habe sich ab 1959 durch weitere Einschränkungen der verbliebenen Einzelbauern vollzogen. Dabei sei vor allem ökonomischer Druck entstanden, zum Teil seien aber auch Zwang und Drohungen durch SED-Funktionäre ausgeübt worden. Die groß angelegte Kampagne von 1960 zum Eintritt in die LPG habe dazu geführt, daß viele Bauern ihr Land in die LPG eingegeben, aber selbst nicht in der LPG gearbeitet hätten. Die unzureichende Vorbereitung dieser Etappe habe wiederum zu bedeutenden Produktionsverlusten geführt, die zudem durch ungünstige Witterungsbedingungen verstärkt worden seien.

Eine umfassende und differenzierte Bewertung der DDR-Landwirtschaft sei wegen der vielen fehlenden Analysen zu ihrer Entwicklung, insbesondere seit den 60er Jahren, überhaupt noch nicht möglich. Die Bilanz der sozialistischen Agrarentwicklung falle somit sehr zwiespältig aus. Neben erfolgreichen stünden unzureichende, fehlerhafte und verhängnisvolle Entwicklungen und Entscheidungen. Zu den letzteren würden vor allem die Vernichtung des Bauerntums, die überdimensionalen Betriebsgrößen und Konzentrationsprozesse zählen. Diese Entwicklungen seien nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach politischen Leitbildern erfolgt.

Unmittelbar nebeneinander hätten Erfolg und Mißerfolg in der Produktionsentwicklung und -ausstattung der DDR-Landwirtschaft gestanden. So hätten erhebliche Produktionssteigerungen verzeichnet, aber weder die Produktionsergebnisse noch die Produktivität der bundesdeutschen Landwirtschaft erreicht werden können. Das habe zum einen an der angestrebten Eigenversorgung und der gleichzeitig hohen Exportorientiertheit der DDR-Landwirtschaft gelegen, wodurch alle verfügbaren Flächen in die Produktion einbezogen gewesen seien, aber auch an der verhängnisvollen Entscheidung, Tier- und Pflanzenproduktion zu trennen. Negativ habe hier auch die Durchsetzung industrieller Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft gewirkt. Es sei nicht bedacht worden, daß sich die Arbeitsvorgänge in der Landwirtschaft als einem System, das von natürlichen Wachstumsvorgängen getragen werde, nicht ohne weiteres in industrielle Produktionsschemata pressen lassen würden. Negativ habe sich der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden auch auf die Umwelt ausgewirkt.

Der hohe Arbeitskräftebesatz der DDR-Landwirtschaft habe die Entwicklung der Arbeitsproduktivität negativ beeinflusst. Ab 1977 sei es in der DDR-Landwirtschaft im Gegensatz zur Entwicklung der europäischen Industriestaaten wieder zu einem Anstieg der in der Landwirtschaft Beschäftigten gekommen. Dies habe aus einer hohen Anzahl von Verwaltungspersonal und der Eingliederung von Beschäftigten nichtlandwirtschaftlicher Bereiche resultiert. Viele LPG hätten über eigene Baubrigaden, Verkaufsstellen und Kinderbetreuungsstätten, aber auch über Kultur- und Ferieneinrichtungen verfügt. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft habe aber auch gezeigt, daß andere Bereiche der DDR-Wirtschaft nicht mehr in

der Lage gewesen seien, die für eine Abwanderung aus der Landwirtschaft notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Ackerbau sei es gelungen, Anfang der 80er Jahre die Mechanisierung weitestgehend abzuschließen, während sie in der Viehwirtschaft einen erheblichen Rückstand aufgewiesen habe. Die Beschäftigten der DDR-Landwirtschaft hätten einen hohen Qualifikationsgrad erreicht. Durch den Einsatz dieser hochqualifizierten Fachleute sowie von Wissenschaft und Technik habe eine stabile und die Bevölkerung jederzeit mit Nahrungsmitteln versorgende Landwirtschaftsproduktion geschaffen werden können. Verglichen mit der Gesamtwirtschaft der DDR habe die Landwirtschaft den stabilsten Wirtschaftszweig gebildet.

Erfolgreich habe die zweite Zielstellung der SED-Agrarpolitik, die Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land, umgesetzt werden können. Dazu hätten u. a. die Sicherung geregelter Arbeitszeiten und des Urlaubs sowie das Sozial- und Rentenversicherungssystem gezählt. Das habe sich auch in vielfältigen Sozialeinrichtungen wie landärztlichen Ambulatorien, Kinderbetreuungsstätten oder Schulbauten, in einer verbesserten Verkehrsanbindung, dem Bau von Wohnungen und Kulturhäusern, bei kulturellen Veranstaltungen, im Bau von Sportanlagen und in der Erweiterung des Freizeitangebotes geäußert. Auf dem Land sei ein Sozialsystem eigener Art entstanden. Es habe einen hohen Beschäftigungsgrad gegeben, und der Lebensstandard habe sich durch die LPG beträchtlich erhöht. Das Leben auf dem Lande habe einen hohen Grad von Gemeinschaftlichkeit ausgewiesen.

5.2.3 Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft

Prof. Dr. Horst Pätzold beschäftigte sich in seinem Sachverständigenbeitrag und seiner Expertise mit den Mitteln und Methoden zur Durchsetzung der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Kollektivierung der selbständigen Bauern in der sowjetischen Besatzungszone sei von der KPD ursprünglich nicht vorgesehen gewesen. Die im Zuge der Bodenreform entstandenen Höfe seien Eigentum der Kleinbauern gewesen. Sie seien bei Aufgabe des Betriebes oder im Todesfall an den Bodenfonds zurückgefallen. Politische Ziele und wirtschaftliche Gründe seien von der SED benutzt worden, um mit der Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ab 1952 eine neue Etappe in der Landwirtschaftspolitik einzuleiten.

Die Bildung einer neuen Klasse, der Genossenschaftsbauern, habe den Einfluß der Mittel- und Großbauern auf dem Dorfe eindämmen sollen, die einer gezielten Diskriminierung ausgesetzt gewesen seien. Dies habe zu einer großen Fluchtbewegung der drangsalierten Bauern in den Westen geführt, die lediglich durch den Volksaufstand am 17. Juni 1953 und ein vorübergehendes Einlenken des Staates kurzfristig abgeebbt sei.

Diener des Staates bei der Kollektivierung sei die nach 1945 neu aufgebaute Justiz gewesen. Die Gesetzgebung habe den selbständigen Bauern nahezu alle Bedingungen eines wirtschaftlichen Überlebens entzogen, um sie dann als Saboteure und Verbrecher zu brandmarken und zu verurteilen. Mit Hilfe dieser Klassenjustiz sei der Aufbau des Sozialismus auf dem Lande durchgesetzt worden. Der Ablauf der Prozesse (entweder unter Ausschluß der Öffentlichkeit oder als Schauprozess) habe unter Mißachtung der wesentlichen Rechtsnormen die gnadenlose Zielsetzung der vom Politbüro gesteuerten Politik offenbart, den Berufsstand der selbständigen Bauern auszulöschen. Viele Geständnisse seien erpreßt worden.

Den Bauern seien für eine gewisse Zeitspanne der passive Widerstand (mit gegenseitiger Hilfe bei der Sollerfüllung), die Flucht in den Westen oder schließlich die Resignation und der Eintritt in die LPG geblieben. Anklage gegen Bauern seien fallengelassen worden, wenn sie sich zum Eintritt entschlossen hätten. Die zumeist wegen Wirtschaftsverbrechen oder Sabotage gefällten Urteile hätten in der Regel den Vermögenszug und damit den Verlust des Hofes bedeutet. Somit sei auch den Familien der Verurteilten die Existenzbasis entzogen worden, und nach der Strafverbüßung hätten die Bauern selten eine passende Arbeit zu finden vermocht.

Trotz des psychischen und physischen Drucks der Partei auf die Mittel- und Großbauern sei der Flächenanteil der LPG ab 1952 nur langsam angestiegen. Er habe 1959 erst 50 % erreicht, so daß sich die SED zu radikaleren Methoden der Überzeugungsarbeit entschlossen habe. Die massenhafte Entsendung linientreuer Genossen in die Dörfer zu Beginn des Jahres 1960 habe zu einem noch nicht dagewesenen Terror gegenüber den sich noch immer weigernden Bauern geführt. Nach wochenlanger „Bearbeitung“ seien bis Mitte März 1960 auch die letzten Einzelbauern „zum freiwilligen Eintritt in die LPG“ genötigt worden. Verzweiflungsakte der Betroffenen bis zum Suizid seien zu beobachten gewesen, aber die Linie der Partei - die Vollgenossenschaftlichkeit auf dem Dorfe - sei durchgesetzt worden.

Nach anfänglich großen Schwierigkeiten hätten sich die LPG in den folgenden Jahren allmählich konsolidieren können und bis 1989 einen relativ stabilen Faktor in der Volkswirtschaft der DDR dargestellt. Der Generationswechsel habe die Vorkommnisse der 50er Jahre allmählich verblassen lassen, und nach der Wiedervereinigung sei die Großflächenbewirtschaftung als positives Erbe zu betrachten. Dessen ungeachtet bleibe die Kollektivierung eine Unrechtstat, die allein einer politischen Zielstellung zuzuordnen gewesen sei. Der Bauer sei nicht Subjekt sondern Objekt dieser Politik gewesen, die seinen Berufsstand vernichtet habe. Bei Überlebenden und Angehörigen der von der Kollektivierung Betroffenen seien häufig irreversible körperliche und psychische Schäden aufgetreten, und so mancher Bauer habe nach mehrjähriger Haftverbüßung nicht mehr die Kraft gefunden, eine neue Existenz aufzubauen. Rechtlich sei den enteigneten Bauern im Einigungsvertrag der Anspruch auf ihr Eigentum zugesichert worden. Kaum einer habe jedoch geahnt, welche bürokratischen Hemmnisse dabei zu überwinden seien, so daß manch einer schließlich auf die Wiedergutmachung verzichtet habe. Gerechtigkeit habe der Rechtsstaat den durch die Bodenreform Enteigneten nicht gebracht. Die Bundesrepublik habe sich den Besitz der Großagrarien mit der Begründung angeeignet, daß die Enteignung vor der Gründung der DDR durch die Besatzungsmacht erfolgt sei. Den wenigsten Betroffenen sei es jedoch um die Wiederherstellung der alten Zustände, sondern lediglich um eine Entschädigung aus dem Verkauf ihres Eigentums durch die Treuhand gegangen. Immerhin hätten die durch die Kollektivierung geschädigten Bauern zumindest das Recht, den Anspruch auf ihr Eigentum geltend zu machen. Auch wenn der Instanzenweg lang und schwierig sei, habe für diese Gruppe von Bauern das Rechtsempfinden wiederhergestellt werden können.

5.2.4 Maritime Wirtschaft

Dr. Heiner Heseler behandelte in seinem Sachverständigenbeitrag und in seiner Forschungsstudie das Thema „Ausgangsbedingungen, Chancen, Optionen - Die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit der Wende“. Historisch bedeutsam sei, daß die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern bzw. in den drei Nordbezirken nach dem Krieg neu aufgebaut worden sei. Lediglich die Neptunwerft habe schon vor dem Krieg als größere Werft existiert. Die maritime Wirtschaft sei auf größtmögliche Autarkie ausgerichtet gewesen. Daher habe sie bis zum Ende der 80er Jahre expandieren können. Schiffe seien die wichtigsten Exportgüter der DDR gewesen, 60 % seien an die UdSSR geliefert worden.

Die maritime Wirtschaft sei demzufolge in die industrielle Arbeitsteilung der RGW-Staaten²² eingebunden gewesen. Dies habe die Entwicklung des Serienschiffbaus auf lange Zeiten (anders als in den westlichen Industriestaaten) ermöglicht. Diese Entwicklung habe sich positiv auf die Beschäftigung, aber negativ auf die Innovation und die Produktivität ausgewirkt. Wichtig sei gewesen, daß eine verlässliche langfristige Nachfrage bestanden habe, dies wiederum im Gegensatz zu den westlichen Industriestaaten, in denen seit Beginn der 70er Jahre ein Käufermarkt geherrscht habe.

Die Entwicklung der maritimen Wirtschaft sei durch die Kombinatistruktur bedingt gewesen. Alle Zulieferer, Forschungseinrichtungen, Dienstleistungsbetriebe hätten zum Kombinat gehört. Zwei Drittel aller Arbeiten seien Eigenleistungen des Kombinats gewesen, ein Drittel Zuleistungen von außen. Diese Konzentration habe zu einer hohen Abhängigkeit der Regionen von der maritimen Wirtschaft geführt. Zudem sei die maritime Wirtschaft nicht in ein regionalökonomisches Geflecht eingebunden gewesen.

Insgesamt sei die maritime Wirtschaft - eingebunden in die Arbeitsteilung Osteuropas - 1989 sehr leistungsfähig gewesen und habe über sehr qualifizierte Belegschaften verfügt, wenngleich sie durch Rückstände in der Produktivität, bei Technologien, technischen und materiellen Kapazitäten sowie durch unmoderne Unternehmensorganisationen geprägt gewesen sei.

Nach der Wende habe die Währungsunion bewirkt, daß 70 - 80 % der Kunden der maritimen Wirtschaft ihre Kosten in DM hätten zahlen müssen, dazu jedoch nicht in der Lage gewesen seien. Zudem sei mit dem Zusammenbruch der UdSSR auch unmittelbar die Nachfragestruktur zusammengebrochen. Dies habe insbesondere für den Schiffbau gegolten. Diese Entwicklungen hätten zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der maritimen Wirtschaft geführt. In der Umbruchphase seit der Wende seien binnen kurzer Zeit alte, über vier Jahrzehnte gewachsene Strukturen innerhalb von Konzernen/Kombinaten und Unternehmen wie auch zwischen den Betrieben zerstört worden. Neue Strukturen seien weitgehend von außen in die Region hineingetragen worden - durch die Treuhandanstalt, durch neue private Eigentümer, durch Neuansiedlungen und Existenzgründungen sowie durch neu entstandene ökonomische und politische Institutionen.

²² RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Optionen, Risiken und Chancen zwischen den einzelnen Branchen und Kombinatn der maritimen Wirtschaft seien unterschiedlich gewesen. Im Schiffbau sei zunächst die Sanierung vor der Privatisierung als Unternehmenspolitik der Deutschen Maschinen- und Schiffbau AG (DMS) verfolgt worden, bis sich schließlich die Privatisierung durch Verkauf an westliche Schiffbaukonzerne und anschließende Sanierung durchgesetzt habe. Zeitweilig sei auch die Option verfolgt worden, die Werften als selbständige Betriebe einzeln zu privatisieren und zu modernisieren. Die Deutsche Seereederei sei zunächst als der erfolgversprechendste Kandidat für eine Sanierungsstrategie vor der Privatisierung erschienen, bis sich schließlich der Vorrang der Privatisierung durchgesetzt habe. Trotz erheblicher Widerstände und divergierender Interessenlagen habe das Unternehmen internationale und nationale Kooperationen eingehen können und sich - allerdings bei massivem Personalabbau und Ausflaggen von Schiffen - am Markt behaupten können. Die Ausgangsposition der Häfen sei zunächst am ungünstigsten erschienen, sei doch bereits mit der Währungsunion der Überseeverkehr vollständig entfallen. Gleichwohl hätten sich die Häfen, und hier insbesondere Rostock, über Nischenpositionen hinaus auf neuen Feldern auch im Verhältnis zur westlichen Konkurrenz etablieren können. Es seien parallel zum Rückgang der großen Kombinatbetriebe neue Unternehmen und Dienstleistungsfunktionen entstanden.

Im Fall der maritimen Wirtschaft hätten sich sektorale und regionale Strukturen und Verflechtungen in weit stärkerem Maße als in anderen Wirtschaftszweigen überlagert. Die großen maritimen Kombinate seien mit all ihren Verästelungen vom Finalproduzenten über die Zulieferer bis hin zu den Forschungs-, Entwicklungs- und Marketingabteilungen und den Marketingunternehmen zu einem außerordentlich hohen Anteil an der Ostseeküste, und insbesondere in Rostock, konzentriert gewesen. Im Transformationsprozeß seien allerdings nicht nur alte Strukturen zusammengebrochen, überkommene Institutionen aufgelöst und tradierte ökonomische, soziale und kulturelle Verflechtungen zerstört worden. Mit dem Umbruch selbst seien zugleich neue Potentiale geschaffen worden, die freilich in erheblichem Umfang exogene Impulse vorausgesetzt hätten. Diese hätten von der Privatisierung und der damit in der Regel einhergehenden Übernahme von Unternehmen durch westliches Kapital über Existenzgründungen und Neuansiedlungen bis hin zur Schaffung neuer ökonomischer, sozialer, kultureller und rechtlicher Institutionen gereicht. Zudem sei vielen Betrieben eine mögliche Unterstützung im Strukturwandel dadurch abhanden gekommen, daß viele ostdeutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen, die in der Vergangenheit mit den maritimen Betrieben kooperiert hätten, abgewickelt worden seien.

Hoffnungen und Erwartungen zur Zeit der Wende seien enttäuscht worden, Chancen z. T. vergeben, z. T. aber auch genutzt worden. Eine endgültige Bilanz sei angesichts des Privatisierungsdebakels des Bremer Vulkan Verbundes nicht abschließend zu ziehen. Sanierung und Privatisierung seien mit einem Kapazitätsabbau und Massenentlassungen verbunden gewesen, die westliche Erfahrungen bei weitem übertroffen hätten. Für viele Arbeitskräfte habe der Verlust des Arbeitsplatzes oder das vorzeitige Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit eine persönliche Katastrophe bedeutet. Ihre frühere herausragende Bedeutung für die regionalen Arbeitsmärkte an der ostdeutschen Küste habe die maritime Wirtschaft eingebüßt. Eine Kompensation für den enormen Verlust maritimer Arbeitsplätze durch Neuaufbau von Produktionsstrukturen sei gegenwärtig nicht zu erkennen. Freilich solle eine Bewertung des Transformationsprozesses auch berücksichtigen, daß Mitte der 90er Jahre der verbliebene Kern der maritimen Wirtschaft in wichtigen Teilen eine internationale Wettbewerbsfähigkeit erlangt habe, die es künftig zu sichern und auszubauen gelte.

5.2.5 Sozialpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik in der DDR - Voraussetzungen und Wirkungen

Dr. Peter Hübner beschäftigte sich in seinem Sachverständigenbeitrag mit der Sozialpolitik der DDR. Träger der Sozialpolitik in der DDR sei weitgehend monopolisiert der Staat gewesen. Ausnahmen hätten die Kirchen und Formen der betrieblichen Sozialpolitik gebildet. Die Ausgangsbedingungen der Sozialpolitik seien die alliierten Interessen gewesen, die Arbeitskraft zu erhalten und zu sanieren, um Reparationsinteressen durchsetzen zu können. Der Anstoß zur Einheitssozialversicherung in der Sowjetischen Besatzungszone sei von der UdSSR gekommen. Eine weitere Ausgangsbedingung seien die „Sozialpolitischen Richtlinien“ der SED von 1946 gewesen. In der Sozialpolitik ließen sich fünf Phasen unterscheiden:

1. 1946 bis 1950: Erhalt des physischen Arbeitsvermögens
2. 1948 bis 1961: Favorisierung sozialer Anreizsysteme
3. 1961 bis 1971: Versuch einer stärker leistungsbezogenen Sozialpolitik bei gleichzeitigem Abbremsen sozialpolitischer Angebote
4. 1972 bis 1985: System der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als vorrangig politisches Stabilisierungsinstrumentarium
5. 1985 bis 1989: Stagnation und Krise.

Insgesamt sei zu bemerken, daß die Gestaltung von Löhnen und Preisen integraler Faktor der Sozialpolitik gewesen sei. Dadurch sei die Privilegierung der Beschäftigten bestimmter Schlüsselbereiche möglich gewesen, aber in der Gesellschaft habe dies zu großflächigen sozialen und mentalen Nivellierungstendenzen geführt, die sich leistungshemmend ausgewirkt hätten.

Das gesetzlich verankerte Recht auf Arbeit habe eine Beschäftigung aus sozialen Gründen erzwungen. Daher sei der Vergleich der Beschäftigung mit marktwirtschaftlich organisierten Arbeitsmärkten nicht ohne weiteres möglich. Der Transfer öffentlicher Ressourcen sei über Betriebe und Institutionen erfolgt. Auch der FDGB sei eine sozialpolitische Dienstleistungseinrichtung gewesen. Im Lohnsystem seien sozialpolitische Funktionen verankert gewesen. Das Gesundheitswesen sei auf den Erhalt der physischen Arbeitskraft angelegt gewesen. Als Gesamtsystem sei es eine funktionale und zweckrationale Lösung gewesen, da es eng mit planwirtschaftlichen Mechanismen verbunden gewesen sei. Positive Effekte wie etwa bei der Mütterberatung hätten negativen Auswirkungen wie bei der restriktiven Politik gegen ärztliche Niederlassungen gegenübergestanden.

In der Sozialversicherung habe keine Autonomie bestanden. Die Sozialversicherung sei als Einheitsorganisation dem FDGB zugeordnet gewesen. Das System sei nur zur knappen Hälfte über Beiträge finanziert worden, mehr als 50 % seien aus dem Staatshaushalt geflossen. Auch die Renten hätten diesen Versorgungscharakter gehabt. Die Rentenversicherung habe weitestgehend die Sicherung des Existenzminimums gewährleistet. Dennoch seien - insbesondere bei Frauen - Erscheinungen von Altersarmut aufgetreten. Die Sonderversorgungssysteme hätten als Privilegien loyalitätsstiftend wirken sollen.

Das Ziel der Familien- und Frauenpolitik sei die Mobilisierung gesellschaftlichen Arbeitsvermögens gewesen. Allerdings seien die Frauen mehrheitlich in Niedriglohnbereichen beschäftigt geblieben. Dabei sei eine hohe Frauenerwerbsquote erreicht worden. Wichtige Bereiche häuslicher Arbeit seien dementsprechend nach außen verlagert worden. In den 70er Jahren seien Versuche unternommen worden, durch familienpolitische Programme demographische Korrekturen zu bewirken, bevölkerungspolitische Effekte hätten jedoch nur kurzfristig zu Buche geschlagen.

Auch die Wohnungspolitik sei auf die Mobilisierung von Arbeitskraft angelegt gewesen. Es habe einen extensiven Arbeiterwohnungsbau gegeben, allerdings mit relativ kleinen Neubauwohnungen. Neu-, Um- und Ausbau sei bei Mängeln in der Infrastruktur mit beachtlichen Ziffern erfolgt. Ein Wohnungsmarkt habe nur in Rudimenten bestanden.

Zusammenfassend ließen sich unterschiedliche Kosten und Wirkungen des Sozialsystems beschreiben. Die Sozialpolitik sei ein besonders wirksames Instrument im Wettbewerb der Systeme gewesen. Allerdings habe sich der wirtschaftliche und sozialpolitische Bereich in den 80er Jahren sehr kritisch entwickelt. Hingegen habe das sozialpolitische Konzept der SED bei der unmittelbaren Existenzsicherung in der Nachkriegszeit Stärken gehabt. In der Folge habe es zur sozialen Nivellierung und zu Leistungsblockaden geführt. Das planwirtschaftliche System habe zur Überdehnung und Aushöhlung der eigenen Ressourcen beigetragen. Daher sei das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht reformierbar gewesen. Nach Einschätzung der Staatlichen Plankommission hätte 1989 das gesamte Versorgungssystem um 30 % zurückgefahren werden müssen, um die Balance halten zu können. Die Verschuldung sei zu diesem Zeitpunkt im internationalen Vergleich zwar nicht besonders hoch gewesen. Für einen Ausgleich sei allerdings eine kräftige Volkswirtschaft nötig gewesen, und die habe es nicht gegeben.

Die Sozialpolitik habe die Versorgungsmentalität der Bevölkerung gefördert. Gleichzeitig seien die Risiken der Lebensbewältigung verringert worden, indem sie auf die volkswirtschaftliche Ebene verlagert und damit anonymisiert worden seien. Dies habe zu einer Lähmung der sozialen Dynamik geführt. Auf der anderen Seite hätten sich durch die Mangelwirtschaft Sekundärtugenden und Praktiken entwickelt, die für offene Konkurrenzgesellschaften ungeeignet gewesen seien. Insofern hätten sich hier Modernisierungsdefizite ergeben.

Für den Transformationsprozeß sei die sozialpolitische Praxis der DDR ohne Lösungen gewesen, aber einige Einzelheiten des sozialpolitischen Systems wie Kostenfaktoren, organisatorische Straffungen oder Fragen der Kinder-, Jugend- und Seniorenbetreuung seien nach wie vor prüfenswert.

5.2.6 Soziale Situation in der DDR und in der Wendezeit in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Dietmar Wittich stellte in einer Forschungsstudie für die Enquete-Kommission Daten aus einer soziologischen Untersuchung zur Lebensweise in Städten und Dörfern vor, die 1987 in der DDR durchgeführt worden sei und in der die Haushalte einer Region des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns repräsentativ erfaßt worden seien (1.380 Haushalte). Die drei Nordbezirke hätten mit 24,6 % der Fläche der DDR fast ein Viertel ihres Territoriums umfaßt, aber nur 12,8 % der Wohnbevölkerung gestellt. 12,4 % der Berufstätigen seien hier ihrer Arbeit nachgegangen. Der Anteil an der Industrieproduktion habe 7,8 % betragen. 1987 seien hier 10,2 % der Neubauwohnungen errichtet worden, die Wohnraumsituation sei dadurch vergleichsweise günstiger als in anderen Regionen der DDR gewesen. Auf dem Territorium dieser Bezirke hätten sich 19,5 % der Wälder und 27,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR befunden. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns sei nach dem Krieg als Flüchtling hierher gekommen oder aus den südlichen Regionen der DDR zugewandert.

Verglichen mit der Altersstruktur der DDR insgesamt sei die von Mecklenburg-Vorpommern bemerkenswert ausgeglichen gewesen. Eine weitere Besonderheit des Alltags in Mecklenburg-Vorpommern in den 80er Jahren sei durch die Siedlungsstruktur deutlich geworden. Insgesamt habe der Anteil derer, die in ländlichen Siedlungen gelebt hätten, über 50 % betragen. Der hohe Anteil dieser relativ kleinen Siedlungsformen habe eine weite Verbreitung ländlicher Lebensweisen bewirkt.

Rund 75 % der Bevölkerung (über 16 Jahre) in Mecklenburg-Vorpommern seien 1987 berufstätig gewesen. Auffällig in der Struktur der Wirtschaftsbereiche seien die hohen Anteile der Landwirtschaft und auch der Industrie gewesen.

Bezüglich der sozialen Mobilität sei festzustellen, daß die DDR, die nach außen als eine strikt geschlossene Gesellschaft gegolten habe, intern bemerkenswert offen gewesen sei. Aufstiegs-erfahrungen seien relativ verbreitet gewesen, bei Frauen eher der schrittweise Aufstieg. Die Ergebnisse der Daten würden bedeuten, daß der Zugang zu beruflicher Bildung eine Normalität gewesen sei. Ebenso seien in der familialen Sozialisation erworbene Alltagspraktiken und Kulturstile in die „neue“ soziale Gruppe mitgenommen worden. Es habe also in dieser Hinsicht in Mecklenburg-Vorpommern eine Durchmischung stattgefunden mit der Tendenz einer Angleichung. Dies habe vor allem bedeutet, daß Zugänge zu anspruchsvoller Arbeit, zu Verantwortung und zu veränderten Alltagskulturen relativ normale Möglichkeiten dargestellt hätten.

Nicht nur aus heutiger Sicht erscheine die Einkommenssituation in Mecklenburg-Vorpommern relativ bescheiden. Zudem sei die Höhe der zur Verfügung stehenden Einkommen sozial differenziert gewesen. Es habe deutliche Unterschiede zwischen und in den verschiedenen sozialen Gruppen gegeben.

Die Selbstversorgung mit pflanzlichen und tierischen Produkten aus eigener Erzeugung habe in Mecklenburg-Vorpommern zu DDR-Zeiten einen erheblichen Umfang angenommen. Die hohen Selbstversorgungsraten seien mit der ländlichen Prägung der Region zu erklären. Darüber hinaus habe es auch einen Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Haushalte gegeben.

Die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern habe in Mehrfamilienhäusern (Mietshäusern) gelebt. Aber auch der Anteil der in Ein- und Zweifamilienhäusern Lebenden sei erheblich gewesen. Am häufigsten seien in Mecklenburg-Vorpommern Wohnungen mit drei Räumen gewesen. Etwa ein Viertel der Wohnungen habe vier Räume gehabt. Größere Wohnungen habe es relativ wenige gegeben. Der Anteil kleinerer Wohnungen mit zwei oder mit nur einem Wohnraum sei gleichfalls relativ gering gewesen. Im Sinne der Belegungsdichte (Wohnraumsituation) hätten knapp 28 % der Haushalte bequem gelebt, rund 30 % in ausgewogener Situation, aber mehr als 40 % in beengten Verhältnissen. Bei der Ausstattung der Haushalte sei festzustellen gewesen, daß die überwiegende Mehrzahl an das Wasserleitungsnetz angeschlossen gewesen sei. Lücken habe es offenbar lediglich in den kleinen Ortsteilen gegeben. Moderne Heizungssysteme seien deutlich weniger verbreitet gewesen, ebenso habe die Region hinsichtlich der Ausstattung mit Telefonen deutlich unter dem insgesamt niedrigen Niveau der DDR gelegen. Nur jeder fünfte Haushalt habe über diese Kommunikationsmöglichkeit verfügt. Den vorliegenden Daten zufolge habe aber der Motorisierungsgrad in der untersuchten Region von Mecklenburg-Vorpommern 1987 leicht über dem Durchschnitt der DDR gelegen (57 % gegenüber 51 % in der DDR insgesamt).

Soziale Differenzierungen hätten sich im Besitz von Geräten und Gegenständen gezeigt, die über die traditionelle Ausstattung hinausgegangen und für mehr Lebensqualität oder Bequemlichkeit im Alltag dagewesen seien: Farbfernseher, automatische Waschmaschine, Gefrierschränke, Videorecorder und Heimcomputer. Farbfernseher und Gefrierschränke habe es in jedem zweiten Haushalt, automatische Waschmaschinen in 40 % der Haushalte gegeben. Eine Schreibmaschine habe sich nur in jedem fünften Haushalt gefunden, Videorecorder und vor allem Heimcomputer seien sehr selten gewesen. Aber auch andere Faktoren hätten die soziale Differenzierung bewirkt, so z. B. Unterschiede in den alltagskulturellen Stilen.

Nach den zugänglichen Daten sei in den Alltagsbeziehungen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren der DDR ein intensives Geflecht familialer und sozialer Beziehungen typisch gewesen, und diese Beziehungen hätten eine hohe Wertschätzung genossen. Dabei habe insbesondere der Bereich der Arbeit für das Netz der Sozialbeziehungen einen relativ hohen Stellenwert gehabt.

Mit der Hausarbeit seien in Mecklenburg-Vorpommern zu DDR-Zeiten die Frauen wesentlich intensiver befaßt (und damit belastet) gewesen als Männer. Nehme man die ebenfalls festgestellte Ungleichverteilung bei der Beschäftigung mit Kindern dazu, so seien Frauen offenbar zu dieser Zeit auf Kinder, Versorgung der Familien und Reinigungsarbeiten festgelegt gewesen - eine ausgesprochen traditionell anmutende Arbeitsteilung. Da die Mehrzahl der Frauen zugleich berufstätig gewesen sei, habe sich daraus eine beträchtliche Doppelbelastung ergeben. Bei der Untersuchung über die Arbeitszufriedenheit sei angesichts des zum Alltag in der DDR gehörenden Ärgers im Betrieb erstaunlich gewesen, daß die Zufriedenheit mit der Arbeit ... hoch gelegen habe. Insgesamt 80 % seien mit ihrer Arbeit voll oder doch überwiegend zufrieden gewesen. Diese hohe Zufriedenheit sei allgemein festzustellen gewesen. Mit ihren Wohnungen seien die Menschen 1987 in Mecklenburg-Vorpommern zufriedener als mit der Wohnungssituation im Wohnort allgemein gewesen. Dies sei aus der damaligen Situation heraus durchaus erklärbar. Gegen Mängel in der eigenen Wohnung habe man etwas tun können: renovieren, etwas reparieren oder auswechseln. Gegen Widrigkeiten im Ort oder Wohngebiet habe jedoch die Selbsthilfe enge Grenzen gehabt. Bei der Untersuchung der Zufriedenheiten und Unzufriedenheiten könne aus heutiger Sicht manches überraschen.

Dazu zähle, daß es am meisten Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen im Ort gegeben habe. Die eigene Stadt und das eigene Dorf seien offenbar den Bewohnern noch relativ sauber erschienen. Ansonsten hätten Dinge im Vordergrund gestanden, auf die in der DDR in der Tat relativ viel Wert gelegt worden sei: öffentliches Gesundheitswesen und Kindereinrichtungen. Bemerkenswert sei auch der hohe Stellenwert der sozialen Beziehungen im Ort gewesen. Darüber hinaus seien solche Sachen angegeben worden, die man einfach hingenommen, an die man sich gewöhnt habe: Arbeitswege, Berufsverkehr, Nahverkehr. Daß der Fernsehempfang weit vorn rangiert habe, sei nicht verwunderlich gewesen. Fast überall habe man Westsender empfangen können.

Mit allen Positionen, zu denen es verbreitet Unzufriedenheit gegeben habe, seien allgemeine gesellschaftliche Probleme der DDR verbunden gewesen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern allenfalls auf besondere Weise dargestellt hätten. So sei der Spitzenplatz der Kultur- und Sporteinrichtungen auf dieser Liste als eine indirekte Kritik an der fast ausschließlichen Orientierung auf den Neubau von Wohnungen zu werten.

Die Präsentation dieser Daten über wesentliche Seiten des täglichen Lebens und der sozialen Situation in der DDR könnten helfen, möglichst leidenschaftslos die Rahmenbedingungen von Alltag in dieser Zeit zu beschreiben. Damit würde sich die Möglichkeit eröffnen, die Geschichte der DDR so aufzuarbeiten, daß sich die Menschen mit ihren DDR-Biographien darin wiederfinden könnten.

5.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, wies darauf hin, daß beim Thema „Kollektivierung der Landwirtschaft“ auch Materialien der Gauck-Behörde auszuwerten seien, die das Zusammenwirken der verschiedenen staatlichen und Parteiorgane bis hin zum MfS bei der Zwangskollektivierung dokumentieren könnten. Zu untersuchen sei die Vorbereitung gezielter Denunziationsmaßnahmen und die Kriminalisierung von Bürgern sowie die Frage, ob auch heute noch persönliche Verantwortlichkeiten in den drei Nordbezirken belegbar seien. Die Darstellung der Strukturbrüche im soziokulturellen Bereich seien wichtig für die Beschreibung der nach der Zwangskollektivierung einhergehenden Veränderungen in der dörflichen Gemeinschaft. Es sei notwendig, dies zu dokumentieren, damit es nicht zu Geschichtsverfälschungen komme, wie ganz konkret der individuelle Terror gegen Bürger organisiert worden sei, die sich, aus welchen Gründen auch immer, dem staatlich vorgegebenen Kollektivierungsbeschluß widersetzt hätten. Notwendig seien Forschungen über Handlungskonzepte der DDR-Führung in den 80er Jahren angesichts der bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit der DDR. Dabei müßte die Frage der Verteilung der Lasten für die Sozialpolitik auf spätere Generationen genauer betrachtet werden.

Vorsitzender Rainer Prachtl sprach sich für die genauere Untersuchung der Rolle der Parteien, z. B. der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, im Prozeß der Kollektivierung aus. Auf der Grundlage der beschriebenen Situation der maritimen Wirtschaft seien die Modernisierungschancen für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern und deren Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen zu untersuchen. Infolge des Zusammenbruchs der alten Kombi-Strukturen und beim Aufbau neuer regionaler Wirtschaftsstrukturen müßten die Chancen des Tourismus stärker genutzt werden.

Hier lägen sehr viele Vorteile und auch deutliche Steigerungsmöglichkeiten, was die Zahl der Arbeitsplätze angehe. Darüber hinaus sei der Vertrieb einheimischer Produkte gezielt zu fördern. Die demographische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern nach 1989, und dabei insbesondere die Motive bei der Familienplanung müßten genauer untersucht werden. Interessant sei dabei der Aspekt, daß der prozentuale Anteil der Taufen im Verhältnis zu den Geburten erheblich angestiegen sei.

Aus der Sicht von Kommissionsmitglied Elfriede Brückner sei die Frage zu untersuchen, welche Rolle die Volkseigenen Güter (VEG) zur Stärkung der Rolle der Arbeiterklasse auf dem Lande gespielt hätten. Sie habe den Eindruck, daß während der letzten großen Fluchtwelle aus der DDR 1989 die Anzahl der Fliehenden aus dem Territorium des heutigen Mecklenburg-Vorpommern wesentlich geringer zu sein schien als aus den Südbezirken. Die Ursachen dafür seien zu untersuchen.

Nach Ansicht von Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke sei zur Kollektivierung zu fragen, ob die Vergabe von neuem Land (10 Hektar) an Flüchtlinge und Neubauern eine bewußte Täuschung gewesen sei, da die Kollektivierung als Zielvorstellung bereits existiert habe. Die politischen Gründe für die Zerstörung der Landesstruktur beim Verfall und bei der Auflösung ganzer Dörfer müßten noch herausgearbeitet werden. Hierbei seien Güter bewußt zerstört worden oder alte Konzentrationspunkte, z. B. Kirchorte oder Standesamtsorte, aufgelöst worden. Eine wichtige politische Bedeutung für den Erhalt einer gewissen Eigenständigkeit hätten Bauerninitiativen gehabt. Dies sei z. B. gut bei katholischen Bauern in der Gegend von Teterow zu beobachten gewesen.

Kommissionsmitglied Dr. Enno Dieckhoff erklärte, daß er nach der Wende davon ausgegangen sei, daß es in Mecklenburg-Vorpommern auf die drei Standbeine Landwirtschaft, Werften und Tourismus ankomme. Angesichts der dargestellten Entwicklungen bleibe als wichtigstes Feld mit Entwicklungsmöglichkeiten der Tourismus. Vom Tourismus könne aber ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern unmöglich leben. Daher müßten vor allem bezüglich der landwirtschaftlichen Entwicklung, aber auch bezüglich der Werften Arbeitsmöglichkeiten für die Zukunft entwickelt werden. Zur Sozialpolitik seien durch die Sachverständigenbeiträge zwei Seiten deutlich geworden. Natürlich sei jedem, der in der DDR gelebt habe, klar gewesen, daß die Sozialpolitik zu einer Nivellierung und zu einem Abbau von eigenverantwortlicher Initiative geführt habe. Ebenso klar sei gewesen, daß eine weitgehend verfehlte Intelligenzpolitik betrieben worden sei. Ein anderer Aspekt sei allerdings gewesen, daß mit der Berufstätigkeit der Frauen die Selbständigkeit und die Gleichberechtigung der Frauen stehe und falle. Daher könne die Berufstätigkeit der Frauen in der DDR nicht nur unter dem Aspekt der Mobilisierung von Arbeitskraft bewertet werden.

Kommissionsmitglied Dr. Dieter Frielinghaus wies zur Frage der Entwicklung der Taufzahlen darauf hin, daß als Hintergrund zu betrachten sei, daß politische Umbrüche auch ideologische Umbrüche seien. So gebe es für viele Menschen das Gefühl, daß die Landesgötter gewechselt hätten, denen man seine Referenz erweisen müsse. Dies sei sogar unterstützt worden, als z. B. bei der erstmaligen Abgabe der Lohnsteuerkarten auf dem Meldeamt in seiner Region auch ein Vertreter der Kirche dabei gewesen sei, der die Vorzüge dargestellt habe, die eine Kirchenzugehörigkeit biete.

Abgeordneter Dr. Arnold Schoenenburg plädierte ebenfalls dafür, den Tourismus, der im Augenblick die einzige Wachstumsbranche in Mecklenburg-Vorpommern sei, zu stärken. Ein wichtiges Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung könne darüber hinaus die Wiederherstellung von Wirtschaftskreisläufen in Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage von Landwirtschaft und verarbeitender Industrie sein. Zur Sozialpolitik sei zu bemerken, daß selbstverständlich Systeme immer nur in Systemen funktionieren könnten. Insofern sei es nicht möglich gewesen, das Sozialsystem der DDR im politischen System der Bundesrepublik zu erhalten. Viele Bürger dieses Landes hätten ganz schmerzhaft verspürt, was das für Folgen habe. Es stimme, daß die Nivellierung die Entwicklung von Leistungsmotiven verhindert habe, was eine der entscheidenden Bedingungen für das Ende der DDR gewesen sei. Es sei nun aber zu fragen, wie es unter den gegebenen Bedingungen möglich sei, eine andere Sozialpolitik zu betreiben, da überall im Land angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der steigenden Mieten eine gewisse soziale Sicherheit vermißt werde. Ebenso seien Möglichkeiten einer anderen Frauenförderung und anderer Formen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik aufzuzeigen. Zu untersuchen sei zudem der Einfluß der DDR-Sozialpolitik auf die Entwicklung des Sozialsystems in der Bundesrepublik Deutschland (z. B. bei Tarifverhandlungen).

6. Bildung/Wissenschaft/Erziehung/Kultur²³

6.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission

Die Kommission befaßte sich mit dem Themenschwerpunkt „Bildung/Wissenschaft/Erziehung/-Kultur“ unter folgenden Fragestellungen:

1. Bildung/Wissenschaft/Kultur in den drei Nordbezirken der DDR und in Mecklenburg-Vorpommern heute
2. Politische Instrumentalisierung von Bildung, Erziehung und Wissenschaft
3. Wissenschaft im Dienst der Befestigung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität
4. Christliche Jugend und Repression im Bildungs- und Freizeitbereich
5. Auswirkungen des Volksbildungssystems der DDR auf das Leben und Verhalten der Bürger in der Gegenwart

Bearbeitung des Themenschwerpunktes:

Der Themenschwerpunkt „Bildung/Wissenschaft/Erziehung/Kultur“ wurde in der 24. Sitzung der Enquete-Kommission behandelt, die als öffentliche Veranstaltung am 28.09.1996 in der Aula der Universität Greifswald stattfand. Im Vorfeld dieser Veranstaltung wurde am Vorabend in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde Greifswald im Jacobiturm im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission eine Theateraufführung gezeigt. Es handelte sich dabei um eine Estrade zu Heiner Müllers Stück „Die Umsiedlerin“, aufgeführt von Studierenden des Instituts für Schauspiel an der Hochschule für Musik und Theater Rostock. Im Anschluß an die Aufführung fand eine Podiumsdiskussion mit den Besuchern, Schauspielern und dem Regisseur sowie den Mitgliedern der Enquete-Kommission statt.

²³ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. III Anträge, Debatten, Berichte (1996), S. 9-112.

Die öffentliche Veranstaltung gestaltete sich wie folgt:

Zum Bereich Kultur:

Georg Lichtenstein
Betroffen und befangen - zum Umgang mit Kultur

Prof. Otto Kummert
Anspruch und Grenzen der gestaltenden Kunst in der visuellen Kommunikation

KMD Hartwig Eschenburg
Kirchenmusik in der DDR - Erfahrungen jenseits staatlicher Kulturhoheit

Zu den Bereichen Wissenschaft/Erziehung/Bildung:

Prof. Dr. Günther Wildenhain
Hochschulen und Wissenschaft in der DDR und im vereinigten Deutschland

Prof. Dr. Ernst Albert Arndt
Durchsetzung politischer Macht am Beispiel der Rostocker Universität

Dr. Wolfgang Schmidtbauer
Zwischen Aufbruch und Erstarrung - Bemerkungen zum Schulwesen zwischen 1945 und 1990

Prof. Dr. Jörg Ohlemacher
Repression gegen die christliche Jugend im Bildungs- und Freizeitbereich

Willibald Bratrschovsky
Möglichkeiten von Nischen in der Schule - Erfahrungsbericht eines Lehrers

Von der Kommission vergebene Forschungsstudien zum vorliegenden Themenschwerpunkt (es werden die für diesen Themenschwerpunkt relevanten Gliederungspunkte einbezogen):

- 1. Bildung, Wissenschaft und Kultur in den drei Nordbezirken der DDR²⁴**
unter Leitung von Dr. Heinz Koch
 1. Bildung
 - 1.1 Die Bildungskonzeption von 1945 bis 1990 (Prof. Dr. Werner Naumann)
 - 1.2 Zum Wandel in der Struktur der allgemeinbildenden Schulen, dargestellt am Beispiel des Landkreises Bützow 1946 bis 1990 (Dr. Wolfgang Schmidtbauer)
 - 1.3 Zur Entwicklung der Lehrerbildung (Prof. Dr. Werner Naumann)
 2. Wissenschaft
 - 2.1 Zur Entwicklung der Universitäten und Hochschulen 1945 bis 1990 (Dr. Heinz Koch)
 - 2.2 Ausgewählte Probleme der Wissenschaftsentwicklung in den drei Nordbezirken der DDR
 - 2.2.1 Grundzüge der Entwicklung der Philosophischen Fakultät an der Universität Rostock 1946 bis 1989/90 (Prof. Dr. Werner Pade)
 - 2.2.2 Forschungen zur Zeitgeschichte Nordeuropas in Greifswald 1970 bis 1990 (Dr. Fritz Petrick)
 - 2.2.3 Zu Problemen der Wissenschaftsentwicklung an der Universität Rostock (Dr. Maria Bothe)
 - 2.2.4 Spezielle Aspekte der Hochschulausbildung von Schiffsoffizieren in Warnemünde-Wustrow (Dr. Manfred Hessel)
 - 2.3 Epilog
 - 2.3.1 Abwicklung und Neuorientierung ab 1990, untersucht an Fachrichtungen der Universität Rostock (Prof. Dr. Werder Pade)
 - 2.3.2 Akademische Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern (Prof. Dr. Werder Pade/Dr. Christine Weidermann)
 3. Kultur
Zur Kulturentwicklung 1945 bis 1990 (Prof. Dr. Rolf Richter/Prof. Dr. Heinz Quitzsch)

²⁴ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VIII Expertisen und Forschungsstudien (1997, in Druck).

2. Aufarbeitung und Versöhnung - zum Umgang von Gesellschaft mit Kultur unter dem Titel „Kultur als Wert oder Last“²⁵

Autor: Georg Lichtenstein

1. Begriffsbestimmung und Eingrenzung
2. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“
3. Beschlüsse weisen die Richtung (1950)
4. Stalins Tod und seine Folgen (1953)
5. „Welchem viel gegeben ist, bei dem wird man viel suchen“ (Luk. 12/48)
6. Im Zeichen betonierter Endgültigkeit
7. Tiefschläge
8. Theater
9. Kirchen und Bürger „ordnen ihre Angelegenheiten“ nach Artikel 39 der Verfassung der DDR
10. Höhenflug und Bruchlandung
11. Die Wende
12. Die neue Zeit fordert heraus
13. Kulturföderalismus
14. Wie (nord)ostdeutsche Theater leben seit 89`
15. Was dazukam und was bleiben sollte

3. Analyse zur Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der Ausgangslage in den drei Nordbezirken der DDR²⁶

Autor: Prof. Dr. Günther Wildenhain

Einführende Bemerkungen

1. Rückblick auf das Hochschulsystem der DDR
2. Die Wende an der Universität Rostock
3. Die Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern
4. Studienreform in Deutschland

Persönliche Nachbemerkungen

4. Repression gegen die christliche Jugend im Bildungs- und Freizeitbereich²⁷

Autoren: Prof. Dr. Jörg Ohlemacher, Prof. Reimund Blühm
unter Beratung von Prof. Martin Onnasch

1. Einleitung (J. Ohlemacher)
2. Das repressive Erziehungs- und Bildungssystem der DDR (R. Blühm)
3. Kommentierte Dokumentation und Literaturhinweise (J. Ohlemacher)

²⁵ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VI Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 9-154.

²⁶ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VIII Expertisen und Forschungsstudien (1997, in Druck).

²⁷ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VII Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 101-233.

5. Religiöses Brauchtum und kirchliches Leben im Alltag der DDR - zwischen Anfechtung und Behauptung²⁸

Erarbeitet vom Heinrich-Theissing-Institut Schwerin unter Mitwirkung von Bernd Schäfer, Georg Diederich, Renate Krüger, Martin Henschel, Felicitas Koppe, Roland Fischer, Endredaktion: Georg Diederich

2. Religiöses Brauchtum und kirchliches Leben im Alltag der DDR - Dokumentation über Anfechtung und Behauptung in ausgewählten Regionen der ehemaligen drei Nordbezirke
 - 2.1 Die staatlich erzwungene Einführung atheistischer Rituale in der DDR am Beispiel des Bezirkes Rostock (Georg Diederich)
 - 2.2 St. Josefsheim in Stralsund - eine Geschichte von Anfechtung und Behauptung (Roland Fischer)
 - 2.3 Die Zurückdrängung und Unterdrückung religiöser Selbstdarstellung wie Prozessionen, Wallfahrten und anderer Formen des religiösen Lebens (Renate Krüger)
 - 2.4 Kirchliches Leben und religiöses Brauchtum in Rostock. Einige Beispiele von Anfechtung und Behauptung in der Zeit von 1945 bis 1989 (Martin Henschel)

6.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen sowie aus den Forschungsstudien

6.2.1 Zum Bereich Kunst und Kultur

In seinem Sachverständigenbeitrag analysierte **Georg Lichtenstein** zugleich als Betroffener und Zeitzeuge die Situation von Kunst und Kultur in der DDR. Er kam zu den Feststellungen, daß Kunst und Kultur eines jeden Volkes Werte seien, daß sie Auskunft über die erreichte Lebensqualität einer Gesellschaft geben könnten, indem sie den erreichten Wohlstand und Lebensstandard abbildeten, und daß sie letztlich immer ein ideologiefreies Zeitprodukt darstellten. Kunst und Kultur in der DDR hätten einen hohen Stellenwert gehabt, seien aber instrumentalisiert worden für die Ideologie der herrschenden Partei. Diese habe sich im gesellschaftlichen Auftragswesen gezeigt, die von Partei und Staat ständig begleitet worden sei, und sie habe auch ihren Niederschlag in der Alltagspraxis „Kunst ist Waffe“ gefunden, mit deren Anspruch man die ständige politische Schulung von Künstlern und Kulturschaffenden im Parteilehrjahr gerechtfertigt habe. Den Künstlern sei buchstäblich ins Handwerk gepfuscht worden. Auch das Bemühen, die Arbeiterklasse insgesamt und den Proletarier als Einzelperson zum Kunstgegenstand zu kreieren, sei Ausdruck für die ideologische Einmischung gewesen. Zur Beschreibung der Situation von Kunst und Kultur in der DDR gehöre aber auch, daß die Kunst- und Kulturschaffenden, sofern sie „Anerkannte“ gewesen seien, in relativ hoher sozialer Sicherheit gelebt hätten. Ebenfalls sei zu bemerken, daß die Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses auf hohem Niveau erfolgt sei. Ferner gehöre zur Schilderung der Situation von Kunst und Kultur in der DDR, daß es gelungen sei, das Kulturprivileg zu brechen und allen Interessierten Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht zu haben. Kunst- und Kulturrezeption sei im wesentlichen keine Frage der finanziellen Aufwendungen durch den einzelnen gewesen. Das habe vorausgesetzt, daß hohe staatliche Subventionen für Kunst und Kultur eingesetzt worden seien, insbesondere für die Kunst- und Kulturförderung von Kindern und Jugendlichen.

²⁸ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VI Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 195-250.

Erfolgskriterium für Kunst und Kultur habe in politischen Zielkriterien bestanden. Die Phasen der Entwicklung des Kunst- und Kulturschaffens hätten sich damit in Abhängigkeit von der politischen Entwicklung der DDR gestaltet, wobei auch phasenweise Lockerungstendenzen zu verzeichnen gewesen seien. In Folge der politischen Erfolgskriterien sei die Situation für viele Aktive subjektiv höchst unbefriedigend geblieben. Bei „politischer Zuverlässigkeit“ hätten Kunst- und Kulturschaffende über einen relativen Ermessensspielraum verfügen können, was schizophrene Erscheinungen der Dialektik von Schein und Sein hervorgebracht habe. Bedauernswert sei auch zu bemerken, daß Kunst und Kultur in der DDR überwiegend nicht als Medium internationaler Kommunikation gedient habe, sondern auf die DDR beschränkt geblieben sei. Erste Lockerungen seien erst Ende der 80er Jahre eingetreten.

Nach der Wende seien Kunst und Kultur ebenso wie Wissenschaft, Forschung und Lehre laut Grundgesetz Artikel 5 (3) frei. Kunst- und Kulturförderung sei laut Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern, Artikel 16 Sache des Landes geworden. Kunst- und Kulturschaffende hätten für ihr kreatives Wirken nunmehr alle Freiheiten, ihnen stünden alle Wege zu Selbstverwirklichung und Pluralismus in ihrem Schaffen offen. Insofern seien Kunst und Kultur objektiv wie subjektiv zu einer neuen Herausforderung geworden. Das gelte unter den Bedingungen der Marktwirtschaft als risikvoll und sei nur in geringerem Maße sozial abgesichert. Kunst- und Kulturschaffende beklagten heute fehlende Interessenvertretungen in der Politik. Der Trend zur sozialen Segregierung trete auch im bezug auf Kunst- und Kulturrezeption zutage. Die Mehrheit der Bevölkerung (ca. 80 %) schein heute kaum noch ein Bedürfnis nach Kultur zu haben, während der verbleibende geringere Rest Kulturbedürftiger (ca. 20 %) zum größeren Teil (ca. 14 %) finanziell nicht oder nicht mehr in der Lage sei, sich Kultur (noch) leisten zu können. Somit verbleibe ein verschwindend kleiner Teil (ca. 6 %), der heute willens und in der Lage sei, sein Kulturbedürfnis entsprechend befriedigen zu können. Damit sei das Kulturprivileg wiederhergestellt.

Im Zeitzeugenbeitrag von **Prof. Otto Kummert**, der zu Anspruch und Grenzen der gestaltenden Kunst in der visuellen Kommunikation sprach, kam zum Ausdruck, daß sich die bildende Kunst und die aus ihr hervorgegangene Gebrauchsgrafik - wie die Kultur ganz allgemein - in der DDR besonderer Fürsorge und gutgemeinter Hege durch die Partei und die Regierung der DDR erfreut habe. Gebrauchsgrafik und Grafikdesign seien unentbehrlich gewesen und hätten eine feste Position in der Gesellschaft innegehabt. Grafikdesign sei im staatlichen Fernsehen, in den Redaktionsstuben der Illustrierten, in den Plakatverlagen und beim Gestalten der Banknoten wirksam geworden. Es sei eine Kunst gewesen, die sich nützlich gemacht habe, was staatlicherseits auch anerkannt worden sei. Trotz enormer Probleme, die viele der Designer mit der alltäglichen, ideologisch verhärteten Auftragsvergabepraxis gehabt hätten, sei doch bis heute unübersehbar, daß sie sich in ihren Werken zu einer Gesellschaft bekannt hätten, in der man produktiv und friedlich leben können. Auch auf dem Gebiet der Gebrauchsgrafik sei zu beobachten gewesen, daß die Entwicklung analog der gesellschaftlichen Entwicklung in bezug auf die politische Beeinflussung abgelaufen sei. So habe die zunehmende geistige Verfremdung und der materielle Niedergang gegen Ende der DDR immer weniger kaschiert werden können. Wahrhaft lösbare gesellschaftliche Inhalte habe es bereits seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr gegeben. Die Beteiligten hätten den Eindruck gehabt, daß die verantwortlichen Funktionäre wenig Sachverstand hätten walten lassen und soweit abgehoben gewesen seien, daß sie nichts mehr von den Tagesproblemen der Menschen in der DDR hätten begreifen können.

Umso erstaunlicher sei die unübersehbare, scheinbar im stillen Widerstand dagegen gewachsene, unerschütterliche positive Grundhaltung vieler Künstler gewesen, die mit ihren achtenswerten Kunstwerken zum Ausdruck gebracht hätten, daß eine differenzierte Haltung, aber auch eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart für sie wichtige Grundbedingung ihres Schaffens gewesen seien. Diese Verantwortung und diese Moral seien für sie bis heute ein wichtiger Maßstab für ihre Arbeit, für ihre selbstbestimmte Entscheidungsfähigkeit, für ihre Kulturfähigkeit und für ihren Anspruch auf Individualität. Das sei unter den Bedingungen der Marktwirtschaft möglicherweise wichtiger geworden als zu Zeiten der DDR.

Kirchenmusikdirektor Hartwig Eschenbach führte in seinem Zeitzeugenbericht aus, daß in bezug auf die Kirchenmusik als einem gesonderten Kulturbereich, der der Kirche zuzurechnen sei, unter den Bedingungen der DDR gleichermaßen die Majorisierung durch die restriktive Politik von Partei und Staat gegolten habe. Das habe zusätzlich auch das Ziel gehabt, die Bedeutung der Kirche im allgemeinen und der Kirchenmusik im besonderen abzuwerten. Alle Aktivitäten der Kirchenmusik seien, wenn schon nicht durchgängig verhindert, so doch grundsätzlich behindert worden. Er wolle an die Schwierigkeiten im Umgang mit Reisemöglichkeiten, Druckgenehmigungen, Schallplattenaufnahmen u.a. erinnern. Jedwede Genehmigung sei durch die Bezirksleitung der SED zu erteilen gewesen. Systematisch habe man staatlicherseits versucht, eine Konkurrenz durch Theaterchöre aufzubauen, die geistliche Werke zur Aufführung gebracht hätten, um somit die Auftrittsnötigkeit für die Kirchenmusik zu reduzieren. Dennoch sei eine stetige Arbeit gegen diese systematischen Widerstände möglich, sei politischer Opportunismus keine notwendige Konsequenz gewesen, habe man unter dem Schutz der Kirche eine qualitativ hochwertige Arbeit leisten können, die Motivation und Kraftquell für viele Menschen habe werden können. Die Bedingungen heute seien auch für die Kirchenmusik schwieriger geworden und durch höhere Bindung an materielle Voraussetzungen als zu DDR-Zeiten gekennzeichnet. Marktwirtschaft und grenzenlose Konsummöglichkeiten verwirrten die Menschen, das sei auch in der Kirchenmusik zu bemerken.

Die Forschungsstudie, erarbeitet unter Leitung von Dr. Heinz Koch, wies im Abschnitt „Zur Kulturentwicklung 1945 bis 1990“, in der Bearbeitung von **Prof. Dr. Rolf Richter** unter Mitarbeit von **Prof. Dr. Heinz Quitzsch** aus, daß die kultur- und kunstpolitischen Entwicklungsbedingungen sozialistisch geprägt gewesen seien. Insbesondere sei für die Entwicklung der 50er Jahre die Orientierung auf den sozialistischen Realismus typisch, die Hegemonie des Staates in jeglicher Darstellung, zugleich aber auch die politische Verfolgung angeblicher Staatsfeinde durch die Kunst- und Kulturpolitik, wie zum Beispiel Walter Janka und Wolfgang Harich. Die 60er und 70er Jahre hätten eine zunehmende restriktive Reglementierung durch die Politik der Partei erkennen lassen, die sich in Nichtzulassungen von Büchern, Kinofilmen, Fernsehstücken, Hörspielen und Bühnenstücken gezeigt habe. Es sei die Tendenz zur Idealisierung und Schönfärberei des sozialistischen Lebensalltags in den Kunst- und Kulturprodukten zu erkennen gewesen. Zugleich hätten viele Künstler sich diesem Dogma verweigert, seien außer Landes gegangen bzw. ausgebürgert worden. Die Restriktionen im Kunst- und Kultursektor seien in den 80er Jahren eskaliert und hätten sogar zum Verbot von sowjetischen Zeitschriften, Filmen und Theaterstücken geführt, die im Sinne von Glasnost und Perestroika zunehmende gesellschaftliche Öffnung eingefordert hätten. Kunst- und Kulturschaffende hätten sich zunehmend an Friedenstagen beteiligt und damit ihrem Kampf gegen die Raketenstationierung Ausdruck verliehen.

Für die 80er Jahre sei zugleich typisch, daß in den Kunst- und Kulturprodukten zunehmende Auftragsgefälligkeit zu erkennen gewesen sei. Alle diejenigen, die sich hier nicht hätten einpassen lassen, seien chancenlos geblieben. Zugleich sei aber auch erkennbar, daß im Kunst- und Kultursektor eine sorgfältige Begabtenförderung des Nachwuchses stattgefunden habe, daß die Fach- und Hochschulen steigende Ausbildungszahlen zu verzeichnen gehabt hätten. Das Kunst- und Kulturschaffen sei in den 80er Jahren zunehmend zentralistisch gesteuert und kontrolliert worden. Dies hätten der Verband bildender Künstler, der Schriftstellerverband, der Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler und der Verband der Theaterschaffenden übernommen. In der DDR habe sich ein breites laienkünstlerisches Schaffen entwickelt. Vielfältige Kunstausstellungen hätten in allen Regionen der DDR stattgefunden. Die Menschen hätten sich Kunst und Literatur auch individuell aneignen können. Es sei festzustellen, daß das Kunst- und Kulturprivileg gebrochen worden sei und daß es keiner besonderen materiellen Voraussetzungen bedurft habe, um Kunst und Kultur zu rezipieren.

6.2.2 Zum Bereich Bildung und Erziehung

In seinem Sachverständigenbeitrag wies **Dr. Wolfgang Schmidtbauer** nach, daß sich bezüglich Bildung und Erziehung - analog zu Kunst und Kultur - eine phasentypische Entwicklung abgezeichnet habe, die in Abhängigkeit von der politischen Entwicklung der DDR verstanden werden müsse. Schmidtbauer wies vier Phasen aus, die er wie folgt beschrieb:

1. Phase: 1945 bis 1949

Sie sei gekennzeichnet gewesen durch Neubesinnung nach dem Ende des Hitlerfaschismus und das Bemühen um einen neuen Aufbruch. Es seien relative Freiräume bei Lehrern und Schülern möglich gewesen, laut Erstem Schulgesetz habe man noch das Ziel der Mündigkeit der Heranwachsenden im Auge gehabt. Anspruch und Hoffnungen auf Reformpädagogik hätten bestanden. Die Lehrpläne seien als inhaltlicher Rahmenplan für die konkrete Unterrichtsgestaltung zu handhaben gewesen. Über allem habe das politische Ziel gleicher Chancen für Kinder aller sozialen Schichten sowie für Stadt- und Landkinder gestanden.

2. Phase: 1949 bis Mitte der 50er Jahre

Dieser Zeitraum sei auch in Bildung und Erziehung von den Bedingungen zunehmender Stalinisierung gezeichnet gewesen. Im Vordergrund habe das Primat der Erziehung zu jungen Sozialisten gestanden. Im Schulalltag hätten schulpolitisch-pädagogische Restriktionen und Reglementierungen zugenommen. Die Lehrpläne seien zunehmend unflexibler geworden und hätten didaktisch starre Muster verfolgt. Bestimmend sei die Anlehnung an die Sowjetpädagogik nach stalinistischem Vorbild gewesen. Die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern als politische Zielsetzung sei einseitig zuungunsten der Kinder mit anderer sozialer Herkunft vorangetrieben worden, wobei Leistungskriterien in den Hintergrund getreten seien.

3. Phase: Mitte der 50er Jahre bis Mitte der 60er Jahre

Diese Phase sei gekennzeichnet gewesen durch das Ende des Stalinismus und die einsetzende Entdogmatisierung. Während dieser Zeit habe sich das sozialistische Schulwesen in den Farben der DDR herauszubilden begonnen, das im Zweiten Schulgesetz (über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens der DDR vom 02.12.1959) festgeschrieben worden sei. Das Lehrplandogma habe sich wieder gelockert und sei durch schul- und kreiseigene Pläne ersetzbar gewesen. Die zehnjährige Schulpflicht und der polytechnische Unterricht seien eingeführt worden. Für Lehrer und Schüler seien die restriktiven Grenzen gleichermaßen vorübergehend gefallen, die ihrer Selbständigkeit bisher auferlegt gewesen seien. Ansätze zur Diskussion einer Reformpädagogik seien wieder in den Bereich des Möglichen gerückt.

4. Phase: Mitte der 60er Jahre bis zur Wende

Diese Phase sei dadurch charakterisiert, daß der Erziehungsauftrag eindeutig auf die Heranbildung junger Kommunisten orientiert und die Erziehung zu Heuchelei und Doppelzüngigkeit befördert habe. Die Lehrpläne seien wieder in ihrer starren und absoluten Verbindlichkeit Richtschnur für die Unterrichtsgestaltung gewesen. Der Freiraum für reformpädagogische Ansätze sei endgültig verwirkt gewesen. Statt dessen sei die Eingrenzung der Freiräume und eine Totalverschulung von Schülern und Lehrern auf die Tagesordnung getreten. Die Erziehung sei dazu angetan gewesen, Dogmatiker heranzubilden. Allerdings sei die Nutzung von selbstverantworteten Freiräumen möglich gewesen, insbesondere durch mutige Lehrer, denen es wichtiger gewesen sei, ihren Schülern Vorbild zu sein, als sich opportunistisch an die Vorgaben anzupassen. Im Schulsystem sei während dieser Phase eine Gleichmacherei im Leistungsanspruch und im Umgang mit den Fähigkeiten der Heranwachsenden typisch gewesen.

Insgesamt gesehen würde es das Bild des Schulwesens der DDR zwischen 1965 und 1990 verfälschen, wolle man nur auf die negativen Seiten verweisen. Das Bildungsprivileg habe gebrochen werden können. Und auch die Mehrheit der Lehrer habe eine solide Unterrichtsarbeit geleistet, die darauf gerichtet gewesen sei, ihren Schülern Fähigkeiten zu vermitteln, sie zu Selbständigkeit und Selbsttätigkeit zu erziehen, vielfältige Interessen zu wecken und sich in vorbildlicher Weise auch im sozialen Bereich um das einzelne Kind zu bemühen.

In dem Sachverständigenbeitrag und der Forschungsstudie von **Prof. Dr. Jörg Ohlemacher** über die Repression gegen die christliche Jugend im Bildungs- und Freizeitbereich kam zum Ausdruck, wie Kinder und Jugendliche unter den Auswirkungen gelitten hätten. Prof. Ohlemacher erinnerte an das Primat der SED-Ideologie für das gesamte Bildungswesen und an das Erziehungsziel, das die sozialistische Persönlichkeit mit seiner allseitigen Bildung, mit einem festen Klassenstandpunkt und mit Parteilichkeit im Sinne des Sozialismus-Kommunismus angezielt habe. Dieses sei von der Vorschulerziehung bis zur beruflichen Weiterbildung bestimmend gewesen. Die Unterdrückung von Kindern und Jugendlichen, die sich zum christlichen Glauben bekannt hätten, habe in repressiven Aktionen gegen sie bestanden, die sie wegen ihres Einstehens für ihre religiöse Überzeugung in Wort und Tat hätten hinnehmen müssen. Es sei eine Diffamierung des christlichen Glaubens an der Tagesordnung gewesen, der als vorgeschichtliches, mystisches Phänomen und als unwissenschaftliches und unmarxistisches Verhalten lächerlich gemacht worden sei. Kinder und Jugendliche, die ihren christlichen Glauben nicht bereit gewesen seien zu verleugnen, hätten Ausbildungsbehinderungen hinnehmen müssen.

Der ständige Einfluß auf Kinder und Jugendliche, sich von ihrem Glauben zu lösen, sei bei „positivem“ Ausgang als humane Tat gewertet und positiv sanktioniert worden. Das Bekenntnis, gläubig zu sein, habe in der DDR als Synonym für „feindlich negative“ Einstellungen gegolten. Es habe potentielle Möglichkeiten zum Einsatz administrativer Mittel oder auch politischer Unterdrückungsmaßnahmen heraufbeschworen. Dies sei als willkürliche Auslegung des Rechts in Folge des Fehlens einer politisch unabhängigen Justiz deutlich geworden. Der Besuch einer Erweiterten Oberschule sei für Kinder aus christlichen Elternhäusern nur schwer möglich gewesen. Die Verweigerung der Jugendweihe und die Entscheidung zur Konfirmation hätten in der DDR Folgen gehabt. Berufskarrieren seien von der Teilnahme an der Jugendweihe abhängig gemacht worden. Insbesondere in den frühen 50er Jahren sei diese Praxis forciert betrieben worden, ebenso wie der Kampf gegen die Junge Gemeinde, der auch im schriftlich eingereichten Zeitzeugenbeitrag von **Ulrich Schirow** belegt werden konnte. Insgesamt seien Bildung und Erziehung in der DDR ideologisch bestimmt gewesen, in ihrer Praxis antireligiös und in ihrer Organisationsform zentralistisch gelenkt und kontrolliert. In dem Sachverständigenbeitrag und, ausführlicher noch, in der Forschungsstudie von Prof. Ohlemacher wurden Einzelbeispiele vorgestellt, die die Willkür des staatlichen Eingreifens und das chancenlose Ausgeliefertsein der Betroffenen zweifelsfrei nachzeichneten.

Auch die Forschungsstudie des Heinrich-Theissing-Instituts unter redaktioneller Leitung von **Dr. Georg Diederich** belegte anschaulich Strategie und Praxis der Partei im Umgang mit den Kirchen über den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR. Einzelfallschilderungen, insbesondere aus den späten 50er und frühen 60er Jahren wiesen nach, daß der Kampf der Institution Kirche ebenso wie ihren humanistischen und Bildungseinrichtungen gegolten habe, die massiv in ihrer Arbeit behindert worden seien. Verfolgung und Behinderung seien ebenso auf Einzelpersonen und ihre Familien gerichtet gewesen, sofern sie sich geweigert hätten, den staatlichen und politischen Vorgaben zu folgen. Auch dies wurde durch Einzelfälle eindrucksvoll belegt.

Der Zeitzeugenbericht von **Willibald Bratrschovsky** führte aus, wie die Erziehungspraxis zur Doppelzüngigkeit zu einer Normalität im Alltag geworden sei. DDR-Bürger hätten das private Nischendasein geführt, sie hätten eine private und eine öffentliche Meinung entwickelt, und sie hätten damit der Versuchung widerstehen wollen, sich ihrer persönlichen Meinung wegen in gewisse Zwänge drängen zu lassen. Das Nischendasein habe sich im wesentlichen in fünf Nischen vollzogen:

Die erste Nische sei das Schweigen gewesen, das sich zu einem unverzichtbaren Schutz entwickelt habe. Die zweite Nische habe im Verheimlichen bestanden, um unliebsamen Problemen auszuweichen bzw. sie abzuwenden. Die dritte Nische sei das Verweigern gewesen, das zuweilen bei konsequenter Haltung nicht zu umgehen gewesen sei. Die vierte Nische habe er als Lehrer im Kontakt zu den Eltern gesehen, der persönliche Integrität ermöglicht habe und Eltern, Kindern und Lehrern Hoffnung gemacht habe. Die fünfte Nische sei der Freundeskreis gewesen, in dem man sich vertrauensvoll habe öffnen können - was aber oft genug zum Verrat geführt habe, wie sich nach der Wende herausgestellt habe. Doppelzüngigkeit und Nischendasein seien das Ergebnis von Anpassung, von Ausweichen, von Gewissenszwängen und von dem Wunsch, auf eine Karriere nicht verzichten zu wollen, gewesen, weil politisch Angepaßte sich ihrer Karriere sicherer gewesen seien, eher zur Erweiterten Oberschule und zu den Universitäten zugelassen worden seien als diejenigen, die aus ihrer politisch abweichenden Meinung kein Hehl gemacht hätten.

Zusammenfassend wurde das Bildungswesen in der Forschungsstudie „Bildung, Wissenschaft und Kultur in den drei Nordbezirken der DDR“ unter Leitung von Dr. Heinz Koch im Abschnitt „Bildungskonzeption 1945 - 1990“, erarbeitet von **Prof. Dr. Werner Naumann**, kennzeichnet als

- herrschaftsstabilisierend mit ideologisch-akzentuierten Bildungszielen
- antireligiös und diffamierend für diejenigen, die sich zum christlichen Glauben bekannt hätten
- undifferenziert in der Praktizierung der Einheitsschule
- chancengleich für Stadt- und Landkinder
- bevormundend verschulend für Lehrer und Schüler
- reglementierend und restriktiv in der Forderung zur Einhaltung vorgegebener Normbegrenzungen
- eingeengt im Theorieverständnis, in der pragmatischen Lehrerausbildung und im Primat des Marxismus-Leninismus.

Nach Kriegsende habe der Befehl Nr. 40 der SMAD (20.09.1945) an die deutschen Verwaltungsbehörden der Länder zur Schaffung der materiellen und personellen Voraussetzungen für die Beschulung aller Kinder sowie zur politischen und fachlichen Schulung der Lehrer die wichtigsten Bedingungen dafür geschaffen, daß Schulunterricht wieder möglich gewesen sei. Noch im Ersten Schulgesetz (1952) sei die Mündigkeit ein erklärtes Erziehungsziel gewesen. Das habe sich aber rasch geändert. Bereits im Zweiten Schulgesetz (1959) sei dieses Ziel nicht wieder aufgetaucht. Vielmehr sei darauf orientiert worden, Erziehung und Bildung auf eine antifaschistische Erziehung auszurichten, (fragwürdige) politische und ideologische Erziehungsziele durchzusetzen - z.B. den Haß auf den Klassenfeind -, und die Kinder im Sinne der wissenschaftlichen Weltanschauung zu jungen Sozialisten zu erziehen. Die Einheitsschule, die zunehmend herausgebildet worden sei, habe schließlich mit einem Defizit in der Bildung geendet. Dafür sei ein undifferenziertes Unterrichtssystem ebenso bestimmend gewesen wie unzureichende Vorbereitung auf das Abitur und die Hochschulreife sowie unzureichende Begabtenförderung. Die Brechung des Bildungsprivilegs sei grundlegend mißlungen. Zwar habe man anfangs Erfolge darin erzielen können, daß Arbeiter- und Bauernkinder Bildungsdefizite hätten abbauen können, aber zunehmend sei deutlich geworden, daß sich die sozialen Schichten in immer höherem Maße wieder aus sich selbst rekrutierten. 1987 habe sich der Anteil der Arbeiterkinder an den Abiturienten auf 9% belaufen. Die einseitige Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern sei auch insofern bedenklich gewesen, als sie einhergegangen sei mit Benachteiligungen von Kindern privater Einzelhändler, Unternehmer und Intellektueller. Der Umstand, daß der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern an höheren Bildungswegen sich zunehmend rückläufig gestaltet habe, sei u.a. darin begründet gewesen, daß Bildung in der DDR nicht als besonders erstrebenswert angesehen worden sei. Dies habe vor allem daran gelegen, daß das Lohn- und Gehaltsgefüge der DDR ziemlich angenähert gewesen sei und Bildung sich letztlich „nicht gerechnet“ habe.

Der Abschnitt „Zum Wandel in der Struktur der allgemeinbildenden Schulen, dargestellt am Beispiel des Landkreises Bützow 1946 - 1990“ von **Dr. Wolfgang Schmidtbauer**, der Teil der Forschungsstudie „Bildung, Wissenschaft und Kultur in den drei Nordbezirken der DDR“ unter Leitung von Dr. Heinz Koch ist, wurde herausgestellt, daß über die Jahre des Bestehens der DDR eine zunehmende Schülerzahl in den Klassenstufen 1 bis 8 bis Ende der 70er Jahre zu beobachten gewesen sei, danach habe sich die Schülerzahl rückläufig entwickelt. Für die Klassenstufen 9 bis 12 sei ein Anstieg bis zum Ende der 60er Jahre zu verfolgen gewesen, die danach rückläufige Tendenz angenommen habe. Die Lehrerzahl sei über die Jahr hinweg bis zum Ende der DDR ansteigend geblieben und habe ihren Höchststand 1989 ausgewiesen. Sehr bald nach Kriegsende sei vom Mehrstufenunterricht abgewichen worden. In den Folgejahren sei die Zentralschule geschaffen worden, sei später zum Aufbau eines stabilen Netzes zentraler Schulen übergegangen worden und habe schließlich der Übergang zur zehnjährigen Pflichtschule in der DDR stattgefunden. Dies sei als Prozeß der Zentralisation zu beschreiben und im Territorium des heutigen Bützow nachzuweisen, der insgesamt mehr als 30 Jahre gedauert habe. Es könne konstatiert werden, daß es in der DDR gelungen sei, die materiellen und personellen Bedingungen des allgemeinbildenden Schulsystems zwischen Stadt und Land zu vereinheitlichen und damit die Chancengleichheit herzustellen.

6.2.3 Zum Bereich Wissenschaft

Unter Einbeziehung der Sachverständigen- und Zeitzeugenbeiträge während der öffentlichen Veranstaltung in Greifswald sowie der Aussagen in den vorliegenden Forschungsstudien sind folgende Hauptaussagen zu treffen:

Prof. Dr. Günther Wildenhain erinnerte an die Situation zu DDR-Zeiten, die dadurch bestimmt gewesen sei, daß in den drei Nordbezirken die beiden Universitäten Greifswald und Rostock, die Pädagogischen Hochschulen in Güstrow und Neubrandenburg, die Technische Hochschule Wismar sowie die Seefahrtshochschule Warnemünde/Wustrow die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses getragen hätten. Hinzu seien Mitarbeiter in Außenstellen Berliner künstlerischer Hochschulen in Rostock und Schwerin sowie Mitarbeiter in Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR gekommen. Insgesamt habe es sich um ein beachtliches Wissenschaftspotential im Norden gehandelt, für das erhebliche Mittel aus dem Staatshaushalt der DDR bereitgestellt worden seien. Im nachhinein sei jedoch einzuschätzen, daß das Verhältnis von Wissenschaftlerpersonal und erbrachten Leistungen unrealistisch gewesen sei, so daß aus heutiger Sicht von verdeckter Arbeitslosigkeit im akademischen Bereich gesprochen werden könne. Die Personalstruktur habe einen hohen Anteil an unbefristeten Mitarbeiterstellen festgeschrieben, was auch positive Effekte hinsichtlich der Studentenbetreuung gehabt habe. Zu erinnern sei an einen nicht unerheblichen Anteil von Personen, der für wissenschaftsfremde Leistungen bezahlt worden sei: die hauptamtlichen Stellen von Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Leitungen. Diese personelle Überbesetzung habe sich nach der Wende als strukturelle Erblast aus DDR-Zeiten erwiesen.

Spezifika des Hochschulsystems hätten darin bestanden, daß es keine Überfüllung an Hochschulen und Universitäten gegeben habe, daß die Regelstudienzeiten generell eingehalten worden seien, daß man eine straffe Studienorganisation praktiziert habe und daß dies mit einer sehr intensiven Studentenbetreuung verbunden gewesen sei. Er wolle daran erinnern, daß die Zulassung zur Erweiterten Oberschule, zur Abiturstufe und zum Studium an politisch-ideologische Grundvoraussetzungen geknüpft gewesen sei. Formen der Studienorganisation hätten Gängelung und Entmündigung der Studenten bedeutet. Jede Studienrichtung sei mit einer Grundausbildung im Fach Marxismus-Leninismus verbunden gewesen, in dem die kommunistische Ideologie den zukünftigen Wissenschaftskadern habe vermittelt werden sollen. Eine zentral geregelte Arbeitsplatzvermittlung habe abgesichert, daß jeder Studienabgänger einer Arbeitstätigkeit nach Studienbeendigung habe nachgehen können. Ein Karriereaufstieg sei an Zugeständnisse gegenüber Partei und Staat gebunden gewesen, fachliche Defizite hätten durch politisches Wohlverhalten ausgeglichen werden können.

Insgesamt sei einzuschätzen, daß die Durchdringung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik durch die kommunistische Ideologie nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus erfolgt und den Mechanismen der SED-Diktatur gefolgt sei. Die politische Infiltration habe das gesamte Bildungs- und Hochschulsystem durchzogen. Innerhalb der Wissenschaft hätten wissenschaftsfremde Einflüsse zu Deformationen ganzer Wissenschaftsbereiche geführt.

Nach der Wende habe die Aufgabe gestanden, die Verwerfungen aus 40 Jahren SED-Diktatur zu beseitigen. Es sei um die Erneuerung der Hochschulen und Universitäten und ihrer Kader gegangen. Dieser Prozeß habe sich durch Westdominanz ausgezeichnet. Die Konstruktion des Einigungsvertrages mit einer Orientierung auf das Hochschulrahmenrecht habe keine Chance für eine Gleichstellung der ost- und westdeutschen Kollegen geboten. Die Erwartungen und Hoffnungen an den Prozeß der personellen Erneuerung der Hochschulen und Universitäten sei insbesondere bei den „politisch Unbestechlichen“ aus DDR-Zeiten und bei den Wendeaktiven enttäuscht worden. Trotz hoher wissenschaftlicher Qualifikation und Befähigung hätten sie nur geringe Berufschancen gehabt. Die Erneuerung habe nicht das Ende der beruflichen Karrieren, aber Verzögerungen und Einschränkungen, zuweilen auch Karrierebrüche bedeutet. Der Erneuerungsprozeß habe sich für viele schmerzhaft gestaltet, die vor der Wende staatsnah und privilegiert gewesen seien. Hauptorientierung für den Erneuerungsprozeß habe der Grundsatzbeschuß des Kabinetts vom Mai 1991 gebildet, der auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates sowie der Hochschulstrukturkommission des Landes beruht habe. Dem sei auf der Basis des Einigungsvertrages die kurzfristig geforderte Abwicklungsentscheidung vom Dezember 1990 vorausgegangen. Betroffen seien davon insbesondere extrem ideologierelevante Sektionen und Institute gewesen, wie die Sektion Marxismus-Leninismus und ihre Nachfolgeeinrichtungen. Der Grundsatzbeschuß des Kabinetts vom Mai 1991 habe die langfristige Grundlage für die Neugestaltung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern verfolgt. Kerngedanken seien dabei gewesen:

- Entwicklung der beiden Universitäten des Landes zu Volluniversitäten
- Eingliederung der beiden Pädagogischen Hochschulen und der Hochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow in die Universitäten
- Gründung von drei Fachhochschulen in Stralsund, Neubrandenburg und Wismar
- die Option für die inzwischen gegründete Hochschule für Musik und Theater
- die Gründung einer Reihe außeruniversitärer Forschungseinrichtungen.

Die Schwäche der Hochschulpolitik des Landes habe zweifellos in ihrer Inkonsequenz, Zögerlichkeit und Halbherzigkeit gelegen, was sich bis heute fortsetze - zum einen im Hinblick auf die Finanzierung durch den Landeshaushalt, zum anderen durch die immer weiter reduzierte Studienplatzzielzahl.

Die Akademie-Institute seien nicht in wünschenswertem Maße in die föderal organisierte Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland einzupassen gewesen, von daher sei zu ihrem Übergang das Wissenschaftlerintegrationsprogramm (WIP) gegründet worden, das im Dezember 1996 ausgelaufen sei. Damit habe die Vernichtung von Forschungskapazitäten in einem historisch einmaligen Ausmaß stattgefunden, was einen der größten wissenschaftspolitischen Mißerfolge der Nachwendezeit darstelle. Die freigesetzten Wissenschaftler, die nicht im WIP hätten untergebracht werden können, hätten Übergangsfinanzierungen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefunden, hätten sich umschulen lassen oder seien in die Arbeitslosigkeit gegangen.

Weiterbeschäftigte hätten keine generelle Überleitung in ein Beamtenverhältnis erwarten können, wie das für die alten Bundesländer zutrefte, sondern Einzelfallprüfungen unterlegen. Für Mecklenburg-Vorpommern sei typisch, daß die Verbeamtungentscheidungen durch sehr restriktive Linien gekennzeichnet gewesen seien im Vergleich zu den übrigen neuen Bundesländern. Über die Entscheidung zur Weiterbeschäftigung habe eine Ehrenkommission beschlossen. Die Bilanz an der Universität Rostock weise aus (Stand 28.05.1995), daß 89 % der Universitätsmitarbeiter weiterbeschäftigt worden seien und nur für 3,3% eine Weiterbeschäftigung nicht empfohlen worden sei.

Die personelle Neugestaltung auf der Basis einer neuen Stellenstruktur habe sich durch Übernahmeverfahren vollzogen. Für die neue Stellenstruktur sei charakteristisch:

- Der Stellenbestand liege unter dem vorherigem Niveau. Es sei eine Reduktion von 5673 auf 3734 Stellen erfolgt (Stand 1992). Das Kriterium habe in der Mindestausstattung hinsichtlich der vorgesehenen Studiengänge bestanden.
- Das Stellenkonzept bilde eine knappe, aber auskömmliche Grundlage für einen erfolgreichen Studienbetrieb.
- An den Universitäten und Fachhochschulen des Landes werde ein qualitativ hochwertiges Studienangebot gewährleistet und in 90% der Regelstudienzeit eingehalten, wobei die individuelle Studentenbetreuung noch gewährleistet werden könne.
- Zur Professorenübernahme habe es 24 Professorenübernahmekommissionen gegeben. Von 932 Anträgen sei in 352 Fällen der Übernahme stattgegeben worden. Für die Übernahme der Wissenschaftler im Mittelbau habe es Übernahmekommissionen auf Fakultätsebene gegeben, wobei ein Drittel der Stellen bundesweit ausgeschrieben worden sei. Jeder politisch unbelastete und fachlich überragend qualifizierte Wissenschaftler habe eine sichere Übernahmekchance in Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Viele gerichtliche Einsprüche seien durch Vergleich beendet worden und stellten für das Land eine erhebliche finanzielle Belastung dar.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die Neugestaltung der Hochschullandschaft und der inneren Struktur der Hochschulen nicht durch eine schematische Übernahme der Verhältnisse der alten Bundesländern geprägt gewesen sei. Die Einseitigkeit, die letztlich durch das Planungssystem der DDR erzeugt worden sei, habe schrittweise durch Berufungen „von außen“ überwunden werden können. Die Orientierung auf Technik, Wirtschaft, Landwirtschaft und Sozialwesen sei an die Hoffnung geknüpft gewesen, positive Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung der Region zu stimulieren. Die Gründung der Hochschule für Musik und Theater sei eingedenk der bestehenden Tradition, daß dies im Land als unabdingbar notwendiges Glied in einem differenzierten Hochschulsystem erforderlich sei und für Kunstpflege auch ausbildungsmäßig Sorge getragen werden müsse, erfolgt.

Mit Sorge sehe er den Fortgang der Entwicklung an den beiden Landesuniversitäten. Die Argumentation, daß aufgrund knapper Kassen gespart werden müsse, sei als Argument falsch, kurzsichtig und in der Langzeitwirkung sehr gefährlich. Bildungsinvestitionen seien langfristig wirkend und eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung. Dies zeige auch der Blick in die Wissenschaftspolitik wirtschaftlich prosperierender Länder. Die Anpassung der Bildungsausgaben an die allgemeine Spartendenz mit dem Hinweis auf die Armut des Landes führe nur dazu, daß das Land immer ärmer werde und daß es sich der Voraussetzungen beschneide, aus denen langfristig Impulse für den Aufschwung resultierten. Die seit der Wende positiv zu bewertende Entwicklung an den Wissenschaftseinrichtungen des Landes dürfe durch keine weitere Störung gefährdet werden.

Der Zeitzeugenbericht von **Prof. Dr. Ernst-Albert Arndt** bestätigte den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Universitäten und der Durchsetzung des politischen Machtanspruchs der SED am Beispiel der Rostocker Universität zu DDR-Zeiten. Für diese Entwicklung zeige er fünf Phasen auf:

Die **erste** Phase sei dadurch charakterisiert gewesen, daß nach dem Kriegsende eine optimistische Aufbruchsstimmung vorgeherrschte habe.

Die **zweite** Phase - etwa bis Mitte der 50er Jahre - habe Tendenzen einer gesamtdeutsch erscheinenden einheitlichen wissenschaftlichen Entwicklung ausgewiesen.

Die **dritte** Phase, etwa seit dem Mauerbau 1961, habe den Versuch der politischen Ausrichtung des Lehrkörpers auf die Ausbildungs- und Lehrtätigkeit an den Hochschulen und Universitäten ganz deutlich hervortreten lassen. Als Beispiel wolle er anführen, daß der damalige Prorektor Prof. Heidorn zwischen politisch tragbaren und politisch nicht tragbaren Wissenschaftlern unterschieden habe.

Die **vierte** Phase, die bis Ende der 60er Jahre gereicht habe und die Erste und Zweite Hochschulreform eingeschlossen habe, sei durch die Praxis der politischen Disziplinierung gekennzeichnet gewesen und weise vielfältige negative Sanktionen gegenüber denjenigen auf, die sich diesem Zwang zu widersetzen versucht hätten.

Die **fünfte** Phase habe Ende der 60er Jahre nach der 3. Hochschulreform eingesetzt und sich durch folgende typische Erscheinungen ausgezeichnet:

- Durchsetzung der SED-Politik in der Wissenschaft; wissenschaftliche Räte seien gegründet worden, die Wissenschaftsorganisation habe sich übersichtlicher gestalten lassen, eine bessere Kontrolle sei gewährleistet gewesen,
- verstärkte Beförderung liniengetreuer Gefolgsleute in der Wissenschaft,
- Ausrichtung des Lehrauftrags auf die Erziehung junger Kommunisten,

- Orientierung in Forschung und Lehre auf die ökonomischen Belange der DDR, wobei die gezielte Einbindung der Universitätsforschung in die Belange der Wirtschaft vorangetrieben worden sei.

Nach der Wende sei die Chance zu einem zweiten und kaum erhofften Neuanfang zum Wohle der Universität gegeben gewesen. Die Überprüfung des Lehrkörpers mit Ehrenkommissions-, Überleitungs- und Übernahmeentscheiden, die fach- und sachkundig orientiert gearbeitet hätten, manchmal allerdings auch mit ausgeprägten Konkurrenzdenken, habe auf neue und tragfähige Strukturen an der Universität Rostock orientiert. Zu Beginn des Wintersemesters 1992/93 sei eine von der Schweriner Landesregierung bestätigte neue Struktur der Universität vorhanden gewesen. Seit 1993 sei jedoch eine unselige Entwicklung der Diskussion um Finanzen und Strukturen zu beobachten, die nicht nachzuvollziehen sei, insbesondere nicht die Überlegung, daß schon zwei Universitäten für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu viel sein sollten. Diese beiden Universitäten seien unbedingt notwendig, ebenso die Fachhochschulen sowie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Lande, weil anderenfalls die wirtschaftliche Zukunft des Landes gefährdet werde.

Im Rahmen der Forschungsstudie „Bildung, Wissenschaft und Kultur in den drei Nordbezirken der DDR“ unter Leitung von Dr. Heinz Koch wies das Kapitel „Zur Entwicklung der Universitäten und Hochschulen 1945 - 1990“ von **Dr. Heinz Koch** neun Etappen aus:

1. Mai 1945 bis Februar 1946: Es sei um die Schaffung der Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit an den Universitäten und Hochschulen gegangen.
2. Februar 1946 bis März 1948: Für diese Zeit sei der Beginn der Hochschulpolitik der SED und ihre Installierung an den Universitäten und Hochschulen der DDR anzusetzen.
3. März 1948 bis Oktober 1949: Universitäten und Hochschulen mit ihrer Lehre und Forschung seien für die politischen Ziele der DDR in der Phase des Kalten Krieges instrumentalisiert worden.
4. Oktober 1949 bis Juli 1952: An den Universitäten und Hochschulen habe sich die zentralstaatliche Verwaltung konsolidieren und die Führungsrolle der SED in der Hochschulpolitik durchsetzen können.
5. Juli 1952 bis Dezember 1955: Im Zusammenhang mit der Zuspitzung innenpolitischer Widersprüche und widersprüchlicher Entwicklungen (17. Juni 1953) seien die Universitäten und Hochschulen in die Durchsetzung der Beschlüsse der II. Parteikonferenz 1952 verpflichtet worden.
6. Januar 1956 bis August 1961: Es habe eine restriktive Zuspitzung der Instrumentalisierung der Universitäten und Hochschulen für die Politik der DDR gegeben.
7. September 1961 bis 1969: Infolge der III. Hochschulreform sei es zur Spezialisierung der Universitäten und Hochschulen gekommen.
8. 1970 bis 1986: Die Veränderungen in Folge der III. Hochschulreform hätten sich konsolidieren können, zugleich sei aber ein Aufbrechen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Widersprüche unverkennbar gewesen.
9. 1986 bis 1989: Im Zuge von Perestroika und Glasnost sei es zu einem offenen Austragen der politischen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Widersprüche gekommen, die überall im Land zu beobachten gewesen seien, was auch zu Widerständigkeit an den Hochschulen und Universitäten geführt habe.

Aus dieser Betrachtung könne abgeleitet werden, daß die Universitäten und Hochschulen der DDR zur Herrschaftsbefestigung instrumentalisiert worden seien und dem ständigen Anspruch auf Realisierung der führenden Rolle der SED hätten folgen müssen. Dennoch sei festzustellen,

daß trotz unzureichender materiell-technischer Voraussetzungen gute wissenschaftliche Ergebnisse hätten erzielt werden können. Dies sei sowohl in bezug auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses als auch für die Forschungsleistungen einzuschätzen.

In Ergänzung dieser Aussagen wurde innerhalb derselben Studie im Abschnitt „Ausgewählte Probleme der Wissenschaftsentwicklung in den drei Nordbezirken der DDR“ von **Dr. Heinz Koch** beschrieben, wie die Entwicklung der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock im Zeitraum 1946 bis 1990 in Folge der mehrmaligen Strukturveränderungen nach der 1. bis 3. Hochschulreform abgelaufen sei. Dies könne für den Bereich Philosophie selbst, die Geschichtswissenschaften, die Altertumswissenschaften, die Pädagogische Fakultät mit ihrer Lehrerausbildung, die Pädagogik und die Erziehungswissenschaften, die Germanistik, die Fremdsprachenentwicklung, d. h. für Anglistik, für Romanistik/Iberoamerikanistik/Lateinamerikawissenschaften und für die Musikwissenschaften an konkreten Beispielen ausgewiesen und dargestellt werden. **Dr. habil. Fritz Petrick** stellte im Abschnitt „Forschung zur Zeitgeschichte Nordeuropas in Greifswald 1970 bis 1990“ dar, daß in der DDR an keiner Hochschule ein eigener Lehrstuhl für nordische Geschichte existiert habe. Die entsprechende Forschung sei im Rahmen der Zeitgeschichtsforschung an der Universität Greifswald seit den 70er Jahren erfolgt. Vorstudien dafür seien jedoch bereits bis in die 60er Jahre zurückzuverfolgen und hier insbesondere mit dem Namen Jan Peters verbunden. **Dr. Maria Bothe** konkretisierte die Wissenschaftsentwicklung an der Universität Rostock in dem Abschnitt „Zu Problemen der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock 1945 bis 1990“. Sie stellte die Entwicklung des Lehrstuhls für Geschichte und Staatswissenschaften zu Beginn der Ausbildungsrichtung und die Komplettierung durch den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, und hier in Sonderheit das Wirken von Herbert Luck, dar. **Dr. Manfred Hessel** schilderte in dem Artikel „Spezielle Aspekte der Hochschulausbildung von Schiffsoffizieren in Warnemünde/Wustrow“ die Schwierigkeiten, die in bezug auf die Zulassungsvoraussetzungen und die Persönlichkeitsmerkmale der Bewerber und Absolventen bestanden hätten. Zugangsvoraussetzungen zu Bildungsstätten für Schiffsoffiziere und Kapitäne seien ganz allgemein aufgrund der besonderen Anforderungen an diese Tätigkeit andere gewesen als landseitig. Es seien vor allem drei Komplexe gewesen, die die Absolventen hätten erfüllen müssen: erstens: Bildungs- und Berufserfahrungsvoraussetzungen, zweitens: berufsbedingte medizinische Anforderungen, drittens: Persönlichkeitsanforderungen. Zugangsvoraussetzung im Bildungsbereich sei ab 1945 an der Wustrower Seefahrtsschule gewesen

- zunächst der Abschluß der 8. Klasse der Volksschule und ab 1963 das Zeugnis der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule, ab 1965 das Abitur (12. Klasse) bzw. die Berufsausbildung mit Abitur oder der Abschluß der 10. Klasse mit Hochschulvorbereitungskurs,
- eine dreijährige seemännische Lehre und Berufsausbildungsabschluß als Vollmatrose,
- seemännisch bzw. technisch eine mehrmonatige Fahrzeit als Vollmatrose an Deck oder in/an der Maschine.

Die medizinischen Anforderungen hätten die Erfüllung medizinischer Kriterien laut Verordnung über die Seetauglichkeit für Besatzungsmitglieder von Seehandels- und Fischereifahrzeugen der DDR verlangt (z. B. Körpergröße, volle organische und psychische Gesundheit, höchste Seetauglichkeit, keine chronischen und ansteckenden Leiden). Persönlichkeitsmerkmale seien zunächst nachzuweisen über

- Schulzeugnisse, Beurteilung des Lehrbetriebs und der Arbeitsstelle sowie der Schiffsleitung,
- keine Westgefängenschaft oder Westinternierung.

Diese Kriterien hätten eine deutliche Selektierung der Bewerbungen bewirkt, seien aber notwendig gewesen, um beim Seefahrtspersonal politisch zuverlässige Kader heranzubilden.

Innerhalb derselben Studie unter Leitung von Dr. Heinz Koch wurde im Abschnitt „Abwicklung und Neuorientierung ab 1990, untersucht an Fachrichtungen der Universität Rostock“ von **Prof. Dr. Werner Pade** der empirische Nachweis über den Verbleib der früheren Mitarbeiter an Universitäten und Hochschulen des Landes geführt. Seine Analyse beziehe sich auf die Mitarbeiter der Philosophischen Fakultät, der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät und des Bereiches Medizin. Anhand von konkretem Datenmaterial könne Auskunft über den Verbleib der früheren Mitarbeiterschaft gegeben und aufgezeigt werden, daß hier eine personelle Erneuerung und vielfache Abwicklung von Ausbildungseinrichtungen erfolgt sei. Der Abschnitt „Akademische Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“ von **Prof. Dr. Werner Pade und Dr. Christine Weidemann** konzentrierte sich auf massenhafte berufliche Umorientierungen, Entlassungen aus leitenden Positionen in Verwaltungen, Parteien und Organisationen, auf die Erneuerung des Hochschullehrerbestandes sowie auf die Abwanderung in die Arbeitslosigkeit. Die Gruppe der zuletzt Genannten sei vor allem charakterisiert durch diejenigen, die über 50 Jahre alt gewesen seien und zugleich den Hauptanteil der Langzeitarbeitslosen stellten. Ursache hierfür sei vor allem die Schließung vieler Ausbildungsrichtungen und die Schließung der Pädagogischen Hochschule in Güstrow. Insgesamt sei ein Ausscheiden von circa 2.000 Wissenschaftlern aus dem Hochschulbetrieb und von circa 700 Fachkräften aus den Fachschulen zu ermitteln gewesen. Von den einstmals etwa 1.000 Professoren, Dozenten und habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeitern sei etwa die Hälfte weiterbeschäftigt. Die ... Problematik akademischer Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern sei bedeutsamer, als es die reine Statistik ausweise. Dies liege vor allem an der allgemeinen Situation des Landes als eines der insgesamt am schwächsten entwickelten deutschen Bundesländer. Die durch die Beispiele dieser Analyse ausgewiesene Situation der Arbeitslosen und nicht bzw. artfremd in den Arbeitsmarkt integrierten hochqualifizierten Kräfte erfordere von staatlichen und privaten Institutionen, gesellschaftlichen Organisationen und Parteien Taten, die über das Angebot der Arbeitsämter zu Umschulungen hinausgehen müßten. Überlegungen zur gezielten Nutzung der brachliegenden Fähigkeiten und Kenntnisse für die Entwicklung des Landes seien dringend erforderlich. Schließlich verdienten diejenigen, die ohne eigenes Verschulden ihre berufliche Laufbahn hätten unterbrechen müssen und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nicht mehr einsetzen könnten oder dürften, moralische und materielle Unterstützung bei eigenen Versuchen, sich selbst für eine sinnvolle und nützliche Tätigkeit in der neuen Gesellschaft zu aktivieren. Akademische Arbeitslosigkeit stelle nur eines von vielen Entwicklungsproblemen in Mecklenburg-Vorpommern dar und laufe deshalb leicht Gefahr, unzureichend zur Kenntnis genommen zu werden.

6.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder

Vorsitzender Rainer Prachtl vertrat die Auffassung, daß der Rigorismus der SED im Umgang mit Kirche und Kultur dazu geführt habe, daß Brauchtum verdrängt worden sei. Es habe sich dabei um eine gezielte Vernichtung von Kultur und Traditionen gehandelt. Man müsse den Zusammenhang von Identität und Kultur in ihrem Einfluß auf die Entwicklung der Menschen in der DDR betrachten und feststellen, daß Identität und Individualität in der DDR zerstört worden seien. Ferner sei daran zu erinnern, daß in der DDR Hunderttausende Christen wegen des Festhaltens an ihrem Glauben Restriktionen im Hinblick auf Bildung und Erziehung ausgesetzt gewesen seien, daß sie ihre Berufskarrieren nicht in der ihnen gemäßen Weise hätten verfolgen können, Ungerechtigkeiten in vielfacher Hinsicht hätten hinnehmen müssen. Es sei hohe Zeit, sich bei ihnen zu entschuldigen.

Vorsitzender Dr. Manfred Reißmann gab zu bedenken, daß es bei der Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern neben dem Schwerpunkt der Entwicklung zum Wirtschaftsstandort darum gehen müsse, dieses Land auch als Lebensstandort zu profilieren und dabei den Aspekt von Kultur und Kulturförderung mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Bezug nehmend auf das Bildungswesen der DDR hob er hervor, daß dessen Stagnation als eine Konsequenz der politischen Rigidität zu verstehen sei. Er wolle daran zu erinnern, daß es mutige Lehrer gegeben habe, die versucht hätten, die Restriktionen in Bildung und Erziehung in ihrer Auswirkung auf die Kinder und deren Familien zu mildern. Zivilcourage sei damals eine wichtige Persönlichkeitseigenschaft gewesen, die die Menschen auch dazu veranlaßt habe, zu ihrem Glauben zu stehen und sich nicht dem dagegenwirkenden Druck von Partei und Staat zu beugen. Das sei mit persönlichen Einbußen für das weitere Leben für jeden einzelnen verbunden gewesen.

Kommissionsmitglied Heiko Lietz merkte an, daß die Behinderung zu DDR-Zeiten auf die Kultur beeinträchtigend gewirkt habe, daß aber die finanzielle Majorisierung und der Umstand, daß Geld heute zum Maß aller Dinge werde, ebenso beeinträchtigend auf die Kultur wirke. In bezug auf die Schule in der DDR sehe er es als erwiesen an, daß sie politisch instrumentalisiert worden sei. Die Militarisierung der Schule und der Erziehung sei ein pädagogischer Mißgriff und eine gravierende Fehlentscheidung gewesen.

Abgeordneter Dr. Gerhard Bartels äußerte die Meinung, daß er die aktuellen materiellen Probleme im Umgang des Landes mit Kultur eher als einen Kurzzeitaspekt sehe, während er die Wirkung von Kultur und Bildung doch als ein wichtiges Langzeitproblem verstehe. Die politische Frage sei, wie wichtig welche langfristigen Wirkungen seien und welche Prioritäten die Landesregierung dafür setze. Im Hinblick auf die Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern nach der Wende sehe er, daß die fachliche Überprüfung der Überleitungskommissionen an den Universitäten bei den Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeitern Unsicherheit, Einschüchterung und Angst, sich zu wehren, verursacht habe. In bezug auf die Jahre vor der Wende könne er keine verdeckte Arbeitslosigkeit an den DDR-Hochschulen konstatieren. Vielmehr vermisse er die Demokratie an den Universitäten heute und erkenne neue Hegemonieerscheinungen der Bürokratie. Den Alleinfluß des Wissenschaftsrats in der Hochschulerneuerung erachte er als unbefriedigend.

Abgeordneter Horst Voigt gab zu bedenken, daß Kunst auch als Produkt anzusehen sei und daß demzufolge der Aspekt ihrer Vermarktung ganz folgerichtig erscheine.

Abgeordneter Dr. Arnold Schoenenburg wendete ein, daß im Land Mecklenburg-Vorpommern 0,9% des Landeshaushaltes bei einem Landeshaushalt von 14,5 Milliarden DM für Kultur eingesetzt würden. Daraus sei abzuleiten, daß Kultur im Landtag offensichtlich kaum eine Rolle spiele. Bezüglich Bildung und Wissenschaft stelle sich ihm die Frage, was eine Gesellschaft könne und was sie nicht könne. Den Mitgliedern der Enquete-Kommission sei ja bekannt, daß er 1954 als 14jähriger in die DDR gegangen sei, und daß es einen Hauptgrund dafür gegeben habe. Das sei der Fakt gewesen, daß er hier in der DDR die Chance gehabt habe zu studieren. Diese Chance habe er in der Bundesrepublik als drittes Kind einer Bergarbeiterfamilie, der Vater außerdem noch Kommunist, nicht gehabt. Er sei in der DDR zunächst Lehrer geworden, habe dann auch noch zum Doktor der Philosophie promoviert. Er könne sagen, daß auch seine drei Brüder alle in der DDR studiert hätten, ihr Diplom abgelegt hätten. Dies sei, das wolle er ausdrücklich unterstreichen, eine Leistung dieses Staates DDR gewesen, die in der heutigen Veranstaltung möglicherweise unterbelichtet worden sei. Er wolle das als eine große Leistung dieses Staates werten, daß Kinder aus dem Volk, Jugendliche, die aus einfachen Verhältnissen gekommen seien, etwas aus sich hätten machen können. Schließlich stelle sich ihm in bezug auf die heutige Diskussion auch die Frage, welche Lehren aus den Repressionen, die es in der DDR gegeben habe, zu ziehen seien. Die diesbezüglichen Fakten, die hier zum Ausdruck gebracht worden seien, empfinde er als beeindruckend und auch teilweise als niederschmetternd. Es stehe aber die Frage, was aus diesen Repressionen in der DDR für den Umgang mit politisch Andersdenkenden in Mecklenburg-Vorpommern heute abzuleiten sei. Aus christlichen Kreisen werde zu Recht moniert, daß mit jungen Leuten schlecht umgegangen worden sei. Er denke aber, daß man in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen müsse, wie man in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 mit Leuten umgehe, die nicht so gut in den neuen Staat hineinpaßten. Wenn heute voll Stolz erklärt werde, daß an der Universität Rostock in Leitungsgremien nicht mehr ein einziges ehemaliges SED-Mitglied vertreten sei, dann könne er nur sagen, daß dies schlimm sei. Und er wolle noch abschließend bemerken, daß er persönlich zwar Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern sein könne, daß er aber seinen ursprünglichen Beruf als Unterstufenlehrer heute sicherlich nicht ausüben dürfte.

Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke mahnte an, welche Beschädigungen die beiden Diktaturen in Deutschland im Hinblick auf die Kulturbedürfnisse der Menschen bewirkt hätten, welche geistigen, seelischen und psychischen Schäden die jahrzehntelang ertragenen Repressionen verursacht hätten und welche menschlichen Beschädigungen sich daraus ableiteten. Das habe auch Einfluß auf den Umgang der Menschen mit Kultur heute und sei zugleich ein Aspekt von Kultur.

Abgeordnete Heidemarie Beyer gab zu bedenken, daß die Restriktionen zu DDR-Zeiten im Kulturbereich einerseits zwar lähmend gewesen seien, daß sie aber andererseits zu mehr Aktivität und persönlichem Engagement bei den einzelnen geführt hätten. Kultur habe in Kirchenkreisen das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität erhöht. In der Wohlstandsgesellschaft unter den heutigen Bedingungen habe sie den Eindruck, daß Übersättigung und Bequemlichkeit vielfach die Menschen an der Kulturrezeption und der eigenen Ausübung hindere. Kultur sei in der Marktwirtschaft für viele Interessierte zu teuer geworden. Um Kultur besser vermarkten zu können, werde sie oft oberflächlich und spektakulär angeboten. Kultur müsse aus ihrer Sicht insbesondere Kindern und Jugendlichen heute in höherem Maße nahegebracht werden.

Dafür sei einmal die Familie der geeignete Ort, zum anderen sei aber auch dringend erforderlich, dies im Rahmen der Bildungseinrichtungen zu gewährleisten. Bezug nehmend auf die Erziehung in der DDR äußerte sie, daß sie bei DDR-Lehrern ein mangelndes Unrechtsbewußtsein beobachtet habe, daß sie in einer Art Scheinwelt gelebt hätten und jeden, der sich nicht habe einfügen wollen, als Provokation gewertet hätten. Dies sei ein deutliches Zeichen für ihre Anpassung an die politischen Maximen von Partei und Staat. Es bestätige zugleich, daß die politische Instrumentalisierung auch subjektiv über das Berufsethos der Lehrer vermittelt worden sei.

7. Die Geschichte der Wende²⁹

7.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission

Die Kommission legte fest, den Themenschwerpunkt unter den folgenden Fragestellungen zu bearbeiten:

- Vorgeschichte und Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken anhand regionaler Beispiele
- die Träger der politischen Wende in den drei Nordbezirken - Herkunft, Motivation, Wege danach
- Opposition und Anpassung an das realsozialistische System, Beispiele für Zivilcourage politischen Handelns von den DDR-Bürgern in den drei Nordbezirken
- über die Rolle von Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Wende.

Bearbeitung des Themenschwerpunktes:

Am 25. Oktober 1996 führte die Enquete-Kommission im Sitzungssaal des Rathauses Neubrandenburg als 25. Sitzung eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Die Geschichte der Wende“ mit folgenden Sachverständigen und Zeitzeugen durch:

Prof. Dr. Werner Müller
Vorgeschichte und Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken

Dr. Günther Maleuda
Die „Wende“ in ihrem Verlauf - der Bericht eines Zeitzeugen

Dr. Georg Diederich
„Wir sind das Volk“ - Bericht eines Zeitzeugen

Martin Klähn
Bürgerbewegung als ein Träger der Wende - Bericht eines Zeitzeugen

Dr. Lothar Probst
Die Rolle von kirchlichen Basisgruppen vor der Wende und die Träger der politischen Wende in Mecklenburg-Vorpommern

²⁹ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. III Anträge, Debatten, Berichte (1996), S. 113-258.

Theodor Hoffmann
Die Lage der Armee vor und während der Wende

Dr. Harald Terpe
Keine Scheu vor Verantwortung in Umbruchzeiten

Von der Kommission vergebene Forschungsstudien und Expertisen zum vorliegenden Themenschwerpunkt (es werden nur die für diesen Themenschwerpunkt relevanten Gliederungspunkte einbezogen):

1. Die Vorgeschichte und Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR³⁰

Autor: Prof. Dr. Werner Müller

- A Einleitung
- B Zur Vorgeschichte der „Wende“
 - 1. Die Zuspitzung der Krisensituation ab 1985
 - 2. Protestpotentiale im Norden der DDR
 - 3. Das Aufbrechen der inneren Widersprüche
- C „Der Norden wacht auf!“
 - 1. Opposition im Aufbruch
 - 2. Die Reaktionen der Partei- und Staatsmacht
- D Der Norden verändert sich
 - 1. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses
 - 2. Demokratie auf dem Prüfstand
 - 3. Die Wende in der „Wende“
- E Bilanz und Ausblick
- F Anhang mit Chronologie und Dokumentation

2. Die Rolle kirchlicher Basisgruppen und Netzwerke in den 80er Jahren in Mecklenburg-Vorpommern³¹

Autor: Dr. Lothar Probst

- 1. Vorbemerkung
- 2. Arbeitsweise, Struktur und Selbstverständnis kirchlicher Friedens- und Umweltgruppen in Mecklenburg-Vorpommern
- 3. Zum Konfliktverhältnis Kirche und Basisgruppen in Mecklenburg-Vorpommern
- 4. Die Bedeutung kirchlicher Netzwerke am Beispiel der „Arbeitsgruppe Frieden“ (AGF) in der mecklenburgischen evangelischen Landeskirche
- 5. Die Basisgruppen im Fadenkreuz der Staatssicherheit
- 6. Mitglieder kirchlicher Basisgruppen als Mitinitiatoren und Träger der Wende

³⁰ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. IX Expertisen und Forschungsstudien (1997, in Druck).

³¹ Abgedruckt ebenda.

3. Die Rolle der Kirchen (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) in Mecklenburg in der Wende unter Einbeziehung der Vorgeschichte³²

Autor: Georg Herbstritt

Einleitung

1. Die kirchliche Standortsuche der 70er und 80er Jahre als Vorgeschichte der Wende 1989/90
 - 1.1. Vom „Obrigkeitsstaat“ zur Gründung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“
 - 1.2. Die Formel „Kirche im Sozialismus“
 - 1.3. Der mecklenburgische Weg: Kirche für andere
 - 1.4. „Visionen liegen bereit“: Gottesdienst und Weltverantwortung (1984-1990)
 2. Die Kirche in der Wende
- Schluß

4. Die Treffen ‘Konkret für den Frieden’ in Schwerin (1985) und Greifswald (1989)³³

Autor: Philipp Busch

Einleitung

1. „Konkret für den Frieden“ 1983 - 1989
2. „Konkret für den Frieden“ in Schwerin (1985) und Greifswald (1989)
3. Zur Funktion von „Konkret für den Frieden“

5. Alltagsleben und soziale Situation in der DDR und in der Wendezeit in Mecklenburg-Vorpommern³⁴

Autor: Dr. Dietmar Wittich

2. Zwischen Akzeptanz, Apathie, Kritik und Widerstand
 - 2.1. Verhalten und Kritik
 - 2.2. Gesellschaftliche Situation und Verhalten „staatstragender“ und oppositioneller Gruppen
3. Hoffnung auf Veränderung - Kritik und Opposition.

7.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen sowie aus den Forschungsstudien und Expertisen

7.2.1 Vorgeschichte und Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR

³² Abgedruckt ebenda.

³³ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. VII Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 234-309.

³⁴ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. V Expertisen und Forschungsstudien (1997), S. 284-304.

Prof. Dr. Werner Müller führte in seinem Sachverständigenbeitrag und in seiner Forschungsstudie aus, daß die „Wende 1989/90“ in der DDR zweifellos das Resultat einer Vielzahl von Faktoren auf weltpolitischer, deutscher und DDR-interner Ebene gewesen sei, deren Zusammentreffen mit dem Aufkommen der Bürger- und Oppositionsbewegung in der DDR die Implosion des „realexistierenden Sozialismus“ bewirkt hätten. Zu diesen Rahmenbedingungen hätten gezählt:

1. der Wandel der weltpolitischen Auseinandersetzungen mit dem KSZE-Abkommen von Helsinki 1975
2. die politische Stagnation im „sozialistischen Lager“, sichtbar in der Unfähigkeit zu Reform und Modernisierung der letzten stalinistischen Strukturen
3. die zunehmende Unglaubwürdigkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie
4. die Unfähigkeit der alten und überalterten Eliten der DDR und ihrer „sozialistischen Bruderländer“, die Herausforderungen der postindustrialisierten Gesellschaft anzunehmen
5. die wirtschaftliche Existenzkrise mangels ökonomischer Innovationsfähigkeit in den 80er Jahren sowie die lebensbedrohende Westverschuldung
6. die ökologische Krise
7. die noch offene „deutsche Frage“
8. die Unmöglichkeit, mit tradierten Mitteln gesellschaftlicher Kontrolle, politischen Drucks, der Sanktionen und Unterdrückung eine sich vielfältig und in unterschiedlichen Ausprägungen und mit heterogener Zielsetzung formierende Bürgerbewegung zu zerstören, zu kanalisieren oder auch mitzusteuern.

Die Vorgeschichte der „Wende“ reiche daher bis in das Jahr nach der KSZE-Schlußakte zurück, was durch drei unterschiedliche Ereignisse angezeigt worden sei:

- die Gipfelkonferenz der europäischen kommunistischen Parteien im Juni 1976 in Berlin mit dem öffentlichen Zerschlagen des sowjetorientierten Ideologiemonopols
- die Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz in Zeitz im August 1976
- die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November 1976 und deren Folgen.

Die Symptome der inneren Krise der DDR seien bis Mitte der 80er Jahre unübersehbar geworden, als mit dem Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion Hoffnungen auf Reformen, Freizügigkeit, Offenheit und Zukunftsfähigkeit eine neue Basis erhalten hätten. Aber erst die überdeutlichen Anzeichen der Erosion des „sozialistischen Lagers“, die Wahlen in Polen im Frühsommer 1989 und der Abbau der ungarischen Grenzsperrungen zu Österreich bei gleichzeitiger Duldung dieser Entwicklungen durch die Sowjetunion hätten die Freiräume für das Erstarken der Oppositions- und Bürgerbewegung geschaffen.

Die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg seien die bevölkerungsärmsten und wirtschaftlich schwächsten Territorien der DDR gewesen. Trotz einer auf den maritimen Bereich spezialisierten Küstenindustrie und der Ansiedlung neuer Industriebetriebe im Landesinnern sei die Landwirtschaft auch weiterhin der dominierende Wirtschaftszweig geblieben. Daraus hätten sich eine Reihe von Faktoren ergeben, die das politische Klima im Norden maßgeblich beeinflußt hätten:

1. Das tägliche Leben habe sich häufig durch vielfältige persönliche Kontakte untereinander ausgezeichnet. „Zivilisationskrankheiten“ wie sozialer Streß oder menschliche Entfremdung hätten hier kaum eine Rolle gespielt. Dafür hätten sich vor allem die größeren Städte, allen voran das dicht besiedelte Rostock mit seinen zahlreichen Trabantsiedlungen, zu Konfliktherden entwickelt. Vielfältige wirtschaftliche und soziale Probleme wie Wohnraumangel, Verfall der alten Bausubstanz und eine zunehmend morbide Infrastruktur seien hier stärker als anderenorts zur Geltung gekommen.
2. Während die traditionellen Industriegebiete im Süden des Landes bereits verfallen seien, habe die DDR-Führung in den strukturschwachen nördlichen Landstrichen neue Betriebe entstehen lassen, die qualifizierten Fachkräften Arbeitsmöglichkeiten geboten hätten. Dennoch hätten die Funktionäre mit ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik auch hier dafür gesorgt, daß selbst einstige Vorzeigebetriebe, allen voran die Küstenwerften, zunehmend in Mitleidenschaft gezogen worden seien.
3. In der Landwirtschaft habe sich die ökonomische Krise trotz vorhandener Probleme weniger gravierend ausgewirkt als in anderen Bereichen der Volkswirtschaft, die stärker auf Zulieferungen aus anderen Zweigbetrieben angewiesen gewesen seien.
4. Die Umwelt sei im Norden der DDR größtenteils noch in Ordnung erschienen. Die weitgehend saubere Luft habe vielfältige Erholungsmöglichkeiten geboten, die nicht nur von den Einheimischen, sondern auch von Fremden geschätzt worden seien.
5. Ein großer Teil der als besonders bodenständig geltenden Mecklenburger und Vorpommern habe dem Zwang zum Arrangement mit dem bestehenden politischen System nachgegeben.

Obgleich im Norden besondere Ausgangsbedingungen gegolten hätten, sei die seit Mitte der 70er Jahre schwelende Existenzkrise des Realsozialismus auch hier immer deutlicher zutage getreten. Infolge der anhaltenden politischen, ökonomischen und geistig kulturellen Stagnation sei das Stimmungsbarometer der Bevölkerung gesunken. Die Zahl derer, die ihre ständige Ausreise in die Bundesrepublik beantragt hätten, sei kontinuierlich angestiegen und habe selbst durch die Einleitung von „gesellschaftlichen Gegenmaßnahmen“ nicht gesenkt werden können. Seit 1981 sei es unter dem Dach vornehmlich der Mecklenburgischen Landeskirche zur Bildung erster Friedens-, Ökologie- und Dritte-Welt-Gruppen gekommen, die im Sommer 1987 auf zwölf angewachsen seien. Ende der 80er Jahre hätten sich daneben autonome Jugendgruppen gebildet, die sich unterschiedlichen Formen alternativer Jugendkultur zugewandt hätten. Unmittelbar vor 1989 habe die Umweltbelastung in einigen Regionen der DDR die Grenze des Erträglichen erreicht, ohne daß Abhilfe sichtbar gewesen sei. Auch in Bildung, Kunst und Kultur sowie an den Universitäten hätten sich Probleme und Zweifel an der Politik von Partei und Staat vermehrt.

Angesichts des offensichtlichen Versagens des Marxismus-Leninismus hätten sich auch zahlreiche SED-Mitglieder und Funktionäre desillusioniert gezeigt. Daher hätten sie ab 1985 ihre Hoffnungen in den von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleiteten Umgestaltungsprozeß gesetzt. Als die politische Führung der DDR sich offen von diesem Kurs zu distanzieren begonnen habe, habe sie nicht nur in weiten Teilen der Bevölkerung Unmut geerntet, sondern sich selbst von ihrer eigenen Klientel isoliert.

Obwohl diese ignorante Haltung den Konflikt zwischen Herrschaft und Gesellschaft vertieft habe, habe sich nur eine kleine Minderheit kritischer Bürger dazu bereit gefunden, offen gegen die bestehenden Mißstände zu protestieren und Reformen einzuklagen. Aktivitäten seien vor allem von den innerkirchlichen Gruppen ausgegangen, da sie über eine autonome Organisationsstruktur verfügt hätten. Im Vergleich zu anderen Bezirken habe es im Norden allerdings nur wenige derartige Gruppen gegeben. Ihre politischen Zielstellungen seien gegenüber denen in anderen Landesteilen auch weniger radikal gewesen.

Daß die herrschende Politbürokratie auch im Norden bei immer mehr Menschen an Ansehen verloren habe, sei während der Kommunalwahlen im Mai 1989 offenbar geworden. Die düster klingenden „Stimmungsberichte“ der Staatssicherheit sowie die gestiegene Zahl derer, die die Wahlen boykottiert hätten oder gegen den Wahlvorschlag gestimmt hätten, hätten einen landesweit auszumachenden Trend bestätigt, der sich im Verlauf der zweiten Jahreshälfte fortgesetzt habe. Von den direkten Folgen der Ausreisewelle im Sommer sei der Norden weniger betroffen gewesen als die sächsischen und thüringischen Bezirke im Südteil der DDR. Dennoch hätten die Nachrichten von den dramatischen Vorgängen in den bundesdeutschen Botschaften und an der ungarisch-österreichischen Grenze auch hier dazu geführt, daß der Ruf nach gesellschaftlichen Veränderungen unüberhörbar geworden sei.

Die Partei- und Staatsführung sei wegen der Massenflucht ihrer Bürger unter massiven Erklärungsdruck geraten, dem sie sich nicht gewachsen gezeigt habe. Die Spitzenfunktionäre in den drei Nordbezirken hätten sich als treue Vasallen ihrer unfähigen Führung erwiesen. Ein wesentlicher Grund ihres Festhaltens an der „Parteidisziplin“ könne der allgemeinen Strukturschwäche ihrer Bezirke geschuldet gewesen sein, der ihrem geringen politischen Einfluß auf zentraler Ebene entsprochen habe. Angesichts des drohenden Niedergangs der DDR und ermutigt durch Politbüromitglied Egon Krenz habe sich der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg Johannes Chemnitzer mit seiner Beteiligung am erzwungenen Rücktritt des Staats- und Parteichefs Erich Honecker immerhin zu einem „Befreiungsschlag“ durchringen können. Damit hätten die Funktionäre ihre Möglichkeiten zur Krisenregelung allerdings weitgehend ausgeschöpft gesehen.

Die jahrelang angestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung habe sich zuerst im Süden und später auch in der Hauptstadt der DDR entladen. Die Forderungen der Oppositionsgruppen hätten binnen kurzer Zeit eine Massenbasis gewonnen. Einen besonders starken Zulauf habe die Bürgerbewegung Neues Forum verzeichnet, nachdem die Behörden ihre offizielle Zulassung mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt hätten. Obwohl zeitgleich mit dem Süden auch in Schwerin Aktivitäten entfaltet worden seien, die im Zusammenhang mit der Gründung des Neuen Forum gestanden hätten, sei der Formierungsprozeß nördlich von Berlin häufig nur relativ schleppend in Gang gekommen. Für einen Mobilisierungsschub über die Grenzen Schwerins hinaus habe vor allem die erste öffentliche Veranstaltung des Neuen Forum am 2. Oktober 1989 in der Paulskirche gesorgt. Zu den Gründungsmitgliedern hätten vorrangig kritische Intellektuelle gehört, die teilweise bereits in der kirchlichen Basisgruppen politische Erfahrungen gesammelt hätten.

Da die von den Massendemonstrationen im Süden ausgehenden Signale wegen der abwartenden Haltung der Norddeutschen zunächst unbeantwortet geblieben seien, sei es zu republikweiten Unmutsbekundungen gegen den angeblich „roten Norden“ gekommen. Erst in der zweiten Oktoberhälfte habe man hier den Anschluß an die allgemeine Entwicklung gefunden. Ähnlich wie zuvor in Leipzig hätten hier die ersten Demonstrationen im Anschluß an Friedensgebete in den Städten stattgefunden, die von engagierten Christen organisiert worden seien. Was den Verlauf der Ereignisse auf dem Lande angehe, so seien einschneidende Umwälzungen zunächst vielerorts ausgeblieben. Aktionen wie etwa die der Rüterberger, die am Abend des 8. November 1989 die „Dorfrepublik“ ausgerufen hätten, seien eine spektakuläre Ausnahme gewesen. Dennoch hätten auch in einigen Dorfkirchen Friedensgebete stattgefunden. Die ländlichen Gotteshäuser hätten in der ersten Phase des Umbruchs zum Teil auch als Treffpunkte der Oppositionellen aus den Städten gedient. Nachdem sich der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten später nach dorthin verlagert habe, habe es auch viele Bewohner des ländlichen Umlandes dorthin gezogen.

Als die Protestbewegung den Norden der DDR erfaßt habe, sei es infolge der Krise des „Demokratischen Zentralismus“ vor allem auf den Sachverstand und das politische Geschick der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen angekommen. Erstmals von den politischen Verhältnissen zu selbständigen Entscheidungen genötigt, hätten sie sich als völlig überfordert erwiesen. In ihren Bemühungen, die politische Initiative zurückzuerlangen, seien unterschiedliche Ansätze zu erkennen gewesen. Das Handeln des Schweriner Bezirkssekretärs Heinz Ziegner habe das Manöver erkennen lassen, eine Trendwende herbeizuführen, um die politische Entwicklung im Bezirk von der des Südens abzukoppeln. Anstatt die Oppositionsbewegung von vornherein einzudämmen, sei jedoch das genaue Gegenteil erreicht worden. In Schwerin und zahlreichen anderen Orten des Bezirkes habe eine neue Welle von Massendemonstrationen eingesetzt. Da die politische Führungsspitze ihr untaugliches Vorgehen anschließend noch zu rechtfertigen versucht habe, habe sie jeden Rest an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verspielt und selbst weite Teile des Parteiapparates gegen sich aufgebracht. Auch die rasche Ablösung Ziegners habe den rapiden Machtverfall der SED nicht mehr aufhalten können. Ernst Timm habe im Bezirk Rostock nur die jeweils vorgetragenen Forderungen der Opposition aufgegriffen und sich dem aktuellen Kräfteverhältnis angepaßt, um das Ansehen der SED möglichst nicht zu schädigen. Sein ständiges Lavieren sei jedoch von der starken Opposition im Bezirk nicht hingenommen worden, so daß auch seine Person bald untragbar für seine Partei geworden sei. Neubrandenburgs 1. Sekretär Johannes Chemnitzer habe von allen drei Spitzenfunktionären am ehesten erfaßt, daß umfassende Reformen auf der politischen Tagesordnung gestanden hätten, die nur unter Einbeziehung von Vertretern verschiedener Interessengruppen realisierbar gewesen seien. Chemnitzers Bemühungen, die Demonstrationen durch eine konsequente Politik des Dialoges einzudämmen, hätten dennoch nicht die von ihm erhoffte Wirkung erbracht.

Die Bürgerbewegung habe indessen ein Selbstbewußtsein entwickelt, das ihre Kraft vervielfacht habe. Sie habe es immer besser verstanden, ihre Vorstellungen zu artikulieren und umzusetzen. So hätten sich die Dialogveranstaltungen fast überall zu Tribunalen der Anklage gegen die jeweiligen Vertreter der Partei- und Staatsmacht entwickelt. Lediglich auf kommunaler Ebene seien sachdienliche Gespräche mit kompetenten staatlichen Vertretern zustande gekommen, deren Ergebnisse in die politische Praxis unmittelbar Eingang gefunden hätten.

Mit der Streichung der in der Verfassung verankerten Führungsrolle der SED hätten ihre Amtsnachfolger nicht mehr über jene Machtmittel verfügt, die einst zur Durchsetzung und Absicherung der Politik gedient hätten.

Auch den unkontrollierten Aktivitäten des gefürchteten Sicherheitsapparates sei ein Ende bereitet worden. Einen Auslöser für den republikweiten Sturm auf die Stasi-Zentralen habe am 2. Dezember die Enttarnung des Kavelstorfer IMES-Geländes als Drehscheibe des Waffenhandels geliefert. Die endgültige Auflösung der Staatssicherheit als Organ und Struktureinheit sei mit der Übergabe der Gebäude am 20. Februar 1990 zuerst im Bezirk Schwerin abgeschlossen gewesen.

Mit der Entmachtung der SED sei der bisher von ihr geführte und kontrollierte Staatsapparat praktisch enthauptet worden. Der Verlust der politischen Führung habe die Handlungsfähigkeit der regionalen und lokalen Machteliten beeinträchtigt. Die Opposition sei derweil weder personell noch konzeptionell in der Lage gewesen, die Macht zu übernehmen. Diese „Pattsituation“ habe beide Seiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit veranlaßt, um einen geordneten Übergang zur Demokratie zu ermöglichen. Mit der Einrichtung Runder Tische auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene hätten sich die politischen Aktivitäten von der Straße zunehmend in die Volksvertretungen verlagert. Mit dem überraschenden Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 habe sich ein Stimmungsumschwung abgezeichnet, der, beflügelt durch den Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls, in dem kollektiven Ruf nach einer möglichst raschen Herstellung der Deutschen Einheit gegipfelt sei. Mit dem klaren Sieg der Allianz für Deutschland bei den Wahlen im März 1990 hätten sich jene politischen Kräfte durchgesetzt, die für den schnellen Anschluß der DDR an das Bundesgebiet eingetreten seien. Wie die Einzelergebnisse gezeigt hätten, habe dies auch für die drei Nordbezirke gegolten. Dennoch habe es regionale Besonderheiten gegeben. Obwohl hier ebenfalls eine Orientierung der Wähler am bundesdeutschen Parteiensystem zu beobachten gewesen und die CDU zur stärksten Kraft geworden sei, hätten SPD, PDS und DBD deutlich besser abgeschnitten als im DDR-Durchschnitt. Offenbar hätten sich zahlreiche Wähler eine langsamere Gangart des Vereinigungsprozesses gewünscht, um soziale Härten zu vermeiden und Bewahrenswertes in ein gemeinsames Land einzubringen.

Ein Charakteristikum der Wende im Norden sei ihr von Anfang an friedlicher Verlauf. Diese besondere Tatsache sei nicht allein dem verzögerten Beginn geschuldet gewesen. Hinzu sei vielmehr auch das besonnene Verhalten aller vor Ort Beteiligten gekommen, das schließlich zu einer Sicherheitspartnerschaft zwischen oppositionellen Kräften und Staatsmacht, einschließlich ihrer Organe (Volkspolizei, NVA, Justiz), geführt habe. Die produktive Kooperation sei vor allem deshalb erleichtert gewesen, weil häufig persönliche Kontakte zwischen den Vertretern der alten Macht und den Protagonisten der neuen politischen Bewegungen bestanden hätten. Vorhandene Berührungspunkte hätten auf beiden Seiten somit eher ausgeräumt werden können als in den dicht besiedelten Orten im Süden der DDR.

Insgesamt habe sich der Prozeß der Wende in den Nordbezirken weniger als ein „Nachholen“ der Ereignisse in den Großstädten der Südbezirke denn als Umwälzungsprozeß eigener Art gezeigt. Er habe einen deutlich kooperativen Charakter gehabt, der sich auch in den Arbeitsweisen der Bürgerbewegungen und -gremien niedergeschlagen habe. Insgesamt gelte: Die Wende in der DDR 1989/90 könne nicht als Resultat einer Region oder eines Zentrums interpretiert werden. Beide Wege, der eher konfrontative wie der eher kooperative, seien wesentliche und unverzichtbare Elemente des komplexen Prozesses der Umwälzung gewesen.

Wenn das Wort gelte, die Wende sei in den Metropolen begonnen, aber in den Regionen unumkehrbar gemacht worden, dann hätten die drei Nordbezirke ihren unverzichtbaren und charakteristischen Anteil daran.

Weiteren Forschungsbedarf gebe es für das Territorium des heutigen Landes Mecklenburg-Vorpommern zu folgenden Fragen:

- Wie ist der Auflösungsprozeß der SED auf Bezirks- und Kreisebene erfolgt?
- Wie sind Umfang und Wirkung des Reformpotentials innerhalb des Parteiapparates zu bewerten?
- Wie ist das Verhältnis zwischen SED-Bezirksleitungen und den Räten der Bezirke in dieser Situation zu beschreiben?
- Welche Reaktionen der Räte der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden sind charakteristisch?
- Wie stellen sich das Verhalten der NVA-Verbände, die Rolle der sowjetischen Streitkräfte und des KGB im Territorium dar?
- Welche Besonderheiten der Entwicklung auf dem Lande sind typisch?

7.2.2 Kirchliche Basisgruppen vor der Wende und die Trägergruppen des politischen Umbruchs in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 1989

Dr. Lothar Probst kam in seinem Sachverständigenbeitrag und in seiner Expertise zu dem Ergebnis, daß sich - wie in anderen Regionen der DDR - auch in Mecklenburg-Vorpommern im Laufe der 80er Jahre kirchliche Basisgruppen und Netzwerke in vielen Städten und kleineren Gemeinden entwickelt hätten, die zu einem wichtigen Zentrum der politischen und sozialen Gegenkulturen geworden seien. Diese Gegenkulturen seien eine wichtige Voraussetzung dafür gewesen, daß die Bürgerbewegung im Herbst 1989 zum Kristallisationspunkt des breiten Protestes gegen das politische System der DDR habe werden können.

Die Entstehung einer neuen Form oppositionellen Handelns im Umfeld der Kirche Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre lasse sich einerseits im Kontext DDR-spezifischer und immer deutlicher zutage tretender Strukturdefizite im politischen und ökologischen Bereich interpretieren, andererseits sei ihre Entwicklung aber auch auf internationale Problemlagen (Wettrüsten, Raketenstationierung in West und Ost, ökologischer Raubbau durch forcierte Industrialisierung, Nord-Süd-Gefälle) zurückzuführen gewesen. Die Bedeutung der Basisgruppen habe weniger in ihrer quantitativen Stärke als in ihrer qualitativen Arbeit gelegen. Dadurch, daß sie Themen bearbeitet hätten, die in der staatlich kontrollierten Öffentlichkeit tabuisiert oder ideologisiert gewesen seien, hätten die Gruppen die Kirchen als Ganzes gezwungen, sich offensiver mit den unübersehbaren Defiziten und Strukturproblemen von Staat und Gesellschaft in der DDR auseinanderzusetzen. Diese Rolle habe sie gleichzeitig zum Objekt innerkirchlicher Maßregelung, staatlicher Repression sowie von Überwachungs- und Infiltrationsmaßnahmen durch die Staatssicherheit gemacht.

Die Entwicklung, die Arbeitsweise und die Aktivitäten der kirchlichen Basisgruppen seien durch eine hohe Fluktuation und Spontaneität gekennzeichnet gewesen. In ihrer sozialen und politischen Zusammensetzung seien die Basisgruppen sehr heterogen gewesen. Die jeweilige konfessionelle Bindung habe gegenüber den übergeordneten Zielsetzungen eine nachrangige Rolle gespielt. In vielen Basisgruppen seien auch Nichtchristen organisiert gewesen, die auf der Suche nach nicht-ideologischen Antworten auf die Probleme der DDR-Gesellschaft und der Weltgesellschaft gewesen seien. Viele Berichte und Dokumente aus den kirchlichen Basisgruppen ließen auf hohe moralische Ansprüche und sozialetische Wertvorstellungen der in diesen Gruppen engagierten Akteure schließen. Ihr zivilisationskritischer Ansatz sei mit dem Anspruch verbunden gewesen, durch den eigenen Lebensstil Veränderungen zu initiieren.

Die Organisationsstrukturen der meisten Gruppen hätten basisdemokratischen Ansprüchen entsprochen. Jeder Versuch der Vereinnahmung und Gängelung der Basisgruppen durch die Kirchenleitung sei abgelehnt worden. Aufgrund der Staatsstruktur der DDR und des Fehlens öffentlicher politischer Räume für den freien Meinungs- und Gedankenaustausch seien Konflikte zwischen den kirchlichen Basisgruppen und der Kirche als Institution nahezu zwangsläufig vorgezeichnet gewesen. Dabei sei es zu einer Konfliktverschiebung gekommen. Der eigentliche Konflikt zwischen SED und Staatsführung mit ihrem Ideologie- und Machtmonopol auf der einen Seite und dem kritisch-oppositionellen Potential der Gesellschaft auf der anderen Seite sei quasi in die Kirche verlagert worden und habe sich in innerkirchlichen Auseinandersetzungen über die Rolle der Kirche in der realsozialistischen Gesellschaft geäußert. Die kirchlichen Basisgruppen hätten in dieser Auseinandersetzung de facto die Rolle von „Unruhestiftern“ (Joachim Gauck) wahrgenommen. Die für Mecklenburg-Vorpommern ausgewerteten Quellen zeigten, daß christliche Wertorientierungen für das programmatische und politische Profil der meisten Basisgruppen bestimmend gewesen seien.

Von zentraler Bedeutung für die Arbeit der Basisgruppen sei angesichts der von oben betriebenen Atomisierung politischer Opposition ihre interne Vernetzung gewesen. Eine besondere Bedeutung sei in diesem Zusammenhang der Arbeitsgruppe Frieden (AGF) der Mecklenburgischen Landeskirche zugekommen. Weitere Beispiele für die Vernetzung seien für Mecklenburg der Kessiner Friedenskreis und die Schweriner Umweltgruppe sowie als DDR-weite Verbindung das überregionale Seminar „Konkret für den Frieden“ gewesen. Neben der Vernetzung und Selbstverständigung nach innen hätten die kirchlichen Basisgruppen auch nach außen versucht, auf eine größere Öffentlichkeit einzuwirken.

Da die Basisgruppen und ihre führenden Mitglieder von der politischen Führung als Speerspitze politischer Untergrundtätigkeit und als sozialismusfeindliche Kräfte mit zersetzendem Einfluß gewertet worden seien, habe die Staatssicherheit auf allen Ebenen den Auftrag gehabt, die Aktivitäten der Basisgruppen zu ver- oder zumindest zu behindern, ihre Tätigkeiten fortlaufend zu beobachten und zu dokumentieren sowie ihre führenden Köpfe zu isolieren und einzuschüchtern. Aus den zugänglichen Akten gehe hervor, daß zu diesem Zweck das ganze Instrumentarium des Staatssicherheitsapparates von der IM-Einschleusung über verdeckte operative Maßnahmen bis hin zu offener Repression eingesetzt worden sei.

Aufgrund des vorliegenden Quellen- und Dokumentationsmaterials lasse sich ferner feststellen, daß die Aktivitäten kirchlicher Basisgruppen und Netzwerke in vielen Fällen die Keimzelle für die Prozesse gewesen seien, die sich im Herbst 1989 verdichtet und gebündelt hätten. In den meisten Fällen seien es Mitglieder kirchlicher Gruppen gewesen, die im September und

Oktober 1989 zum Initiator und Motor des Massenprotestes und der neuen Gruppierungen geworden seien, die das Macht- und Wahrheitsmonopol der SED offen in Frage gestellt hätten.

Zusammenfassend könne man sagen, daß für die Entwicklung politischer und sozialer Gegenkulturen der DDR im Laufe der 80er Jahre kirchliche Basisgruppen und Netzwerke innerhalb der Kirche unverzichtbar gewesen seien. Sie hätten durch ihr Wirken entscheidende Vorarbeit für die Prozesse geleistet, die sich im Herbst 1989 entladen hätten. Die Bürgerbewegung habe dank der Vorarbeit der kirchlichen Basisgruppen auf ein funktionierendes Netzwerk von persönlichen Verbindungen, von Vertrauenspersonen und Kommunikationsstrukturen zurückgreifen können. Die Bedeutung kirchlicher Basisgruppen und des von ihnen geschaffenen Umfeldes für den Erfolg der friedlichen Revolution werde nicht zuletzt durch die Tatsache unterstrichen, daß auch in Mecklenburg-Vorpommern eine ganze Reihe der prägenden Persönlichkeiten aus dem Umfeld kirchlicher Basisgruppen und Netzwerke während und nach dem politischen Umbruch in der Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung wichtige Aufgaben bei der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft übernommen hätten. Nach Joachim Gauck sei vor allem das Neue Forum von Anfang an eine parteiübergreifende Sammlungsbewegung gewesen. Christlich-demokratische, liberale und sozialdemokratische Ideen hätten sich mit grünem und alternativem Gedankengut ergänzt. Insofern sei es nicht überraschend gewesen, daß die Bürgerbewegung zugleich der Resonanzboden für die Herausbildung eines pluralen Parteiensystems im Laufes des Herbstes 1989 habe werden können.

Philipp Busch ging in seiner Expertise der Bedeutung der bereits erwähnten Treffen „Konkret für den Frieden“ in Schwerin (1985) und Greifswald (1989) nach. Politisch alternative Gruppen hätten seit Ende der 70er Jahre das Erscheinungsbild der Kirche und in zunehmendem Maße der Gesellschaft der DDR geprägt. „Konkret für den Frieden“ - kürzer auch „Frieden konkret“ genannt - habe als „Basisgruppendedegiertentreffen“ zur Geschichte dieser Gruppen und damit zur Geschichte der DDR in den 80er Jahren gehört. Die jährlichen Treffen hätten vor allem der „Vernetzung“ der (nicht nur) kirchlichen Basisgruppen gedient. Von daher liege die Vermutung nahe, daß „Frieden konkret“ als „Vollversammlung“ dieser Gruppen von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von „Opposition“ bzw. Alternativen zum Einheitsstaat der DDR gewesen sei.

Während der sieben Treffen von 1983 in Berlin bis 1989 in Greifswald habe sich „Frieden konkret“ immer durch die Heterogenität der Teilnehmer und ihrer Interessen ausgezeichnet. Neben den Delegierten aus den Basisgruppen seien Vertreter der in staatlichen Augen „progressiven Kräfte“ wie die „Christliche Friedenskonferenz“ zu den Treffen erschienen. Die Kirchenleitungen der jeweils gastgebenden Landeskirche seien gleichfalls anwesend gewesen. „Frieden konkret“ sei also niemals nur ein Treffen der Basisgruppen gewesen, obwohl es auf deren Initiative ins Leben gerufen und als solches geplant gewesen sei. „Frieden konkret“ sei der Ort der Beschäftigung mit den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gewesen. Besonders die Treffen in Schwerin und Leipzig (1987) hätten dies durch die Thematik der Arbeitsgruppen unterstrichen. Somit sei „Frieden konkret“ als wichtiger Wegbereiter des konziliaren Prozesses erkennbar gewesen. Gleiches habe für die Aufnahme der Frauenarbeit wie auch der Menschenrechtsthematik gegolten, die mit den Jahren zunehmend dominiert habe. Die Diskussionen in den Basisgruppen hätten sich immer mehr der politischen Situation im eigenen Land zugewandt.

Von seiner Arbeitsform her sei „Frieden konkret“ durchaus als seminaristische Fortbildung in konkreten Fragen zu verstehen gewesen, gleichwohl die Themen nicht beliebig gewählt gewesen seien, sondern sich in den Rahmen eines DDR-weiten Treffens aller Basisgruppen hätten einfügen müssen. Von daher hätten als gemeinsame Themen der Basisgruppen überwogen: die politische Situation in der DDR und das Selbstverständnis der Gruppen. Über das gemeinsame seminaristische Arbeiten hinausgegangen sei das Verfassen und Verabschieden von Papieren und Eingaben, die „Frieden konkret“ als Treffen der verschiedenen Basisgruppen an Staat und Kirche gerichtet habe.

Die Initiative zu „Frieden konkret“ sei 1982/83 von der Absicht ausgegangen, die bis dahin nebeneinander agierenden Basisgruppen der Friedensarbeit miteinander in Kontakt zu bringen. Der informelle Austausch von Informationen, Materialien und Ideen im Verlauf der Treffen habe immer große Bedeutung gehabt. Auf diese Weise sei tatsächlich ein Netz von Kontakten geknüpft worden, das über die Regionalisierung des Fortsetzungsausschusses als Vorbereitungsgremium der Treffen zum Teil auch institutionalisiert worden sei. „Frieden konkret“ habe also Kommunikationskanäle geschaffen, die u. a. zur Koordinierung von Mahnwachen oder Aktionen anlässlich der Kommunalwahlen im Mai 1989 genutzt worden seien. Im Anschluß daran habe „Frieden konkret“ als ein Forum und Netzwerk für emanzipatorische Gruppen festgelegt werden sollen, der Umbruch im Herbst 1989 sei dem aber zuvor gekommen. Mit der Wende sei „Frieden konkret“ verschwunden, weil es in einem Teil seiner Funktionen überflüssig geworden und in der neuen innenpolitischen Situation nicht mehr notwendig gewesen sei. Ein Teil der Basisgruppen sei in politischen Vereinigungen aufgegangen, die Forderungen nach Demokratie in konkrete Politik umgesetzt hätten. Ein anderer Teil habe sich von den lokalen wieder den globalen Problemen zugewandt. Die Notwendigkeit zu Kommunikation und Koordinierung sei aber weggefallen.

7.2.3 Die Rolle der Kirchen (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) in Mecklenburg in der Wende

Georg Herbstritt arbeitete in seiner Forschungsstudie anhand der Aussagen der Landesbischöfe eine kirchenpolitische Grundlinie heraus. Daraus ergebe sich das Bild einer sehr geradlinigen, konsequenten und auch konfliktbereiten Landeskirche. Auf dem Weg zum Umbruch in der DDR habe es nach Bischof Heinrich Rathke drei Phasen gegeben: sich zu informieren, danach sich zu organisieren und schließlich Aktivitäten zu entfalten. Der Kirche sei vor allem in der ersten Phase des Umbruchs die größte Bedeutung zugekommen. Die Kirche habe einen vielfältigen Informationsfluß in Gang gesetzt, der den staatlichen ergänzt und den der Westmedien vertieft habe. Unter den ersten Mitgliedern des Neuen Forum in Schwerin hätten sich folgerichtig überproportional viele Menschen mit einem kirchlichen Hintergrund befunden. Der entscheidende Impuls zur Gründung des Neuen Forum in Schwerin sei von einem Lesekreis ausgegangen, in dem der kirchliche Hintergrund zumindest bedingt ebenfalls eine Rolle gespielt habe. Noch vor der Gründung des Neuen Forum habe sich die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gewandt und Reformen und Diskussionen gefordert. Dieser Brief sei am 10. September 1989 während der Gottesdienste verlesen und am 17. September auf der ersten Seite der Mecklenburgischen Kirchenzeitung abgedruckt worden. Die Gründung des Neuen Forum sei im Oberkirchenrat auf breite Zustimmung gestoßen, auch wenn es noch nicht zu einer verbindlichen Festlegung gekommen sei.

In den folgenden Tagen und Wochen sei der Kirche eine wichtige Funktion bei der Etablierung des Neuen Forum zugekommen. In Schwerin hätten sich am 2. Oktober etwa 800 bis 1000 Mitglieder und Anhänger des Neuen Forum in der Paulskirche zu einer Informationsveranstaltung getroffen. Vier Tage später habe sich ein Stadtjugendabend in der Paulskirche zu einer kontroversen politischen Großveranstaltung entwickelt. Kurz danach habe sich Bischof Stier ganz offen dafür ausgesprochen, daß der Staat das Neue Forum und andere Initiativen zulassen solle. Am Tag der ersten großen Kundgebung unter Führung des Neuen Forum am 23. Oktober hätten alle Kirchen offen gestanden. Viele Teilnehmer seien direkt von den Friedensgebeten zur Kundgebung des Neuen Forum gekommen. Die reguläre Herbsttagung der Landessynode vom 26. bis 29. Oktober 1989 in Schwerin habe ganz im Zeichen der politischen Veränderungen gestanden. Dabei habe Bischof Stier in einem Forderungskatalog mehrfach angesprochene Forderungen von der Umsetzung eines offenen, wahrhaftigen Dialogs über die öffentliche Absage an Gewalt bis zur Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit wiederholt. Zu der Zeit, Ende Oktober 1989, seien diese Forderungen allerdings auch schon außerhalb der Kirche aufgegriffen und weitergetragen worden.

Der Kirche habe nun die Aufgabe gehabt, den Umbruch, den sie selbst mit angestoßen habe, in geordneten Bahnen zu halten. Aufschlußreich sei in diesem Zusammenhang der Wandel im Verhältnis von Landeskirche und Räten der Bezirke gewesen. Zum ersten Mal seien kirchliche Ausführungen nicht mehr als Einmischung in staatliche Angelegenheiten betrachtet worden. Vollends gewendet habe sich der Rat des Bezirkes Schwerin bis zum Dezember 1989, als er in einem Schreiben an des Landesbischof die Kirche als Partner bezeichnet habe, mit dem er gemeinsam und konstruktiv nach Lösungen für die anstehenden Aufgaben suchen wolle.

In zunehmendem Maße hätten Menschen aus dem Bereich der Kirche nun öffentliche Ämter auf regionaler und überregionaler Ebene übernommen. Es sei bezeichnend gewesen, daß die Kirchen wie selbstverständlich eine zentrale Rolle an den Runden Tischen eingenommen hätten, wobei es in den einzelnen Bezirken dennoch beachtliche Unterschiede gegeben habe. Die Kirchen seien in diesem Prozeß ein Garant dafür gewesen, daß die Entwicklungen nicht mehr hätten rückgängig gemacht werden können. In zu vielen Gremien, Parteien, Gruppen und Organisationen seien Menschen, die aus dem Raum der Kirche gekommen seien, bereits vertreten gewesen. Pastoren hätten sich für die politische Arbeit freistellen lassen. Indem die Kirchen die entstehenden Lücken in den Bereichen von Verwaltung und Politik gefüllt hätten, hätten sie verhindert, daß das Land unregierbar geworden sei. Die Kirchen seien allein aufgrund ihrer Existenz zu einem stabilisierenden Faktor geworden. Während fast alle anderen großen Institutionen einen spürbaren Bruch in personeller und organisatorischer bzw. struktureller Hinsicht erlebt hätten, seien die Kirchen diesbezüglich von der Wende völlig unberührt geblieben. Hier habe die Kirche von ihrem Status als staatsunabhängige Organisation profitiert. Schwer zu gewichten, aber auch von Bedeutung sei die Rolle der Kirchen bei der Bewahrung regionaler Identität gewesen. Auch nach dem Untergang der DDR habe die Landeskirche eine politische Rolle gespielt. Hervorzuheben sei dabei vor allem die klare Option für das neue politische System, das als Normalfall charakterisiert und den unnormalen Verhältnissen in der Zeit bis 1989 gegenübergestellt worden sei.

Allerdings habe Bischof Christoph Stier im März 1996 am Ende seiner Bischofszeit auch die selbstkritische Frage gestellt, ob es nicht geboten gewesen wäre, daß die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch der DDR deutlicher und konkreter Schuld hätte benennen und bekennen sollen. Schon im März 1990 habe Bischof Stier von der Notwendigkeit der Aufarbeitung und Vergangenheitsbewältigung gesprochen und davor gewarnt, den Weg der Landeskirche zu verklären und zu idealisieren. Vor allem über das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit müsse immer wieder gesprochen werden.

Im Rückblick vom Frühjahr 1990 habe die Kirchenleitung die Schlüsselbedeutung betont, die den Basisgruppen für das gesellschaftspolitische Handeln der Kirchen zugekommen sei. Der Umstand, daß diese Gruppen in weiten Teilen der Landeskirche nicht gern gesehen gewesen seien, sei allerdings nur angedeutet worden. Es sei auch keineswegs selbstverständlich und unumstritten gewesen, daß im Herbst 1989 die Kirchen für die Aktionen des Neuen Forum geöffnet worden seien. Trotz eindeutiger Optionen des Landesbischofs habe es in den Gemeinden auch ernsthafte Bedenken gegeben.

Aus der Sicht von Georg Herbstritt sei aber entscheidend, daß in dem untersuchten Zeitraum ein deutlicher Rollenwechsel der Landeskirche sichtbar geworden sei. Bis 1989 habe die Kirche die Rolle einer Ersatzgesellschaft gespielt, in der gleichermaßen Opposition und Anpassung vorgekommen seien. 1989/90 habe sie die Rolle übernommen, Trägerin, auch Richtungsweiserin des Umbruchs zu sein, plötzlich auch mit Macht ausgestattet, die sie zuvor bewußt abgelehnt habe. Seit 1990 schließlich spiele sie die Rolle einer in der neuen politischen Gesellschaft etablierten Großinstitution. Hinter diesen Rollen habe ein kirchliches Selbstverständnis gestanden, das Bischof Heinrich Rathke mit dem Begriff einer „Kirche für andere“ umschrieben habe. Die Balance zwischen der Wahrnehmung eines politischen Mandats bei gleichzeitigem Verzicht auf politische Macht sei im Herbst 1989 für einige Zeit völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Die Kirche sei zu einer politischen Größe geworden, die entscheidend dazu beigetragen habe, daß der Umbruch in geordneten Bahnen verlaufen sei. Damit habe sie die Grenze überschritten, die sie sich selbst gesetzt habe.

Gemessen an den durchaus revolutionären Ideen einer „Kirche für andere“ könne der Umbruch 1989/90 nur als ein Beginn verstanden werden. Das revolutionäre Potential sei keineswegs ausgeschöpft worden. Indem die Kirche den Prozeß der Wende kanalisiert und stabilisiert habe, habe sie zwar ein politisches Chaos verhindert. Aber gleichzeitig habe sie sich damit bei der Umsetzung weitergehender Ziele und Visionen selbst im Wege gestanden. Sie habe die revolutionäre Dynamik gebremst, die sie selbst mit ausgelöst habe.

Weiterer erheblicher Forschungsbedarf in diesem Zusammenhang bestehe im Hinblick auf die Fragen, wie die kirchenpolitischen Leitlinien der Mecklenburgischen Landeskirche im einzelnen zustande gekommen seien und wie das Verhältnis zwischen Kirchenleitung und Kirchengemeinden gewesen sei. Ein genaues Bild der Rolle der Kirchen in der Wende sei schließlich auch nur dann zu gewinnen, wenn die Geschichte des Umbruchs 1989/90 insgesamt besser erforscht sei.

7.2.4 Aspekte zur sozialen Situation in Mecklenburg-Vorpommern vor der Wende

Ausgehend von Daten aus einer soziologischen Untersuchung zur Lebensweise in Städten und Dörfern, die 1987 die Haushalte einer Region des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns repräsentativ erfaßt hätten, beschrieb **Dr. Dietmar Wittich** im zweiten und dritten Kapitel seiner Forschungsstudie die Beteiligung am öffentlichen Leben, die Mitgliedschaft in Parteien, Organisationen und Vereinen und das gesellschaftliche Engagement bzw. die politische Enthaltensamkeit kurz vor der Wende. Bei der Bewertung von einzelnen Momenten der Gesellschaftspolitik in der DDR sei auffällig gewesen, daß es kaum ein Politikfeld gegeben habe, auf dem die Politik der SED bei der eigenen Bevölkerung auf die viel beschworene Zustimmung haben rechnen können. Intensität und Verteilung der Kritik sei in der Bevölkerung weitgehend gleich gewesen, sie sei Volksmeinung gewesen. Differenzierungen nach sozialen Gesichtspunkten seien kaum aufgetreten.

Bei der Untersuchung der Frage, in welcher Weise sich „staatstragende“ und oppositionelle Gruppen in der Verteilung von Akzeptanz und Kritik einzelner Seiten der gesellschaftlichen Situation und der Gesellschaftspolitik von der Bevölkerung insgesamt unterschieden hätten, seien kaum Differenzen festzustellen gewesen. Nahezu in allen Positionen hätten die Staatstragenden etwa in gleichem Umfang Kritik geübt. Sie hätten sich in einigen Positionen wie der Steigerung der Effektivität der Arbeit und der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts näher an den offiziellen Leitlinien befunden. Aber gerade bei Fragen, die die Qualität des Alltags betroffen hätten, habe es keine Differenzen gegeben, z. B. in der Kritik an der Qualität der Konsumgüter und der Erhöhung der Renten, der die Politik zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet habe. In einem Punkt hätten sie sich jedoch deutlich von der Bevölkerung insgesamt und vor allem von den Oppositionellen unterschieden: in der Stellung zur Kooperation mit kapitalistischen Ländern. Während ein wachsender Teil der Bevölkerung seine Vorstellungen von Lebensqualität an den westlichen Ländern orientiert und der Entwicklungsfähigkeit der sozialistischen Gesellschaft der DDR in erheblichem Maße skeptisch gegenüber gestanden habe, hätten die Staatstragenden gesellschaftsinterne Entwicklungsmöglichkeiten gesehen. Da auszuschließen sei, daß die wirklich Mächtigen von der Untersuchung 1987 mit erfaßt worden seien, bedeute dies, daß die hier vertretene Ebene der staatstragenden Kräfte wohl zu erheblichen Teilen den Staat, so wie er gewesen sei, nicht mehr hätten mittragen wollen.

Als Fazit könne formuliert werden, daß die Unzufriedenheit der staatstragenden Gruppen mit den Zuständen in der späten DDR insgesamt bemerkenswert folgenlos geblieben sei. Allenfalls hätte sie dazu beigetragen, daß die Wende im Herbst 1989 auch in Mecklenburg-Vorpommern im wesentlichen gewaltfrei habe vollzogen werden können. Das Wirken der oppositionellen Gruppen sei hingegen außerordentlich folgenreich gewesen. Obwohl ihr Umfang zunächst sehr klein gewesen sei, hätten sie sehr schnell geistige und dann auch politische Hegemonie in der Gesellschaft erreichen können. Von ihnen sei der Impuls ausgegangen, daß die zuvor schon allmählich erodierende Akzeptanz der gegebenen Verhältnisse in gesellschaftliche Veränderungen umgeschlagen sei, die von Mehrheiten getragen worden seien. Das habe dazu geführt, die gesellschaftlichen Verkrustungen aufzubrechen und neue Entwicklungsmöglichkeiten auch für den Alltag der Menschen zu eröffnen.

7.2.5 Zeitzeugenberichte von Trägern der Wende

Nach Ansicht von **Dr. Günther Maleuda** habe sich die gesellschaftliche Krise der DDR im Sommer und Frühherbst 1989 dramatisch zugespitzt und sich an ihrem Kulminationspunkt befunden. Die tiefgreifende politische Deformierung des gesellschaftlichen Systems, die Verletzung von politischen und persönlichen Menschenrechten, die Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, die Massenflucht von DDR-Bürgern sowie die negative Wirtschafts- und Versorgungslage hätten zunehmend die Lage und die öffentliche Meinung im Land geprägt. Die Tagung der Volkskammer am 13. November 1989 habe den demokratischen Aufbruch zur Wende im Parlament widergespiegelt. Zum ersten Mal habe die Volkskammer den Präsidenten in geheimer Wahl gewählt. Vor, während und nach der 11. Plenartagung der Volkskammer sei immer offener Klartext gesprochen worden. Die Sorge um die schwierige Lage im Lande und das Bemühen, einer friedlichen, sozialen, freien, demokratischen Entwicklung den Weg zu sichern, hätten Aussprachen und Beschlußfassungen im Parlament und seinen Organen bestimmt. Die Volkskammer und ihr Präsidium hätten vor großen und komplizierten Aufgaben gestanden. Einerseits hätten die Wähler und die internationale Öffentlichkeit große Erwartungen im Hinblick auf eine demokratische Gesetzgebung, z. B. auf Verfassungsänderungen, ein Reisegesetz, auf ein neues Wahlgesetz und auf freie Wahlen, gehegt. Andererseits sei der Volkskammer und ihrem Präsidium - vor allem seitens der Opposition - eine Legitimation abgesprochen worden, da sie nicht aus freien Wahlen hervorgegangen sei. Zu vermerken sei, daß es richtiger gewesen wäre, die Abberufung des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ministerrates mit einer umfassenden Rechenschaftslegung zu verbinden. Es sei jedoch bei Stellungnahmen des Ministerpräsidenten Willi Stoph und der Mitglieder seiner Regierung, der Minister Prof. Dr. Hans-Joachim Böhme, Dr. Gerhard Schürer, Ernst Höfner und Erich Mielke, geblieben.

In der Zeit von November 1989 bis März 1990 habe die Volkskammer eine Vielzahl von Regelungen beschlossen. Sie habe erforderliche Grundlagen zur rechtlichen Ausgestaltung des Demokratisierungsprozesses geschaffen. Die erste Verfassungsänderung sei auf Vorschlag aller Fraktionen am 1. Dezember 1989 erfolgt und habe die Änderung des Artikels 1 Abs. 1 betroffen. Bei fünf Stimmenthaltungen sei der zweite Halbsatz „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ gestrichen worden. Damit habe die Volkskammer einer millionenfachen Forderung der Bürgerinnen und Bürger der DDR entsprochen.

Mit der Bildung des Deutschen Runden Tisches habe ein wichtiger Abschnitt auf dem Wege zu einer reformierten DDR begonnen. Von Anbeginn an sei um eine neue Verfassung, ein neues Wahlgesetz, freie Wahlen und um Reformen auf den verschiedenen Gebieten gerungen worden. Von nahezu historischer Bedeutung sei die Tatsache gewesen, daß die Volkskammer mit ihrer Gesetzgebung vom 20. Februar 1990 die Voraussetzungen für die ersten freien Wahlen in der DDR geschaffen habe. Bedeutend bleibe, daß Volkskammer, Regierung und Runder Tisch kontrovers aber konstruktiv zusammengearbeitet hätten. Sie hätten in entscheidendem Maße den friedlichen Verlauf der Wende gewährleistet. Der vom Runden Tisch ausgearbeitete Entwurf einer Verfassung der DDR und der Beschluß der Volkskammer über „Grundlinie und Standpunkte für eine Sozialcharta“ hätten für den deutschen Einigungsprozeß einen Beitrag auf einem sehr sensiblen Gebiet geleistet. Beide entscheidenden Dokumente und Werke seien allerdings ins Abseits gestellt worden.

Der Runde Tisch, die Regierung und die Volkskammer hätten sich aus gegebener Veranlassung an die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland gewandt, die Wahlkampftribünen zu den Wahlen am 18. März 1990 den Politikern der DDR zu überlassen und auf den eigenen Wahlkampf zu verzichten. Dem sei nicht entsprochen worden. Auch die Ankündigung Helmut Kohls vom März 1990, eine neue Verfassung zu schaffen, sei nicht umgesetzt worden. Dabei habe das übernommen werden sollen, was sich bewährt habe, und zwar auf beiden Seiten. Nach den damaligen Worten von Helmut Kohl habe es auch Entwicklungen in der DDR in diesen 40 Jahren gegeben, die es sich sehr anzusehen lohne. Dieser Charakterisierung könne man inhaltlich voll zustimmen, aber die praktische Bewertung der deutschen Zeitgeschichte sei im wesentlichen durch eine Glorifizierung der Geschichte der alten Bundesrepublik und einer Rundumverteufelung der Geschichte der DDR erfolgt. Das bedeute, daß das Lebenswerk von Millionen Menschen in der DDR, die bei weitem nicht alle in politischen Parteien organisiert gewesen seien, bis zum heutigen Tage nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werde.

In Kenntnis der heute noch verschlossenen Archive sei ein objektiver Nachweis zu führen, was auf dem Weg der Deutschen Einheit objektiven Faktoren unterworfen gewesen sei und was im subjektiven Ermessen von Personen und Parteien gelegen habe, das Tempo im Interesse partei- und gesellschaftspolitischer Zielsetzungen beschleunigt und damit erheblichen materiellen, finanziellen und ideellen Schaden verursacht zu haben.

Dr. Georg Diederich stellte seinen Zeitzeugenbericht unter das Thema „Wir sind das Volk“ und unterschied zwei Etappen der Wende. Die erste Etappe sei durch die sich ständig steigende Fluchtbewegung der DDR-Bürger in Richtung Westen und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Flüchtlinge vorbereitet worden. In kürzester Zeit habe das Neue Forum einen ungeheuren Popularitätszuwachs erfahren, ebenso wie die über Monate stattfindenden Massendemonstrationen in allen größeren Städten der DDR. Diese Periode sei weiterhin charakterisiert durch den Machtverfall der alten Kaderpartei SED mit dem Höhepunkt der Öffnung der Grenzen der DDR am 9. November 1989 und mit dem Fall der ideologischen Mauer am 1. Dezember 1989, als die angemäße Führungsrolle der SED im Artikel 1 der DDR-Verfassung gestrichen worden sei. Das Ende der ersten Wendeetappe sei mit der Besetzung der Stasizentralen in Berlin und in allen Bezirken der DDR durch Vertreter der Bürgerbewegung anzusehen.

Mit der Einrichtung der Runden Tische in Berlin und in den Bezirken habe die zweite Etappe der Wende eingesetzt. Sie sei durch Versuche der Modrow-Übergangsregierung charakterisiert gewesen, die DDR als Staat zu erhalten. Der nach anfänglichem Austrittsboom verbleibende Rest der SED habe die Flucht nach vorn angetreten und sich geschickt in SED-PDS und dann in PDS umbenannt. Die ehemaligen Blockparteien hätten sich in dieser Zeit um Reformen bemüht. Gleichzeitig habe der politische Rückzug des Neuen Forum begonnen. Überall sei auch die Demonstrationsfreudigkeit zurückgegangen, und zunehmend hätten Parteiveranstaltungen im Vorwahlkampf das öffentliche Geschehen dominiert. Ihren Abschluß habe die zweite Etappe der Wende in der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 gefunden.

Der erste Abschnitt der Wende sei inhaltlich von der Auseinandersetzung um die Losung „Wir sind das Volk“ bestimmt gewesen. Als die ersehnten Freiheiten erkämpft gewesen seien und immer klarer geworden sei, daß die Bevölkerung in der wirtschaftlich völlig ruinierten DDR keine Chance habe, diese Freiheiten auch auf Dauer für sich in Anspruch nehmen zu können, sei das Motto „Wir sind ein Volk“ immer mehr in den Vordergrund getreten. Mit dem Wahlsieg der Allianz für Deutschland habe die Mehrheit der DDR-Bürger selbst die Weichen in Richtung baldige Vereinigung gestellt.

Die Losung „Wir sind das Volk“ habe für die Erfahrungen der Menschen auf der Straße im Herbst 1989 gestanden. Jeder Bürger und jede Bürgerin in den endlosen Demonstrationen habe sich selbst zu diesem Schritt durchringen müssen, habe persönlichen Mut aufgebracht, gegen den bis dahin noch so übermächtigen SED-Staat auf die Straße zu gehen. Auf den Straßen habe es dann die wundervolle Erkenntnis gegeben, daß man bei weitem nicht allein sei. „Wir sind das Volk“ habe in diesem Sinne geheißen, daß ab sofort die Massen auf der Straße die Geschicke des Staates den bisherigen Machthabern aus den Händen nehmen würden. Wichtige persönliche Erfahrungen seien der Stadtjugendabend der evangelischen Gemeinden am 6. Oktober in der Schweriner Paulskirche, eine anschließende Eingabe beim Staatsrat mit der Forderung auf Zulassung des Neuen Forum und die erste große Demonstration in Schwerin am 23. Oktober 1989 gewesen. Es seien evangelische und katholische Christen gleichermaßen, aber auch ungezählte Nichtchristen gewesen, die sich mit ihrer ganzen Person und allen verfügbaren Kräften für ein Gelingen der Wende eingebracht hätten.

Bei den folgenden Demonstrationen sei es zunehmend um konkretere Inhalte der Wende gegangen. Von Beginn an hätten jedoch Reisefreiheit und Meinungsfreiheit zu den Forderungen der Straße gehört. Kontakte mit Freunden und Verwandten im Westen und die Einblicke in das dortige System hätten die Anstrengungen beschleunigt, das Ende der SED-Diktatur herbeizuführen und die Demokratie aufzubauen. Gegen Versuche, eine eigenständige Entwicklung der DDR zu sichern - z. B. mit dem Aufruf „Für unser Land“ Ende November 1989 - seien für den Aufruf „Wir sind das Volk“ mehrere zehntausend Unterzeichner gefunden worden. Das Ergebnis sei auch die Gründung einer übergreifenden Bürgerinitiative mit dem Namen „Wir sind das Volk“ gewesen. Ziel der Bürgerinitiative sei die thematische Profilierung der künftigen Montagsdemos gewesen. Beispiele dafür seien die Besetzung der Stasizentralen, die Forderung nach der Entwaffnung aller paramilitärischen Organisationen, die Entmachtung des Medienmonopols der SED sowie die Offenlegung der Parteifinzen der Staatspartei gewesen. Angesichts der nicht abreißen lassen Ausreisewelle sei ab Dezember auf eine Hoffnung gesetzt worden, die die Menschen im Lande würde halten können: die deutsche Vereinigung. Eine Initiative, die Wende politisch weiter voranzubringen, sei die Gründung eines „Arbeitskreises Christlicher Demokraten in Deutschland“ gewesen, um die in Reform befindliche Ost-CDU in diesem Prozeß zu begleiten und bei kommenden Wahlkämpfen zu unterstützen. Die Beispiele hätten gezeigt, wie sehr die gesellschaftlichen Veränderungen der Wende wirklich Sache des Volkes gewesen seien. „Wir sind das Volk“ sei der eigentliche Wahlspruch der Wende gewesen. Er habe die friedliche Revolution des Jahres 1989 geprägt und sie in ihrem Verlauf vorherbestimmt bis zu dem Ziel des vereinigten deutschen Vaterlandes. Insbesondere die Erfahrungen der Verfolgungen und Drangsalierungen in der DDR hätten die Motivation für das Engagement in der Wende und für den Aufbau einer neuen Parteiendemokratie gebildet. Sie führten - auch aus heutiger Sicht - zu der, wenn auch plakativen, Einschätzung, daß für den Aufbau der Demokratie aus der DDR einzig die Menschen zu übernehmen gewesen seien und ansonsten nach Möglichkeit nichts.

Martin Klähn berichtete als aktiver Zeitzeuge über die Bürgerbewegung als Träger der Wende. Es habe in Schwerin bereits verschiedene kirchliche Basisgruppen vor der Wende gegeben. Bei den vorbereitenden Gesprächen über die Gründung des Neuen Forum am 9. und 10. September 1989 in Grünheide sei zu konstatieren gewesen, daß es kein fundamentales theoretisches Rückgrat für die Entwicklung einer alternativen Gesellschaft in Ostdeutschland gegeben habe. In Grünheide sei neben dem Gründungsaufruf zum Neuen Forum auch ein Problemkatalog verfaßt worden, der auf der Grundlage der Arbeiten von Rudolf Steiner Ansätze für ein theoretisches Fundament für Opposition und für die Entwicklung von Alternativen in der DDR beschrieben habe. Nach der Gründung in Grünheide sei das Neue Forum in Schwerin als politische Vereinigung beim Rat des Bezirkes angemeldet worden. Der erste größere Gesprächsabend über die Ziele des Neuen Forum sei der 2. Oktober gewesen. Statt der erwarteten 150 bis 200 Teilnehmer seien knapp 1.000 Interessierte gekommen. Die gegenüber dem Süden der DDR eingetretene Verzögerung bei den Demonstrationen sei auch darauf zurückzuführen gewesen, daß die Bürgerbewegung in Schwerin den Schwerpunkt auf die inhaltliche Arbeit gelegt habe. Erst später sei dann das Mittel der Demonstrationen gewählt worden. Zunächst habe man sich vorgenommen, den Interessierten Fragen über die möglichen Aufgaben einer Bürgerbewegung vorzulegen und sie zu bitten, sich damit erst einmal selbst zu beschäftigen. Erst nach der Beschäftigung mit den Inhalten habe die Mitarbeit in der Bürgerbewegung erfolgen sollen. Eine weitere Grundannahme der Bürgerbewegung sei gewesen, ein starkes Gegenüber zu haben. Entsprechend habe sie die Aufgabe vor sich gesehen, den herrschenden gesellschaftlichen Kräften Stück für Stück, Schritt für Schritt Boden abzugewinnen. Auf einen solchen Prozeß sei man eingerichtet gewesen. Dazu habe man sich auch vorgestellt, daß sich die geplanten thematischen Arbeitsgruppen aus Laien und professionellen Teilnehmern zusammensetzen und sich früher oder später DDR-weit vernetzen würden, daß es zu einem Bündel von Fachforen hätte kommen können und nicht nur zu einem Neuen Forum. In dem Zusammenhang sei man davon ausgegangen, daß in der sogenannten zweiten Reihe - in den Betrieben und Verwaltungen - die Ingenieure mit ihrem konzentrierten Fachwissen, das sich aufgrund der ideologischen Dominanz nicht habe durchsetzen können, Initiativen für die Gestaltung von Alternativen entwickelt würden. Man sei davon ausgegangen, man habe alle Zeit der Welt. Daher seien die Veranstalter über den großen Zulauf der Veranstaltung am 2. Oktober sehr überrascht gewesen.

Die Initiatoren der Veranstaltung hätten diesen Zulauf - aus heutiger Sicht irrtümlich - auf die Bürgerbewegung bezogen, auf das Programm, und dabei gar nicht gesehen, daß es tatsächlich ganz andere Antriebskräfte bei vielen Menschen gewesen seien. Statt der intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung sei es vielen Interessierten mit der Unterschrift beim Neuen Forum um ein Zeichen für die Unterstützung gegangen, häufig verbunden mit dem Wunsch, daß auch im Prozeß der Veränderung wiederum Vorgaben für die Entwicklung (von oben) - d. h. von der Bürgerbewegung - hätten erfolgen sollen. Die Arbeit der Bürgerbewegung habe sich lange in den eigenen Kreisen bewegt. Dies habe dazu geführt, daß man sich ständig gegenseitig bestätigt habe und davon ausgegangen sei, die am Neuen Forum Interessierten dächten so wie die Mitglieder der Bürgerbewegung. Nach den Volkskammerwahlen im März 1990 hätten sich daher bei vielen, die anfänglich die Bürgerbewegung mitgetragen hätten, eine unheimliche Frustration und depressive Stimmung breitgemacht.

Die Bürgerbewegung sei ein offener Prozeß gewesen, der in jeder Kommune und Region seine eigene spezifische Ausprägung gehabt habe. Aus diesem Grund falle es schwer, von einer einheitlichen Bürgerbewegung zu sprechen. Übereinstimmend festzustellen sei aber gewesen, daß mit dem Prozeß der Bürgerbewegung der fällige Paradigmenwechsel hin zu einer sich selbst kontrollierenden und steuernden Basisdemokratie habe vollzogen werden sollen, von einer arbeitsorientierten zu einer ganzheitlich kulturell zentrierten Gesellschaft. Die Bürgerbewegung habe infolge ihrer konzeptionellen und strukturellen Anlage eine neue politische Qualität dargestellt, die keinesfalls der eines Parteiensystems vergleichbar gewesen sei. Gedanken über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hätten in dem Prozeß keine Rolle gespielt.

Die anfänglich engagierten Gruppierungen und Personen, die die Träger der Bürgerbewegung gewesen seien, hätten dann zumeist in Vereine oder zu Parteien gewechselt. Mit dem Wegfall des Gegenübers SED und der Staatssicherheit habe ein Auflösungsprozeß eingesetzt, da bis zu diesem Zeitpunkt - auch wegen der Kürze der Zeit - überhaupt keine Klärung und Einigung über die Interessen und die Richtung der weiteren Arbeitsweise der Bürgerbewegung habe herbeigeführt werden können. Es sei aber klar, daß es ausreichender Zeit bedurft hätte, eine Alternative zu gestalten, die bislang noch nirgendwo gestaltet worden sei. Aus heutiger Sicht hätte sich die Bürgerbewegung die Zeit nehmen müssen.

Theodor Hoffmann berichtete, daß auch in der Nationalen Volksarmee die politische, ökonomische und gesamtgesellschaftliche Krise der DDR zu verspüren gewesen sei. Sie habe sich besonders seit dem Sommer 1989 im Vertrauensschwund gegenüber der Partei- und Staatsführung ausgewirkt, selbst bis hinein in die höheren Dienstgrade des Offizierskorps.

Die Hoffnungen vieler Berufssoldaten hätten sich darauf gerichtet, daß der für das Frühjahr 1990 angekündigte XII. Parteitag der SED eine Verjüngung des Politbüros und damit eine modifizierte „Perestroika“ auch in der DDR ermöglichen werde. Bei den Grundwehrdienstleistenden sei inzwischen die Bereitschaft generell gesunken, den Sozialismus „in den Farben der DDR“ zu verteidigen. Auch in der NVA seien die entscheidenden Ursachen immer mehr in politischen Fehlern, ökonomischen Mängeln, der Schönfärberei der eigenen Führung sowie dem generellen Defizit an Demokratie, Wohlstand und Lebenschancen in der DDR gesehen worden.

Nach dem 4. Oktober 1989 seien in allen Teilstreitkräften und bei den Grenztruppen sogenannte „Einsatzhundertschaften“ gebildet worden, die quasi als eine Polizeireserve wichtige Objekte hätten sichern und die Volkspolizei, die Bereitschaftspolizei und die Kampfgruppen bei der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung unterstützen sollen, falls deren Kräfte nicht ausgereicht hätten. Darüber hinaus habe es keine anderen Gruppierungen gegeben, die für die Erfüllung irgendwelcher weitergehender Aufgaben vorgesehen gewesen seien, mit Ausnahme der diensthabenden Systeme. Es habe weder bei der bis zum 18. Oktober 1989 amtierenden politischen und militärischen Führung noch bei der darauffolgenden, bis Ende November 1989 amtierenden Führung die Absicht bestanden, militärisch gegen die Demonstrationen vorzugehen oder nach der durch die Massen erzwungenen chaotischen Grenzöffnung diese gewaltsam wieder zu revidieren. Selbst wenn ein solcher Befehl erteilt worden wäre, hätte sich kaum jemand gefunden, ihn zu befolgen.

Die NVA-Angehörigen hätten sich als Soldaten der DDR verstanden, die ausschließlich dem äußeren Schutz des Territoriums, des Luftraumes und der Hoheitsgewässer verpflichtet gewesen seien. Sie hätten sich als Soldaten der Volksarmee, einer Arbeiter- und Bauernarmee verstanden, die niemals in die Lage habe kommen oder in eine solche habe gebracht werden können, auf die eigenen Klassenbrüder zu schießen.

Die von Egon Krenz verkündeten Ziele einer veränderten Politik der SED hätten mit der vollen Unterstützung der Berufssoldaten, mehrheitlich auch der Zeitsoldaten rechnen können. Unter den Grundwehrdienstleistenden sei das Vertrauen in die SED nach den Enthüllungen über Amtsmißbrauch und Korruption der alten Führung, nach den hastigen Rechtfertigungsversuchen und den Halbherzigkeiten bei der Umsetzung gesellschaftlich notwendiger Reformen rapide gesunken.

Bei der anlaufenden Militärreform sei besonders auf die Öffnung der Armee gegenüber den Medien, den politischen Parteien, Organisationen und gesellschaftlichen Kräften hinzuweisen. Beim Minister für Nationale Verteidigung sei ein Runder Tisch gebildet worden. Die Armee habe die Kasernentore geöffnet und den Vertretern von Bürgerkomitees die Möglichkeit gegeben, bis in die Raketenlager zu gelangen und sich davon zu überzeugen, daß in der NVA nichts gegen die Interessen des Volkes oder gegen die Opposition unternommen werde. Insgesamt habe die Militärreform von Anfang an die Unterstützung der meisten Armeeangehörigen gefunden, vielen sei es zu langsam gegangen, manchen zu schnell, etliche seien auch prinzipiell dagegen gewesen. Das wichtigste Ziel habe zunächst sein müssen, die Lage zu stabilisieren, die Armee weiterhin als Faktor einer friedlichen Entwicklung der gesellschaftlichen Umwälzungen und als einen zuverlässigen Partner der Verbündeten wie auch als Element der europäischen Sicherheitsstrukturen zu erhalten. Schon vor den Wahlen zur Volkskammer habe sich die Lage in der Armee weitgehend stabilisiert. Mit der faktischen Reduzierung der Zeit des Grundwehrdienstes auf zwölf Monate, der Einführung des Zivildienstes und der Nichteinberufung von Reservisten seien wesentliche Verbesserungen vor allem für die Wehrpflichtigen eingetreten. Das Ergebnis der Volkskammerwahl und die zu erwartende Regierung der Allianz für Deutschland unter Führung der CDU seien loyal aufgenommen worden.

Bereits seit Beginn der Militärreform seien Entwürfe für eine Neugliederung des Verteidigungsministeriums (mit zivilem Minister, Staatssekretär und stark reduziertem Bestand) entwickelt worden, die auf eine Reduzierung und Umgliederung der Streitkräfte in noch eindeutig defensiver und an die Bundeswehr angeglichenen Strukturen ausgerichtet gewesen seien. Die Zeit nach den Volkskammerwahlen sei vor allem von den Vorbereitungen auf die Verhandlung beider deutscher Staaten und damit von der Frage bestimmt gewesen, was aus der NVA und ihren Angehörigen werde. Die Führung der NVA sei in dieser Zeit darum bemüht gewesen, das Ausscheiden aus dem Warschauer Vertrag ohne größere Komplikationen und in Würde zu gestalten, die vorhandenen Feindbilder gegenüber Bundeswehr und NATO abzubauen, Kontakte zwischen den Angehörigen beider Armeen zu entwickeln und gemeinsam mit den Verbindungsgruppen der Bundeswehr die Übergabe von Technik, Bewaffnung, Objekten und Inventar vorzubereiten. Das entscheidende Problem sei jedoch gewesen, was aus den Menschen werde. Das Schicksal der Angehörigen und der Standorte der NVA habe in einem strukturschwachen Land wie Mecklenburg-Vorpommern noch weit größere Bedeutung erlangen müssen als z. B. in Sachsen.

Während die älteren Berufssoldaten (über 55 Jahre) sich infolge der noch von der Modrow-Regierung getroffenen Regelungen relativ langfristig auf ihr Ausscheiden hätten vorbereiten können, sei die Abwicklung der Offizierschüler, ehemaligen Politoffiziere, der jüngeren Generale und Stabsoffiziere rigoros und mit persönlichen Härten erfolgt. Die vielen weiblichen Armeeingehörigen seien überstürzt vor die Alternative der Entlassung gestellt worden, nicht alle hätten in zivile Beschäftigungen überführt werden können.

Als Fazit gelte, daß sich die NVA das Ziel gestellt habe, die Herstellung Deutschlands aktiv mitzugestalten. Es könne festgestellt werden, daß dafür eine Menge getan worden sei. Die Streitkräfte seien gut ausgebildet, geordnet und diszipliniert - selbst bei den personellen Problemen, die entstanden seien - in die Vereinigung eingebracht worden.

Dr. Harald Terpe beschrieb als Wendeaktiver die Stimmungen im Prozeß der Wende, die den Verlauf der Ereignisse und die Motivation bestimmt hätten. Als Militärreservist im ärztlichen Dienst habe er während der Sommermonate 1989 in einem Lazarett in der Nähe von Berlin verbracht und dort die auf Reformkurs à la Gorbatschow drängende Stimmung der jungen Offiziere und auch deren mangelnde Bereitschaft zur Gewalt über Wochen wahrgenommen. Letztlich sei aber schon die Paralyse, d. h. die Reaktionsunfähigkeit bzw. Hilflosigkeit des DDR-Machtapparates deutlich geworden. Daraufhin habe er den Aufbruch 1989 in Berlin mit seiner Unterschrift unterstützt.

Die Stimmung in Berlin und auch in Rostock im Spätsommer 1989 habe sich etwa so zusammenfassen lassen: Jetzt müsse etwas passieren! Jetzt müsse man etwas tun! Und das vor dem Hintergrund, nicht - wie es auch Freunde getan hätten - die DDR verlassen zu wollen oder später vielleicht auch zu müssen. „Etwas tun“ habe wohl Willen gezeigt, aber auch Hilflosigkeit, nämlich Hilflosigkeit, was mit wem und wie organisiert habe getan werden können. Der erlebte Zulauf zu Fürbittgottesdiensten, Demonstrationen und zu den Bürgerbewegungen, besonders zum Neuen Forum, habe daher dem allgemeinen Veränderungswillen entsprochen. In einem auffälligen Kontrast dazu habe sich die relativ kleine Personenzahl ausgenommen, die in der Anfangszeit über den unkonkreten allgemeinen Veränderungswillen hinaus richtungsweisende Überlegungen und Konzepte an- und aufgestellt bzw. Aktionen geplant und initiiert habe. Diese Träger und Aktiven der Wende seien Menschen gewesen - und sie seien es bis heute -, die Ostdeutschland als ihre Heimat empfunden hätten, nicht aber das politische System der DDR. Diese Menschen seien auch heute bereit, die sicher nicht einfache Gegenwart mitzugestalten. Sie hätten wenig Mangel an Aussöhnungsbereitschaft.

Am machtvollsten und in ihrer unbestimmten Zielrichtung homogensten sei die Massenbewegung bis zur Maueröffnung am 09.11.1989 und in den immer wieder aufflackernden Massenprotesten gegen den heimlichen und unheimlichen Staatssicherheitsapparat in ständig wechselndem Gewand gewesen. Konsens habe dahingehend bestanden, die Armee aus der Auseinandersetzung um die Erneuerung der Gesellschaft herauszuhalten und mit der Polizei eine Sicherheitspartnerschaft zu versuchen. Erklärter Wille der Bürgerbewegung sei es gewesen, zunächst ein Klima der Offenbarung in Ostdeutschland zu schaffen, um für die Ostdeutschen einen aufrechten Neuanfang zu ermöglichen. Das habe aber u. a. erfordert, das System der Staatssicherheit rechtzeitig moralisch zu verurteilen, und zwar gerade auch seitens derjenigen politischen Partei, die in der Wende die Rechtsnachfolge der SED angetreten habe.

Dies sei unabhängig davon gewesen, ob in anderen Staaten Sicherheitsdienste eventuell mit gleichem System gearbeitet hätten. Es sei trotz ermutigender Einzelbeispiele in der Wende nicht gelungen, ein derartiges Klima der Offenbarung zu erreichen, um damit - also auch durch unverfälschte Nennung von Opfer- und Täterbiographien - dem vorgestellten Versöhnungsprozeß mehr Geschwindigkeit und Tiefe zu verleihen.

Mit zunehmender Zeitdauer der Wende seien bei den Aktiven der Wende, die sich nun teilweise in neugebildeten oder bereits bestehenden Parteien engagiert hätten, zunehmend Diskussionen über das Ziel der Umgestaltung der Gesellschaft aufgetreten. Für die Mehrheit der Bevölkerung und der in die Verantwortung Gestellten - also für die Träger der Wende-, die nicht in eigenen Traumgebäuden erstarrt gewesen seien, sei relativ schnell klar gewesen, daß es zur Einheit Deutschlands keine Alternative, wohl aber zu ihrer Gestaltung gegeben habe.

Eine öffentliche Auseinandersetzung um eine plötzliche Übernahme der Macht durch das Neue Forum wäre durch die Mehrheit der Bevölkerung nicht mitgetragen worden. Über viele Jahrzehnte - die nationalsozialistische Zeit sei dabei durchaus mit einzuschließen - habe das lebendige Erfahren von Demokratie im Osten Deutschlands nicht stattgefunden. Es wäre daher für den gesamten Verlauf der Wende und der Zeit danach ein Fehler gewesen, gleich bei den ersten Aktivitäten der Wende im Zustand der Bildung neuer demokratischer Strukturen undemokratisch die Machtfrage zu lösen. Insofern sei es richtig gewesen, an den Runden Tischen alle politischen Meinungsbilder vertreten zu haben, unabhängig davon, wie viele Leute in der Bevölkerung hinter ihnen gestanden hätten. Die Bürgerbewegung habe die Machtfrage schon deshalb nicht lösen können, weil sie im Grunde genommen nicht homogen gewesen sei und keine homogene Massenbewegung hinter sich gewußt habe, was jedoch von denjenigen, die am aktivsten und mit der meisten Verantwortung in der Wende gestanden hätten, damals so nicht gesehen worden sei.

7.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, hielt es für notwendig, eine Bewertung der tatsächlichen Dialogbereitschaft der damaligen SED-Führung gegenüber dem Neuen Forum vorzunehmen. Dies sei insbesondere im Zusammenhang mit der Gegenveranstaltung der SED zur ersten großen Demonstration des Neuen Forum am 23. Oktober 1989 in Schwerin wichtig. Darüber hinaus sei die Frage zu untersuchen, inwieweit ein „Dritter Weg“ als eigenständige Entwicklung der DDR, der 1990 diskutiert worden sei, vor dem Hintergrund der tatsächlichen ökonomischen und moralischen Situation in der DDR rein theoretisch überhaupt zu verfolgen gewesen sei. Zur Rolle der NVA in der Wende sei genau zu untersuchen, wie es möglich gewesen sei, daß die große Mehrheit des politisch orientierten, festgelegten, geschulten, straff geleiteten Offizierskorps in einer solchen Entscheidungssituation, wo der Klassenfeind - und der sei als solcher auch immer im eigenen Land vermutet worden - sich dann gezeigt habe, nicht im Sinne dieser Ideologie gehandelt habe. Es habe im Offizierskorps schließlich auch Auffassungen gegeben, die eine andere Entwicklung zum Ziel gehabt hätten.

Vorsitzender Dr. Manfred Reißmann äußerte seine Dankbarkeit dafür, daß die Verantwortlichen der NVA in Rostock während der Wende deutlich gemacht hätten, daß die Soldaten nicht auf die eigenen Mitbürger schießen würden.

Kommissionsmitglied Dr. Enno Dieckhoff äußerte die Auffassung, daß der Einfluß der Solidarnosc-Bewegung in Polen auf die Entwicklung der DDR keine große Rolle gespielt habe. Die Entwicklung in der DDR - die Bürgerbewegung, die Protestbewegungen - sei eine eigenständige gewesen. Dies habe damit zusammengehungen, daß die Menschen auf die Bundesrepublik orientiert gewesen seien und Vergleiche zwischen ihren Lebensverhältnissen und Lebensbedingungen einerseits und denen in der Bundesrepublik andererseits gezogen hätten. Zur Zusammenarbeit zwischen dem Runden Tisch, der Modrow-Regierung bzw. der Regierung de Maizière und der Volkskammer in der Zwischenphase 1989/90 sei festzustellen, daß diese in der Diskussion bislang weithin unterbelichtet bleibe. Zur Ansicht von Dr. Georg Diederich, daß er sich nur dazu bereitfinden könne, dem neuen System einzig die Übernahme der Menschen der DDR anzuraten, sei aus seiner Sicht anzumerken, daß etwas mehr Differenzierung nottäte. Man könne die Menschen kaum als Abstrakta sehen und sie total von ihren Verhaltensweisen, von ihrer Arbeit und von ihren Lebenserfahrungen, die in 40 Jahren gesammelt worden seien, trennen. Zum friedlichen Verlauf der Wende sei die Frage wichtig, ob durch die Abrüstung, die schon vor 1989 wesentliche Erfolge gezeigt habe und mit Vertrauensbildung verbunden gewesen sei, in der NVA eine Motivation dafür entstanden sei, daß sich ihre Angehörigen in der konkreten Auseinandersetzung schließlich so verhalten hätten, wie es dankenswerterweise dann geschehen sei.

Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke betonte die aus seiner Sicht nach wie vor aktuelle Frage, wie weit Bewahrenswertes in das neue gemeinsame Land einzubringen gewesen sei. Bewahrenswert sei sicher gewesen, daß in der Wende eine Bereitschaft vorhanden gewesen sei, sich sehr persönlich und existentiell betroffen den drängenden Fragen zu stellen. Der von Dr. Georg Diederich erwähnte Satz, daß es, abgesehen von den Menschen, nichts gebe, was aus der vorhergehenden Zeit Bedeutung behalten solle, sei daher nicht zu unterschreiben. Zu hoffen sei allerdings, daß die ständig wiederkehrende Erscheinung der Unfähigkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen, zurücktrete. Auch der Prozeß eines besseren Aufeinanderzugehens zwischen Ost und West - durchaus bezogen auf Gesamteuropa - habe eine Chance gehabt. Die Deutschen hätten aber in diesem Zusammenhang immer nur innerhalb ihrer Grenzen gedacht, anstatt weitergehende Entscheidungen zu treffen.

Abgeordneter Dr. Arnold Schoenenburg stellte fest, daß es sehr schwierig sei, ein annähernd adäquates Bild der Prozesse in der Wende zu erzielen, da daran vielfältigste Kräfte mit gegensätzlichen Standpunkten und Interessen beteiligt gewesen seien. Der Prozeß der Wende sei für ihn als SED-Mitglied - wie für viele andere auch - ein Prozeß gewesen, der im Grunde zum Zusammenbruch aller Vorstellungen, die ja so scheinbar fest gefügt gewesen seien, geführt habe. Im Geistigen sei es zu völligen Umbrüchen gekommen. Für diejenigen, die die SED-PDS in den Auseinandersetzungen in der Zeit ab November/Dezember 1989 vertreten hätten, sei klar gewesen, daß es ein Zurück zur DDR nicht mehr geben können. Von daher hätten sie versucht, diesen Prozeß von ihren Idealanschauungen und Interessen aus mitzugestalten. Es habe zwei Alternativen gegeben: den Wiederaufbau aus eigener Kraft oder den DDR-Ausverkauf durch Vereinnahmung von außen. Es lägen nach wie vor viele Kräfte im Dunkeln, die an diesem Prozeß beteiligt gewesen und die auch daran interessiert seien, im Dunkeln zu bleiben. Im Verlauf des Prozesses seien die Bundesrepublik und die Bundesregierung sehr präsent gewesen. Sie hätten dabei etwas getan, was gemeinhin als Einmischung in politische Vorgänge zu betrachten wäre.

Die Bürgerbewegung hätte einen großen Anteil daran gehabt, die DDR-Strukturen zu zerbrechen. Aber das, was die Bürgerbewegung eigentlich gewollt habe, eine Basisdemokratie der DDR zu schaffen, einen Neuanfang, sei gescheitert - und damit auch die Bürgerbewegung. Das Hauptergebnis der Wende sei der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und damit auch der Ausverkauf der DDR durch die Vereinnahmung von außen. Daraus habe eine große Enttäuschung bei vielen Leuten resultiert, die dem Prozeß der Wende sehr offen gegenübergestanden hätten. Es sei daher nach wie vor die theoretische Frage, ob denn ein „Dritter Weg“ möglich sei. Zumindest die Ergebnisse von heute würden sagen, zum Zeitpunkt der Wende sei der „Dritte Weg“ nicht gegangen. Allerdings sei vieles in der DDR und in Mecklenburg-Vorpommern erhaltenswert gewesen, z. B. die Vollbeschäftigung oder die Art und Weise, wie in der Landwirtschaft produziert worden sei.

Abgeordneter Horst Voigt erinnerte daran, daß das erstrebenswerte Ziel der DDR-Bürger vor der Wende gewesen sei, die DM zu bekommen und die Konsumwünsche befriedigen zu können. Daß die Menschen nach der Maueröffnung in endlosen Karawanen in Autos in Richtung Westen gefahren seien und ihr Begrüßungsgeld abgeholt hätten, sei dafür ein Ausdruck gewesen. Sie hätten sich dabei aber auch davon überzeugt, wie denn die Bundesrepublik eigentlich aussehe. Daran seien sie 40 Jahre lang gehindert worden. Der Einteilung der Wende in zwei Phasen sei zuzustimmen. Während der ersten Phase sei es darauf angekommen, daß man die persönlichen Freiheiten eingefordert und daß man für Gerechtigkeit und Freiheit gestanden habe. In der zweiten Phase hätten dann allerdings mehr wirtschaftliche Zwänge die Ereignisse überrollt. Während an den Runden Tischen noch verhandelt worden sei, sei das Volk schon einen Schritt weiter gewesen, was durch die Forderung nach der DM deutlich geworden sei, insbesondere durch den Slogan: Wenn die DM nicht zu uns kommt, dann kommen wir zur DM. Es habe also gar keinen anderen Spielraum mehr gegeben, so daß von staatlicher Seite habe gehandelt werden müssen. Hintergründig sei damit die Vorstellung verbunden gewesen, daß man bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wählen müsse, aber vor allem die DM wählen müsse. Und dies habe den Wahlerfolg der Allianz für Deutschland eigentlich ausgemacht. Im Zusammenhang mit der Militärreform sei die Bildung der Soldatenräte in den Einheiten der Nationalen Volksarmee im Januar und Februar 1990 bedeutsam gewesen. Erst nach massivem Druck dieser Soldatenräte sei der Generalstab bereit gewesen, den Forderungen der Soldaten nachzukommen.

Abgeordneter Herbert Helmrich widersprach dem Eindruck, daß bei der Vereinigung mit falschen Versprechungen ein Anschluß betrieben worden sei. Vielmehr sei auch in der Bundesrepublik im Frühjahr und im Sommer 1990 lange nicht klar gewesen, wie es wirklich weitergehen sollen. Die Zuspitzung sei erfolgt, als Lothar de Maizière in einem Gespräch im Juni erklärt habe, mit ihm würde es keinen zweiten DDR-Haushalt mehr geben. Zusätzlich habe ein enormer Druck dadurch bestanden, daß die Menschen sich für die DM entschieden hätten und noch immer zu Zigtausenden pro Monat in die Bundesrepublik gegangen seien. Der historisch verbrauchte Ausdruck vom Anschluß sei falsch. Es seien verschiedene Wege diskutiert worden, und zum Schluß sei in der Volkskammer der Entschluß gefaßt worden, die Vereinigung über einen Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz zu vollziehen.

Kommissionsmitglied Heiko Lietz hinterfragte den Paradigmenwechsel von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Es sei die Frage, ob das Volk der DDR in der Wende wirklich zu einem selbstbewußten demokratischen Subjekt seiner Geschichte geworden sei oder ob es sich nicht sehr schnell wieder von politischen Interessen, die außerhalb der DDR formuliert worden seien, habe fremdbestimmen lassen. In diesem Zusammenhang sei auch zu fragen, warum CDU und F.D.P. den Entwurf einer Verfassung des Runden Tisches in der ersten Sitzung der freigewählten Volkskammer nicht unterstützt hätten, zumal dieser Entwurf der beste Verfassungstext gewesen sei, der in Deutschland je formuliert worden sei. Damit hätten CDU und F.D.P. schon zu DDR-Zeiten die politischen Früchte der Wende verraten. Zum Thema „Keine Gewalt“ sei anzumerken, daß bis zum heutigen Tag nicht klar sei, ob z. B. in die Schweriner Demonstration am 23. Oktober 1989 Provokateure eingeschleust worden seien. Bedeutsam sei insgesamt gewesen, daß das Prinzip „Keine Gewalt“ durchgehalten worden sei. Dies habe weitergehende Konsequenzen im Verlauf der Wende gehabt bis hin zur teilweisen organisatorischen Unterstützung des Neuen Forum in Güstrow durch NVA-Verantwortliche aus Krons Kamp. Auf dem Hintergrund der hohen Erwartungen der Bevölkerung sei zu fragen, ob es nicht die Pflicht und Aufgabe der Bürgerbewegung gewesen wäre, stärker darauf zu reagieren und möglicherweise die Frage nach der Beteiligung an der Macht oder sogar der Übernahme der Macht viel intensiver zu diskutieren. Anlaßpunkte hätten z. B. die Situation nach der Auflösung der Staatssicherheit in Berlin oder Entscheidungssituationen am Runden Tisch sein können.

Abgeordnete Heidemarie Beyer erinnerte daran, daß die großen Ansammlungen von Uniformierten - z. B. Soldaten - im Herbst 1989, die sie selbst gesehen habe, unabhängig davon, welche Befehle diese Gruppen gehabt hätten, bedrohlich gewirkt hätten, zumal man überhaupt alle Uniformierten als einen verlängerten Arm des Machtapparates der DDR empfunden habe. Zum Thema „Keine Gewalt“ sei zu bemerken, daß als Ergebnis der Demonstration in Krons Kamp während der Wende und der vielen damit zusammenhängenden Gespräche erreicht worden sei, daß der Flughafen zivil und militärisch genutzt werde. Dies sei heute ein einmaliges Beispiel, das damals erkämpft worden sei. Bei der Demonstration in Krons Kamp habe die Gelegenheit bestanden, sich menschlich näher zu kommen und nicht nur die Uniform zu sehen, sondern den Menschen, der dahinter gesteckt habe. Insofern hätten durchaus mehr Demonstranten in das Objekt hineingelassen werden können, ohne daß irgend etwas passiert wäre. Die Volkspolizei in Güstrow sei während der Wende von der Vorbereitung für die erste Demonstration an als tatsächliche Volkspolizei zu erleben gewesen. Es sei zu fühlen gewesen, daß sie von Anfang an auf der Seite der Demonstranten gestanden habe. Zu untersuchen sei, ob es Befehle oder Anweisungen für die Einrichtung von Internierungslagern gegeben habe.

8. Leben nach 1989³⁵**8.1 Fragestellungen der Enquete-Kommission**

Die Kommission verständigte sich auf die folgenden Fragestellungen für die Bearbeitung des Themenschwerpunktes „Leben nach 1989“:

1. Lebensalltag vor und nach der Wende
2. Wertewandel und Arbeit als Lebenswert
3. Demokratie-Anspruch und Wirklichkeit
4. Elitenwechsel nach der friedlichen Revolution von 1989
5. Ostdeutsche Biographien - Kontinuität oder Brüche

Bearbeitung des Themenschwerpunktes:

Der Themenschwerpunkt „Leben nach 1989“ wurde als öffentliche Veranstaltung in der 26. Sitzung der Enquete-Kommission am 07.12.1996 im Festsaal des Güstrower Schlosses behandelt. Die öffentliche Veranstaltung gestaltete sich inhaltlich wie folgt:

Zur Thematik Alltagsleben und Arbeit:

Dr. Dietmar Wittich

Wohlstandsgewinn und Verunsicherung - Zu Lebensalltag und Arbeit nach 1989

Karin Schmidt

Wie sich mein Leben seit 1989 als Mutter, frühere Staatsbürgerkunde-Lehrerin und heutige Politikerin veränderte und gestaltet

Gerhard Apelt

Der schwierige Start - Erfahrungsbericht eines Zeitzeugen aus dem Baubereich

Prof. Dr. Siegfried Bohnsack

Mein Plädoyer für die Wissenschaft in Güstrow nach 1989

³⁵ Abgedruckt in: Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. IV Anträge, Debatten, Berichte (1997), S. 9 - 92.

Zur Thematik Wertewandel/Biographiebrüche/Elitenwechsel:

Dr. Hans-J. Misselwitz
Wertemuster im Umbruch

Ehrhart Neubert
Ostdeutsche Biographien im Wertekonflikt

Caterina Muth
Auf einmal war alles ganz anders - Frauen im Konflikt

Helmut Klaus
Werteumbruch und Erneuerung im Schulwesen - Erfahrungen eines Zeitzeugen

Cornelia Mikolajczyk
Mein Leben nach 1989 - Hoffnungen, Sehnsüchte und Realitäten

8.2 Hauptaussagen der Sachverständigen und Zeitzeugen

Der Sachverständigenbeitrag von **Dr. Dietmar Wittich** stützte sich auf die Aussage, daß für die Entwicklung des Lebensniveaus in Mecklenburg-Vorpommern zwei Tendenzen kennzeichnend seien: zum einen eine allgemeine Anhebung des Wohlstandes und zum anderen ein Trend zur stärkeren sozialen Differenzierung. Diese Entwicklung habe sich in zwei Phasen vollzogen, wobei die erste Phase von der Wende bis 1993/94 reiche, während die zweite Phase für den darauffolgenden Zeitraum charakteristisch sei. Während der ersten Phase habe sich insbesondere die Erhöhung des Wohlstandsniveaus bei tendenziell einsetzenden Anzeichen für eine soziale Differenzierung vollzogen. Während der zweiten Phase seien entgegengesetzte Tendenzen aufgebrochen, die Anhebung des Wohlstandsniveaus sei zum Stillstand gekommen und die soziale Differenzierung habe sich verstärkt.

Der Wohlstandsgewinn sei ablesbar an der Verdoppelung des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens von 640,00 Mark der DDR (1990) auf 1.310,00 DM (1994), sowie an einer Anhebung des Niveaus der Haushaltsausstattung und des Motorisierungsgrades. Es habe eine rasche Angleichung an das Westniveau stattgefunden, gewissermaßen eine nachholende Modernisierung in Form der Steigerung des privaten Konsums und der Modernisierung der Haushalte. Diese Entwicklung der ersten Phase sei insgesamt positiv zu bewerten, habe aber bereits gegenläufige Momente eingeschlossen, die in der Erhöhung der Mieten auf das Drei- bis Vierfache sowie im Anstieg der Arbeitslosigkeit (von 1990: 8 % auf 1993: 17,5 %) zu sehen seien. Für diese Phase sei auch ein erheblicher Umfang beruflicher Mobilität festzustellen. Beinahe jeder Zweite (49 %) habe während dieser Zeit seinen Arbeitsplatz gewechselt, davon nur der kleinere Teil (14 %) freiwillig. Gründe für unfreiwilligen Arbeitsplatzwechsel seien Auflösung der Arbeitsstellen und Schließung von Betrieben (38 %), Stellenabbau (31 %) und Konkurse (6 %) gewesen. Gravierend sei der Wegbruch von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft gewesen (81 %), aber auch im produzierenden Gewerbe (39 %), im Handel (36 %) und im öffentlichen Bereich (33 %) sei der Arbeitsplatzverlust als erheblich einzuschätzen. Lediglich im Dienstleistungsbereich habe es eine Zunahme von Arbeitsplätzen um beinahe das Doppelte (auf 185 %) gegeben.

Während der zweiten Phase nach 1993/94 habe eine Zunahme der sozialen Ausdifferenzierung eingesetzt. Die Auswirkungen der Polarisierung zwischen denjenigen, die ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit bezogen hätten, und denjenigen, die ihr Einkommen aus Lohnersatzleistungen hätten entgegennehmen müssen, sei verstärkt in Erscheinung getreten. Die Arbeitslosenquote habe sich 1996 auf dem Niveau von 17,1% für Mecklenburg-Vorpommern belaufen, könne aber das reale Ausmaß des Defizits an Arbeitsplätzen in diesem Bundesland nicht real widerspiegeln. Dazu sei es erforderlich, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Unterbeschäftigung mit zu berücksichtigen, die insgesamt - zuzüglich zur Arbeitslosenquote - ein reales Maß von 36,4% erreichten. Für diesen Anteil der Bevölkerung, der über keinen festen Arbeitsplatz verfüge, sei damit neben dem Einkommensverlust auch ein Lebenssinnverlust zu konstatieren. Entsprechend differenziert gestalte sich die Abstufung in der sozialen Lage. Als arm bzw. unterversorgt bezeichne sich beinahe jeder Zweite (44%), eine mittlere Lebenslage sei für circa 40% charakteristisch, nur eine kleinere Gruppe (17%) rechne sich der oberen und obersten Stufe der sozialen Lage zu. Das zeige, daß sich die Armutsrisiken sozial ungleich verteilten. Arbeitslose und Vorruehändler trügen ein höheres Armutsrisiko, am stärksten betroffen seien jedoch alleinerziehende Frauen - bei ihnen sei jede zweite (55%) als arm und jede sechste (14%) als unterversorgt zu bezeichnen. Differenzierungen hätten sich auch in den Vermögensunterschieden eingestellt - sowohl zwischen denjenigen, die den unterschiedlichen sozialen Kategorien zuzurechnen seien, als auch hinsichtlich des Vergleichs zwischen Ost und West. Der Vermögensanteil im Westen Deutschlands läge 3,5mal höher als in Ostdeutschland. Das sei auch für Mecklenburg-Vorpommern typisch. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung während der zweiten Phase sei zu beobachten, daß sich in Ostdeutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend Angst ausbreite. Der Umschlag sei 1994 erfolgt. Sorgen bestünden in bezug auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten (62%), bezüglich der Ausbildung der Kinder (60%), im Hinblick auf die Sicherheit der Arbeitsplätze (45%) und der Einkommen (46%) sowie der beruflichen Entwicklung insgesamt (41%). Diese zunehmende Angst gehe mit wachsender Verunsicherung und Unzufriedenheit einher und habe ihre Auswirkungen bis hin zur Beurteilung der politischen Entwicklung, deren Negativeinschätzung um mehr als das Doppelte innerhalb der zurückliegenden Nachwende-Jahre gestiegen sei (von 1990: 27% auf 1994: 60%).

Insgesamt könne eingeschätzt werden, daß sich die Wirkung des Wohlstandsgewinns inzwischen verbraucht habe, daß aber zunehmende Ungleichheiten und erlebte Verunsicherungen bei ungewissen Perspektiven wachsende Skepsis auslösten.

Der sich anschließende Zeugenbericht von **Karin Schmidt** reflektierte, wie sich ihr Leben seit 1989 als Mutter, als frühere Staatsbürgerkundelehrerin und als heutige Politikerin (Kreistagspräsidentin) verändert habe und heute gestalte. Zuerst beschäftige sie der Gedanke, was aus den Kindern werden solle, wenn es weiter so bergab mit den Ausbildungsplätzen gehe. Auch der Gedanke, wie man mit dem Älterwerden der Eltern umgehen solle, sofern sie sich nicht mehr alleine versorgen könnten, beschäftige sie sehr. Ebenso mache ihr der Umgang mit befreundeten Menschen, die inzwischen arbeitslos geworden seien, zu schaffen. Sie wisse genau, welche Härte es für Menschen ohne Arbeit sein müsse, mit anderen zusammenzukommen, die vor Arbeit kaum aus den Augen schauen könnten.

In dem Zusammenhang erinnere sie sich daran, daß die Merkmale des Kapitalismus bzw. Imperialismus Lehrstoff des Staatsbürgerkundeunterrichts Klasse 9 gewesen seien und damals bei den Schülern wenig Widerhall gefunden hätten. Heute hingegen sei dies alles Realität geworden. Es stimme sie traurig, feststellen zu müssen, daß ihre Ideale nicht Wirklichkeit hätten bleiben bzw. werden können. Sie sehe aber, daß ihr Grundfundament in der sozialistischen Gesellschaft, die Ehrlichkeit, heute für sie dieselbe Gültigkeit besitze wie damals. Dies habe sie damals in den Augen ihrer Schüler und Mitmenschen glaubwürdig gemacht, und daran wolle sie auch heute festhalten, nicht zuletzt wiederum ihrer Glaubwürdigkeit wegen. Ihr Leben in der DDR sei in guten Bahnen verlaufen, sie habe als Lehrerin gearbeitet, habe mit ihrer Familie in guten Lebensverhältnissen gelebt, sei gewissermaßen privilegiert gewesen, da sie in einer Armeesiedlung mit guten Lebensbedingungen ihren Alltag habe einrichten können. Nach der Wende habe sie ihre Bedenken gegenüber den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen gehabt. Nicht zuletzt sei das dadurch begründet gewesen, daß sie die Merkmale des Kapitalismus aus dem Lehrstoff gekannt habe. Ihre Erfahrungen nach der Wende in der Bundesrepublik Deutschland seien jedoch erfreulich. Sie habe einen Gerichtsprozeß führen müssen, um ihren Arbeitsplatz zu verteidigen, und sei erstaunt gewesen, mit welcher Fairneß sie von dem Gericht behandelt worden sei. Sie habe viel Kraft und Mühe investieren müssen, um sich weiterzubilden, ihre Anschlußqualifikation zu erlangen, und habe dies nicht bereut. Sie habe dabei viel Interessantes und Neues kennengelernt. Durch Kontakte und persönliche Erfahrungen, in denen sie verschiedene Westbürger habe kennenlernen können, sei ihr Bild von der Bundesrepublik Deutschland verändert worden. Sie habe einen Erkenntnisprozeß durchlaufen und sehe nun, daß in dieser Gesellschaft ein sogenanntes normales Leben möglich sei. Bei allem, womit sie sich nach der Wende habe auseinandersetzen müssen, sei sie von dem Gedanken geleitet gewesen, sich selbst treu zu bleiben. Sie sei Mitglied der PDS, lehne aber jede Fraktionsmeinung bzw. -zwang entschieden ab. Dies sei für sie als Politikerin eine wichtige Voraussetzung für ihre Arbeit. Als Lehrerin sehe sie die Schwierigkeiten und Probleme in vielen Familien, die durch die Arbeitslosigkeit der Eltern bedingt seien und die auch die Kinder zu spüren bekämen. Kinder und Jugendliche würden heute unter erheblichem Streß stehen und um die Anerkennung unter Gleichaltrigen kämpfen müssen. Das bewege sie auch als Mutter, da sie das an ihren eigenen Kindern beobachten könne. Sie versuche, ihren Kindern zu vermitteln, daß angestrengte Arbeit Spaß machen könne, daß es wichtig sei, Engagement zu zeigen, ehrlich zu sich selbst und zu anderen zu sein, Werte zu vermitteln. Im Wertekatalog stellten für sie gegenseitige Achtung, uneigennützigere Hilfsbereitschaft, Ehrlichkeit, Natürlichkeit, das Einhaltenwollen der Grundrechte eines jeden Bürgers wichtige Bezüge dar, die es auch laut Grundgesetz zu vermitteln gelte. Darin sehe sie keinen Bruch zum Wertekatalog der DDR. Sie versuche, diese Werte nach wie vor zu leben - als Mutter, Lehrerin und Politikerin. Dabei sei ihr wichtig zu vermitteln, daß es nicht nur eine Wahrheit gebe, wie sie nun erfahren habe, und daß man sich zu seinen Irrtümern und Fehlern bekennen müsse, um jedem Anspruch auf Absolutheit zu entgehen.

Im Zeitzeugenbericht von **Gerhard Apelt** kamen persönliche Erfahrungen im Aufbruch in das neue Wirtschaftssystem Bundesrepublik Deutschland zur Sprache. Er stellte die Schwierigkeiten und Probleme bei der Herauslösung eines Teils der früheren Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Crivitz dar, die das Ziel verfolgt habe, ein eigenständiger Garten- und Landschaftsbau-Betrieb zu werden. Bürokratische und rechtliche Bestimmungen hätten sich als Ursache für erhebliche zeitliche Verzögerungen im Ablauf der Betriebsgründung erwiesen.

Dies sei zwar eine notwendige, aber eine sehr belastende Erfahrung für ihn selbst und alle seine Mitarbeiter gewesen, da die Perspektive ungewiß gewesen sei. Die strittigen Auseinandersetzungen hätten Zeit und Kraft gekostet und die Leistungsmotivation behindert. Dennoch seien die meisten Mitarbeiter geblieben. Schließlich, nach Verlauf von 15 Monaten, habe die Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit die Teilung der vormaligen LPG Pflanzenproduktion Crivitz in vier neue Unternehmen bestätigt, die heute alle noch existierten, und deren einer Teil die Garten- und Landschaftsbau Crivitz GmbH sei. Dies sei für ihn eine Sternstunde des Neubeginns gewesen, seitdem habe er viel dazulernen müssen. Dachbegrünung, Teichbau, Baumsanierung, Fassadenbegrünung, Lärmschutzwände seien früher nicht oder selten in den Auftragsbüchern zu finden gewesen. Dieser Lernprozeß habe positiv bewältigt werden können, u. a. auch darum, weil in der Belegschaft ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgrund ihrer vorausgegangenen langjährigen gemeinsamen Arbeit bestanden habe. Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter habe zwischen 40 und 50 Jahren gelegen. Daraus sei die Notwendigkeit erwachsen, junge Facharbeiter auszubilden und den Betrieb zum anerkannten Ausbildungsbetrieb zu erklären. Nach anfänglichen Verzögerungen und Schwierigkeiten beim Fördern des beruflichen Nachwuchses überschritte inzwischen die Nachfrage bereits die betrieblichen Möglichkeiten. Seine Erfahrungen mit ABM gingen dahin, daß er nicht allgemein gegen ABM sei, daß er sich jedoch dagegen wende, mit diesen Mitteln der Arbeitsbeschaffung Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes zu vernichten. Dies sei seine konkrete Erfahrung. Die Zeit nach 1989 sei ein wichtiger Zeitraum seines Lebens gewesen, den er nicht missen wolle und für den er dankbar sei, weil er in dieser Zeit im Zuge der wirtschaftlichen Neuorientierung vieles von seinen Lebensvorstellungen habe realisieren und umsetzen können, was in der DDR nicht möglich gewesen sei. Dies habe ihm zwar erhebliche Arbeitsbelastungen gebracht, viel Kraft und Ausdauer abverlangt, sei aber für ihn jetzt als Erfolg zu verbuchen, auf den er mit großer Befriedigung zurückschauen. Jetzt könne er befriedigt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sich auf sein Rentnerdasein zurückziehen und in Ruhe die Möglichkeiten der Reisefreiheit genießen. Er habe in seinem Leben zwei Diktaturen erlebt und bekenne sich zu diesem zusammenwachsenden Deutschland, zu dieser Demokratie. Mit ihr identifiziere er sich, weil es nichts Besseres gebe.

Der Zeitzeugenbericht von **Prof. Dr. Siegfried Bohnsack** enthielt ein Plädoyer für die Wissenschaft in Güstrow nach 1989. Er ging davon aus, daß das Alltagsleben der Menschen in den neuen Bundesländern nach 1989 in hohem Maße eine Konfrontation mit neuen Bedingungen und Ausgangspositionen darstelle, daß insbesondere die im Bereich von Lehre und Forschung tätig gewesenen Wissenschaftler tiefgreifende Persönlichkeitskonflikte auszustehen hätten, die die Anerkennung ihres gesamten Arbeitslebens in Gefahr brächten. Er schilderte am Beispiel der PH Güstrow, wie Umstrukturierung und Anpassung an die Wissenschaftsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland ihre konkreten Folgen für Lehre, Ausbildung und Forschung in Güstrow gehabt hätten. Güstrow sei eine relativ große Hochschule in sehr enger Einbindung in bildungspolitische Konzepte der DDR-Volksbildung und von daher als „rote Hochburg“ verrufen gewesen. Hier habe jedoch eine langjährig erfolgreiche, fachwissenschaftlich und pädagogisch-methodisch bewährte Lehrerausbildung stattgefunden, habe man angesehene Wissenschaftsgraduierungen (über 300 Promotionen und Habilitationen) realisieren können, sei ein für eine Pädagogische Hochschule ungewöhnlich breit angelegtes Forschungspotential gesichert und große geistig-kulturelle Ausstrahlungskraft und Anerkennung erlangt worden.

Ihr Schicksal nach der Wende habe insbesondere darin bestanden, sich in einem ersten Schritt von politisch belasteten und fachlich inkompetenten Mitarbeitern zu trennen, Studiengänge unter Auswertung internationaler Erfahrungen zu profilieren und die Ausbildung von Lehrern für Mecklenburg-Vorpommern konzentriert zu betreiben (Frühjahr/Sommer 1990). In einem nächsten Schritt sei die Zusammenführung mit der Technischen Hochschule Wismar und die Bildung einer Mecklenburgischen Technischen Universität (MTU) im September 1990 vollzogen worden. Ein dritter Schritt habe die Spezialisierung dieser Bildungseinrichtung zur Spezialuniversität Güstrow mit dem wissenschaftlichen Schwerpunkt Ökosystemforschung im März 1991 verfolgt, im Mai 1991 sei die Umgründung zu einer „Hochschule für Umweltwissenschaften“ erfolgt, im Juni 1991 die Errichtung einer Fachhochschule im „Grünen Bereich“ vorgenommen worden. Die Eingliederung der Pädagogischen Hochschule Güstrow sei für Lehrerausbildung durch Aufnahme in die Universität Rostock per Kabinettsbeschluß vom Mai 1991 und per Beschluß der Landesregierung vom September 1991 erfolgt. Nach dem Wintersemester 1992/93 sei die Außenstelle Güstrow jedoch als Hochschulstandort durch das Kultusministerium aufgegeben worden und die Einrichtung einer dem Innenministerium des Landes unterstellten Fachhochschule für öffentliche Verwaltung vorgenommen worden. Dies habe zu personellen Konsequenzen geführt. Ein Drittel der bisherigen Hochschullehrer (34 %) sei an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik wieder eingestellt worden, zwei Drittel seien nicht mehr an hohen Bildungseinrichtungen tätig (66 %). Von den bis dahin in der Forschung tätigen Wissenschaftlern seien beinahe alle (90 %) nicht übernommen worden. Dies sei als Mißachtung ihrer Leistungen zu werten und habe erhebliche persönliche und psychologische Belastungen zur Folge gehabt. Insgesamt sei die Entwicklung so einzuschätzen, daß der renommierte Lehrerausbildungs- und Wissenschaftsstandort Güstrow zerschlagen worden sei. Wenngleich die Schließung der Hochschule durch die damalige Landesregierung der Güstrower Region beträchtlichen Schaden zugefügt habe, sei erfreulicherweise festzustellen, daß viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen ihr Bedürfnis sowohl nach wissenschaftlicher Tätigkeit als auch nach gesellschaftlicher Mitwirkung im Anschluß an eine Phase des generell sehr selbstkritischen Nachdenkens jetzt wieder reaktivierten. Er wolle dringend empfehlen, den weiteren Abbau von wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes zu stoppen und statt dessen auf den Ausbau wissenschaftlichen Vorlaufs zu orientieren. In Güstrow sei das zur Zeit noch realistisch, da die erforderliche Bausubstanz und ein Restbestand des Wissenschaftlerpotentials noch vorhanden seien, obwohl bereits 70% Güstrow verlassen hätten. Im Interesse einer erfolgreichen Zukunftsgestaltung sei es sinnvoll, hier die Ansiedlung einer größeren wissenschaftlichen Einrichtung zu verfolgen und abgebrochene Forschungen fortzuführen. Es sei zu überlegen, ob an die guten Traditionen der Lehrerausbildungs- und -weiterbildung in Güstrow angeknüpft werden könne. Er selbst sei außerstande, sich damit abzufinden, daß Güstrow als Hochschulstadt tot sein und in die geistig-kulturelle Bedeutungslosigkeit fallen solle.

Der Sachverständigenbeitrag von **Dr. Hans-J. Misselwitz** befaßte sich mit dem Umbruch von Wertemustern. Er ging davon aus, daß seit der Vereinigung Deutschlands im Osten ein tiefgreifender umfassender gesellschaftlicher Umbruch stattfindet. Dieser betreffe alle politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen bzw. Akteure. Dieser Prozeß könne in bezug auf seine objektiven Aspekte, nämlich im Sinne der Ausgestaltung der rechtlichen, insbesondere politischen und ökonomischen Normen, als abgeschlossen gelten, während er in bezug auf seine subjektiven Aspekte, nämlich im Hinblick auf den Umbruch der Wertemuster im subjektiven Erleben, nicht abgeschlossen sei.

Die vorwiegenden Einstellungen, Haltungen und Erwartungen gegenüber den neuen Institutionen folgten der Tendenz wachsender Distanz. Bei der Betrachtung der Ursachen für diesen Umbruch sei auf die Verhältnisse einzugehen, die einzelne oder Gruppen in der ostdeutschen Bevölkerung in der neuen Situation zu bewältigen hätten. In bezug auf Tempo, Komplexität bzw. Irreversibilität des Wandels seien dies ungemein umfängliche Anforderungen, dadurch gekennzeichnet, daß sie durch Erfahrungen aus der DDR-Gesellschaft gestützt und durch die Neudefinition der grundlegenden Verhältnisse geradezu gegenteilig besetzt seien. Umorientierungen seien immer identitätsbedrohend. Insofern seien als Motive für die geforderten Anpassungsleistungen zu nennen:

- die Abhängigkeit der individuellen Existenz- und Entwicklungsbedingungen von einer gelungenen Reorientierung und
- die Suche nach Einklang mit der kollektiven Wahrnehmung.

Während zur Zeit der Wende und unmittelbar danach kollektive Umorientierungen überwogen hätten, seien inzwischen die individuellen Anpassungsleistungen im hohen Maße für die Identitätsstiftung des einzelnen ausschlaggebend.

In der Bewältigung dieses Umorientierungsprozesses seien Ambivalenzen feststellbar. Einerseits könne konstatiert werden, daß der Wandel im wirtschaftlichen Feld und seine Akzeptanz in hohem Maße gewährleistet sei, daß seine Alternativlosigkeit außer Zweifel stehe. Andererseits sei zu vermerken, daß die Akzeptanz des politischen Wandels rückläufig sei und wachsende negative Tendenzen ausweise. Statt wachsender Zustimmung für Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie, die beide erfolgreich etabliert worden seien, gehe die Bevölkerung auf Distanz. Die politischen Verhältnisse würden negativer beurteilt als die wirtschaftlichen. Die Distanz zu den demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen resultiere aus verschiedenen Erfahrungszusammenhängen:

- zum einen aus dem subjektiven Erleben von Fremdheit und Beziehungsverlust in einem „kalten“ System der Rechtssicherheit, verglichen mit den in der DDR erlebten Beziehungsstrukturen und Aushandlungsformen;
- zum weiteren durch die Wahrnehmung ostdeutscher Repräsentationsdefizite bei Dominanz des westdeutschen Führungspersonals, wodurch die Rolle der ostdeutschen Repräsentanten als nachgeordnet und die Politik im Konfliktfall als „fremdbestimmt“ erscheine;
- zum dritten aus den negativen Leistungsbilanzen der politischen Repräsentation gegenüber den hohen Erwartungen der Bürger.

Daraus resultiere eine gespaltene, wenigstens aber mehrdeutige gesellschaftliche Bewußtseinslage in Ostdeutschland. In der DDR angeeignete Werte hätten die Vereinigung als Systemeffekt überdauert. Dies sei daran erkennbar, daß nur in sehr zurückhaltendem Maße Bereitschaft vorherrsche, individuelle Verantwortung zu übernehmen und streng leistungsabhängiges Einkommen zu befürworten. Dies sei eine paradoxe ostdeutsche Haltung gemäß dem Motto „Privatwirtschaft ja, Eigenverantwortung nein“ und gipfele gewissermaßen in einer ostdeutschen Sonderidentität, die eine andere Wahrnehmung und Deutung der Verhältnisse gegenüber den vorherrschenden westdeutschen Kommentierungen einfordere.

Dies schließe die Überzeugung ein, mit Ostherkunft verminderte Partizipations- und Durchsetzungschancen in der Bundesrepublik zu haben, gebremste Aufstiegs- und Karrierechancen hinnehmen zu müssen und diese als ungerecht und diskriminierend zu empfinden. Es betreffe auch den realen Fakt beispielloser Umverteilung von Eigentum Ost nach West. Die Ostdeutschen seien nicht bereit, sich als Verlierer einordnen zu lassen. Sie strebten heute mehr denn je danach, ein Leben in Sicherheit und geregelten Bahnen zu führen. In gewisser Weise könne man sie „unbewußte Sozialisten“ nennen, die ihre ostdeutschen Sozialisationsbedingungen verteidigten und nach wie vor der Idee des Sozialismus anhängen, diese Idee für gut befänden, wobei sie jedoch einräumten, daß diese durch die Politiker und deren Unfähigkeit verschlissen worden seien. Aus dieser Verantwortungsdelegierung auf die Ebene der Politik sei zu ersehen, daß sich die meisten Ostdeutschen heute mit ihrem Leben in der DDR identifizierten und stolz auf ihr Leben in der DDR seien. Dies führe dazu, daß beinahe jeder Ostdeutsche (97%) die Meinung vertrete, daß über das Leben in der DDR nur mitreden könne, wer selbst dort gelebt habe. Trotz aller Einschränkungen sei dennoch gültig, daß weder der Systemwechsel noch die Deutsche Einheit zur Disposition stünden. Vielmehr sei zu beobachten, daß die Herausbildung eines neuen Wir- und Selbstbewußtseins der Ostdeutschen in der Bundesrepublik in eine weitere Phase eingetreten sei. Dabei sei typisch, daß die Kritik nicht auf eine grundsätzliche politische Korrektur hinauslaufe, sondern vielmehr dazu diene, die ungewohnten Herausforderungen und Verhaltenszumutungen subjektiv zu verarbeiten, um eine neue aktive Lebensposition zurückzugewinnen. Es gehe darum, das erlebte Wir-Defizit durch ein neues Wir- und Selbstbewußtsein zu ersetzen. In jedem Fall sei zu bemerken, daß es nicht um die Wiederbelebung einer alten DDR-Identität gehe. Die Ostdeutschen strebten mehrheitlich eine soziale und kulturelle Integration an, die ihnen jedoch mehr Chancen gleichberechtigter Teilnahme garantiere. Ihr Vergleichsmaßstab in dieser Entwicklungsetappe sei immer stärker die heutige Bundesrepublik, die darin gewonnenen Alltagserfahrungen und immer weniger die DDR-Realität. Dabei müsse auch der Rahmen des gesellschaftlichen Wandels in Deutschland insgesamt im Auge behalten werden. Ohne gelingende Integration der neuen Bundesländer und der neuen Bundesbürger seien Modernisierungsprozesse und Reformen nicht denkbar. In diesen Prozeß brächten die Ostdeutschen aus ihren Transformationserfahrungen ein regionales Wir-Gefühl, eine stärkere Betonung sozialer Werte und Improvisationsgaben sowie die Wiederentdeckung persönlicher Netzwerke mit ein. In jedem Falle blieben die Ostdeutschen noch auf längere Sicht eine „Gesellschaft eigener Prägung“, wobei heute nicht vorherzusagen sei, ob sich dies produktiv niederschlagen oder als Barriere erweisen werde.

Der Sachverständigenbeitrag von **Ehrhart Neubert** thematisierte ostdeutsche Biographien im Wertekonflikt. Er ging davon aus, daß ganz offensichtlich mentale Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen zu konstatieren seien, die von gravierenden Unterschieden in der Lebensweise und der Lebensplanung, von vollkommen differierenden Lebensstrategien und von einem unterschiedlichen Wertebewußtsein zeugten. Dies sei durch die langewährenden Unterschiede in den sozialen und politischen Verhältnissen ihrer Lebensumstände tief geprägt worden. Für die Ostdeutschen sei der gesellschaftliche Transformationsprozeß zu einer Art Sozialisationsfalle geworden. Sie unterlägen einerseits einem scharfen Anpassungsdruck, andererseits erlebten sie enorme mentale Überforderungen. Sich verstärkende Divergenzen zwischen der notwendigen Fähigkeit zur Anpassung und den Möglichkeiten, diese Anpassung auch zu bewerkstelligen, setze sie unter starke psychische, affektbeladene Spannungen, die zu Unbehagen, Unzufriedenheit und, psychologisch betrachtet, zum Bewußtseinsphänomen der Angst führten.

Dies rühre daher, daß viele Ostdeutsche offensichtlich schwerwiegende Probleme in der zukünftigen Entwicklung sähen und befürchteten, in absehbarer Zeit von Veränderungen mitbetroffen zu werden. Das Phänomen der rückläufigen allgemeinen Lebenszufriedenheit sei damit schlechten objektiven Lebensumständen einerseits anzulasten, andererseits aber auch erheblichen subjektiven Beeinträchtigungen, enttäuschten Erwartungen, reduziertem Wohlbefinden durch Zukunftsängste und Orientierungsprobleme. Die Analyse des PDS-Wählerpotentials, das im wesentlichen aus Beamten, Angestellten, also Gruppen mit den sichersten Arbeitsplätzen und der besten Altersversorgung bestehe, verweise darauf, daß nicht der tatsächliche soziale Status, sondern die Orientierung auf das geistige Verhältnis zur gesellschaftlichen Realität Zufriedenheit beeinflusse. Unscharfe Akzeptanz von Veränderungen bewirke Wertekonflikte und Krisen, deren Ursachen durchaus in den Verhältnissen der einstigen DDR und ihren Sozialisationsergebnissen zu sehen seien. Die Bewältigung derartiger Krisen führe zu Streßsituationen, die als belastend und überfordernd erlebt würden. Der Wertekonflikt werde unabhängig davon erlebt, daß die materiellen Bedingungen vieler einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen inzwischen erheblich verbessert, an das Westniveau zum Teil bereits angeglichen seien bzw. dieses überholt hätten.

Das erlebte Wertedefizit stelle sich osttypisch dar. Werte wie Geborgenheit, Sicherheit und Kontinuität seien als konservativ zu bezeichnen, weil sie an früheren Lebenserfahrungen festhielten und zugleich eine Schutzfunktion erfüllten. Entsprechend erscheine die neue Gesellschaft als „kalt“, rücksichtslos, als Ellenbogengesellschaft, in der Mitmenschlichkeit verlorenginge. Selbst der Wert Freiheit sei hinter den Wert Sicherheit zurückgetreten, werde als nachrangig erlebt und könne nur in Verbindung mit Sicherheit etwas gelten. Diese Werte seien auch in Verbindung mit der Spezifik der Sozialstruktur der DDR - als administrativ durchgesetzte Homogenisierung - zu sehen. Sie habe rigide Unterordnung aller Interessen unter die sich als Gemeinschaftsrepräsentantin verstehende SED, die Inanspruchnahme und Kontrolle aller sozialen Vermittlungsinstanzen und die moralische Denunziation jeglicher Individualität erfordert. Gemäß den Merkmalen von Autoritarismus seien diese Gleichsetzungs- und Gemeinschaftsvorstellungen, die vorher schon in der nationalsozialistischen Diktatur hätten beobachtet werden können, von hoher Plausibilität gewesen, da sie moralische Legitimität besaßen und in ihrer politischen Umsetzung die Individuen von Verantwortung entlastet hätten. Die heute nachhaltig wirkenden Werte Geborgenheit, Sicherheit und Kontinuität stünden der Akzeptanz des Wandels und der Übernahme individueller Risiken in der Verkraftung von biographischen Brüchen entgegen, stützten sich auf verinnerlichte Vorstellungen, Erklärungs- und Deutungsmuster. Diese Faktoren in ihrem Zusammenwirken begründeten heute eine hohe ideelle Sozialismusakzeptanz und seien wiederholt und zunehmend intensiver in Umfragen bestätigt worden. Es sei schon merkwürdig und selbst für diejenigen, die es erlebt hätten, heute schwer zu fassen: Sicherheit und Geborgenheit in der DDR, im Stacheldraht, in der entwürdigenden Entmündigung, der Kontrolle aller Lebensbereiche! Und dennoch funktionierten diese Zusammenhänge in dieser widersprüchlichen Weise, sei das Wertebewußtsein angesichts des Wandels ein Bollwerk gegen neue Überforderungen.

Die Entwertung der Biographien sei zu einem Schlagwort geworden und werde vorwiegend politisch genutzt. Inzwischen sei die Verdrängung der Vergangenheit zu beobachten, seien Entlastungsstrategien für die Bewertung des eigenen Lebenslaufs, vormals häufig fremdbestimmt, zu beobachten. Das habe die Konsequenz, daß Entscheidungen und Optionen anderen, den Verhältnissen oder gar der Geschichte angelastet würden und damit der Orientierung auf Selbstbestimmung wiederum ausgewichen werde. Im Bereich der vormaligen DDR habe eine Zeit der Rechtfertigung und Anklagen, der Absagen und Selbstvergewisserungen begonnen, die in einer Biographie-Schwemme auf dem Büchermarkt zum Ausdruck komme. Am Institut für Zeitgeschichte Jena sei unter der Leitung von Prof. Lutz Niethammer ein „Oral history - Projekt“ durchgeführt worden, publiziert in dem Buch „Die volkseigene Erfahrung“, die ausweise, daß fast durchgängig Dualitäten erschienen: die offizielle und inoffizielle, die inszenierte und reale, die politische und unpolitische Existenz. Damit sei die Theorie von der bloßen Flucht der DDR-Bürger in die privaten Nischen hinfällig und zu einfach. Viele Bindungen an das System, darunter auch und vorwiegend die durch die soziale Sicherheit erzeugten, seien in die Nischen mitgenommen worden; das Private habe das Politische durchflochten; der große Tausch zwischen Herrschern und Beherrschten habe es möglich gemacht, daß etwa der persönlich errungene Erfolg im System auch mit einem Stück Intimität und Karriere verbunden gewesen sei. Gerade diese „menschelnde“ Seite des Systems habe einerseits den politischen Zugriff so hart gemacht, weil damit jede intime Distanz durchbrochen worden sei, und habe selbst das Politische in der Politik verhindert. Die theoretische Aufarbeitung von Biographien habe auch gezeigt, daß die Stereotypen biographischer Standards wesentlich von denen der westlichen Gesellschaft abwichen. Die SED-Gesellschaftspolitik habe dem Individuum für selbst zu verantwortende Risiken nur geringen Spielraum gelassen, es hätten nur wenige biographiewirksame Entscheidungsmöglichkeiten bestanden, die Individualisierung sei in der DDR auf einem sehr niedrigen Niveau erschienen. Die Angebote für Biographieverläufe seien staatlich vorformuliert, Aufstiegsmöglichkeiten oder andere Lebenschancen durch politisch-ideologische Anpassung oder Scheinanpassung risikoarm optimiert gewesen. Die Individualisierung sei daher in eine Privatisierung der Lebenswelt verschoben worden. Dies habe DDR-Biographieverläufe in typischer Weise beeinflußt, vorherbestimmt und in ihrem Ablauf festgeschrieben. Die jetzt vielfach zum Ausdruck gebrachte Angst vor der Entwertung des eigenen Lebens rühre aus der Wahrnehmung des Zusammenbruchs von politischen Fiktionen, in die das eigene Leben verstrickt gewesen sei, gleichgültig wie verbunden sich die Betroffenen dem politischen System gegenüber gefühlt hätten. Darum fühlten sich heute viele Ostdeutsche erneut betrogen. Dieses Konfliktschicksal des zerbrechenden alten sozialen Kollektivs schaffe ein Wir-Gefühl unter den Ostdeutschen. Der Verlust der einstigen Sinnkonstruktionen erweise sich heute gewissermaßen als Schutz vor Minderwertigkeitsgefühlen, die weniger der neuen Zeit als vielmehr den alten Verhältnissen der Entmündigung entstammten.

Einstige DDR-Bürger seien darauf eingestellt gewesen, daß die Zukunft, abgesehen von privaten Zwischenfällen, prinzipiell voraussehbar sei. Auch dies habe sich inzwischen grundlegend gewandelt. Geblieben sei, gewissermaßen als Nachwende-Phänomen für viele Ostdeutsche typisch, ein Zeitbewußtsein, das auf Beständigkeit, Kontinuität der Lebensumstände und Voraussehbarkeit der Zukunft fixiere. Das gerate mit den neuen Anforderungen, die ein zielorientiertes Handeln verlangten, in Widerspruch. Auch heute seien konstante Lebenswelten gefragt.

Deshalb versuchten Ostdeutsche an bestimmten Stellen, ein Stück DDR festzuhalten, wozu auch die eigene Biographie gehöre. Dies seien subjektive Erfahrungen, an die nicht gerührt werden dürfe. Die Gesellschaft, die Politik, die Institution, alles habe sich geändert, sei fremd geworden, auch der Rechtsstaat, das Rechtsbewußtsein. Die Kluft zwischen Gerechtigkeit und Recht werde schmerzhaft erlebt, der Konflikt zwischen den Werten Freiheit und Arbeit, der eine schlimme Versuchung in der deutschen politischen Kultur darstelle, werde aufs Neue organisiert. In diesem Zusammenhang sei auch zu vermerken, daß der Wert Ehrlichkeit instrumentalisiert werde. Mit Moral könne jedoch keine Politik gemacht werden, ebensowenig mit den Werten Disziplin, Ordnung, Sauberkeit. Im Grunde sei eine Fundamentierung der politischen Ethik vonnöten, die mit Konflikten und Interessengegensätzen umgehen könne. Es sei ein fundamentales Menschenrecht, seine eigene Option für geistige Dinge zu wählen. Niemand könne gut damit leben, immer nur fremdbestimmt zu sein.

Christen seien im politisch-ideologischen Einheitsstaat spezifische Fremdkörper gewesen. Konfessionslosigkeit sei darum ein sozialer Sicherheitsfaktor gewesen, Kirchengemeinschaft dagegen habe Risiken und Konflikte geborgen. Die Masse der Konfessionslosen habe in Religion und in Religiosität eine subversive Tendenz gesehen, was die Kirchenmitglieder schon durch ihre Selbstbehauptung oder ihre Gegenwehr in gewissem Sinne auch bestätigt hätten. Kirchenaustritte seien organisiert und aufgenötigt worden, Familien unter Druck gesetzt worden in bezug auf die Ausbildungs- und Karrierewege ihrer Kinder, sofern sie diese nicht zur Jugendweihe zugelassen hätten, christliche Kinder und Jugendliche in den Schulen benachteiligt, ausgegrenzt, psychisch unter Druck gesetzt und diskriminiert worden. Unter diesem Einfluß hätten viele den Weg in die Konfessionslosigkeit gewählt und diese als Schutz der Privatsphäre erlebt. Ihr Verhältnis zur Kirche hätten Konfessionslose als ein Refugium von sicherheitsfördernder Kontinuität ihrer in der DDR gelebten Biographie betrachtet. Deshalb lebten die SED-Riten fort, sei es möglich, daß Namensgebung oder Jugendweihe, die eigens als Religionsersatz geschaffen worden seien, nach wie vor als Vermittlungsinstanzen von Werten funktionierten. Dies sei ein Zeichen dafür, daß unbewußte Wahrnehmungs- und Handlungsstereotype weiterwirkten und eine relative Autonomie gegenüber der aktuellen Situation behielten.

Obwohl Versuche zu beobachten seien, aus der mentalen Lage und dem in die Biographie einwirkenden Wertekonflikt vieler Ostdeutscher eine Art ostdeutscher Identität zu definieren, sei er dennoch der Auffassung, daß es keine ostdeutsche Identität gebe. Eine abstrakte Debatte um die positiven Möglichkeiten des Sozialismus oder auch nur der ostdeutschen Vergangenheit, die ohnehin nie Wirklichkeit geworden seien, leisteten lediglich einen Beitrag dazu, die ehemalige Lebenswelt der Ostdeutschen zu verdrängen. Notwendig sei es, eine Kultur bzw. die Zivilisation der Freiheit zu entwickeln. Dazu gehöre die Fähigkeit, Freiheit nutzen zu können. Und es gehöre ebenso dazu, daß in der Wahrnehmung der Freiheit Verantwortung möglich werde. Dies hätten die Menschen in der DDR nicht gelernt, damit hätten sie keine Erfahrung.

Der Zeitzeugenbericht von **Caterina Muth** reflektierte das Leben nach der Wende aus der Lebenssituation und der emotionalen Lage der Frauen, weil zum einen gerade Frauen von den gesellschaftlichen Umbrüchen am stärksten betroffen gewesen seien und sie diese zum anderen oftmals sensibler wahrgenommen und reflektiert hätten. Das Leben nach 1989 sei an den Erfahrungen des bisher gelebten Lebens in der DDR zu messen. Zugleich sei es aber auch in Relation zu den vielen Versprechungen aus der Wendezeit zu setzen. Während die Menschen sich in der DDR unzufrieden gefühlt hätten über die vielen Mangelerscheinungen, die Scheindemokratie, begrenzte Meinungsfreiheit und die allorten errichteten Mauern, sei doch festzustellen, daß das Leben damals angstfrei verlaufen, der Arbeitsplatz gesichert, die Kinderbetreuung garantiert gewesen sei. Das Leben sei in einen festen Rahmen gefügt gewesen, habe eine Verankerung gehabt, bei - zugegebenermaßen geringen - Spielräumen. Während der Wende sei das Leben vieler Frauen plötzlich politischer geworden. Das treffe auch für ihr eigenes Leben zu. Die Zeit der Fragen habe begonnen, die Zeit des Nachdenkens über die Zukunft. Dann sei der Umbruch in Politik, Wirtschaft und Alltagsleben erfolgt, sei plötzlich alles ganz anders gewesen. Umorientieren sei angesagt gewesen. Man sei gefordert gewesen, habe für sich selbst vieles bewirken müssen und dabei den Menschen neben sich schon mal vergessen können.

Es habe eine bis dahin unbekannt Stigmatisierung eingesetzt. Alles bis dahin Gesicherte sei weggebrochen. Zu DDR-Zeiten sei die Hälfte der Versorgungsleistungen für Kinder durch den Staat getragen worden: kostenlose Kinderbetreuung, Subventionierung der Essenversorgung, Kinderbekleidung, Spielwaren. Doppelzüngigkeit der offiziellen Familienpolitik heute habe viele Frauen frustriert. Arbeit sei unsicher geworden und habe nicht mehr unter dem Aspekt der Selbstverwirklichung gestanden, sondern sei zur ökonomischen Notwendigkeit herabgesunken. In diesem Zusammenhang hätten sich auch die Werte der Frauen verändert. Dramatischer als der Wertewandel selbst sei der Bruch gewesen, den Frauen in bezug auf ihren eigenen Wert hätten hinnehmen müssen. Sie hätten sich plötzlich abgestempelt, abgewertet gefühlt, seien oft unter Niveau entlohnt worden. Sie kämen sich heute weniger wert vor, da oft ihre geistigen Werte nicht mehr gefragt seien. Während sie heute darüber nachdenken müßten, wie sie sich selbst absicherten, seien sie früher unbeschwerter gewesen. Heute sei vielen Frauen die Leichtigkeit des Lebens abhanden gekommen. Gerade Frauen hätten wichtige Werte wie Geborgenheit, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und natürlich auch Gleichstellung als einen Anspruch empfunden, der in der neuen Gesellschaft nicht realisiert werde. Natürlich habe es auch Gewinn gegeben, Zugewinn an Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Verlust von staatlicher Reglementierung, freie und unabhängige Wahlen. Jedoch habe sich das durch die schlichte Tatsache relativiert, daß von nun an das Geld tonangebend für alles geworden sei. Die Motivation dafür, daß sie sich persönlich dafür entschieden habe, als Frau in die Politik zu gehen, sehe sie darin, daß sie sich als Frau nicht mehr länger habe vertreten lassen wollen, sondern daß sie den Entschluß gefaßt habe, das selbst zu tun. Ihre Erfahrung im Umgang mit der Demokratie sei die, daß sie erstaunlich viele Parallelen zu dem erkenne, was sie früher in der DDR erlebt habe. Jedoch sei die Ohnmacht in der Bundesrepublik aus ihrer Sicht eine andere, heute schmerze sie. Es reiche nicht mehr aus, sich wie einst in die Nische zurückzuziehen. Für sie sei es unerträglich zu akzeptieren, daß eines der wichtigsten Menschenrechte, nämlich das Recht auf Arbeit, nicht durchgesetzt werde.

Bezüglich des Werteumbruchs habe sie den Einwand, daß sich nicht die Werte an sich geändert hätten, sondern wohl eher die Hierarchie der Werte. Werte wie Solidarität, Gleichberechtigung, Freiheit der Frauen, über den eigenen Körper zu entscheiden, und soziale Sicherheit, die früher selbstverständlich gewesen seien, stünden heute im Vordergrund. Bezüglich der Durchsetzung des Wertes Demokratie führte sie aus, daß dies insbesondere auch von vielen aus der SED kommenden Menschen heute durchgesetzt werde. Sie könne es nicht akzeptieren, daß der Wertewandel, der Werteumbruch, Lebensbrüche nur aus den Erfahrungen und aus dem Leben in der DDR zu erklären seien. Wertewandel und vielleicht auch manchmal ein Stück Rückbesinnung resultierten auch aus der Erkenntnis, daß in der Bundesrepublik Deutschland viele Probleme nicht gelöst seien und Lösungen für die Zukunft ausstünden.

Der Zeitzeugenbericht von **Helmut Klaus** befaßte sich mit dem Werteumbruch und der Erneuerung im Schulwesen. Von Anfang an sei es darum gegangen, eine schnelle organisatorische, vor allem aber die inhaltliche Neustrukturierung und personelle Erneuerung im Schulbereich zu bewältigen. Maßgeblich dafür seien der Einigungsvertrag gewesen, der mit dem Artikel 37 Absatz 4 hinsichtlich der organisatorischen Neugestaltung des Schulwesens und der Anerkennung von Abschlüssen schulrechtlicher Art verbindlich gewesen sei, ferner das sogenannte Hamburger Abkommen sowie die einschlägigen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz für die neuen Länder. Den landesrechtlichen Rahmen habe das Schulreformgesetz von 1991 geliefert. Aufgabe sei es gewesen, zum 01.08.1991 neue Schularten mit neuen Unterrichtsrichtlinien für zum Teil neue Unterrichtsfächer einzuführen und Lehrkräfte sowie Schüler nach neuen Auswahlkriterien auf diese neuen Schularten zu verteilen. Um die Dimensionen zu charakterisieren, wolle er daran erinnern, daß es sich um ca. 360.000 Schülerinnen und Schüler sowie um 30.000 im Unterrichtsfach beschäftigte Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern gehandelt habe. Ziel sei es gewesen, das einheitliche sozialistische Bildungswesen der DDR durch ein demokratisch-legitimiertes Schulwesen mit neuen Begrifflichkeiten, neuen Inhalten, neuen Bezeichnungen und zum großen Teil einer neuen Rechts- und Verwaltungssprache zu ersetzen. Dies habe für viele Betroffene Unsicherheiten, Orientierungsprobleme und soziale Problemlagen mit sich gebracht, sei mit Ängsten um den Verlust des Arbeitsplatzes verbunden gewesen und habe erhebliche soziale Problematiken bei Kündigungen, bei Auflösungsverträgen und Vorruhestandsentscheidungen im Schulbereich bedeutet. Die Situation sei ungleichgewichtig gewesen. Es habe zu viele Lehrkräfte in den naturwissenschaftlichen Fächern gegeben, hingegen aber zu wenige in den geisteswissenschaftlichen und, ganz vorrangig, im fremdsprachlichen Bereich. Dadurch habe die Notwendigkeit bestanden, zum Teil Lehrkräfte zu entlassen, zum Teil aber auch neue Lehrkräfte einzustellen. Zudem sei problematisch gewesen, daß diejenigen, die über nach neuem Recht nicht vergleichbare Unterrichtsqualifikationen verfügt hätten, nicht mehr im öffentlichen Dienst des Landes hätten beschäftigt werden können. Das sei schlimm und schmerzlich für die Betroffenen gewesen, habe aber letztlich im Vollzug der vom Parlament gesetzten Forderungen gelegen. Hinzu seien die Stasiüberprüfungen gekommen. Von 28.862 überprüften Fällen habe in 1.581 Fällen (5,3 %) Stasitätigkeit nachgewiesen werden können. Davon seien wegen der Schwere des Vorgangs der Stasibetroffenheitsbelastung insgesamt 341 Lehrerinnen und Lehrer (1,1 %) durch Kündigung oder Aufhebungsvertrag aus dem öffentlichen Dienst des Landes ausgeschieden. In 530 Fällen (1,8 %) seien Stasiüberprüfungsverfahren ohne Konsequenz geblieben, weil die Ergebnisse der Überprüfung von einem so geringen Gewicht gewesen seien, daß man ruhigen Gewissens, auch schon in Übereinstimmung mit der damals zu stabilen Wertmaßstäben gekommenen Rechtsprechung, habe sagen können, diese Fälle seien vertretbar, auch in einem demokratischen System.

652 Fälle (2,2 %) hätten aufgrund eigener Entscheidung das Arbeitsverhältnis mit dem Land aufgekündigt. Diese Entwicklung sei für alle Betroffenen, selbst für diejenigen, die als Amtspersonen mit diesen Dingen befaßt gewesen seien, von erheblicher psychischer Belastung gewesen. Zur Aufrechterhaltung der eigenen Unterrichtsfähigkeit seien sogenannte Nachqualifizierungsmaßnahmen erforderlich gewesen, vorrangig im geisteswissenschaftlichen und im fremdsprachlichen Bereich. Staatsbürgerkunde habe es fortan nicht mehr gegeben. Das Fach Sozialkunde sei weder als Staatsbürgerkundeersatz noch als eigentlicher Ideologieersatz in den Stundenplan aufgenommen worden, sondern habe dem Bedarf nach differenzierter Bildung junger Menschen für den Bereich des sozialen Zusammenlebens in der Gesellschaft Folge geleistet. Zu der neugewonnenen pädagogischen Freiheit für Lehrer und Schüler seien die demokratiebezogenen Mitwirkungsrechte der Eltern hinzugekommen und hätten auf allen Seiten eine Entfaltung gezeigt, die viel schneller und wirkungsvoller vonstatten gegangen sei als erwartet.

Obwohl dieser Umbruch im Schulsystem erhebliche Schwierigkeiten und Probleme bedeutet habe, obwohl es zu einer Vielzahl von Protesten, Widerspruchsverfahren und sogar Verwaltungsstreitigkeiten vor Verwaltungsgerichten gekommen sei, obwohl ein unterschiedliches und neugestaltetes Rollenverständnis zwischen Land und Kommunen bei der Gestaltung von Schule und Schulalltag zu greifen begonnen habe, sei es in keinem einzigen Fall zu ernsthaften Streitverfahren zwischen dem Land und den Gebietskörperschaften gekommen, habe es selbst bei der Besetzung der Führungspositionen im Schulbereich keine gravierenden Unstimmigkeiten gegeben. Zwischen Lehrerschaft, Elternschaft und neuer Schulaufsicht habe Vertrauen geschaffen werden können, das das Gebot der Gestaltung der Rechtseinheit in Deutschland im Schulbereich gewährt habe. Es sei schließlich sogar gelungen, daß die Länder im Osten mit dem Abitur nach 12 Schuljahren die deutschlandweite Anerkennung - und damit die Anerkennungsfähigkeit im Rahmen der europäischen Union - hätten erreichen können. Im übrigen seien die Lehrer Ost in Mecklenburg-Vorpommern bezahlungsmäßig strukturell genauso gestellt wie die Lehrer West. Es sei nicht den Tatsachen entsprechend, daß Ostlehrer in westlichen Bundesländern keine Anstellung wegen ihrer Abschlüsse finden könnten, wie dies Frau Schmidt dargestellt habe. Insgesamt könne er die Einschätzung treffen, daß kein anderes Bildungssystem europaweit wünschenswerter sei als das der Bundesrepublik Deutschland, ob es sich um Fragen der Gestaltung der Lernmittelfreiheit, der Schülerbeförderung, der Erhaltung von Schulstandorten, der Erreichbarkeit von Schulen, des Erreichens von Abschlüssen, der Gestaltung der Schulentwicklungspläne oder der Unterrichtsversorgung handele.

Der Zeitzeugenbericht von **Cornelia Mikolajczyk**, Katechetin und Mutter von vier Schul- bzw. Vorschulkindern, stellte ihr Leben nach 1989 in bezug auf die Erfüllung ihrer Hoffnungen und Sehnsüchte dar und schilderte, wie sie mit den neuen Realitäten zurechtkomme. Sie habe in Folge ihres Engagements für die Kirche und den christlichen Glauben in ihrer beruflichen Entwicklung und Karriere zu DDR-Zeiten Eingrenzungen hinnehmen müssen, habe den Bildungsweg über die Kirche wählen müssen, sei staatlicherseits nicht zu disziplinieren gewesen. Dies habe andererseits ihr Engagement für und in der Wende mitbegründet. Sie sei 1990 Mitbegründerin von „Demokratie jetzt“ in Schwerin gewesen und habe versucht, längere Zeit noch in der Bürger/innenbewegung mitzuarbeiten. Ihr Engagement im pädagogischen Arbeitskreis sei aus der Sehnsucht nach einer neuen Schule erwachsen, nach einem anderen Umgang mit Kindern, der sie als Persönlichkeit achte, als Subjekt und nicht als Objekt sehe, sowie aus der Hoffnung auf ganzheitliche Lernmethoden und auf Chancengleichheit.

Die Wunden und Verletzungen, die sie als Kind und Jugendliche in ihrer Schule erfahren habe, sei ihr ein abschreckendes Beispiel für ihr ganzes Leben. Sie habe durchsetzen wollen, daß Kinder zu eigenständigem Denken angeregt würden, daß sie nie wieder Erfahrungen machen müßten, die die Entwertung ihrer Persönlichkeit bedeuteten, daß sie sich nie wieder hätten bloßstellen und lächerlich machen lassen müssen, weil sie aus christlichen Elternhäusern stammten.

Trotz aller Mängel des jetzigen Gesellschaftssystems lebe sie freier, obwohl sie täglich von den Spuren ihrer Vergangenheit eingeholt werde und das verordnete unselbständige Denken bis heute große Auswirkungen zeige, gerade im pädagogischen Bereich, in dem sie tätig sei. Ihr erscheine es so, als ob auch nach 1990 Lehrerinnen und Lehrer nicht bereit seien, sich mit psychologischen und gruppendynamischen Faktoren und neuen, vor allem ganzheitlichen methodisch-didaktischen Möglichkeiten auseinanderzusetzen, und das soziale Lernen fast völlig vernachlässigten. Bis auf den heutigen Tag ärgere sie die Art und Weise, wie von und mit Schüler/innen geredet werde und wie die Wertschätzung den Kindern gegenüber zu wünschen übrig lasse. Sie sei der Auffassung, daß Schule ein Raum sei, in dem kaum emotionale Erfahrungen gemacht werden könnten. Für problematisch erachte sie auch, daß die heutige Elterngeneration, die die einstigen DDR-Kinderkrippen und -Kindergärten durchlaufen habe und ganztägig von ihren Elternhäusern getrennt gewesen sei, heute diese Erfahrungen an ihre Kinder weitergebe. Das Verhältnis zu ihren Kindern sei durch Beziehungslosigkeit gekennzeichnet, weil Eltern damals selbst nicht gelernt hätten, Anwälte ihrer Kinder zu sein und bis heute zum Teil die Auffassung teilten, daß Kindergärten oder ähnliche Einrichtungen die Erziehung schon richten würden. Dies erkläre die Verunsicherung vieler Eltern und das Fehlen der persönlichen Verantwortung gegenüber diesem Prozeß. Auch ihre Hoffnung auf ein neues Familienbild habe sich nicht erfüllt. Seien in der DDR die Kinder oft Mittel zum Zweck gewesen, so fänden sie heute wenig oder gar keine Beachtung, machten sich Erwachsene kaum zu ihren Anwälten, um ihnen den Rücken zu stärken. Aus ihrer eigenen Erfahrung in der DDR sei der Wunsch erwachsen, Seelsorge an Kindern zu betreiben. Dies tue sie heute als im Rahmen der Kirche beschäftigte Pädagogin. Schmerzlich sei für sie zu erfahren, daß die dafür nach 1990 gemachten Examina im heutigen Berufsbild keine Anerkennung fänden.

Nicht zufriedenstellend seien die Entschädigungsmöglichkeiten für diejenigen, die durch operative Vorgänge der Staatssicherheit zersetzt worden seien. Eine Entschädigung sei bis heute nicht erfolgt, das Zweite Unrechtsbereinigungsgesetz sehe dafür keine Wiedergutmachung vor.

Unbefriedigend und enttäuschend sei auch die Gestaltung des Geschlechterverhältnisses in der heutigen Politik. Nach der staatlich verordneten Gleichstellung von Frau und Mann in der DDR würden jetzt Frauen aus Arbeit, Politik und Öffentlichkeit herausgedrängt, bisherige weibliche Berufsdomänen verstärkt von Männern okkupiert, seien Frauen auf traditionelle Rollenmuster und die Rückkehr an Heim und Herd verwiesen. Sie habe den Anspruch, als Frau über sich selbst bestimmen zu wollen. Die westdeutsche tradierte Frauenrolle sei schon insofern nicht akzeptabel, als sich die Rolle des Mannes in keiner Weise geändert habe und er nach wie vor als Hauptnährer der Familien dominiere.

Ihren eigenen Lebensalltag wolle sie als angstfreier und selbstbestimmter bezeichnen, obwohl vielfach zu beobachten sei, daß immer noch auf Anweisungen anderenorts gewartet werde, daß Zivilcourage fehle, daß insbesondere Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler mit ihren Wertevorstellungen ins Abseits gedrängt würden. Hoffnungsvoll sei aber, daß sich heute insgesamt mehr Menschen im aufrechten Gang übten und sich diese Erfahrungen auch nicht mehr nehmen ließen.

8.3 Fragen und Positionen der Kommissionsmitglieder

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, unterstrich, daß man bei der Behandlung des Themas „Leben nach 1989“ den kompletten Zusammenbruch des politischen und ökonomischen Systems der DDR im Blick haben müsse und ihn in Einheit mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa und der Auflösung des RGW zu sehen habe. Wenn man diese realen Verhältnisse ins Kalkül ziehe, werde klar, daß es zu dem gegenwärtigen System keine Alternativen gegeben habe. Er äußerte seine Skepsis gegenüber den vorgetragenen Umfrage-Ergebnissen in bezug darauf, daß mit den eingesetzten Methoden möglicherweise auch nur ein eingeschränktes Antwortspektrum vorgegeben gewesen sei. Nach seiner Auffassung sei vielmehr typisch und hervorzuheben, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern zum Prozeß der deutschen Wiedervereinigung stehe.

Kommissionsmitglied Heiko Lietz verwies auf die gravierenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der vormaligen DDR, aus der er ableite, daß auch die Veränderungen in der Infrastruktur grundlegender Natur gewesen seien, und nicht nur - wie im Sachverständigenbeitrag von Dr. Wittich zu hören - oberflächlicherer Natur. Bezüglich der Entwicklung der Pädagogischen Hochschule Güstrow bestätigte er, daß diese Lehrerbildungseinrichtung als „rote Hochburg“ gegolten habe, als ideologisierte Kasernenanstalt bzw. kasernierte ideologische Anstalt, in der er selbst als nichtkonformer DDR-Bürger Hausverbot gehabt habe. Seiner Kenntnis nach seien Studenten dort entmündigt gehalten und ausgebildet worden, was seinerseits die Frage aufgeworfen habe, wie sie als spätere Lehrer Kinder zu eigenständigen Persönlichkeiten hätten erziehen wollen. Die dortigen Hochschullehrer seien in der Mehrheit sehr stark angepaßt gewesen. Von daher befürworte er, daß 1990/91 zunächst diese Ausbildungseinrichtung aufgelöst worden sei. Es wäre unverantwortlich gewesen, dieselben Lehrer, die 40 Jahre lang die Lehren des Sozialismus verbreitet hätten, diese Arbeit heute fortsetzen zu lassen.

Abgeordnete Heidemarie Beyer merkte an, daß die Ehrenkommissionen nicht eingerichtet worden seien, um anderen Menschen zu schaden. Dessenungeachtet sei eine Reihe von Wissenschaftlern und Lehrern von der Abwicklung betroffen worden, die ohne tiefere Verstrickung mit dem System der DDR noch heute keine Chance hätten, ihr Wissen und Können in der Region einzusetzen. Sie sehe darin eine Vergeudung von Humanvermögen. In diesem Zusammenhang thematisierte sie auch den Aspekt der Herabqualifizierung von Menschen mit höherer Bildung, einzig mit dem Ziel, auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar zu sein. Auch die Situation der Frauen sei alarmierend. Es sei ihnen in der DDR möglich gewesen, Familie und Erwerbsarbeit als gleichgewichtige Lebensziele durchzusetzen und miteinander zu vereinbaren. Dies sei heute gravierend anders geworden, Frauen hätten auf dem Arbeitsmarkt inzwischen erhebliche Probleme und Schwierigkeiten zu bewältigen.

Abgeordneter Dr. Arnold Schoenenburg kritisierte den politischen und ideologischen Rigorismus, der aus seiner Sicht dazu verführe, eigene Interessen und egoistische Zielvorstellungen durchzusetzen und damit der Gesellschaft Schaden zuzufügen. Beispiele dafür sehe er in der Abwicklung von Hochschulen und Wissenschaftlern, in der Diplomatie, in der Wirtschaft und bei Staatsmitarbeitern. Bezüglich der Eigentumsauseinandersetzung bemerkte er, daß es einen Ausverkauf von Ost nach West gegeben habe, daß das einstige Eigentum im Osten nur zu 6% an ostdeutsche Erwerber gegangen sei, hingegen zu 80% nach Westdeutschland.

Mit Bezug auf die Darstellung im Sachverständigenbeitrag von Dr. Wittich äußerte Abgeordneter Horst Voigt, daß es für ihn eher verwunderlich sei, daß die einstigen Besitzer an den Produktionsmitteln der Volkswirtschaft der DDR nach der Wiedervereinigung arm ausgegangen seien und die kapitalistisch ausgebeuteten Arbeitnehmer im Westen im Vergleich dazu 3,5mal reicher seien. Eigentlich habe man annehmen können, daß sich dieses Verhältnis umgekehrt gestalte - jedenfalls nach der Lehre des Sozialismus.

Kommissionsmitglied Heiko Lietz erinnerte daran, daß das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung, das Recht auf Bildung grundlegende Menschenrechte seien. Politische und soziale Menschenrechte dürften jedoch nicht alternativ betrachtet werden, sondern seien zwei wichtige Säulen der Menschenrechte, die von den Bürgerrechtlern in die politische Diskussion eingebracht worden seien. Heute stelle sich die Frage, ob man dies neu oder wieder einfordern solle. Er verwies auf die abnehmende Akzeptanz gegenüber der politischen Realität in den neuen Bundesländern innerhalb Gesamtdeutschlands und leitete daraus die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit der alten restaurativen politischen Realität der Bundesrepublik Deutschland ab. Dabei sei die Frage, wie man politisch aktiv werden müsse und ob die Instrumentarien der repräsentativen Demokratie ausreichend seien.

Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, nahm Bezug auf die Situation der Opfer, die einen wichtigen Aspekt für das Leben nach 1989 darstellten. Er wies aus, daß es hier schwere Defizite gebe, die auch Gegenstand der Arbeit der Enquete-Kommission gewesen seien. Die Aktivitäten der Enquete-Kommission, des Landtages und der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern schätze er als fruchtlos ein, da es nicht gelungen sei, eine Initiative auf Landesebene zu starten. Das sei Ziel der Enquete-Kommission gewesen, und dem habe sie nicht gerecht geworden. Bezüglich der Situation in der Schule erinnerte er an massive Menschenrechtsverletzungen in der DDR, die die Kinder ausgegrenzt und psychisch unter Druck gesetzt habe. Er kritisierte Teile der Lehrerschaft, die vor der Wende nur eine Wahrheit vermittelt hätten, nämlich die der SED, und für sich das Recht auf die alleinige Wahrheit beanspruchten.

Vorsitzender Dr. Manfred Reißmann pflichtete dem bei und meinte, daß die persönliche Integrität des einzelnen Lehrers und seine Ehrlichkeit keine ausreichende Antwort sein könnten.

Unter Bezug auf die Situation der Schulen in der Gegenwart verwies Kommissionsmitglied Dr. Dieter Frielinghaus darauf, daß heute vielfach Schulen geschlossen werden müßten, insbesondere in vielen Dörfern, in denen die Schülerzahlen zurückgingen. Dies werfe aus seiner Sicht die Frage nach der Kultur eines Ortes auf, und habe für ihn keine verständliche Entwicklungslogik. Zugleich gab er zu bedenken, daß in manchen Dörfern, in denen die Arbeitslosigkeit weit über dem Durchschnitt liege und teilweise sogar bis zu 80 % betrage, dies für die Charakterisierung des Lebens nach 1989 große Verwirrung stifte. Wenn insgesamt 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit bleibe, dann sehe er darin eine Vergeudung von Ressourcen, die die Betroffenen moralisch unter Druck setze und ihr Leistungspotential verschleiße. Wenn Arbeit als Sinnstiftung des Lebens, wie es in der DDR typisch gewesen sei, weitgehend ersatzlos ausfalle, dann entstehe daraus für den einzelnen eine Notsituation, in der er psychologischer Hilfe bedürfe. Daß diese ausbleibe, sei keine Frage des Geldes, wie vielerorts erklärt werde, sondern des falschen Einsatzes von Geldern.

Bezüglich des Rechts auf Arbeit, führte Kommissionsmitglied Dr. Enno Dieckhoff aus, müsse die Politik Perspektiven aufzeigen, die aus den vorgetragenen Analysen deutlich geworden seien. Dies sei insbesondere auch darum notwendig, damit diejenigen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern eines Arbeitsplatzes wegen verlassen hätten, wieder zurückkehren und hier wieder leben könnten.

Im Hinblick auf den Werteumbruch brachte Abgeordneter Dr. Arnold Schoenenburg in die Debatte ein, daß die realen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen und Verhältnisse in erster Linie bestimmend seien für die Hierarchie des bestehenden Wertgefüges. Dabei sei zu beobachten, daß die Werte Sicherheit und Geborgenheit heute an vorderer Stelle rangierten. Dies sei im Vergleich zu DDR-Zeiten ein Ausdruck ihres Wertzuwaches, der sich daraus erkläre, daß sowohl das Gefühl der Sicherheit als auch das der Geborgenheit in der DDR garantiert erschienen seien und darum nicht hätten als anzustrebende Werte reflektiert werden müssen. Im Hinblick auf den massiven Umbruch der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und der damit einhergehenden sozialen Verunsicherungen und Irritationen sei es psychologisch verständlich, daß das Streben nach Geborgenheit heute vorrangig Bedeutung erlange. Die Erörterung des Wertes Freiheit sehe er weniger abstrakt. Angesichts des Verlustes von 450.000 Arbeitsplätzen seit 1990 und der Verzehnfachung der Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern könne er nicht nachvollziehen, daß der Konflikt von Freiheit und Arbeit organisiert oder gar konstruiert sei. Er meine vielmehr, dieser Konflikt existiere real, sei Bestandteil des Lebens nach 1989.

Dieser Meinung setzte Kommissionsmitglied Hans-Joachim Hacker, MdB, entgegen, daß Sicherheit und Geborgenheit in der DDR illusionär gewesen seien. Die DDR müsse eher als ein in sich völlig unsoziales System angesehen werden, das keine Chance auf Perspektive gehabt habe und auf Kosten später lebender Generationen gewirtschaftet habe.

Kommissionsmitglied Dr. Dieter Frielinghaus nahm Bezug auf die Gemeinschaftsvorstellungen und ihren Platz nach 1989. Er führte aus, daß es außer christlichen und religiösen Gemeinschaftsvorstellungen auch andere Gemeinschaftsideale und -formen im Erleben von Geborgenheit gebe, die die Menschen erstrebten. Dieser Wunsch, in der Gemeinschaft aufzugehen, in sie integriert zu sein, sei für viele Menschen zum Hauptmotiv geworden, in ihre Heimat Mecklenburg-Vorpommern zurückzukehren und hier schlechtere Bezahlung oder sogar Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, nachdem sie anfangs im Interesse von Arbeit und Existenzsicherung in die Altbundesländer übergesiedelt seien, dort aber nicht hätten glücklich werden können. Darin sehe er einen Beleg dafür, daß der soziale Bezug und die Verwurzelung mit seiner Heimat für einen Menschen wichtiger sein könne als die konkreten Existenzbedingungen.

Kommissionsmitglied Dr. Heinrich Rathke bezog sich auf die Aussage im Sachverständigenbeitrag von Dr. Wittich und bestätigte, daß auch aus seinem Erleben der Wohlstandsgewinn nach der Wende inzwischen verbraucht sei, obzwar er einräumen wolle, daß dieser Wohlstandsgewinn an sich als Erfolg für die Bürger der neuen Bundesländer zu werten sei. Er sehe als gravierende Aufgabe für die Zukunft, daß es gelingen müsse, erst einmal aufzubauen - innerlich wie äußerlich -, um die Basis für die Zukunft zu schaffen. Dies sehe er durch das Beispiel bestätigt, das Herr Apelt gegeben habe, aber auch durch die Schilderungen von Frau Schmidt in ihrem Bemühen um die Auseinandersetzung und die Suche nach ihrem Platz in der neuen Gesellschaft.

Vorsitzender Dr. Manfred Reißmann ergänzte, daß zum Durchsetzen von Zielen und Handlungen gewachsenes Selbstbewußtsein notwendig sei, das zu erlangen für DDR-Bürger schwieriger gewesen sei als für die Bürger der anderen osteuropäischen Länder. Dazu gehöre auch Zivilcourage, die den eigenen Einsatz fordere.

Abgeordnete Heidemarie Beyer ergänzte, daß eine wichtige Aufgabe der Zukunftsgestaltung darin bestehe, das Leben in Mecklenburg-Vorpommern lebenswert und interessant zu machen, damit die Menschen hier leben wollten, damit sie hier leben könnten und damit sie hier auch ihre Zukunft sehen würden. Insbesondere gelte dies für junge Menschen.

Bezüglich der Realisierung von Zukunftsvorstellungen fügte Kommissionsmitglied Heiko Lietz hinzu, daß parteipolitische Haltungen und Sichtweisen in der Arbeit der Kommunalorgane aus seiner Sicht oftmals behindernd wirkten.

Kommissionsmitglied Dr. Dieter Frielinghaus brachte abschließend den Aspekt ein, daß eine der wichtigsten Fragen der Zukunftsgestaltung darin bestehe, wie es der Bundesrepublik gelinge, die ökologischen und sozialen Fragen zu lösen. Dies sei die Garantie dafür, daß die Welt nicht in absehbarer Zeit zugrunde gehe, daß es überhaupt eine Zukunft geben könne.

Anhang

Nachfolgend wird auf die Sachverständigen und Zeitzeugen Bezug genommen, die in den öffentlichen Anhörungen und Veranstaltungen mitgewirkt haben.

Zu Kapitel 3

Informationen über die Sachverständigen und Zeitzeugen der öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Herausbildung von 1945 - 1949 im damaligen Mecklenburg-Vorpommern“ am 30.11.1995 in Rostock

Prof. Dr. Stefan Doernberg
Historiker

Gottfried Hamacher
1945 Mitarbeiter der SMAD

Prof. Dr. Werner Müller
Universität Rostock, Fachbereich Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang Leonhard
Publizist und Historiker

Peter Schulz
Rechtsanwalt, Sohn des damaligen Oberbürgermeisters von Rostock Albert Schulz

Dr. Klaus Schwabe
Landeshauptarchiv Schwerin

Dr. Ernst-Joachim Krüger
Verein zur Förderung der Erforschung und Verbreitung der Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg-Vorpommern e.V. Greifswald

Zu Kapitel 4**Informationen über die Sachverständigen der öffentlichen Anhörung zum Thema „Das politische System in der DDR“ am 29.01.1996 in Schwerin**

Prof. Dr. Werner Müller
Universität Rostock
Fachbereich Geschichtswissenschaften

Dr. Wolfgang Donner
Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Hans Watzek
Agrarwissenschaftler
Landwirtschaftsminister in der Modrow-Regierung

Prof. Dr. Martin Onnasch
Hannah-Arendt-Institut Dresden

Dr. Lothar Probst
Universität Bremen
Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien

Informationen über die Sachverständigen und Zeitzeugen der öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Das politische System in der DDR“ am 24.02.1996 in Pasewalk:

Prof. Dr. Manfred Wilke
Jahrgang 1941
Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft,
Leiter des Forschungsverbundes SED/Staat an der FU Berlin,
Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Deutsche Einheit“ des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Martin Onnasch
Jahrgang 1944
Kirchenhistoriker
Hannah-Arendt-Institut Dresden,
Berufung an die Theologische Fakultät der Universität Greifswald ab 01.04.1996

Dr. Wolfgang Donner
Jahrgang 1940
Studienleiter an der Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, Sitz Schwerin/Grevesmühlen,
früher: Lehrer (1963-1972), Dozent und Lehrstuhlleiter für Philosophie an der Bezirks-Parteischule Schwerin (1972-1986), Mitarbeiter der Urania Schwerin (1986-1989)

Wolf-Heinrich Dieterich
Jahrgang 1931
Invalidenrentner seit 1987,
früher: Pflanzenzüchter im VEG Bornhof, Kreis Waren

Hannelore Pietzner
Jahrgang 1943
Angestellte im Finanzdienstleistungsbereich,
früher: Vorsitzende des Rates des Kreises Wolgast

Wilhelm Czypull
Jahrgang 1926
Gründungsmitglied der CDU im Kreis Hagenow
1946 - 1948 Kreissekretär (Geschäftsführer) - zuerst in Malchin später in Parchim,
seit September 1948 in Westfalen: 1953 - 1978 Kreisgeschäftsführer in Herfurth, Osnabrück,
später Landesverband Niedersachsen
8 Jahre Ratsmitglied der Stadt Herfurth
Mitglied der Exil-CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Moritz Klemt
Jahrgang 1933
Referent für Vermögenszuordnung im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern,
früher: verantwortlich für Staatspolitik in Kirchenfragen (1978 - 1982), danach Justitiar im Rat
des Bezirkes Schwerin

Zu Kapitel 5

Informationen über die Sachverständigen der öffentlichen Anhörung zum Thema „Das Wirtschafts- und Sozialsystem der DDR“ am 29.03.1996 in Schwerin:

Prof. Dr. Siegfried Kuntsche
Archivar und Agrarhistoriker,
bis 1979: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv
nachfolgend: Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Berlin

Prof. Dr. Ilona Buchsteiner
Universität Rostock, Fachbereich Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Horst Pätzold
Agrarwissenschaftler,
Ehrensator der Universität Rostock

Dr. Heiner Heseler
Universität Bremen,
Leiter des Kooperationsbereiches Universität Arbeiterkammer,
Büro für Strukturforchung Rostock

Dr. Peter Hübner

Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. Potsdam

Zu Kapitel 6

Informationen über die Sachverständigen und Zeitzeugen der öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Bildung/Wissenschaft/Erziehung/Kultur“ am 28.09.1996 in Greifswald:

Georg Lichtenstein

Jahrgang 1928

1947-1950 Studium an der Musikhochschule Leipzig;

Engagements an Theatern: Döbeln 1950-1952, Senftenberg 1952-1954, Plauen/Vogtland 1954-1958, Volkstheater Rostock 1958-1990 als Schauspieler, Sänger und Regisseur;

1990-1992 Kulturamtsleiter beim Senat der Hansestadt Rostock

Prof. Otto Kummert

Jahrgang 1936

Diplom-Grafikdesigner;

Artdirektor in mehreren Berliner Verlagen;

freiberuflich künstlerisch tätig;

Hochschullehrer 1972-1991;

Leiter der privaten Grafik + Design-Schule Anklam seit 1993

KMD Hartwig Eschenburg

Jahrgang 1934

Studium an der Evangelischen Kirchenmusikschule in Halle/Saale;

1957 - 1960 Kantor und Organist in Bützow;

seit 1960 Kirchenmusiker an der St.-Johannis-Kirche in Rostock;

1974 Ernennung zum Kirchenmusikdirektor;

1987 Berufung in das Direktorium der Neuen Bachgesellschaft;

seit 1991 Vorsitzender des Musikrates für die Hansestadt Rostock

Prof. Dr. Günther Wildenhain

Jahrgang 1937

Mathematik-Studium, 1960 Diplom an der TU Dresden;

1964 Promotion; 1968 Habilitation; 1973 Professur;

1965 - 1971 wissenschaftl. Mitarbeiter an der Deutschen Akademie der Wissenschaften Berlin;

1971 - 1991 Hochschullehrer an der Rostocker Universität;

1991 - 1993 Leiter der Hochschulabteilung im Kultusministerium M-V;

1994 Professor für partielle Differentialgleichungen , Universität Rostock

Prof. Dr. Ernst Albert Arndt

Jahrgang 1927

Biologie-Studium, 1951 Diplom;

1954 Promotion im Fach Zoologie;

1959 Habilitation;

1964 Professur;

1967 - 1995 Ordinarius für Meeresbiologie und Zoologie an der Universität Rostock

Dr. phil. Wolfgang Schmidtbauer
Jahrgang 1928
1946 Neulehrer;
1954 Staatsexamen Germanistik;
1966 Diplom-Historiker;
1974 Promotion;
1954 Direktor Pädagogisches Kreiskabinett;
1970-1990 Direktor Polytechnische Oberschule Bützow

Prof. Dr. Jörg Ohlemacher
Jahrgang 1944
bis 1994 Rektor des Religionspädagogischen Instituts Loccum;
seit Wintersemester 1994 Professor für praktische Theologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Schwerpunkte: Religionspädagogik und kirchliche Zeitgeschichte

Willibald Bratrschovsky
Jahrgang 1943
seit 1965 Fachlehrer für Mathematik und Physik an der Polytechnische Oberschule Crivitz;
seit 1990 Schulleiter des Gymnasiums Crivitz

Zu Kapitel 7

Informationen zu den Sachverständigen und Zeitzeugen der öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Die Geschichte der Wende“ am 25.10.1996 in Neubrandenburg:

Prof. Dr. Werner Müller
Jahrgang 1946
Historiker
1976 Promotion in Bonn
Assistent an der Universität Mannheim bei Prof. Dr. Hermann Weber
Habilitation
seit 1994 Professor für Zeitgeschichte nach 1945 an der Universität Rostock
Publikationen zur Geschichte des deutschen Kommunismus der DDR und der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Dr. Günther Maleuda, MdB
Jahrgang 1931
1948 - 1955 Landwirtschaftliche Ausbildung, staatl. gepr. Landwirt und Dipl.-Wirtsch.
1955 - 1976 leitende Positionen: Rat des Kreises Königs Wusterhausen, Rat des Bez. Potsdam
1976 - 1990 Arbeit im Bezirksvorst. Halle bzw. Parteivorst. der DBD, ab 27.03.1987 Vorsitzender
1982 - 02.10.1990 Mitglied der Volkskammer
ab Juli 1987 Stellv. Vorsitzender des Staatsrates
November. 1989 - März 1990 Präsident der Volkskammer
ab Juni 1990 parteilos, beteiligte sich nicht an der Fusion DBD-CDU

Dr. Georg Diederich

Jahrgang 1949

Diplom-Chemiker, Fachchemiker für Medizin/klinische Chemie

1985 - 1987 illegales Journalistikstudium im Rahmen der Kirche

November 1989 Mitbegründer der Initiative „Wir sind das Volk“

Januar 1990 Mitbegründer eines gesamtdeutschen CDU-nahen Arbeitskreises

Juni - Oktober 1990 Regierungsbevollmächtigter der Regionalverwaltungsbehörde Schwerin

1990 - 1994 Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Oktober 1990 - März 1992 Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern

seit 1996 Direktor des Heinrich-Theissing-Institutes Schwerin

Martin Klähn

Jahrgang 1959

Bauing. und Fach-Ing. für Informatik

seit 1985 zugehörig zum Paulskirchenkeller-Kreis

seit 1986 Mitarbeit bei der Umweltbibliothek Berlin

seit 1987 Mitarbeit beim „Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer“

1989 Mitbegründer des Neuen Forum in Grünheide bei Berlin

1989/90 Aufbau des Landesverbandes des Neuen Forum in Mecklenburg-Vorpommern

seit 1991 Mitbegründer und Mitarbeiter der Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben e.V.“ Schwerin

Dr. Lothar Probst

Jahrgang 1952

1971 - 1975 Studium der Germanistik, Geschichte und Politik an der PH/Universität Bielefeld

1977 - 1985 Referendariat und Lehrer an der Gesamtschule

1985 - 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Die Grünen

1987 - 1989 Studium der Politik- und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen

1989 - 1993 Mitbegründer und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien an der Universität Bremen

1993 Promotion in Politik- und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen

seit 1993 Geschäftsführer des Instituts für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien an der Universität Bremen

seit 1995 assoziiertes Mitglied des Instituts für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien der Universität Bremen

Theodor Hoffmann

Jahrgang 1935

1950 - 1951 Landwirtschaftslehre

1951 - 1952 hauptamtlicher Pionierleiter

1952 - 1990 Dienst in den bewaffneten Kräften der DDR

Nov. 1989 - April 1990 Minister bzw. ab 19.03.1990 amt. Minister für Nationale Verteidigung

April - September 1990 Chef der NVA

Dr. Harald Terpe
Jahrgang 1954
1976 - 1982 Medizinstudium in Rostock
1982 - 1987 Assistenzarzt an der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock
seit 1987 Facharzt für Pathologie
seit 1989 Mitglied des Neuen Forum
1990 - 1994 Fraktionssprecher von Bündnis 90 der Bürgerschaft Rostock

Zu Kapitel 8

Informationen über die Sachverständigen und Zeitzeugen der öffentlichen Veranstaltung am 07.12.1996 zum Thema „Leben nach 1989“ in Güstrow:

Dr. Dietmar Wittich
Jahrgang 1943
1961 - 1962 Bauarbeiter
1962 - 1965 Wehrdienst
1965 - 1969 Studium der Philosophie, Psychologie u. Sozialgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin
1969 - 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (ab 1983 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED)
seit 1990 Leiter des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin
seit 1993 Lehrauftrag an der Univ. Potsdam im Fach Geschichte der Soziologie im 20. Jh.

Karin Schmidt
Jahrgang 1955
1974 - 1978 Studium zur Dipl.-Lehrerin für Staatsbürgerkunde und Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle
1978 - 1984 Lehrerin in Jänschwalde/Lausitz
seit 1984 Lehrerin in Laage (heute: Gymnasium)
1990 - 1994 Mitglied des Präsidiums des Kreistages im Altkreis Güstrow
seit Juni 1994 Kreistagspräsidentin im Landkreis Güstrow

Gerhard Apelt
Jahrgang 1933
mit 12 Jahren Kriegswaise, unstete Schulzeit infolge der Kriegswirren
1947 - 1950 Gärtnerlehre
1950 - 1953 Gehilfenzeit
1953 - 1956 Fachschule für Garten- und Landschaftsbau Werder und Erfurt
1956 - 1968 Arbeit in Planungsbüros in Magdeburg und Schwerin
1968 - Juli 1991 Arbeit im Baubetriebsteil der LPG Crivitz (Landschaftsgestaltung)
01.08.1991 Betriebsausgründung Garten- und Landschaftsbau Crivitz GmbH
August 1991 - März 1996 Geschäftsführer der Garten- und Landschaftsbau Crivitz GmbH
seit April 1996 im Ruhestand
Bürgermeister im Ehrenamt

Prof. Dr. Siegfried Bohnsack

Jahrgang 1929

1948 Elektrofacharbeiter

1949 - 50 Lehrerausbildung

1950 - 51 Berufsschullehrer

1951 - 1954 Studium (Gewerbelehrer math.-nat.) an der Humboldt-Univ. Berlin und an der TH Dresden

1954 Diplom, 1969 Promotion (Univ. Rostock), 1971 Hochschuldozentur, 1979 Professur

1954 - 1990 Lehre und Forschung an der PH Güstrow, Abberufung wegen Invalidisierung

Dr. Hans-J. Misselwitz

Jahrgang 1950

1969 - 1974 Biologie-Studium in Jena und Berlin

bis 1981 Biologe in der Forschung bei der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch

1981 - 1989 Theologiestudium und danach im kirchlichen Dienst tätig

September 1989 - Februar 1990 Pfarrer in Hennigsdorf

1990 Eintritt in die aktive Politik: Mitglied der Volkskammer für die SPD-Fraktion und Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium, Mitglied der Grundwertekommission der SPD

Oktober - Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages

ab 1991 Leiter der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung

Ehrhart Neubert

Jahrgang 1940

1958 - 1963 Theologiestudium in Jena

1964 - 1984 Vikar und Pfarrer im Kirchenkreis Weimar, ab 1973 auch Studentenpfarrer in Weimar

1976 CDU-Eintritt (Austritt 1984)

seit 1979 Mitarbeiter in Friedenskreisen der Evangelischen Studentengemeinde

1984 - 1989 Referent für Gemeindesoziologie in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin

Juni 1989 Mitglied des Initiativkreises zur Gründung des „Demokratischen Aufbruchs“ (DA)

Dezember 1989 - Januar 1990 stellv. Vors. und Vertreter des DA am Zentralen Runden Tisch,

Januar 1990 Austritt aus dem DA, seitdem wieder im kirchlichen Dienst tätig

jetzt Mitarbeiter in der Studien- und Begegnungsstätte Berlin der Evangelischen Kirche in Deutschland

Caterina Muth

Jahrgang 1958

bis 1980 Direktstudium an der Ing.-Schule für Wasserwirtschaft Magdeburg

1982 - 1986 Fernstudium an der TU Dresden, Abschluß zur Dipl.-Ingenieurin

1980 - 1988 als Ingenieurin tätig

1984 - 1988 Umweltschutzbeauftragte

1988 - 1990 Ausbildung zur Schneiderin und Betreiben eines eigenen Schneiderei-Gewerbes

seit Okt. 1990 MdL, Fraktion der PDS, 1990-1994 Vorsitzende des Umweltausschusses, seit

1994 Fraktionsvorsitzende

Helmut Klaus

Jahrgang 1935

1956 - 1962 Studium Geschichte/Französisch/Latein in Hamburg und Berlin

1962 - 1963 Lektor an der Universität Besancon/Frankreich

1964 - 1967 Leiter des Informationsdienstes am Gesamtdeutschen/Innerdeutschen Bundesministerium, Außenstelle Berlin

1968 - 1973 im Niedersächsischen Schuldienst, Schulverwaltung, im Kultusministerium Hannover tätig

1974 - 1980 Oberstudiendirektor und Oberschulrat in Niedersachsen

1980 - 1990 Leiter Abteilung Schulen im Regierungsbezirk Lüneburg

seit November 1990 Abtltr. im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern

Cornelia Mikolajczyk

Jahrgang 1964

1980 - 1985 Ausbildung und Arbeit als Kinderkrankenschwester in kirchlichen Einrichtungen

1986 - 1989 und 1991 - 1992 katechetische Ausbildung

seit 1989 als Katechetin in der Kinder-, Frauen- und Familien-Gemeindearbeit der evangelischen Kirche in Schwerin tätig